

Zeitschrift für Politische Theorie

Jörg Schaub Politische Theorie als angewandte Moralphilosophie? // Jürgen
Sirsch Die Relevanz idealer Theorie bei der Beurteilung praktischer Probleme //
Alexander Weiß Monitoring in der Politischen Theorie // Tanja Pritzlaff
Die Suche nach den Grundlagen der Normativität // Bernd Ladwig Metho-
disches zur Methodenfrage in der politischen Philosophie // Joachim Behnke
Politische Theorie und Methoden

1.2012

3. Jahrgang ISSN 1869-3016

Verlag Barbara Budrich

Inhalt

<i>Dirk Jörke, Frank Nullmeier</i> Editorial der Gastherausgeber: Zur aktuellen Lage der Politischen Theorie	3
Abhandlungen	
<i>Jörg Schaub</i> Politische Theorie als angewandte Moralphilosophie? Die realistische Kritik	8
<i>Jürgen Sirsch</i> Die Relevanz idealer Theorie bei der Beurteilung praktischer Probleme	25
<i>Alexander Weiß</i> Monitoring in der Politischen Theorie – Wie wir Theorien aus anderen Disziplinen erfassen und im Fach aufbereiten	42
<i>Tanja Pritzlaff</i> Die Suche nach den Grundlagen der Normativität – Soziale Normen, experimentelle Forschung und politische Praxis	57
<i>Bernd Ladwig</i> Methodisches zur Methodenfrage in der politischen Philosophie	72
<i>Joachim Behnke</i> Politische Theorie und Methoden	76

Portrait

Janosch Prinz

- Wider die ‚Zwangsjacke‘ der gegenwärtigen liberalen politischen Philosophie –
Raymond Geuss’ politisch-philosophischer Ansatz 81

Interview

Janosch Prinz

- Zwischen kritischer Reflexion und Handlungsorientierung –
Gespräch mit Raymond Geuss 95

Repliken und Kommentare

Oliver Flügel-Martinsen

- Replik zum Kommentar von *Jens Olesen* und *Grischa Schwiegk* auf: *Normativität
und Kritik. Ein Minimalmodell (ZPTh 2/2011)* 109

Berichte aus der Praxis

Rainer Schmidt

- Politische Theorie in Brasilien: Zwischen Normativismus und Empirie 115

Tagungsberichte

Jürgen Förster

- Gegen die Verzweiflung anzudenken ist eine Verpflichtung –
Habermas und der Marxismus
Tagung Habermas und der Historische Materialismus,
Bergische Universität Wuppertal, 23.–25. März 2012 119

Realismusstreit und Methodendiskussion

Zur aktuellen Lage der Politischen Theorie

*Dirk Jörke, Frank Nullmeier**

Eine Methodendiskussion zu führen gilt meist als Zeichen einer Krise. Das dürfte gerade dann gelten, wenn eine Teildisziplin, die der Theorie gewidmet ist, sich um ihre Methoden kümmert. Doch auch an Krisen kann man sich gewöhnen, die Krisendiagnostik trägt mittlerweile wenig dazu bei, einen Sachverhalt zu klären. Was sind jenseits aller Dramatisierung die Ursachen, die eine Methodendiskussion in der Politischen Theorie bewirkt haben, was sind die Gründe, die eine solche Diskussion sinnvoll erscheinen lassen? Und schließlich, was hat man überhaupt unter ‚Methoden der Politischen Theorie‘ zu verstehen?

1. Die Politische Theorie befindet sich aktuell mitten in einem *Realismusstreit*. Im Zentrum der Auseinandersetzung steht die Frage, wie man eine Politische Theorie so gestalten kann, dass der Graben zwischen der Konstruktion normativer Basiskonzepte wie Gerechtigkeit, Gleichheit, Freiheit und Demokratie und den heute vielleicht deutlicher als in den 1990er Jahren sichtbaren machtpolitischen Verhältnissen überwunden werden kann. Die einen fordern die Abkehr von einer weiteren Verfolgung der wert- und prinzipientheoretischen Forschung und die Hinwendung zu den realen Beweggründen des Politischen, während die anderen beanspruchen, ideale und nichtideale Theorie in einem Bezugsrahmen verbinden und damit auch versöhnen zu können. Nicht zuletzt mit der inzwischen auch auf Deutsch vorliegenden Intervention von Raymond Geuss über *Philosophy and Real Politics* ist die Frage nach dem wirklichkeitswissenschaftlichen Halt normativer Theoriebildung in das Zentrum der politikphilosophischen Debatte gerückt. Geuss weist der politischen Philosophie die Aufgabe zu, insoweit ‚realistisch‘ zu sein, als Spuren von Wunschdenken, Ideologie und unreflektierter Befangenheit in alltagssprachlichen Selbstverständlichkeiten identifiziert und kritisch aufgedeckt werden müssen. Das sei in der Traditionslinie von Marx, Nietzsche, Adorno und Foucault eher zu bewerkstelligen als in der von Kant, Rawls und Habermas.

Der Realismusstreit (Parallelen zum gleichnamigen Streit in der Literaturtheorie zwischen Lukacs und Brecht in den 1930er Jahren sind nicht beabsichtigt) ist jedoch nicht als eine Neuauflage des Positivismusstreits oder einer Werturteilsdebatte zu verstehen. Es geht nicht darum, Normativität entweder zu verleugnen oder umgekehrt als notwendiges

* PD Dr. Dirk Jörke, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald; Kontakt: joerke@uni-greifswald.de
Prof. Dr. Frank Nullmeier, Universität Bremen; Kontakt: frank.nullmeier@zes.uni-bremen.de

Element einer jeden politischen Theorie nachzuweisen, es geht ‚Realisten‘ wie ‚Idealisten‘ vielmehr um eine normative Theoriebildung, die sich den ökonomisch wie politisch sichtbarer gewordenen Machtverhältnissen annehmen kann. Und der neue Realismus ist keineswegs notwendigerweise ein Verteidiger des Bestehenden, ein Konservativer, der auf die Konstanten des politischen Machtspiels verweist, um eine Anpassung der normativen Ambitionen an die harten Realitäten einzufordern. Im Gegenteil, der neue Realismus kann auch als radikaler Ideologiekritiker – wie es bei Geuss der Fall ist – auftreten, der den Gegebenheiten nur ihr Dasein als ‚schlechte Realitäten‘ nachweisen will, ohne jedoch gezwungen zu sein, eine Theorie des Guten und Gerechten vorzulegen. Man muss sich im Realismusstreit also nicht vorrangig darum sorgen, dass letztlich einem auch nur vermeintlich normativitätsfreien Positivismus zugearbeitet wird. Vielmehr werden mit der Infragestellung des Nutzens von philosophischen Begründungsprogrammen Grundsatzprobleme der Anlage politischer Theorien und Philosophie aufgeworfen.

Die Aufsätze von *Jörg Schaub* und *Jürgen Sirsch* setzen sich beide ausführlich mit den Protagonisten des Realismusstreits auseinander, unterscheiden sich jedoch hinsichtlich ihrer Bewertung. Schaub gibt zunächst einen Überblick über die Realismusdebatte, wobei er sich sowohl auf Geuss als auch auf Williams bezieht und deren Kritik an einer moralphilosophisch fundierten Politischen Theorie rekonstruiert. Schaub folgt im Wesentlichen den Argumenten von Geuss und Williams, zeigt aber auch deren argumentative Schwachstellen auf. Am Ende plädiert Schaub für eine ‚Vorrangigkeit der Politik‘ und zeigt Wege auf, die ein realistischer Ansatz gehen muss, wenn er den idealtheoretischen Einwänden standhalten soll.

In dem strikt analytisch vorgehenden Beitrag von Sirsch kommt es demgegenüber zu einer deutlichen Kritik an einer vermeintlich realistischen Herangehensweise. Sirsch beginnt mit einer Rekonstruktion von John Rawls’ idealtheoretischer Methode und demonstriert, dass die Kritiken von Raymond Geuss und Amartya Sen einer sorgfältigen Überprüfung nicht standhalten können. Zudem argumentiert Sirsch, dass eine anspruchsvolle Politische Theorie nicht auf normativ gehaltvolle und damit notwendig idealtheoretische Annahmen verzichten sollte. Allerdings könnten diese nur ein Baustein einer normativen Politischen Theorie sein, die immer auch auf ‚empirische Konstruktionsannahmen‘ angewiesen sei.

Welchen Ort und welchen Status haben moralphilosophische Überlegungen in einer Politikwissenschaft, die sich immer auch als Wirklichkeitswissenschaft verstanden hat? Sollte die Kritik des moralphilosophischen Ansatzes in der Politischen Theorie nicht Anstöße geben, über eine stärkere Integration von normativen und empiriebezogenen politischen Theorien nachzudenken? Allerdings ist überraschend, dass bisher in der internationalen Debatte, trotz der institutionellen Verankerung der Politischen Theorie in einer größtenteils empirisch ausgerichteten Politikwissenschaft, nur in sehr geringem Grad der Versuch gemacht worden ist und wird, Begrifflichkeiten positiver Theorie in eine basal normativ angelegte Theorie so zu integrieren, dass (wie immer im Einzelnen näher ausgestaltete) ‚realistischere‘ normative Theorien entstehen können.

Denn obwohl die Intervention von Geuss eine Vielzahl von Reaktionen hervorgerufen hat, schreitet die Entwicklung nicht zu einer substanziellen ‚realistischen‘ Theoriebildung voran, sondern verbleibt (noch) auf der Ebene der Auseinandersetzung über die richtige Vorgehensweise. Dass die Ebene der Metatheorie gewählt wird, zeigt nur die Unsicherheit über den einzuschlagenden Weg.

2. So hat der Realismusstreit bisher kaum dazu beigetragen, die zunehmend als bedrohlich empfundene Spaltung von empirischer Politikwissenschaft und einer vorrangig normativ verfahrenen Politischen Theorie oder politischen Philosophie zu überwinden. Empirisch arbeitende Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler nehmen von den normativen Diskursen der Politischen Theorie wenig bis gar nichts auf, was aber vielleicht auch damit zusammenhängt, dass Politische Theorie sich zumeist nicht darum bemüht, ihrerseits Anschluss an Ergebnisse der empirischen Forschung zu finden. Die wechselseitige Nichtwahrnehmung zwischen empirisch und theoretisch orientierter Politikwissenschaft ist zwar erfolgreich auf dem Gebiet der Internationalen Beziehungen überwunden worden, ähnliche Kooperationen und Innovationen finden sich auf anderen Feldern jedoch nicht. Zudem reklamieren die anderen politikwissenschaftlichen Teilbereiche im Zuge eines gewachsenen Selbstbewusstseins, selbst politische Theorien zu produzieren, und das in hinreichendem Maße, so dass der Bedarf an Theorie schon intern gedeckt scheint. Als ‚positive‘ oder ‚empirische‘ Theorie ist sie zunächst von der normativen Theoriebildung der meisten Vertreterinnen und Vertreter der Politischen Theorie weit entfernt. Jedoch sind die impliziten normativen Bezüge dieser positiven politischen Theorien erheblich, man denke nur an die Demokratiemessung oder Governance-Forschung. So gerät die Politische Theorie von zwei Seiten unter ‚Realitäts- und Empiriedruck‘: zum einen mit der Forderung, eine empirisch anschlussfähige Theoriebildung zu betreiben, zum anderen durch den Hinweis darauf, dass sie eigentlich für das Fach, wenn schon nicht entbehrlich, so doch zumindest randständig ist.

An dieser Stelle setzen die Beiträge von *Alexander Weiß* und *Tanja Pritzlaff* an. Beide sind bestrebt, die Politische Theorie (wieder) an die empirisch ausgerichteten Teildisziplinen der Politikwissenschaft heranzuführen. Weiß startet mit der Idee, etwas explizit zu machen, was in der Politischen Theorie ohnehin schon immer geschieht, nämlich die Beobachtung und der Import fachfremder Theorien, etwa aus der Soziologie, den Wirtschafts- oder auch den Lebenswissenschaften. Allerdings sei dieses ‚Monitoring‘, das er neben der normativen Theoriebildung und der Ideengeschichte als drittes Aufgabenfeld der Politischen Theorie begreift, bislang in einer wenig reflektierten Weise geschehen. Weiß skizziert daher Kriterien, die ein politisch-theoretisches Monitoring anleiten sollen, und erhofft sich dadurch auch einen Attraktivitätsgewinn der Politischen Theorie für das gesamte Fach.

Im Zentrum des Beitrages von Pritzlaff steht die Frage nach dem möglichen Beitrag der entwicklungspsychologischen Forschungen von Michael Tomasello. Dessen Erkenntnisse zur grundlegenden Normativität zwischenmenschlicher Interaktionen lassen sich Pritzlaff zufolge für eine Theorie politischer Praktiken fruchtbar machen. Um das zu zeigen, greift sie zudem auf die sprachphilosophischen Arbeiten von Robert Brandom zur impliziten Normativität sozialer Praxis zurück, die sie in den empirischen Forschungen von Tomasello bestätigt sieht. Beide zusammen könnten nicht nur die naturale Verankerung von Normativität aufzeigen, sondern würden auch wichtige Bausteine für eine Politische Theorie liefern, die auf dem Begriff politischer Praktiken aufbaut.

Dort, wo die Brücke zu Bereichstheorien und zu einer empiriebezogenen Politischen Theorie geschlagen wird, stellt sich die Frage des Methodentransfers. Wie sehr soll sich die Politische Theorie auf die empirischen Methoden und deren Ergebnisse einlassen? Welche Chancen bieten welche Vorgehensweisen und Methoden für die Politische Theorie, welche Risiken bringen sie mit sich? Und wie verpflichten Methoden auf bestimmte Methodologien und diese wiederum auf bestimmte Grundannahmen, die in der Politischen Theorie gerade reflektiert werden müssen? Gibt es zudem spezifische Methoden

der Politischen Theorie, die ihrerseits als anregend und weiterführend in den anderen Teildisziplinen und Arbeitsfeldern der Politikwissenschaft übernommen beziehungsweise fortgeführt werden könnten?

3. Die zunehmende Professionalisierung der Politischen Theorie und der politischen Philosophie treibt nicht nur die Spezialisierung und die Möglichkeit der Bildung relativ großer Nischen für einzelne Theorieschulen und Themengebiete voran, sondern auch die Reflexion über die Vorgehensweisen der Theoriebildung selbst. Unter dem Titel der Methoden wird daher nicht auf Erhebungs- und Auswertungsmethoden wie in der empirischen Forschung verwiesen, es geht um die ‚Bauweise‘ von Theorien, wobei diese entscheidend davon abhängen kann, welche Art von Theorie, welche Architektur die jeweilige Theorie aufweist. Martin Saar hat auf der Konferenz, aus der dieses Themenheft hervorgegangen ist, die Baumetaphorik mit seiner Unterscheidung von konstruktiven, dekonstruktiven und rekonstruktiven Architekturen von Theorien genutzt, um die grundlegenden Alternativen anzudeuten. Danach sind bei konstruktiver Theoriebildung in der Tradition von Rawls etwa andere Methoden zu entwickeln als bei rekonstruktiver (zum Beispiel in der Tradition von Habermas und Honneth) und dekonstruktiver (zum Beispiel in der Tradition marxistischer Ideologiekritik oder Derridas). Theoriepluralismus und Methodenpluralismus würden daher miteinander einhergehen, die Erwartung eines aller politischer Theorie gemeinsamen Methodenkanons erwiese sich als verfehlt. Gleichwohl ist damit noch nicht die Frage beantwortet, wie die einzelnen Theoriearchitekturen (oder Methodologien) intern gebaut sein müssen, um dem Anspruch einer wissenschaftlichen Vorgehensweise zu entsprechen.

An dieser Stelle schließen die aus einem Podiumsgespräch hervorgegangenen Kurzbeiträge von *Bernd Ladwig* und *Joachim Behnke* an. Beide treten für eine möglichst explizite und argumentative Vorgehensweise bei der Formulierung politischer Theorien ein und erhoffen sich dadurch eine Steigerung der Wissenschaftlichkeit der normativen Theoriebildung.

Ladwig distanziert sich von einem Verständnis von politischer Philosophie, das diese als eine rein begriffliche und daher wertfreie Analyse politischer Grundkategorien wie Gleichheit, Gerechtigkeit oder Freiheit betrachtet. Ihm zufolge ist eine derartige Vorgehensweise nicht möglich, da die verwendeten Begriffe notwendigerweise normativ gehaltvolle Konzepte darstellen. Politische Philosophie steht für Ladwig zudem in ‚substantieller‘ Hinsicht in einer Kontinuitätsbeziehung zur alltäglichen Politik, die er um den Begriff der Autonomie zentriert. Als autonome Wesen schulden wir uns wechselseitig die Begründung unserer Handlungen und politischen Entscheidungen. Im politischen Handeln werden daher Geltungsansprüche erhoben, die in der politischen Philosophie unter Wahrung des Kontaktes zur Teilnehmerperspektive reflektiert und geprüft werden sollen.

Das Verhältnis von empirischer Sozialforschung, positiver und normativer Theoriebildung steht im Zentrum des Beitrages von Behnke. Ihm zufolge ist das entscheidende Kriterium für die Wissenschaftlichkeit normativer Aussagen, dass diese gerechtfertigt werden können. Das bedeutet in erster Linie, dass diese einer kritischen Überprüfung standhalten können, dass ‚gute Gründe‘ für diese Behauptung geliefert werden können. Normative Theorien, die mit dem Anspruch auf Wissenschaftlichkeit auftreten, dürfen sich nicht einzig auf vermeintlich selbstevidente Behauptungen stützen, sondern bedürfen einer empirischen Fundierung. Entsprechend legt Behnke der normativen Theorie eine

stärkere Berücksichtigung der Ergebnisse positiver, und das heißt empirisch gesättigter Theoriebildung nahe.

Alle Beiträge öffnen sich eher vorsichtig neuen Wegen und Vorgehensweisen der Politischen Theorie. Gleichwohl teilen sie alle mehr oder weniger die Forderung nach einer stärkeren Annäherung von Politischer Theorie und den empirischen Sozialwissenschaften. Damit scheint uns der Weg aufgezeigt, den eine Politische Theorie, die auf normative Aussagen nicht verzichten kann, in Zukunft weiter verfolgen sollte, wenn sie sich als Teil einer überwiegend empirisch ausgerichteten Politikwissenschaft versteht. Eine stärkere empirische Fundierung normativer Theorien würde gewiss deren vielfach beklagte Akzeptanzprobleme vermindern und sie wieder näher an die anderen Teilbereiche der Politikwissenschaft heranführen. Aber die hier und anderswo aufgezeigten Wege müssen auch halbwegs konsequent und systematisch begangen werden. Ein Rückzug in die je eigene Publikationstätigkeit, ohne den Willen zum Bau an einer methodisch und in ihren Vorgehensweisen reflektierten Disziplin der Politischen Theorie, wäre nicht wünschenswert. Wir erlauben uns daher abschließend vier Thesen über die Möglichkeiten und Wünschbarkeiten einer weiteren Entwicklung:

1. Der Realismustreit kann dann weiterführend werden, wenn die Ebene der Metareflexion und Methodendebatte verlassen und ausgearbeitete Versuche einer realistischen normativen Theorie vorgelegt werden.
2. Die Politische Theorie wird auch in Zukunft als vorrangig normative Theoriebildung ihren Erfolg finden. Sie muss aber selbst Beiträge zur (immer normativ imprägnierten) empirisch fundierten Theoriearbeit leisten und sich der eigenständigen empirischen Theoriebildung in den anderen Teildisziplinen als Diskussionspartnerin und auch als Kritikerin nähern.
3. Es ist kein Niedergangsphänomen, sondern ein Explikationsfortschritt, wenn die Politische Theorie sich ein Methodenbewusstsein zulegt und ein systematisches Nachdenken über Methodenentwicklung zu ihren selbstverständlichen Aufgaben zählt.
4. Politische Theorie muss sich nicht selbst bescheiden. Angesichts der Versuche in anderen Disziplinen – von den Neurowissenschaften über die Anthropologie, die soziologische Gesellschaftstheorie bis hin zur Philosophie des Sozialen –, eine umfassende Theorie des Menschen und seiner Sozialität zu entwickeln, kann die Politische Theorie sich – unter sorgfältiger Rezeption der Theorien anderer Fächer – an den Versuchen derartiger ‚großer‘ Theoriebildung beteiligen, was auch deren kritische Reflexion einschließt.

Die Beiträge zu diesem Heft sind aus der Bremer Tagung der Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte der DVPW Ende September 2011 zum Thema *Gegenstand und Methoden der politischen Theorie* hervorgegangen. Wir danken der Redaktion der *Zeitschrift für Politische Theorie* für die hervorragende Kooperation und die Möglichkeit, Ergebnisse dieser Tagung so zeitnah zu präsentieren.

Politische Theorie als angewandte Moralphilosophie?

Die realistische Kritik

*Jörg Schaub**

Schlüsselwörter: ideale Theorie, angewandte Ethik, politischer Moralismus, politischer Realismus, Kritik, Raymond Geuss, Bernard Williams

Abstract: Raymond Geuss und Bernard Williams lehnen die gegenwärtig dominanten politiktheoretischen Ansätze mit der Begründung ab, diese würden Politische Theorie als angewandte Moralphilosophie betreiben. Der vorliegende Aufsatz rekonstruiert zunächst den genauen Gehalt dieses Einwands und erläutert die Gründe, aus denen diese Autoren die in der zeitgenössischen politischen Theorie weithin geteilte Annahme zurückweisen, nach der jede ernst zu nehmende Beschäftigung mit dem Phänomen ‚Politik‘ auf einer normativen oder idealen Theorie der Gerechtigkeit aufbauen müsse. Anschließend werden einige Stärken und Schwächen der ‚realistischen‘ Alternativen herausgearbeitet, die Geuss und Williams gegen die von ihnen als ‚moralistisch‘ bezeichneten Formen politischer Theorie in Stellung bringen. Auf dieser Grundlage wird zuletzt für die weitere Ausarbeitung einer politiktheoretischen Herangehensweise plädiert, die zugleich realistisch, kontextualistisch, kritisch, aktivistisch und negativistisch ist.

Abstract: Raymond Geuss and Bernard Williams reject mainstream approaches to politics on the grounds that they conceive of political theory as applied moral philosophy. This paper provides a reconstruction of what this objection amounts to, and outlines the reasons these authors have for dismissing an assumption that is widely shared among contemporary political theorists, namely, that any theoretical approach to politics that deserves to be taken seriously has to be based on a purely normative or ideal theory of justice. The paper then outlines some strengths and weaknesses of the alternative ‚realist‘ approaches that Geuss and Williams put forward against ‚moralistic‘ ways of doing political philosophy. On the basis of this discussion, a case is made for working out an approach to political theory that is at the same time realist, contextualist, critical, activist and negativist.

Einleitung

In den gegenwärtig geführten methodologischen Debatten wächst das Bewusstsein dafür, dass sich John Rawls' (vgl. 1975; 1998; 2002) Bedeutung für die Politische Theorie nicht darin erschöpft, eine überzeugende Konzeption politischer Gerechtigkeit ausgearbeitet zu haben. Ebenso tiefgreifend scheint sein Einfluss auf die Art und Weise, in der die meisten von uns Politische Theorie betreiben, nämlich als – oftmals kantisch inspirierte – normative Theorie (der Gerechtigkeit). Als charakteristisch für die postrawlsianische politische

* Dr. Jörg Schaub, Goethe-Universität Frankfurt
Kontakt: J.Schaub@em.uni-frankfurt.de

Theorie kann dabei die Annahme gelten, dass jede ernst zu nehmende Beschäftigung mit dem Phänomen ‚Politik‘ auf einer idealen Theorie (der Gerechtigkeit) aufbauen müsse. Dieser spezifische methodologische Zugriff ist nun in jüngster Vergangenheit aus unterschiedlichen Gründen und verschiedenen Richtungen in Frage gestellt worden (vgl. Schaub 2010; Simmons 2010: 5 f.). In meinem Beitrag werde ich mich mit den von Raymond Geuss (2008) und Bernard Williams (2005a) vorgeschlagenen Varianten einer sich als ‚realistisch‘ gerierenden Kritik an dieser idealtheoretischen Herangehensweise befassen. Geuss und Williams zufolge besteht ein grundlegender Fehler derartiger Ansätze darin, Politische Theorie als angewandte Ethik (Geuss 2008: 1, 6, 9) oder angewandte Moralphilosophie (Williams 2005a: 2; 2005b: 77) zu betreiben. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass es sich bei Geuss’ und Williams’ Realismus um eine neue, schwache Variante desselben handelt, der nicht wie der alte, starke Realismus auf der These basiert, dass Politik ein Spiel ist, in dem es ausschließlich um den Ausbau der eigenen Macht und die Durchsetzung der eigenen Interessen geht (vgl. Bell 2009; Galston 2009). Schwache RealistInnen weisen also nicht kategorisch die Vorstellung zurück, dass Rechtfertigungen und moralische Überzeugungen politisch wirksam werden können, vielmehr wenden sie sich dagegen, Politik allein als Medium der Anwendung beziehungsweise Umsetzung moralischer Ideale und Ziele zu betrachten (vgl. Freyenhagen 2011: 334; Geuss 2010b: 38 f.).

Im ersten, rekonstruktiv angelegten Teil werde ich zunächst erläutern, was Geuss und Williams meinen, wenn sie von Politischer Theorie als angewandter Moralphilosophie sprechen. Anschließend werde ich einige Gründe anführen, die Geuss’ und Williams’ Zurückweisung dieser postrawlsianischen Herangehensweise motiviert haben, und mich dann bemühen, deren unterschiedlich ausgerichteten realistischen Alternativen zu konturieren und zu begutachten. Zuletzt werde ich grob skizzieren, wie eine realistisch-kritische Alternative zu den gängigen idealtheoretischen Ansätzen aussehen könnte.

1. „Politics is applied ethics“

Im Folgenden werde ich die von Geuss und Williams kritisierten Ansätze als ‚ideale Prinzipien-Ethiken‘ (IPE) bezeichnen. Diese verfügen nach Geuss in der Regel über folgende Charakteristika (Geuss 2008: 6–9, 16 f., 59, 99 f.):

(1) IPE sehen ihre Aufgabe darin zu klären, wie Menschen ihr Zusammenleben regeln sollten. Dabei werden verschiedene methodologische Annahmen gemacht: (2) ‚Ethik‘ wird als eine eigenständige Disziplin angesehen, die ihren eigenen Gegenstand und ihre eigenen Argumentationsformen besitzt. (3) IPE legen daher großen Wert darauf, die Unterscheidung zwischen deskriptiven und normativen Aussagen so strikt wie möglich zu treffen. (4) Dies führt zu einer – von RealistInnen beklagten – empirischen Enthaltsamkeit und Abschottung der normativen politischen Theorie von Disziplinen wie der Geschichtswissenschaft, der empirischen Politikwissenschaft, der Soziologie, der Ethnologie, der Psychologie und der (empirischen) Ökonomie. (5) Ferner bemühen sich IPE primär darum, einige wenige, abstrakte, ahistorische, universell gültige, moralische Prinzipien möglichst präzise zu formulieren und zu begründen beziehungsweise auf abstrakte Weise einige Tugendbegriffe (wie zum Beispiel Gerechtigkeit) zu klären (siehe auch Williams 2005a: 1 ff.). Reflexionen auf bestimmte historische Kontexte, in denen diese Prin-

zipien und Begriffe sich herausgebildet und eine bestimmte Rolle gespielt haben, werden dabei vernachlässigt. (6) IPE gehen davon aus, dass eine (kritische) Beurteilung der bestehenden Verhältnisse und die Orientierung politischer AkteurInnen die Klärung der so verstandenen Prinzipien und Tugendbegriffe voraussetzt. (7) Bei der Rechtfertigung derselben spielen die von Mitgliedern bestimmter Gesellschaften weithin geteilten ethischen Intuitionen und wohlüberlegten Urteile eine zentrale Rolle. (8) IPE streben danach, diese Intuitionen und Urteile in ein möglichst kohärentes System zu bringen.¹

Die für IPE charakteristische *Weise der Bezugnahme* auf Politik – und damit die für IPE spezifische Auffassung des Verhältnisses von Moralphilosophie und Politischer Theorie – ist ein Zwei-Schritte-Modell: Die in einem ersten Schritt geklärten und begründeten Prinzipien und Tugendbegriffe werden in einem zweiten Schritt auf die bestehenden Verhältnisse angewendet, wobei eine Auseinandersetzung mit den spezifischen, historischen Verhältnissen erst im Zuge des zweiten Schritts vorgesehen ist. Geuss (2008: 1, 9) spricht diesbezüglich von einem „ethics-first“-Modell, während Williams (2005a: 2) die Bezeichnung „political moralism“ bevorzugt.²

Diese moralischen Prinzipien und Tugendbegriffe auf die Politik ‚anzuwenden‘ bedeutet dabei entweder, (a) dass Politik als Medium der Realisierung derselben aufgefasst wird, oder (b), dass die IPE moralische Normen bestimmen, die legitimem politischen Handeln bestimmte Grenzen setzen (Geuss 2008: 8; Williams 2005a: 1 f.). In beiden Fällen wird der Moral insofern ein Vorrang vor der Politik eingeräumt, als diese in moralischen Begriffen definiert (Geuss 2008: 100) und als eine prinzipiengeleitete Aktivität verstanden wird (ebd.: 15 f., 72, 97 f.; 2010a: 46, 54; vgl. Rawls 1975: § 10). Die der Moral zuerkannte Priorität vor der Politik zeigt sich auch darin, dass vorausgesetzt wird, dass in moralischen Begriffen (Prinzipien et cetera) formulierte Ziele immer alle anderen Erwägungen im politischen Bereich ‚übertrumpfen‘ (Geuss 2008: 8, 39; Williams 2005a: 2).

2. Geuss' kritisch-kontextualistischer Realismus

Zu dieser Weise, Politische Theorie zu betreiben, sucht Geuss in seiner kleinen Monographie *Philosophy and Real Politics* (2008) eine Alternative. Nicht die abstrakte Klärung moralischer Prinzipien und Tugendbegriffe ist nach Geuss die primäre Aufgabe der Politischen Theorie, sondern die kritische Auseinandersetzung mit konkreten Handlungskontexten und in diesen vollzogenen Handlungen. Denn unter Politik versteht Geuss Weisen des Handelns, die in konkreten Kontexten auf die Strukturierung der Handlungen anderer abzielen (Geuss 2008: 1, 11, 21–23, 26). Gemäß dieser Sichtweise lassen sich politische Handlungen weder verstehen noch *bewerten*, wenn man von den spezifischen historischen Umständen, in denen sie vollzogen werden, absieht. Geuss zieht hieraus die Konsequenz, dass politisches Theoretisieren von einer Analyse der tatsächlichen Bedingungen politischen Handelns *ausgehen* müsse (ebd.: 4, 9, 13–15, 36; vgl. Menke 2010: 447).

Zu diesen Bedingungen zählt Geuss die tatsächlich bestehenden Machtbeziehungen (2008: 25–27) und die vorherrschenden Legitimationsmechanismen (ebd.: 34–36) ebenso wie die Pluralität endlicher AkteurInnen, die, eingebunden in soziale Strukturen, situativ

1 Vgl. diesbezüglich etwa Rawls' Methode des Überlegungsgleichgewichts (Rawls 2003: § 10).

2 Siehe hierzu auch die Debatte über das Verhältnis von idealer und nichtidealer Theorie (vgl. Schaub 2010).

eine Vielzahl von Anliegen, die sie nicht zugleich verfolgen können, in eine Rangfolge bringen müssen (ebd.: 30–34). Diese Variante des politischen Realismus behandelt die tatsächlichen Bedingungen des politischen Handelns im Unterschied zu IPE also nicht so, als stünden sie „der Normativität des Politischen [...] als ‚empirische‘ Bedingungen äußerlich gegenüber“, vielmehr werden die tatsächlichen Bedingungen des politischen Handelns als konstitutiv für die „Normativität des Politischen“ (Menke 2010: 448; vgl. Galston 2010; Rossi 2010: 504) angesehen. Daher nimmt beim politischen Realismus die Bewertung und Orientierung politischen Handelns die Form einer Reflexion auf diese sich ständig und auf unvorhersehbare Weise ändernden Handlungskontexte an, die bei IPE immer erst in einem zweiten Schritt als spezifische Hindernisse bei der Implementierung idealer Prinzipien und Tugendbegriffe Berücksichtigung finden.

Geuss (2008: 29) sieht dabei im politischen Theoretisieren selbst eine Form des politischen Handelns. Denn die Politische Theorie kann politische AkteurInnen etwa darüber aufklären, dass es Alternativen zu Denkweisen und Problemlösungsstrategien gibt, die in einer bestimmten historischen Situation dominant geworden sind, oder ihnen begriffliche Innovationen – wie zum Beispiel den ‚Staat‘ (ebd.: 43–45; Skinner 1989: 90–131) – nahelegen. Damit nimmt die Politische Theorie nicht nur Einfluss darauf, wie politische AkteurInnen ihre jeweilige Handlungssituation verstehen, sondern eröffnet ihnen hierdurch zuallererst bestimmte Handlungsstrategien. Deswegen hält Geuss es auch für angemessen, nach den tatsächlichen Wirkungen politischen Theoretisierens zu fragen und diese Wirkungen selbst wiederum einer Bewertung zu unterziehen (Geuss 2008: 10; vgl. Freyhagen/Schaub 2010: 470–476).

2.1 Kritik am Generalismus

Geuss kritisiert vor allem, dass es IPE in erster Linie um die Klärung abstrakter, universalistischer und ahistorischer Prinzipien und Tugendbegriffe geht. Seine Strategie besteht zum einen darin, Zweifel an der Universalität und Neutralität vermeintlich idealer Prinzipien zu wecken, zum anderen möchte er zeigen, wie wenig mit der Formulierung solch abstrakter Prinzipien gewonnen ist.

Geuss beanstandet zunächst die Methoden, von denen IPE zur Generierung idealer Prinzipien Gebrauch machen. Ihm zufolge weisen diese keinen verlässlichen Weg zu gehaltvollen ‚idealen‘ oder ‚rein normativen‘ Prinzipien, da es diesen Methoden an effektiven Schutzmechanismen fehlt, unter Verweis auf die eine Beeinflussung oder Verzerrung der generierten Prinzipien durch den *Status quo* (und seine Vorgeschichte) ausgeschlossen werden kann (Freyenhagen/Schaub 2010: 457–470). Geuss erwähnt diesbezüglich etwa die in seinen Augen problematische Rolle, die hier und heute (vermeintlich) weithin geteilte ethische Intuitionen oder wohlüberlegte Urteile in IPE bei der Klärung und Begründung idealer Prinzipien und Tugendbegriffe spielen (Geuss 2008: 7, 60, 86 f., 90 f., 99 f.).

Ferner kritisiert Geuss, dass die von IPE formulierten Prinzipien so abstrakt seien, dass man von ihnen (allein) ausgehend keine Implikationen für das konkrete politische Handeln ableiten könne – weswegen er sie als politisch-praktisch uninformativ und vergleichsweise uninteressant charakterisiert (ebd.: 13, 46). Ferner betont er, dass solche abstrakten Prinzipien erst durch spezifische Interpretationen und Verwirklichungen in historisch-konkreten Kontexten eine eindeutige Bedeutung erhalten (ebd.: 14). Unter Verweis auf Wittgensteins Ausführungen zum Regelfolgen-Problem argumentiert Geuss

zudem, dass selbst dann, wenn wir über gehaltvolle, invariante Prinzipien verfügen, weiterhin unklar bleibt, wie man darüber befinden kann, ob diese Prinzipien auf konkrete Fälle anzuwenden sind beziehungsweise welches Verhalten als eine Befolgung derselben gelten kann (ebd.: 10; 2010a: 46, 54; vgl. McKeever/Ridge 2008: 1182 f.).

Geuss gibt darüber hinaus zu bedenken, dass IPE nicht erklären können, warum Prinzipien, die unter Abstraktion von den tatsächlichen Bedingungen des politischen Handelns (und zumeist unter Voraussetzung idealisierter, übersichtlicher und günstiger Bedingungen) generiert werden, geeignet sein sollen, diejenigen Aspekte zu identifizieren, die in ganz anders gearteten, konkreten Situationen (besonders) relevant sind. IPE scheitern seines Erachtens folglich daran, Prinzipien als kontext-invariante und universelle auszuweisen, weil sie kein Argument vorbringen, das erklärt, warum Aspekte, die sich in bestimmten Situationen als relevant erwiesen haben, auch in allen anderen möglichen Szenarien im selben Maße und auf dieselbe Weise relevant wären (Geuss 2008: 32, 81, 95, 97).³ Geuss erkennt in invarianten, allgemeinen Prinzipien also nicht die Basis für jedes (politisch-)moralische Urteil, sondern erachtet diese Prinzipien als im besten Fall wenig informativ, im schlimmsten Fall sogar als gefährlich. Denn orientiert man sich beim politischen Handeln an diesen Prinzipien, anstatt von einer Analyse der tatsächlich bestehenden Verhältnisse auszugehen, läuft man immer Gefahr, situationsunangemessen zu agieren (ebd.: 15; 2010b; vgl. Dancy 2009; Menke 2010: 447; Risse 2010).

Geuss' negative Argumentation richtet sich also gegen einen ethischen Generalismus oder Universalismus. Positiv argumentiert er für eine realistisch-kontextualistische Auffassung politischen Handelns, die mit dem Anspruch auftritt, besser als IPE aufgestellt zu sein, politisches Handeln zu verstehen und zu orientieren (Geuss 2008: 14 f.; 93 f., 99). Hinsichtlich des Verhältnisses von Moralphilosophie und Politischer Theorie ist es jedoch wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass diese antigeneralistische Argumentation – ihre Plausibilität einmal vorausgesetzt – noch nicht auf eine generelle Zurückweisung einer auf moralphilosophischer Grundlage operierenden politischen Theorie hinausläuft. Denn es gibt ja durchaus moralphilosophische Positionen, die Geuss' Vorbehalte gegen abstrakte Prinzipien (aus zum Teil identischen Gründen) teilen – so etwa Jonathan Dancy holistischer Partikularismus (vgl. Dancy 2004; 2009; McKeever/Ridge 2008).

Wie Geuss bestreitet Dancy unter dem Stichwort ‚Partikularismus‘ dass moralisches (oder genereller: evaluatives) Denken in der Anwendung von Prinzipien beziehungsweise solche Prinzipien voraussetzt. Zum anderen verteidigt Dancy unter dem Stichwort ‚Holismus‘ wie Geuss die Variabilität moralischer (beziehungsweise evaluativer) Gründe. Dancy zufolge darf man nicht davon ausgehen, dass bestimmte Aspekte in unterschiedlichen Situationen immer gleich zu bewerten sind. Ob sie wichtig sind, wie wichtig und in welcher Hinsicht, ob sie positiv oder negativ ins Gewicht fallen, hängt gemäß dem holistischen Partikularismus vom jeweiligen Kontext ab – das heißt von der Gesamtheit seiner Eigenschaften und der Beziehungen zwischen diesen – und lässt sich folglich nicht in Abstraktion von einer Analyse desselben erörtern (Dancy 2009; McKe-

3 Vgl. diesbezüglich zum Beispiel die überzeugende partikularistische Kritik an W. D. Ross' (2002: 16–64; Dancy 2009) Vorstellung einer „intuitiven Induktion“, die diese argumentative Lücke schließen soll. Rawls (1975: 277, 337, 387) kommt einer Anerkennung dieser Übertragbarkeitslücke in denjenigen Passagen seiner *Theorie* am nächsten, in denen er zugesteht, dass es nicht klar sei, ob beziehungsweise in welcher Weise die Prinzipien der Fairness-Konzeption (inklusive der zwischen diesen Prinzipien bestehenden lexikalischen Ordnung) in Umständen gelten würden, die von den günstigen Bedingungen, die bei ihrer Begründung vorausgesetzt werden, dramatisch abweichen.

ver/Ridge 2008: 1187). Dass ich in einer Situation moralische Gründe habe, mich an die geltenden Gesetze zu halten, heißt nicht, dass es keine Situation geben kann und gegeben hat, in denen es moralisch richtig gewesen wäre, gegen geltendes Recht zu verstoßen, etwa wenn diese Gesetze hochgradig ungerecht sind und man durch ein ungesetzliches Verhalten Opfern dieses Unrechtsregimes helfen beziehungsweise wirksam zu dessen Reformierung beitragen kann. Eine vom holistischen Partikularismus inspirierte politische Theorie würde also ganz im Sinne Geuss' das für IPE charakteristische Zwei-Schritte-Modell ablehnen und darauf bestehen, dass die Orientierung und Bewertung politischen Handelns nicht unabhängig von einer Analyse der Spezifika einer konkreten historischen Situation erfolgen kann, sondern von dieser auszugehen hat (Geuss 2008: 1 f., 6–9, 14 f., 36–42). *Dennoch* würden solche holistisch-partikularistischen Ansätze aber auf einer moralphilosophischen Grundlage operieren und darauf abzielen zu bestimmen, was in einer spezifischen Situation als moralisch richtig(es) beziehungsweise falsch(es) Verhalten gelten muss.⁴

Zum Zwecke einer Klärung der Stoßrichtung des Geuss'schen Realismus und zur Beantwortung der Frage, ob sich Geuss nur gegen den moralphilosophischen Generalismus oder generell dagegen wendet, Politische Theorie auf moralphilosophischer Grundlage zu betreiben, müsste man erläutern, was – wenn überhaupt etwas – Geuss gegen einen partikularistisch-holistischen, aber weiterhin moralphilosophischen Ansatz einzuwenden hätte. Ich werde diese wichtige Frage im übernächsten Absatz wieder aufgreifen.

2.2 Selbstkritik

Deutlich wird aus Geuss' Ausführungen, dass er auch von einem moralphilosophisch-kontextualistisch inspirierten politiktheoretischen Ansatz erwarten würde, dass dieser die Tiefenstruktur der Probleme ernst nimmt, die für das Bestimmen des moralisch Richtigen und Falschen daraus erwachsen, dass nicht nur die Verhältnisse, in denen wir uns vorfinden, sondern auch unser (evaluatives und deskriptives) Vokabular das Produkt kontingenter historischer Prozesse sind (siehe auch Williams 2005a: 13).

Dieser Umstand motiviert Geuss dazu, noch einmal die gängige Unterscheidung zwischen Sein und Sollen zu problematisieren. Er weist dabei die Distinktion selbst keinesfalls rundheraus und generell zurück, sondern begreift auch diese als eine „conceptual innovation“ (Geuss 2008: 16), die man in nahezu allen Kontexten in Anschlag bringen kann. Er bestreitet lediglich, dass es sich hierbei um eine Unterscheidung mit „absolute standing“ (ebd.: 17) handelt, die möglichst rigoros und systematisch zu treffen immer sinnvoll, praktikabel oder nützlich ist, ganz gleich welche (politikbezogene, theoretische) Frage man stellt.

Geuss kritisiert die Selbstcharakterisierungen politischer Theorien, die gehaltvolle Aussagen über politische Verhältnisse treffen, als ‚ideale‘ oder ‚rein normative‘, weil wir – selbst wenn wir *in abstracto* verstehen, was es mit der begrifflichen Unterscheidung zwischen Sein und Sollen auf sich hat – über keine verlässlichen Methoden verfügen, die

4 Der moralische Partikularismus stellt eine durchaus ernst zu nehmende Gegenposition zum moralischen Generalismus dar. Daher machen es sich diejenigen mit Geuss' politischem Realismus zu einfach, die behaupten, man könne niemals einen Beitrag zur moralischen Bewertung und Orientierung politischer Handlungen leisten, wenn man die Vorstellung kontextinvarianter moralischer Prinzipien zurückweise (vgl. Hurka 2009).

uns in die Lage versetzen, das rein Normative vom rein Faktischen zu scheiden. Nach Geuss können wir weder gehaltvolle rein normative Aussagen über Politik treffen noch eine „vollständige und erhellende Beschreibung“ unserer politischen „Institutionen und Praktiken“ geben, ohne auf ein „evaluatives Vokabular mit einer bestimmten Geschichte“ (ebd.: 59; Übersetzung J. S.) zurückzugreifen. Behielte er hiermit recht, würde dies im Umkehrschluss bedeuten, dass Politische Theorie als ideale oder rein normative zu betreiben für uns genau genommen überhaupt keine gangbare Option darstellt. Anstatt Geuss vorzuwerfen, dass er in der Praxis des Theoretisierens nicht strikt zwischen Sein und Sollen unterscheidet (vgl. Hurka 2009), sollten normative politische TheoretikerInnen meines Erachtens in eine Debatte mit ihm darüber eintreten, wie man mit dieser, von ihm herausgearbeiteten Schwierigkeit reflektiert umgehen könnte. Geuss geht es also nicht darum, die Gültigkeit bestimmter, rein normativer Argumente durch genealogisch-historische Überlegungen zu widerlegen, vielmehr bezweifelt er bereits die Annahme, dass es sich bei politischen Argumenten um rein normative handeln könne, wenn diese irgendeinen Gehalt haben.⁵ Denn diese Argumente werden in einem Vokabular und unter Verweis auf soziale Institutionen und Praktiken geführt, die sich in kontingenten historischen Prozessen gebildet und durchgesetzt haben (vgl. Geuss 2008: 68 f.).⁶

Geuss betont daher die Bedeutung dreier Formen der Reflexivität, die es der Politischen Theorie zuallererst ermöglichen, eine gewisse kritische Distanz zu den bestehenden Verhältnissen aufzubauen, in denen sie betrieben wird (ebd.: 48 f.; 2010c: xi): Erstens fordert er eine soziologische Reflexion beziehungsweise eine Analyse der tatsächlich bestehenden Machtverhältnisse, da nur eine solche uns über die Handlungsvermögen konkreter AkteurInnen sowie über die oftmals „undurchsichtige[n] Verquickungen von Macht und Wissens- bzw. Legitimitätsansprüchen“ (Geuss 2010d: 423; 2008: 52–54.) aufklären kann. Zweitens erachtet Geuss eine psychologische Kritik für angebracht, da es keinesfalls als ausgeschlossen gelten kann, dass sich bestimmte Selbstverständnisse, Bedürfnisse, Ängste et cetera, die wir in den bestehenden Verhältnissen ausbilden, in den Vorstellungen niederschlagen, die wir uns davon machen, wie die soziale Welt ist oder sein sollte (ebd.: 424 f.). Zuletzt bedarf es nach Geuss einer historischen Reflexion in Form einer genealogischen Kritik, die uns über die kontingenten und oftmals gewaltsamen Prozesse aufklärt, durch die sich die gegenwärtigen Verhältnisse und dominanten deskriptiv-evaluativen Vokabularien herausgebildet (und gegen andere durchgesetzt) haben (ebd.: 426 f.).

Welche methodologischen Vorsichtsmaßnahmen IPE ergreifen wollen, um *von Anfang an* eine gewisse kritische Distanz gegenüber den hegemonialen Formen des politischen Denkens und Handelns zu etablieren, bleibt gemäß Geuss unklar (vgl. Freyenhagen/Schaub 2010). Ihm zufolge kann sich die Politische Theorie mehr oder weniger reflektiert und kritisch gegenüber den bestehenden Verhältnissen verhalten, sie kann der Beeinflussung durch diese aber niemals ganz entkommen (Geuss 2008: 15; 2010b: 42). Für das Selbstverständnis einer (normativen) politischen Theorie bedeutet dies, dass sie ihre Interventionen nicht als unparteiliche oder neutrale auffassen sollte (vgl. ebd.: 29).

5 Ich denke diesbezüglich an gehaltvolle, normativ-politische Aussagen wie die folgende: „Auch die Arbeitswelt sollte demokratisiert werden“ (vgl. Tully 2008: 54 ff.).

6 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Jürgen Sirsch in diesem Heft, der diese Pointe der Geuss'schen Überlegungen meines Erachtens nicht hinreichend ernst nimmt. Zumindest geht seine Kritik an Geuss von folgender Prämisse aus, die ihm Geuss nicht einfach zugestehen würde: nämlich die (Zugänglichkeit der) Unterscheidung zwischen ‚ethischen‘ und empirischen Konstruktionsannahmen.

2.3 Politische Theorie ohne Moralphilosophie?

An dieser Stelle kann nun die oben aufgeworfene Frage, wie radikal Geuss' Kritik an der auf moralphilosophischer Grundlage betriebenen politischen Theorie ausfällt, wieder aufgegriffen und wie folgt spezifiziert werden: Was, wenn überhaupt etwas, hätte Geuss an einer sich moralphilosophisch verstehenden, holistisch-partikularistischen politischen Theorie auszusetzen, solange sie kritisch ist, das heißt, sich offen zeigt für alle Maßnahmen, die sie psychologisch, soziologisch und historisch reflektierter machen?

In *Philosophy and Real Politics* gibt Geuss keine eindeutige Antwort auf diese Frage. Daher werde ich selbst zwei naheliegende Antworten vorschlagen, die Geuss auf diese Frage geben könnte. Geuss könnte erstens replizieren, dass an einem auf moralphilosophischer Grundlage operierenden, holistisch-partikularistischen Ansatz überhaupt nichts problematisch sei, da dieser ja seine Vorbehalte gegen abstrakte, kontextinvariante Gründe und Prinzipien teile. Diese Antwort besäße allerdings zwei Implikationen: Sie würde zum einen klarstellen, dass Geuss in seiner Monographie überhaupt nicht behauptet, es sei *generell* problematisch, Politische Theorie auf einer moralphilosophischen Basis zu betreiben. Sein Buch müsste dann als eine Kritik an der *spezifischen Weise* gelesen werden, auf die politischen Theorien von IPE eine moralphilosophische Grundlage geben wird. Die zweite Implikation dieser Antwort bestünde darin, dass sie in einem *Spannungsverhältnis* steht zu Überzeugungen, die für den politischen Realismus als konstitutiv gelten. Denn auch eine politische Theorie, die von einer holistisch-partikularistischen Moralphilosophie inspiriert ist, würde es als ihre primäre Aufgabe ansehen, diejenigen politischen Handlungen zu bestimmen, die in einem spezifischen Kontext moralisch richtig wären (dies würde lediglich ohne Rekurs auf universalistische Prinzipien geschehen). Auf dieser Grundlage würde ein solcher holistisch-partikularistischer Ansatz dann fordern, jeweils das in einer konkreten Situation moralisch Richtige zu tun. Um konsistent zu sein, müsste ein politischer Realismus auch diese für einen holistisch-partikularistischen, politiktheoretischen Ansatz charakteristische Bezugnahme auf Politik als „angewandte Ethik“ (ebd.: 8) oder „politischer Moralismus“ (Williams 2005a: 2) kritisieren. Denn auch eine solche Herangehensweise begriffe Politik ausschließlich als Medium der Realisierung moralischer Ziele. Und weiterhin würden Zielen, die in moralischen Begriffen formuliert werden, ein Vorrang im politischen Bereich vor allen anderen Erwägungen eingeräumt. Kurz: Auch eine solche holistisch-partikularistische politische Theorie würde Politik mit Rückgriff auf moralische Begriffe definieren (Geuss 2008: 100).

Will Geuss an der für den politischen Realismus charakteristischen Zurückweisung eines ‚moralistischen‘ politiktheoretischen Zugriffs auf das Phänomen ‚Politik‘ festhalten, muss er eine andere Antwort auf die zu Beginn dieses Abschnitts gestellte Frage geben. Geuss könnte dann alternativ argumentieren, dass auch eine sich moralphilosophisch verstehende, holistisch-partikularistische politische Theorie problematisch sei, weil es *generell* problematisch sei, Politische Theorie auf einer moralphilosophischen Basis zu betreiben (und Politik in moralischen Begriffen zu definieren). Doch auch mit dieser zweiten Antwort gibt es eine Schwierigkeit: Die von Geuss in *Philosophy and Real Politics* verfolgte Argumentationsstrategie ist kaum geeignet, die These zu untermauern, dass Politische Theorie auf einer moralphilosophischen Basis zu betreiben *generell problematisch* ist. Wie ich gezeigt habe, richten sich die von Geuss vorgebrachten Einwände ausschließlich gegen universalistische Prinzipien-Ethiken. Diese Einwände werden aber auch von holistisch-partikularistischen, moralphilosophischen Ansätzen geteilt und sind daher nicht

in der Lage zu erklären, warum es grundsätzlich problematisch ist, einem politiktheoretischen Ansatz eine moralphilosophische Grundlage zu geben.

Wenn Geuss also tatsächlich zu dieser zweiten Antwort neigt, dann führen die von ihm vorgebrachten spezifischen, auf IPE zugeschnittenen Einwände seine LeserInnen in die Irre, da diese Einwände ihre Aufmerksamkeit auf die falsche Ebene lenken: Denn diese Argumente erwecken den Eindruck, dass es Geuss darum gehe, *eine spezifische Weise* (für die Rawls und Nozick exemplarisch eintreten) zurückzuweisen, dem politischen Denken und Handeln *moralphilosophische* Grundlagen zu geben, obwohl sein Anliegen gemäß der zweiten Antwort ja darin bestünde, *überhaupt* die Vorstellung zu diskreditieren, es bedürfe und gebe solche philosophisch-moralischen Grundlagen. Geht es Geuss um diesen generellen Punkt, reicht es jedoch nicht aus, IPE dafür zu kritisieren, dass sie das, was sie anstreben, *auf die Weise, in der sie es anstreben*, nicht erreichen können; denn der Hauptfehler der IPE wäre ja derselbe wie der jeder anderen Variante politischer Theorie, die darauf abzielt, der Politik ein moralphilosophisches Fundament zu geben, sowie annimmt, die Politische Theorie benötige ein solches Fundament, und davon ausgeht, die Philosophie könne ein solches bereitstellen.

Vorbehalte gegen diese Position äußert Geuss in *Philosophy and Real Politics* etwa in seinen Ausführungen, mit denen er seine Auseinandersetzung mit Nozick abschließt: „It is not that there is some *other* foundation for all thinking or even all ‚normative‘ thinking about human society, namely, some foundation that does not appeal to ‚subjective rights.‘ Rather, why assume that one can begin to think at all systematically and to any effect without being critical about the assumption that politics needs foundations of this kind? Being appropriately critical about this requires that one be historically informed.“ (ebd.: 69 f.)

Warum genau Geuss die (mit Begriffen wie ‚Vernunft‘, ‚Universalismus‘, ‚das Gute an sich‘, ‚absolut richtig‘ et cetera verknüpften) Bestrebungen als verfehlt ansieht, der Politik eine moralphilosophische Grundlage zu geben, führt er in seiner schmalen Monographie nicht aus. Vor dem Hintergrund seiner vielfachen Verweise auf Geschichtlichkeit und Kontingenz, seiner positiven Bezugnahme auf Nietzsche und Foucault sowie seiner Versuche, aus dem *moralphilosophischen Diskurs* wieder hervorzutreten (vgl. Geuss 2005: 1–10, 40–66), liegt es nahe, dass für ihn dieser Diskurs selbst ein historisch kontingentes Phänomen darstellt, das wieder als ein solches kenntlich zu machen ist. Auf diese Weise könnte Geuss die von den Hauptströmungen normativer politischer Theorie als notwendig angesehene Verbindung zwischen Politik und Moralphilosophie kappen und als eine kontingente charakterisieren. Hierdurch wäre dann wieder Raum geschaffen für ein Denken der Politik, das die Politik weder in moralischen Begriffen definiert noch moralische Anliegen prinzipiell als alle anderen ‚übertrumpfend‘ begreift.

Geuss bleibt uns, wenn er zu dieser zweiten Antwort neigt, allerdings eine Erklärung schuldig, nämlich wie eine politische Theorie, die ohne moralphilosophische Grundlagen betrieben wird, überhaupt *kritisch* sein kann. Geuss macht es sich zu einfach, wenn er diesbezüglich einfach bekundet, dass er folgende zwei Befürchtungen für unbegründet hält: Gemäß der ersten würden wir (notwendigerweise) einem Relativismus verfallen – und damit alle Orientierung und unsere Befähigung zum (gemeinsamen) evaluativen Überlegen verlieren –, wenn wir das Projekt einer starken moralphilosophischen Begründung der Politik aufgäben (ebd.: 4). Der zweiten Befürchtung zufolge verlören evaluative Begriffe und Urteile unter diesen Vorzeichen ihre motivationale Kraft (Geuss 2008: 39, 100). Dieser Sichtweise widerspricht Geuss, da für ihn – hierin folgt er Nietzsche – das

Bewerten fest zum Gewebe des menschlichen Lebens gehört. Daher könnten wir, so Geuss, auch nach der Entkopplung unseres politischen Denkens von der Moralphilosophie aus dem reichen Schatz an evaluativen Begriffen schöpfen (von denen wir einige gegenwärtig als ‚moralische‘ deklarieren und privilegieren), wenn wir miteinander über die Vor- und Nachteile bestimmter Handlungsweisen in konkreten Situationen diskutieren. Wir würden lediglich die Vorstellung aufgeben, die Verwendung dieser evaluativen Begriffe bedürfte einer moralphilosophischen Autorisierung.

3. Williams' realistische Legitimitätskonzeption

Bernard Williams (2005a: 1 ff.) teilt Geuss' Vorbehalte gegen eine als angewandte Moralphilosophie betriebene politische Theorie. Im Unterschied zu Geuss, dem eine kritische und kontextualistische Theorie des politischen Handelns vorschwebt, geht es Williams vor allem darum, mithilfe einer Analyse der grundlegenden Eigenschaften des politischen Verhältnisses und der grundlegenden Zwecke politischer Praxis eine *der Politik immanente* und für Politik *konstitutive* Konzeption von Legitimität zu entwickeln (ebd.: 1–3, 8; vgl. Galston 2010: 387 f.). Hierdurch grenzt er sich von den von ihm als „moralistisch“ (Williams 2005a: 2) bezeichneten Ansätzen ab, die Legitimität als einen moralischen Standard auffassen, der gewissermaßen von außen an die Politik herangetragen und auf sie angewendet wird.

Wie Geuss beruft sich auch Williams auf Hobbes (ebd.: 3; Geuss 2008: 21–23), da dieser seiner Meinung nach richtig gesehen hat, dass die erste praktische Aufgabe der Politik in der Aufrechterhaltung eines hinreichenden Maßes an Ordnung besteht (Williams 2005a: 3; 2005c: 62). Denn nur wenn diese Aufgabe erfüllt ist, wird Politik als eine Form des Handelns, das auf die Koordinierung des Handelns anderer abzielt, überhaupt möglich. Diese Aufgabe wird dabei als eine permanente und keinesfalls einfach zu erfüllende Aufgabe begriffen, die unter den sich ständig und auf unvorhersehbare Weise verändernden Umständen immer neue Anstrengungen verlangt (2005a: 3; Galston 2010: 390; Geuss 2008: 21 f.).

Williams und Geuss kritisieren daher idealtheoretische Ansätze dafür, dass diese einfach voraussetzen, dass es sich bei Gerechtigkeit um die *erste* Tugend politischer *Ordnungen* und das primäre Anliegen jeder Politik handelt (vgl. Rawls 1975: 19; hierzu kritisch Geuss 2008: 70; Williams 2005a: 2). Dabei ist gemäß Williams ein moralischer Begriff der Gerechtigkeit im Gegensatz zu seinem eigenen politischen Begriff der Legitimation der Politik nicht immanent (vgl. Freyenhagen 2011: 335).

Williams knüpft noch in einer weiteren Hinsicht an Hobbes an, da er in der modernen Idee des Staats den Ankerpunkt für seine politische Legitimitätskonzeption findet. Erst diese moderne, begriffliche und historisch wirkmächtige Innovation hat es ermöglicht, politische Autorität als eine autonome zu denken – wobei diese Innovation wiederum als Teil einer Problembestimmungs- und Problemlösungsstrategie angesehen wird, die auf eine spezifische, für moderne Gesellschaften charakteristische Konstellation zugeschnitten ist (vgl. Geuss 2008: 42–50; Skinner 1989: 90–131).

Zwischen Mitgliedern moderner Gesellschaften bestehen nämlich in der Regel nicht nur Uneinigheiten über religiöse und moralische Fragen, sondern auch Interessengegensätze. Vor dem Hintergrund dieser Uneinigheiten und der Erfahrungen mit Glaubens- und Bürgerkriegen sind theoretische Anstrengungen unternommen worden, die politische Au-

torität als eine über den religiösen, moralischen und interessenbezogenen Parteien stehende zu konzeptualisieren. Eine solche politische Autorität sollte in der Lage sein, die Konflikte zwischen diesen Parteien, sofern sie Ordnung, Sicherheit und Kooperation gefährden, auf eine für alle verbindliche Weise zu entscheiden. Ihre normative Kraft erhält eine politische Autorität dieser Sichtweise zufolge daraus, dass sie tatsächlich einen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der sozialen Kooperation unter spezifischen historischen Bedingungen leistet. Die Anerkennung einer politischen Autorität impliziert dabei, dass man dieser, wenn es um grundlegende politische Fragen geht, einen Vorrang vor anderen Autoritäten (etwa moralischen oder religiösen) einräumt (Rossi 2010: 507).

Wenn man wie Williams in der Autonomie und dem Vorrang der Politik (beziehungsweise der politischen Autorität) die Voraussetzungen dafür erkennt, dass Politik ihre primäre praktische Aufgabe unter modernen Bedingungen zu erfüllen vermag, dann muss einerseits das Projekt der Remoralisierung der Politik als ein geschichtlich unaufgeklärtes und potentiell gefährliches gelten, zum anderen erscheint die Geringschätzung, die ‚moralistische‘ politische TheoretikerInnen für einen ‚bloßen‘ *modus vivendi* übrighaben, völlig deplatziert (vgl. Rawls 1998: 234 f; hierzu kritisch Williams 2005a: 2).

3.1 Der invariante Kern einer politikimmanenten Konzeption der Legitimität

Die Herausforderung, mit der sich Williams konfrontiert sieht, besteht darin, Legitimitätsansprüche als dem politischen Verhältnis inhärent auszuweisen. Wenn man, wie Williams, Politik in erster Linie als eine Praxis betrachtet, deren primärer Zweck in der Aufrechterhaltung der Ordnung, der Sicherheit sowie der Bedingungen der Kooperation besteht (Williams 2005a: 3), liegt es nahe, auf der Suche nach einer politikimmanenten Legitimitätsauffassung auf eben diese Ziele zu rekurrieren, die durch die Etablierung einer politischen Autorität erreicht werden sollen. Folgerichtig betrachtet Williams das Vermögen einer politischen Autorität, *tatsächlich* (hinreichend gut) funktionierende Lösungen für diese primären politischen Herausforderungen zu geben, als eine (notwendige) Voraussetzung ihrer Legitimität. Zu diesen primären, praktisch-politischen Zielen gelangt Williams dabei auf einem minimalistischen Weg, der ohne Rekurs auf eine ideale Theorie der Gerechtigkeit oder eine moralphilosophische Rechtfertigung auskommt. Williams (2005: 63, 74) baut darauf, dass unter Menschen weithin Einigkeit darüber besteht, dass einige grundlegende Übel nach Möglichkeit zu vermeiden sind. Zu diesen Übeln zählt Williams (2005a: 4) physischen Zwang, Folter, Erniedrigung, Leid und Tod. Da für ihn die politische Rolle der Menschenrechte darin besteht, derartige Verletzungen als inakzeptabel auszuzeichnen, kann er sagen, dass unsere „most basic conceptions of human rights“ verknüpft sind „with our ideas of what it is for the supposed solution, political power, to become part of the problem“ (2005c: 63; vgl. Galston 2010: 390).

Von Hobbes weicht Williams insofern ab, als Williams nicht bereits in der erfolgreichen Etablierung von Ordnung eine hinreichende Bedingung für Legitimität erkennt. Denn Ordnung kann in einem Staat durch ganz verschiedene Weisen aufrechterhalten werden, etwa dadurch, dass man Untertanen terrorisiert und in Angst und Schrecken hält. Nur wenn die Herstellung der Ordnung mit dem Schutz vor Menschenrechtsverletzungen sowie der Erhaltung der Voraussetzungen der Kooperation einhergeht, sind nach Williams die invarianten und notwendigen Bedingungen einer politischen Konzeption der Legiti-

mität erfüllt. Zu diesem Kern notwendiger – nicht unbedingt hinreichender – Voraussetzungen für die Erfüllung des von ihm so genannten „Basic Legitimation Demand (BLD)“ (Williams 2005a: 4; vgl. 4–9) gehört jedoch noch ein weiterer Aspekt: „the state has to offer a justification of its power to each subject“ (ebd.: 4; vgl. 5 f.).

Williams untermauert diese Behauptung durch eine Begriffsanalyse, die zeigen soll, dass die Abgrenzung eines politischen Zustandes von einem Kriegszustand – in dem sich verschiedene Gruppen terrorisieren und der durch die Etablierung einer politischen Autorität ja zuallererst überwunden werden soll – nur gelingt, wenn man auf die Rechtfertigungsansprüche von Untertanen rekurriert (ebd.: 5; 2005c: 63). Eine politische Autorität unterscheidet sich nämlich von einer Kriegspartei in einem entscheidenden Punkt: Eine politische Autorität erhebt den Anspruch, dass es falsch wäre, wenn diejenigen, über die sie politische Macht ausübt, sich dieser Macht widersetzen. Damit gesteht die politische Autorität allen Untertanen aber zu, eine Rechtfertigung für Machtausübungen zu verlangen. Dabei wird angenommen, dass eine politische Autorität ihre Ausübungen der Macht gegenüber den Untertanen nur zu rechtfertigen vermag, wenn die politische Autorität auf überzeugende Weise darlegt, dass sie ihre Untertanen effektiv vor den oben genannten basalen Übeln beschützt.

Wenn es für ein politisches Verhältnis aber konstitutiv ist, dass denjenigen, über die politische Macht ausgeübt wird, ein Anspruch auf Rechtfertigung eingeräumt wird, wird verständlich, warum Williams diejenigen für begrifflich verwirrt erachtet, die Politik mit der (erfolgreichen) Ausübung von Zwangsmacht gleichsetzen. Denn nach Williams gilt: „might does not imply right“ (Williams 2005a: 5; 2005c: 69, 74; vgl. Rossi 2010: 509). Zum invarianten und universalistischen Kern des BLD gehört demnach nicht nur, dass alle Untertanen vor basalen Menschenrechtsverletzungen zu schützen sind, sondern auch, dass sie gegenüber der politischen Autorität einen Anspruch auf Rechtfertigung besitzen.

3.2 Zur Vorrangigkeit der Politik

Angesichts des Umstands, dass Williams seinen Realismus als eine Alternative zu gängigen liberalen Auffassungen präsentiert, überrascht es, dass die Affirmation der Menschenrechte und des Anspruchs auf Rechtfertigung zum invarianten Kern des BLD und damit zu einer politisch-realistischen Legitimitätsauffassung gehören. Denn beide Elemente können geradezu als typisch für liberal-moralische Legitimitätsauffassungen gelten.⁷ Wodurch hebt sich Williams' Ansatz also von diesen Herangehensweisen ab? Und wieso sollte man den BLD nicht als ein *moralisches* Prinzip der Legitimität auffassen?

Zunächst einmal ist diesbezüglich festzustellen, dass Williams' Zurückweisung der These, dass es sich beim BLD selbst um ein moralisches Prinzip handelt, angesichts seiner Abgrenzungsbedürfnisse von moralistischen Ansätzen überraschend schwach ausfällt. Letztlich schließt Williams nicht einmal aus, dass wir es beim BLD mit einem moralischen Prinzip zu tun haben. Er führt diesbezüglich lediglich aus, dass wenn der BLD selbst ein „moral principle“ sei, dann handle es sich nicht um „a morality which is prior to politics“ (Williams 2005a: 5). Doch was genau behauptet man, wenn man von einem mo-

7 Betrachtet man allein den invarianten Gehalt des BLD, gibt es eine Verwandtschaft zu der von Rawls in *Das Recht der Völker* (2002) vertretenen Position (vgl. Williams 2005a: 13 f.). Und das „Recht auf Rechtfertigung“ bildet bekanntermaßen den Grundbegriff der kantisch geprägten politischen Philosophie Rainer Forsts (2007).

ralischen Prinzip sagt, es gehe der Politik nicht voraus? Mit Recht könnte sich etwa der von Williams attackierte Rawls gegen den Vorwurf verwehren, er würde moralphilosophische Prinzipien einfach auf politische Verhältnisse anwenden. Denn die von Rawls in Anschlag gebrachten Prinzipien der Gerechtigkeit und Legitimität sind auf die gesellschaftliche Grundstruktur zugeschnitten und reflektieren, dass „politische Macht natürlich stets Zwangsmacht“ (Rawls 2003: 279, vgl. 278; Freyenhagen/Schaub 2010: 459 f.) ist. In diesem Sinne gehen Rawls' Prinzipien dem politischen Verhältnis also nicht voraus.

Wenn sich Williams' politisch-realistische Legitimitätsauffassung von der moralisch-liberalen aber nicht dadurch abhebt, dass allein sie spezifische „Merkmale des politischen Verhältnisses, das sich von anderen Verhältnissen durchaus unterscheidet“ (Rawls 2003: 278), berücksichtigt, bleibt als Differenzierungskriterium nur folgender Aspekt: Die Erfüllung (der notwendigen Elemente) des BLD soll *konstitutiv* dafür sein, dass es sich bei einem Verhältnis um ein politisches handelt (Williams 2005a: 5, 8). Rawls beschränkt sich demgegenüber von Anfang an auf liberal-demokratische Verhältnisse und damit auf eine spezifische Form, die das politische Verhältnis annehmen kann (aber nicht muss), weil er nur eine solche politische Ordnung für *moralisch* legitim erachtet, in der die politische Autorität als „die Macht des Kollektivs gleicher Bürger“ (Rawls 2003: 279) aufgefasst wird.

Analog könnte Williams hinsichtlich des Rechtfertigungsanspruchs klarstellen, dass die Differenz zwischen seinem realistischen und den von ihm kritisierten liberal-moralischen Ansätzen darin besteht, dass zuletzt genannte Herangehensweisen politische Rechtfertigung immer als *moralische* Rechtfertigung konzeptualisieren (vgl. Forst 2007). Demgegenüber verlangt der politische Realismus zunächst einmal nur, dass eine politische Autorität denjenigen, über die sie Macht ausübt und von denen sie verlangt, diese Machtausübungen zu akzeptieren, Gründe schuldet (vgl. Freyenhagen 2011: 12–15). Denn einer Gruppe von Menschen, die radikal benachteiligt wird, weil ihre basalen Menschenrechte missachtet werden, gilt: „Well, there is nothing to be said to this group to explain why they shouldn't revolt.“ (Williams 2005a: 5)

Williams bestreitet weder, dass es Umstände geben kann, in denen sich der BLD nur durch eine liberal-demokratische Gesellschaftsordnung erfüllen lässt, noch, dass diese Umstände in vielen, vorwiegend westlichen Gesellschaften gegeben sind (ebd.: 4, 7 f.). Deswegen ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass es sich beim invarianten Kern des BLD um die notwendigen Bedingungen der Legitimität handelt, die in allen historischen Kontexten dieselben sind. Welche hinreichenden Bedingungen für Legitimität gegebenenfalls noch zusätzlich zu diesen notwendigen Bedingungen zu erfüllen sind, lässt sich nach Williams nur unter Bezugnahme auf die spezifischen historisch-kulturellen Kontexte beantworten.

Leider wird aus Williams' Ausführungen, wie auch Sangiovanni (vgl. 2009: 232 f.) kritisch anmerkt, nicht deutlich, wie genau man von einer Auseinandersetzung mit einem historisch-kulturellen Kontext zu einer Bestimmung der für diesen Kontext hinreichenden Voraussetzungen der Legitimität gelangen soll. Williams stellt lediglich klar, dass immer dann, wenn bestimmte Legitimationen für Benachteiligungen in einem solchen Kontext einmal als unhaltbar erkannt worden sind, die diesen Legitimationen korrespondierenden diskriminierenden Praktiken als illegitime Akte staatlicher Gewalt aufzufassen sind, da durch diese der Anspruch der Benachteiligten auf Rechtfertigung missachtet wird (vgl. Williams 2005: 5). Deutlich wird darüber hinaus, dass Williams solche historisch-soziologisch-kognitiven Prozesse, in denen sich bestimmte Rechtfertigungen für Benachteil-

gungen als unhaltbar herausstellen, im Unterschied zu moralistischen Ansätzen negativistisch auffasst. Auch durch diese Prozesse gelangen wir seiner Auffassung zufolge nicht zu Grundlagen – zum Beispiel zu einer moralischen Konzeption der freien und gleichen Person (ebd.) –, auf denen wir dann eine moralisch-politische Gerechtigkeits- und Legitimitätskonzeption ausarbeiten können.

Aus einer realistischen Perspektive unbefriedigend bleibt damit an Williams' Überlegungen zweierlei: Zunächst wäre hier seine Staatsfixierung zu nennen, da es, wie insbesondere Foucault deutlich gemacht hat, viele Strategien gibt, durch die Menschen das Verhalten anderer Menschen (vermittels Institutionen) regulieren und strukturieren, wobei viele dieser Strategien nicht (direkt) mit der Autorität des Staats verknüpft sind. Doch diese Perspektivenverengung erklärt sich womöglich daraus, dass sich Williams in dem Aufsatz *Realism and Moralism in Political Theory* nur das beschränkte Ziel setzt, eine politisch-realistische Legitimitätskonzeption zu entwickeln – und nicht beansprucht, die Grundzüge einer realistischen politischen Theorie zu entwerfen. Zweitens scheint Williams zu überschätzen, was man begriffsanalytisch mit Blick auf eine Bestimmung dessen, was ‚Politik‘ ist, erreichen kann. Denn wie kontrovers Williams' eigene Analyse ist – der zufolge Politik da anfängt, wo der Krieg aufhört und die Rechtfertigungen einer politischen Autorität anerkannt werden –, zeigt sich schnell, wenn man sie mit der bekannten Position von Carl von Clausewitz konfrontiert, für den der Krieg nichts anderes als die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln ist.

Ausblick

Die von Geuss und Williams skizzierten realistischen Alternativen zu den gängigen idealtheoretischen Herangehensweisen besitzen Schwächen und Unklarheiten, aber auch Stärken. Meines Erachtens spricht einiges dafür, sich weiter um die Ausarbeitung eines politiktheoretischen Ansatzes zu bemühen, der zugleich realistisch, kritisch und kontextualistisch als auch aktivistisch und negativistisch wäre.⁸ Würde es gelingen, einen solchen Ansatz auf eine kohärente Weise auszuarbeiten, müsste er einen Vergleich mit den gängigen idealtheoretischen Herangehensweisen womöglich nicht scheuen.

Der mir vorschwebende methodologische Zugriff wäre *realistisch* und *kontextualistisch*, da er – wie von Geuss gefordert – von einer Analyse der jeweils bestehenden (lokalen bis globalen) Beziehungen der Macht, der institutionellen Arrangements sowie der Formen der Wissensproduktion und Legitimation *ausgehen* würde. Denn diese prägen und strukturieren das Selbstverständnis sowie die Denk- und Handlungsweisen von Menschen, jedoch ohne sie (vollständig) zu determinieren.

Als *aktivistisch* könnte man diese Herangehensweise bezeichnen, weil sie sich leiten ließe von den Problematisierungen der bestehenden Verhältnisse durch diejenigen, die in diesen ihr Leben führen. Die Politische Theorie würde ihre Bemühungen unterstützen, Aspekte dieser Verhältnisse, die als unterdrückend erfahren werden, zu transformieren, etwa indem sie in einen Dialog mit diesen politischen AkteurInnen eintritt und sie dabei unterstützt, einen Überblick über die bekannten Problematisierungen und Lösungsstrategien zu gewinnen. Darüber hinaus würde ein solcher Ansatz gemeinsam mit den enga-

8 Am weitesten auf diesem Weg fortgeschritten ist James Tully (vgl. 2008: 1–132; 2010: 145–151), auf dessen Arbeiten ich mich im Folgenden stütze.

gierten BürgerInnen danach streben, unsere Denk- und Handlungsmöglichkeiten zu erweitern, zum Beispiel indem das Kontingente an den bestehenden Verhältnissen identifiziert und gemeinsam nach möglichen Alternativen zu diesen Verhältnissen (sowie den gängigen Problematisierungen und Lösungen) gesucht wird. Zu den – auch von Geuss aufgeführten – Werkzeugen, derer sich eine politische Theorie dabei bedienen könnte, gehören historisch-genealogische Untersuchungen ebenso wie politische Einbildungskraft.

Dieser Ansatz hofft nicht nur auf die emanzipativen Effekte der Vergegenwärtigung alternativer Denk- und Handlungsweisen, sondern wäre *demokratisierend* in dem Sinne, dass er prinzipiell keinen Aspekt der gegenwärtigen Verhältnisse (etwa Normen, Institutionen und ihre Legitimierungen) von der Kritik ausnimmt. In *negativistischer* Manier würde ein solcher Ansatz die universalistische Moral nicht als Ganze zurückweisen, sondern sich darauf beschränken, jeweils bestimmte Normen, Institutionen und Begründungen infrage zu stellen, die in bestimmten Kontexten als universalistische und vernünftige vorgestellt, zugleich aber als unterdrückend erfahren werden. Alle Verhältnisse und Normen des Zusammenlebens sollen als solche kenntlich gemacht werden, die von BürgerInnen immer wieder aufs Neue ausgehandelt werden können. Demokratisiert wird aber auch das Verhältnis zwischen BürgerInnen und politischen TheoretikerInnen. Zuletzt Genannte würden ihre Aufgabe nicht mehr darin sehen, BürgerInnen als MoralphilosophInnen darüber aufzuklären, was sie denken und tun sollten, wenn sie nicht unvernünftig oder unmoralisch sein wollen. Auf diese Weise führt eine – von Geuss und Williams geteilte – kritische Haltung gegenüber den traditionellen (Autoritäts-)Ansprüchen der Moralphilosophie zu einer Zurückhaltung, MitbürgerInnen als moralisch ausgezeichnete Ziele vorzugeben.

Es liegt nahe, an dieser Stelle noch einmal eine Frage aufzugreifen, auf die Geuss eine Antwort schuldig geblieben ist: Besäße ein solcher Ansatz überhaupt noch die Voraussetzungen für *Kritik*, da er doch ohne Rekurs auf moralische Grundlagen und (regulative) Ideale wie Gerechtigkeitsprinzipien auskommen will? Man könnte ja argumentieren, Kritik werde erst durch die Bezugnahme auf solche Standards, die nicht selbst wieder infrage gestellt werden dürfen, möglich, da Kritisieren nichts anderes als das Messen von Handlungen et cetera an solchen Standards sei. Auf diesen Einwand findet sich bei Tully (2008: 39–62; 2011: 146–151) eine Replik, die in einer von Wittgenstein inspirierten, nichtfundierenden Kritikauffassung besteht. Dieser zufolge verfügen wir als TeilnehmerInnen an Sprachspielen immer schon über das Vermögen, alle in ihnen geltenden Normen zu überprüfen, ohne dass es hierfür einer Grundlage bedarf, die nicht selbst wieder infrage gestellt werden kann. Bei der Überprüfung einer Norm werden jeweils bestimmte Annahmen, die dann in *diesem* Fall der Kritik als Grundlage dienen, vorausgesetzt. Aber auch diese zunächst ungeprüft bleibenden Annahmen können jederzeit, wenn es dafür einen Anlass gibt, selbst getestet (und gegebenenfalls revidiert beziehungsweise aufgegeben) werden. Dabei treten dann wieder andere Annahmen in den Hintergrund, die diesen Prozess der Überprüfung ermöglichen. Dieser nichtfundierenden Kritikkonzeption zufolge speist sich die Autorität von Normen nicht aus einem ihnen zugeschriebenen (quasi-)transzendentalen Status, sondern daraus, dass sie sich in derartigen Überprüfungen und in Praktiken, die sich an ihnen orientieren, bewähren. Hierbei spielen Vergleiche mit alternativen Praktiken, die sich an anderen Normen ausrichten, eine entscheidende Rolle.

Realistisch wäre eine solche Herangehensweise auch deshalb, weil sie nicht auf eine rein normative, also von den bestehenden Verhältnissen in keiner Weise verzerrte Theorie

(etwa der Gerechtigkeit) zielt, sondern normative Vorstellungen und politische Willensbildungsprozesse immer *auch* als Resultate von Aushandlung unter BürgerInnen betrachtet, die von den jeweils bestehenden Machtbeziehungen beeinflusst sind und immer wieder aufs Neue von diesen BürgerInnen problematisiert werden. *Kontextualistisch* wäre diese Form des Realismus unter anderem, weil er nach den in Kontexten *tatsächlich* bestehenden Freiheits- und Handlungsspielräumen der BürgerInnen fragt und ernsthaft an den tatsächlichen Effekten interessiert ist, die bestimmte transformative Handlungsstrategien in diesen Kontexten hätten – wobei die Erfahrungen, die mit transformativen Strategien gemacht werden, selbst wieder zum Gegenstand praktischer Reflexionen würden.⁹

Falls es gelingen würde, eine solche alternative Herangehensweise auszuarbeiten, müsste sie den Vergleich mit idealthoretischen Ansätzen nicht unbedingt scheuen, denn einiges spricht dafür, dass sie bessere Voraussetzungen für eine effektive und tiefgreifende Kritik an den bestehenden Verhältnissen liefert als die gegenwärtig dominanten Herangehensweisen.¹⁰

Literatur

- Bell, Duncan, 2009: Introduction: Under an Empty Sky – Realism and Political Theory. In: Ders. (Hg.), *Political Thought and International Relations. Variations on a Realist Theme*, Oxford, 1–25.
- Dancy, Jonathan, 2004: *Ethics Without Principles*, Oxford.
- Dancy, Jonathan, 2009: Moral Particularism. In: *Stanford Encyclopedia of Philosophy*; <http://plato.stanford.edu/entries/moral-particularism>, 09.09.2011.
- Forst, Rainer, 2007: *Das Recht auf Rechtfertigung. Elemente einer konstruktivistischen Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt (Main).
- Freyenhagen, Fabian, 2011: Taking Reasonable Pluralism Seriously. An Internal Critique of Political Liberalism. In: *Politics, Philosophy & Economics* 10, 323–342.
- Freyenhagen, Fabian / Schaub, Jörg, 2010: Hat hier jemand gesagt, der Kaiser sei nackt? Eine Verteidigung der Geuss'schen Kritik an Rawls' idealthoretischem Ansatz. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 58, 457–477.
- Galston, William, 2010: Realism in Political Theory. In: *European Journal of Political Theory* 9, 385–411.
- Geuss, Raymond, 2005: *Outside Ethics*, Princeton.
- Geuss, Raymond, 2008: *Philosophy and Real Politics*, Princeton.
- Geuss, Raymond, 2010a: On the Very Idea of a Metaphysics of Right. In: Ders., *Politics and the Imagination*, Princeton, 43–60.
- Geuss, Raymond, 2010b: Moralism and Realpolitik. In: Ders., *Politics and the Imagination*, Princeton, 31–42.
- Geuss, Raymond, 2010c: Preface. In: Ders., *Politics and the Imagination*, Princeton, vii–xiii.

9 Das politische Argumentieren ist daher für Williams (2005a: 13) nicht, wozu manche politische Theorien tendieren, nach dem Modell einer Diskussion über das moralisch Richtige aufzufassen. Denn das Ergebnis politischer Auseinandersetzungen sagt uns etwas darüber, wer sich auf welche Weise und in welchem Ausmaß durchzusetzen vermochte, aber nichts darüber, wer moralisch richtig oder falsch lag.

10 Mein besonderer Dank gilt Eva Buddeberg, Fabian Freyenhagen, Raymond Geuss, Janosch Prinz und Thomas Schramme sowie den Organisatoren der DVPW-Tagung zu *Gegenstand und Methoden der politischen Theorie* Dirk Jörke und Frank Nullmeier für ihre aufschlussreichen Kommentare zu früheren Fassungen dieses Aufsatzes. Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei Rahel Jaeggi für die Einladung zu einem Buch-Colloquium mit Raymond Geuss an der Humboldt Universität zu Berlin, an dem ich mich mit einem Vortrag beteiligen durfte.

- Geuss, Raymond, 2010d: Realismus, Wunschdenken, Utopie. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 58, 419–429.
- Hurka, Thomas, 2009: Review of Raymond Geuss. Philosophy and Real Politics. In: Notre Dame Philosophical Reviews; <http://ndpr.nd.edu/news/23887-philosophy-and-real-politics/>, 02.01.2010.
- McKeever, Sean / Ridge, Michael, 2008: Preempting Principles. Recent Debates in Moral Particularism. In: Philosophy Compass 3, 1177–1192.
- Menke, Christoph, 2010: Weder Rawls noch Adorno? Raymond Geuss' Programm einer „realistischen“ Philosophie. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 58, 445–456.
- Rawls, John, 1975: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt (Main).
- Rawls, John, 1998: Politischer Liberalismus, Frankfurt (Main).
- Rawls, John, 2002: Das Recht der Völker, Berlin / New York.
- Rawls, John, 2003: Gerechtigkeit als Fairneß. Ein Neuentwurf, Frankfurt (Main).
- Risse, Mathias, 2010: Review of Raymond Geuss. Politics and the Imagination. In: Notre Dame Philosophical Reviews; <http://ndpr.nd.edu/news/24330-politics-and-the-imagination/>, 28.07.2011.
- Ross, William, D., 2002: The Right and the Good, Oxford.
- Rossi, Enzo, 2010: Reality and Imagination in Political Theory and Practice. On Raymond Geuss's Realism. In: European Journal of Political Theory 9, 504–512.
- Sangiovanni, Andrea, 2009: Normative Political Theory. A Flight from Reality? In: Duncan Bell (Hg.), Political Thought and International Relations. Variations on a Realist Theme, Oxford, 219–239
- Schaub, Jörg, 2010: Ideale Theorie und/oder nicht-ideale Theorie – oder weder noch? Ein Literaturbericht zum neuesten Methodenstreit in der politischen Philosophie. In: Zeitschrift für philosophische Forschung 64, 393–409.
- Simmons, A. John, 2010: Ideal and Nonideal Theory. In: Philosophy & Public Affairs 38, 5–36.
- Skinner, Quentin, 1989: The State. In: Terence Ball / James Farr / Russell Hanson (Hg.), Political Innovation and Conceptual Change, Cambridge, 90–131
- Tully, James, 2008: Public Philosophy in a New Key. Democracy and Civic Freedom, Band 1, Cambridge.
- Tully, James, 2011: Dialogue. In: Political Theory 39, 145–160.
- Williams, Bernard, 2005a: Realism and Moralism in Political Theory. In: Geoffrey Hawthorn (Hg.), In the Beginning Was the Deed. Realism and Moralism in Political Argument, Princeton, 1–17.
- Williams, Bernard, 2005b: From Freedom to Liberty. The Construction of a Political Value. In: Geoffrey Hawthorn (Hg.), In the Beginning Was the Deed. Realism and Moralism in Political Argument, Princeton, 75–95.
- Williams, Bernard, 2005c: Human Rights and Relativism. In: Geoffrey Hawthorn (Hg.), In the Beginning Was the Deed. Realism and Moralism in Political Argument, Princeton, 62–74.

Die Relevanz idealer Theorie bei der Beurteilung praktischer Probleme

Jürgen Sirsch*

Schlüsselwörter: ideale und nichtideale Theorie, Ideologie, Rawls, Geuss, Sen

Abstract: Der Aufsatz diskutiert die adäquate Rolle idealer Theorie bei der Diskussion praktisch-politischer Fragen. Zugrunde gelegt wird eine Rekonstruktion von Rawls' idealtheoretischer Methode, um zu untersuchen, ob dieses Verständnis idealer Theorie zentralen Kritikpunkten von Raymond Geuss und Amartya Sen standhalten kann. Während Geuss bezweifelt, dass ideale Theorie geeignet ist, eine adäquate kritische Position gegenüber den bestehenden Verhältnissen einzunehmen, konzentriert sich Sens Kritik auf die praktische Nützlichkeit idealtheoretischer Modelle. Ich werde zeigen, dass Rawls' Verständnis idealer Theorie dieser Kritik standhält. Zusätzlich soll gezeigt werden, dass diese Form von idealer Theorie einen nützlichen Beitrag zur Lösung praktischer Probleme leistet.

Abstract: The paper discusses the adequate role of ideal theory for the discussion of practical problems. Therefore, I will reconstruct the Rawlsian understanding of the ideal-theoretical method and confront it with the critiques of Raymond Geuss and Amartya Sen. While Geuss is sceptical, whether ideal theory provides an appropriately critical perspective, Sen doubts the practical usefulness of ideal-theoretical models. It will be shown, that Rawlsian ideal theory can deal with these criticisms and that it is a useful tool for solving practical problems.

1. Einleitung

Die Diskussion der praktischen Nützlichkeit normativer Theorie steht seit einiger Zeit verstärkt im Mittelpunkt politiktheoretischer Überlegungen. Meist wird die Nützlichkeit idealer Theorie zur Lösung praktischer Probleme diskutiert.¹ Hierbei wird häufig vorausgesetzt, dass es ein zentrales Anliegen politischer Philosophie sein sollte, praktische Empfehlungen zu formulieren (Valentini 2009: 333). Obwohl es durchaus gute Gründe gibt, praktische Anwendbarkeit nicht als einziges legitimes Ziel anzusehen (ebd.), wird dieser Aufsatz² einzig auf die Frage der *praktischen* Nützlichkeit idealer Theorie eingehen.

* Jürgen Sirsch M. A. M. Sc., Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Kontakt: sirsch@politik.uni-mainz.de

- 1 Vgl. Wiens (2012); Geuss (2011); Simmons (2010); Schaub (2010); Sen (2009; 2006); Valentini (2009); Swift (2008).
- 2 Der Aufsatz basiert auf einem Vortrag, gehalten auf der Jahrestagung der DVPW-Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte am 29.09.2011 in Bremen. Für hilfreiche Kommentare danke ich den Herausgebern Dirk Jörke und Frank Nullmeier, den TeilnehmerInnen des Doktorandenkolloquiums Politische Theorie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und insbesondere Claudia Landwehr, Karl Marker, Barbara

Unter idealer Theorie versteht man allgemein: „(A)ny theory constructed under false, that is, idealised, assumptions, which make social reality appear significantly ‚simpler and better‘ than it actually is“ (Valentini 2009: 332). Ideale Theorie formuliert auf der Grundlage von teilweise idealisierenden Annahmen über die Realität Verbesserungsvorschläge für das menschliche Zusammenleben. Dementsprechend wird idealtheoretischen Analysen häufig vorgeworfen, sie seien abstrakt und die erarbeiteten Vorschläge utopisch. Infolgedessen hätten die Empfehlungen keine praktische Relevanz, weil es meist an Modellierungen der kausalen Mechanismen fehle, die erwünschte oder unerwünschte soziale Zustände erzeugen (Wiens 2012: 46–48, 51). Die Kritik von Wiens und anderen³ richtet sich jedoch zumeist gegen bestimmte ideale Theorien oder wenig entwickelte idealtheoretische Ansätze, obwohl beansprucht wird, ideale Theoriebildung insgesamt zu kritisieren.⁴ Deshalb soll in diesem Aufsatz zunächst der idealtheoretische Ansatz von John Rawls rekonstruiert werden, um anhand dieses Ansatzes die Kritik diskutieren zu können. Ich werde die These vertreten, dass bei Rawls schon eine für praktische Zwecke nützliche Vorstellung von idealer Theorie angelegt ist. Die zentrale Frage des Aufsatzes lautet daher, ob die weitverbreitete Kritik an idealer Theorie – im Hinblick auf ihre praktische Relevanz – den im Anschluss an Rawls entwickelten idealtheoretischen Ansatz unterminieren kann.

Ich möchte mich insbesondere mit der Kritik von Raymond Geuss befassen, da sie umfassend ist und bisher eher wohlwollend aufgenommen wurde.⁵ Geuss kritisiert ideale Theorie als wirklichkeitsfremd, autoritär, unpolitisch und ideologisch. Ebenso wird ihre praktische Anwendbarkeit bezweifelt (Geuss 2011). Da Geuss wenig zum Vorwurf der praktischen Irrelevanz idealer Theorie sagt, sollen in dieser Frage insbesondere die Argumente von Amartya Sen (2009; 2006) diskutiert werden. Ich werde die Argumente der genannten Autoren analytisch rekonstruieren und mit dem hier vertretenen idealtheoretischen Ansatz konfrontieren.

Im Folgenden werde ich zunächst Rawls' Vorstellung idealer Theorie rekonstruieren (Abschnitt 2), um auf dieser Basis die Kritik von Geuss (Abschnitte 3 und 4) und Sen (Abschnitt 5) zu diskutieren. Dabei geht es nicht in erster Linie darum, eine detaillierte Darstellung von Rawls' eigenen Ideen zu liefern, sondern eine möglichst klare, nützliche

Müller, Annette Schmitt, Doris Unger und Ruth Zimmerling sowie den TeilnehmerInnen der Bremer Tagung, insbesondere Jörg Schaub und Thomas Schramme.

3 Siehe Farrelly (2007), Sen (2006) und Goodin (1995a).

4 Wiens (2012: 45) verwendet beispielsweise eine sehr breite Definition des *ideal guidance approach*: Ideale Theorie erarbeite ein Ideal, in Form von Prinzipien, die unter Bedingungen vollkommener Gerechtigkeit gelten würden. Reformvorschläge würden anhand der Ähnlichkeit zu dem Ideal beurteilt (ebd.: 48–49). Wiens (ebd.: 49–53) kritisiert dann stellvertretend den idealtheoretischen Ansatz von Allen Buchanan im Hinblick darauf, dass dieser empirische Restriktionen bei der Erarbeitung institutioneller Designs nicht beachte („feasibility“). In seiner Definition des idealtheoretischen Ansatzes macht Wiens jedoch keine Aussagen darüber, inwiefern *feasibility*-Überlegungen mit dem idealtheoretischen Ansatz inkompatibel sind und welche Rolle empirische Überlegungen in idealer Theorie spielen. Wiens (ebd.: 46) fordert zudem, dass politische Philosophie stärker kausale Mechanismen berücksichtigen solle. Dem ist zwar zuzustimmen, hat aber nicht prinzipiell etwas mit der Unterscheidung zwischen idealer und nicht-idealender Theorie zu tun. Wiens' Vorwürfe resultieren daraus, dass er sich nicht ausreichend mit dem idealtheoretischen Ansatz auseinandersetzt. Auf der Grundlage einer so allgemeinen Vorstellung von idealer Theorie ist es nicht möglich, generelle Aussagen über die Nützlichkeit idealer Theorie zu machen, denn hierfür ist eine genauere Analyse der verschiedenen Stufen der Konstruktion idealer Theorie notwendig (Valentini 2009: 333, 352).

5 Vgl. Schaub (2010) und Freyenhagen/Schaub (2010); für Kritik vgl. Kelly (2011).

und starke Vorstellung von idealer Theorie zu skizzieren und diese anhand der Kritik zu überprüfen. Bei der Diskussion der Positionen werde ich Argumente anführen, die nicht nur die Kritik unterminieren, sondern auch die Notwendigkeit idealer Theorie zur adäquaten Lösung praktischer Fragen demonstrieren.

2. Rekonstruktion von Rawls' Vorstellung idealer Theorie

Ideale politische Theorie entwirft eine Vorstellung der bestmöglichen und prinzipiell realisierbaren politischen Verfassung einer Gesellschaft und entwickelt ideale Prinzipien und Institutionendesigns (Rawls 1999: 216; Simmons 2010: 7 ff.). Ideal ist eine solche Ordnung, weil aktuelle politische Hindernisse ihrer Realisierung ausgeblendet werden („strict compliance“, Rawls 1999: 7). Beispielsweise wird nicht berücksichtigt, dass es für bestimmte Reformen, die zur Realisierung eines Ideals notwendig wären, zurzeit keine zu deren Umsetzung notwendigen politischen Mehrheiten gibt. Man tut so, als ob es möglich wäre, die institutionelle Ordnung einer Gesellschaft ohne politische Hindernisse zu planen. Allerdings müssen sozialtechnologische Restriktionen berücksichtigt werden, so dass die ideale Ordnung, wenn sie realisiert wäre, auch die erwünschten Ergebnisse produzieren und stabil sein würde. Wenn beispielsweise bestimmte Arten der Organisation der Wirtschaft oder des Sozialstaats nicht funktionsfähig erscheinen, wenn man unser Wissen über die Funktionsweise sozialer Institutionen zugrunde legt, dann kommen sie nicht als Ideal in Frage (Simmons 2010: 7 ff.; Mason 2010: 660; Cohen 2009: 55; Farrelly 2007: 846–848).

Um die Kritik am idealtheoretischen Ansatz bewerten zu können, benötigt man eine genauere Vorstellung davon, welche Konstruktionselemente eine ideale Theorie aufweist. Zunächst können drei Stufen idealer Theoriebildung unterschieden werden:

1. Formulierung von Konstruktionsannahmen,
2. Bestimmung idealer Prinzipien und
3. Bestimmung idealer Institutionen (institutionelles Design).

Auf der ersten Stufe kann zwischen verschiedenen Arten von Konstruktionsannahmen unterschieden werden:

- a) empirische Konstruktionsannahmen,
- b) ethische⁶ Konstruktionsannahmen und
- c) Konstruktionsannahmen bezüglich des Anwendungsbereichs.

Unter empirischen Konstruktionsannahmen verstehe ich Annahmen über den historischen, ökonomischen oder kulturellen Kontext und Annahmen hinsichtlich der Funktionsweise menschlicher Gesellschaften in Form allgemeiner psychologischer und sozialwissenschaftlicher Gesetze und Regelmäßigkeiten (vgl. Rawls 1999: 109 ff., 118 ff.). Die empirischen Konstruktionsannahmen liefern Restriktionen und Möglichkeiten bei der Konstruktion des Ideals, so dass nicht eine utopische, sondern eine realistische Konstruktion resultiert (Simmons 2010: 7–8).

6 Ethik verstehe ich analog zur Moralphilosophie, nämlich als die philosophische Beschäftigung (im Sinne von Begründung – also normativ – nicht positiv) mit Moral, verstanden als „vielschichtige[s] System der Regeln, Normen und Wertmaßstäbe“ (Bimbacher 2003: 2), allerdings nicht bezogen auf Fragen persönlicher Lebensführung, wie Ethik auch häufig verstanden wird (ebd.: 2–3). Ich danke den Herausgebern für den Hinweis auf mögliche Missverständnisse diesbezüglich.

Ethische Konstruktionsannahmen bilden die normativen Grundannahmen idealer Theorie. Hierbei handelt es sich beispielsweise um Annahmen bezüglich des Verfahrens zur Konstruktion von Prinzipien wie zum Beispiel Rawls' *Urzustand*, in dem die Werte Gleichheit, Freiheit und Unparteilichkeit sowie instrumentelle Rationalität und Vernunft abgebildet werden (Rawls 1999: 102–168). Die ethischen Konstruktionsannahmen müssen selbstverständlich normativ begründet werden (vgl. ebd.: 11–12, 14).

Bei den Annahmen bezüglich des Anwendungsbereichs einer idealen Theorie geht es darum festzulegen, für welchen Gegenstandsbereich ein Ideal konstruiert werden soll, das heißt, welche Fragen man mit der idealen Theorie beantworten möchte. Hierbei müssen bestimmte Aspekte der Realität von der Betrachtung ausgeschlossen werden (vgl. Rawls 1999: 15),⁷ die dann in den empirischen Konstruktionsannahmen nicht berücksichtigt werden.

Auf der Grundlage der empirischen und moralischen Konstruktionsannahmen werden auf der *zweiten Stufe* idealer Theoriekonstruktion Prinzipien formuliert.⁸ Diese Prinzipien spezifizieren,

1. welche Werte durch die idealen Institutionen realisiert und
2. wie diese Werte untereinander gewichtet werden sollen.

Basierend auf den Prinzipien und den empirischen Konstruktionsannahmen kann schließlich auf der *dritten Stufe* das institutionelle Design einer idealen Gesellschaftsordnung erfolgen. Hierbei wird auf der Grundlage der Prinzipien und des sozialwissenschaftlichen Wissens⁹ über die Funktionsweise menschlicher Gesellschaften ein ideales Institutionendesign entworfen. Gesellschaftliche Institutionen sollen bestimmte Werte realisieren. Welche Institutionen hierfür geeignet sind, kann nur auf der Basis empirischer Überlegungen bezüglich der Wirkungsweise von Institutionen (unter Berücksichtigung relevanter historischer Kontextvariablen) auf der Grundlage der idealen Prinzipien bestimmt werden (Rawls 1999: 234, 242). Auf dieser Stufe ist es bei manchen Fragen sinnvoll, mehr empirische Kontextvariablen zu berücksichtigen als bei der Konstruktion der Prinzipien (Valentini 2009: 352–353; Rawls 1999: 172–176), beispielsweise die Berücksichtigung internationaler Handelsströme bei der Frage nach adäquaten wohlfahrtsstaatlichen Institutionen. Das bedeutet, dass ideale Theorie auf der Stufe des Institutionendesigns¹⁰

7 Es macht beispielsweise keinen Sinn, bei der Frage nach der adäquaten Regulierung von Migration von „closed societies“ (Rawls 1999: 7) auszugehen. Dieser Aspekt kann jedoch vernachlässigt werden, wenn er für die zu behandelnde Frage irrelevant ist. Das ist der Fall, wenn die nicht berücksichtigten beziehungsweise idealisierten Aspekte der Realität so gewählt sind, dass die Fragen, die in den Anwendungsbereich fallen, auf der Grundlage einer empirisch adäquaten Charakterisierung des jeweils relevanten Gegenstandsbereichs untersucht werden können, so dass die kausalen Mechanismen erfasst werden, die für die Generierung der erwünschten sozialen Ergebnisse relevant sind (Valentini 2009: 351). Bei der Kritik an Abstraktion und Idealisierung sollte beachtet werden, dass Abstraktion ein notwendiger Bestandteil jeder Auseinandersetzung mit der Realität ist. Die relevante Frage ist daher nicht, ob Aspekte der Realität nicht beachtet werden, sondern welche (Sen 1982: 433).

8 Bei Rawls (1999: 102–168) entspricht das der Argumentation für die Gerechtigkeitsprinzipien (die idealen Prinzipien) auf der Grundlage des Urzustandes (den Konstruktionsannahmen).

9 Die Frage, welcher Anspruch mit dem Begriff Wissen verbunden wird, kann ich an dieser Stelle nicht beantworten, gehe aber davon aus, dass die Sozialwissenschaften über hinreichend sozialtechnologisch nutzbare Theorien und Modelle verfügen. Vgl. hierfür die Beiträge in Goodin (1995b) sowie Brennan/Pettit (2007).

10 Rawls (1999: 234) erarbeitet auf dieser Stufe jedoch keine konkreten Institutionendesigns, da er von einer klaren Arbeitsteilung zwischen PhilosophInnen und SozialwissenschaftlerInnen auszugehen scheint.

im Anschluss an Rawls durchaus unterschiedliche Kontexte berücksichtigt. Da Institutionen relativ stabil und nicht beliebig veränderbar sind (das ist eine empirische Restriktion), sollten sie unter verschiedenen historischen Bedingungen gute Ergebnisse liefern. Das bedeutet, dass das Ideal durchaus ein langfristiges Ziel für institutionelle Reformen darstellen und nicht auf zu konkrete Umstände zugeschnitten sein sollte (Rawls 1999: 231).

Die bisherigen Schritte sind Teile idealer Theorie. Im Folgenden soll aber die Frage beantwortet werden, ob ideale Theorie hilfreich zur adäquaten Lösung von Problemen unter realistischen, nichtidealen Bedingungen ist (vgl. Rawls 1999: 216). Nichtideale Theorie im Rahmen des idealtheoretischen Ansatzes behandelt praktische Probleme durch Rückgriff auf die Ergebnisse idealer Theorie, wenn die Implementierung idealer Institutionen zu diesem Zeitpunkt nicht möglich ist (Simmons 2010: 12 ff.; Rawls 1999: 215–216). Viele VertreterInnen idealer Theorie (beispielsweise Simmons 2010: 12 ff.; Swift 2008; Rawls 1999) vertreten die These, dass ideale Theorie auch dann ein sinnvolles Unterfangen ist, wenn wir nicht in der Lage sind, die institutionellen Vorschläge idealer Theorie direkt umzusetzen. Unter nichtidealen Umständen können dann die idealen Prinzipien verwendet werden, um Alternativen in eine Rangfolge zu bringen. Selbstverständlich sollte hierbei auch die Effektivität der Maßnahmen berücksichtigt werden (Simmons 2010: 19). Diese Alternativen müssen dann zusätzlich noch anhand der Wahrscheinlichkeit bewertet werden, mit der sie die Implementierung der idealen Institutionen in der Zukunft voranbringen, wofür man jedoch eine ausgearbeitete Version idealer Institutionendesigns benötigt (Simmons 2010: 7, 12, 18–19). Im Folgenden untersuche ich, beginnend mit Geuss' Kritik, die wichtigsten Kritikpunkte am idealtheoretischen Vorgehen.

3. Geuss' Gegenentwurf einer realistischen politischen Philosophie

In *Kritik der politischen Philosophie*¹¹ (2011) polemisiert Geuss gegen ideale Theorie im Sinne Rawls' und skizziert einen alternativen ‚realistischen Ansatz‘. Zunächst werde ich seinen realistischen Ansatz grob skizzieren, um dann in den folgenden Abschnitten auf seine wichtigsten Kritikpunkte genauer einzugehen.

Ein wichtiges Ziel der realistischen politischen Philosophie ist es ebenfalls, praktische Empfehlungen zu erarbeiten (‚Orientierung‘) und Kritik an bestehenden Verhältnissen zu üben (Geuss 2011: 60–64, 75 ff.). Realismus bedeute, dass *vorhandene* Institutionen einer Gesellschaft und die tatsächlichen (politisch-einflussreichen) Wertvorstellungen im Zentrum der politischen Philosophie stehen sollten. Politische PhilosophInnen sollen sich nicht mit der Konstruktion von Idealvorstellungen beschäftigen, sondern mit den empirisch vorhandenen Institutionen und Ideen (ebd.: 22–23). Hierbei müsse insbesondere die Analyse von Machtbeziehungen und Ideologien im Zentrum stehen. Machtbeziehungen seien allgegenwärtig; die zentrale Frage in politischen Kontexten laute daher: „Wer ‚tut‘ wem was zu wessen Nutzen?“ (Geuss 2011: 41)

Ihre kritische und praktische Funktion solle politische Philosophie durch Ideologiekritik erfüllen. Ideologiekritik verfare historisch-genealogisch, indem die Entstehung

11 Das Buch ist 2008 in englischer Sprache unter dem Titel *Philosophy and Real Politics* erschienen; Geuss selbst bevorzugt die deutschsprachige Version, da der Text hierfür überarbeitet und ergänzt wurde (Geuss 2011: 8).

von Ideologien durch Aufdeckung der zugrundeliegenden Machtverhältnisse verständlich gemacht werde (ebd.: 75 ff.). Für ideale Theorie sieht Geuss hierbei keine produktive Rolle. Dies begründet er damit, dass ideale Theorie selbst ideologisch sei (ebd.: 122). Außerdem sei ideale Theorie für die Beantwortung praktischer Fragen nicht brauchbar (ebd.: 31). Den ersten Vorwurf werde ich in Abschnitt 4 untersuchen, die praktische Nützlichkeit idealer Theorie wird auf der Grundlage von Sens Kritik in Abschnitt 5 diskutiert.

4. Ideale Theorie als Ideologie

Geuss' zentraler Kritikpunkt an idealer Theorie ist der Vorwurf, dass ideale Theorie ideologisch sei (Freyhagen/Schaub 2010: 458), und zwar deswegen, weil sie bestehende Machtverhältnisse systematisch ausblende (Geuss 2010: 428; 2008: 94).

Geuss versteht unter Ideologie Folgendes:

„Eine Ideologie besteht [...] aus einer Reihe von Überzeugungen, Einstellungen und Präferenzen, die infolge der Funktionsweise bestimmter Machtverhältnisse verzerrt sind. Die Verzerrung wird typischerweise darin bestehen, die betreffenden Überzeugungen, Wünsche und dergleichen so darzustellen, als seien sie wesensmäßig mit einem allgemeinen Interesse verbunden, obwohl sie tatsächlich partikularen Interessen dienen.“ (Geuss 2011: 78)

Im Verlauf des Textes finden sich verschiedene Kritikpunkte an idealer Theorie in Bezug auf Ideologie sowie Skizzen eines alternativen Ansatzes:

1. die Forderung, dass ideale Theorie Machtverhältnisse berücksichtigen solle, da sie sonst diese nicht kritisieren könne beziehungsweise selbst ideologisch werde (Geuss 2011: 123–124),
2. den Vorwurf, dass ideale Theorie ideologisch sei, weil sie auf unzuverlässigen moralischen Intuitionen beruhe (Geuss 2011: 124–125, 135–136).
3. Geuss schlägt stattdessen ein historisches Vorgehen vor, um gesellschaftliche Verhältnisse zu kritisieren (vgl. Geuss 2008: 51–55).

Der folgende Abschnitt 4.1 widmet sich der ersten Forderung und Abschnitt 4.2 beschäftigt sich mit dem Ideologievorwurf und Geuss' Alternativvorschlag.

4.1 Die Berücksichtigung von Machtverhältnissen in idealer Theorie

Geuss (2011: 123–124) kritisiert, dass bei Rawls und der an ihn anschließenden Literatur Macht kaum diskutiert wird und Machtverhältnisse zu wenig beachtet werden:

„Die beim Grundsatz vom Schleier des Nichtwissens offenbar vorausgesetzte Idee – dass man mit den Machtverhältnissen besser umgeht, wenn man sie vertuscht, ignoriert oder einfach wegwischt – wirkt doch sehr naiv.“ (ebd.: 124)

Weiter schreibt Geuss, dass dieses Versäumnis dazu führe, dass die ideale Theorie von Rawls ideologisch werde:

„In dem Maße, wie Rawls die Aufmerksamkeit vom Phänomen der Macht und deren Einfluss auf unser Leben und unsere Weltsicht weg lenkt, ist seine Theorie selbst ideologisch.“ (ebd., Hervorhebung im Original)

Im Anschluss hieran kritisiert Geuss die zentrale Rolle von Intuitionen in Rawls' Theorie (ebd.: 124–127). Hierauf werde ich in Abschnitt 4.2 zurückkommen.

Zunächst muss geklärt werden, inwiefern ideale Theorie in dieser Form wirklich unsere Aufmerksamkeit von Ideologie und Machtverhältnissen, die diese reproduzieren, ablenkt. Es stellt sich die Frage, ob die Konfiguration des Urzustandsmodells mit dem Schleier des Nichtwissens und der Ausblendung faktischer Machtverhältnisse Rawls' Theorie ideologisch macht. Wenn man unter Ideologie, wie Geuss, Überzeugungen versteht, die durch Machtverhältnisse beeinflusst werden, dann formuliert das Urzustandsmodell ja gerade den Anspruch, solche Einflüsse herauszufiltern.¹²

Zweitens soll untersucht werden, ob eine ideale Theorie durch die stärkere Berücksichtigung von Machtverhältnissen eher zur Entdeckung von Ideologien beitragen könnte als in einer Form, die Machtverhältnisse nicht berücksichtigt. Hierbei ist es wichtig zu beachten, dass Geuss übersieht, dass ideale Theorie Machtfragen nicht auf allen Ebenen ausblendet, sondern nur auf der Ebene der ethischen Konstruktionsannahmen: Bei der Konstruktion der idealen Prinzipien und noch mehr der idealen Institutionen werden permanente Aspekte der sozialen Welt berücksichtigt, so dass Machtfragen auf diesen Stufen als wichtige empirische Restriktionen beachtet werden (vgl. Valentini 2009: 351; Rawls 1999: 173). Diese Sensibilität für machtpolitische Faktoren bei Rawls wird deutlich, wenn er fordert, dass die Möglichkeiten zu politischer Beteiligung nicht ungleich verteilt sein dürfen,¹³ und zwar explizit im Hinblick auf das Problem ungleich verteilter ökonomischer Ressourcen und der daraus resultierenden Gefahr der Dominanz von Interessen der Wohlhabenden in einem demokratischen System (Rawls 1999: 197–199).

Hiermit scheint Geuss aber nicht zufrieden zu sein und eine stärkere Berücksichtigung von Machtverhältnissen zu fordern (siehe oben). Prinzipiell gibt es zwei Möglichkeiten, wie bestehende Machtverhältnisse bei der Konstruktion idealer Theorien zusätzlich noch berücksichtigt werden könnten:

- a) Sie könnten über die Berücksichtigung genereller Mechanismen der Machtpolitik hinaus in den *empirischen* Konstruktionsannahmen berücksichtigt werden. Das hieße, bestimmte historische Machtkonfigurationen als empirische Restriktionen hinzunehmen und so von Kritik auszuschließen.
- b) Sie könnten innerhalb der *ethischen* Konstruktionsannahmen berücksichtigt werden, wodurch sie den Status normativ relevanter Faktoren erhielten.

Eine stärkere Berücksichtigung von Machtverhältnissen in idealer Theorie in a) und b) führt jedoch auf unterschiedliche Weise dazu, dass bestehende Machtverhältnisse zu sozialen Konstanten aufgewertet werden:

Im Falle von a) würde man implizieren, dass bestimmte aktuell vorhandene politische Machtkonfigurationen notwendige Bestandteile jeder gesellschaftlichen Ordnung sind. Hierdurch würde ideale Theorie die Eigenschaft verlieren, diese Machtverhältnisse und die von ihnen getragene Ordnung durch den Entwurf eines idealen Gegenmodells kritisieren zu können. Im Extremfall könnte man nicht mehr von normativer Theorie sprechen, da die normative Theorie in diesem Falle keinen Spielraum hätte, etwas anderes zu fordern als das, was sowieso schon geschieht (Estlund 2008: 263). Zudem wissen wir, dass politisch-institutionelle Ordnungen im Rahmen bestimmter Restriktionen historisch wan-

12 Hierzu werde ich mehr sagen, wenn Geuss' Alternativvorschlag diskutiert wird (Abschnitte 4.2–4.3).

13 Rawls (1999: 198) bezeichnet dies als „fair value of political liberty“.

delbar sind. Die unveränderlichen Restriktionen sollten berücksichtigt werden, die historisch zufälligen Faktoren jedoch nicht.¹⁴ Dies ist auch im Sinne von Geuss, der ja gerade den Einfluss historischer Machtkonstellationen kritisieren möchte (vgl. Geuss 2011: 79).

Im Falle von b) würden bestehende Machtkonstellationen zu ethisch relevanten Restriktionen aufgewertet. Anstatt zu überlegen, inwiefern sich bestimmte Machtkonstellationen rechtfertigen lassen, würde deren Legitimität unkritisch vorausgesetzt. Deshalb sollten bestehende Machtverhältnisse gerade *nicht* als Ausgangspunkt ethischer Argumentationen dienen (Barry 1989: 162–163, 331). Ein größerer Realismus in idealer Theorie in diesem Punkt – wie ihn Geuss fordert – wäre somit ideologisch im Sinne von Geuss:

Eine Modellierung beispielsweise von Sklaverei im Rahmen des Urzustandes würde einen Nachteil für diejenigen, die in den Urzustand als SklavInnen eintreten, bedeuten, da es ihre Verhandlungsposition aufgrund ihres vergleichsweise schlechteren Status quo gegenüber den Sklavenhaltern schwächen würde (vgl. ebd.: 33). Der Grund für die Nichtmodellierung von bestehender Ungleichheit im Urzustand ist, dass die Parteien kein Recht auf die unter unfairen Bedingungen erworbenen Ressourcen haben (Barry 1989: 298): „If this original position is to represent the circumstances of impartiality, it seems that it must block the ability of the powerful to impose their will on others.“ (ebd.: 331)

Der entscheidende Punkt ist, dass die Forderung von Geuss nach der stärkeren Berücksichtigung von Machtverhältnissen bei der *Konstruktion* idealer Theorie kontraproduktiv ist: Aus der Tatsache, dass bei der Konstruktion idealer Theorie konkrete Machtverhältnisse nicht berücksichtigt werden, folgt ja nicht, dass sie bei der *Anwendung* idealer Theorie zur Lösung praktischer Probleme ausgeblendet werden (Valentini 2009: 353). Das Gegenteil ist der Fall, da durch einen Vergleich mit dem Ideal nicht legitime Machtausübung überhaupt erst auffällt (Rawls 1999: 199). Durch die Nichtabbildung konkreter Machtverhältnisse im Urzustand können somit ideologische Positionen überhaupt erst systematisch identifiziert und kritisiert werden.

4.2 Ideale Theorie als Ideologie und die Rolle moralischer Intuitionen

Der zweite Kritikpunkt an idealer Theorie im Zusammenhang mit Ideologie betrifft die Rolle moralischer Intuitionen in moralphilosophischen Argumenten (Geuss 2011: 83). Laut Geuss sind moralische Intuitionen die Produkte historischer Machtkonfigurationen, spiegeln dementsprechend die Interessen der Mächtigen wider und seien deshalb ideologisch (ebd.: 101, 122). Geuss schlägt als Alternative vor, das idealtheoretische durch ein historisches Vorgehen zu ersetzen. Die Aufdeckung ihrer historischen Ursprünge sei die beste Methode, um bestehende Verhältnisse zu kritisieren (Geuss 2010: 426–427).

Um diese zweite Argumentationslinie untersuchen zu können, soll zunächst Geuss' Argument gegen die Validität moralischer Intuitionen rekonstruiert werden, um im Anschluss zu diskutieren, wie man mit den aufgeworfenen Problemen umgehen kann.

14 Natürlich können wir nicht mit Sicherheit sagen, welche Faktoren unveränderlich sind und welche nicht. Das ist allerdings an dieser Stelle auch nicht notwendig, denn hier geht es zunächst darum zu entscheiden, was die richtige Frage ist, die gestellt werden muss. Und das ist die Frage danach, welche Elemente der sozialen Ordnung auf welche Weise verändert werden können. Ich danke den Herausgebern für die Aufforderung, diesen Punkt klarer zu machen.

Das Argument gegen die Validität moralischer Intuitionen ist schon aus anderen Kontexten bekannt¹⁵ und sieht etwa folgendermaßen aus:

Prämisse 1: Die Interessen der Mächtigen sind moralisch irrelevant.

Prämisse 2: Für moralische Urteile gelten moralische Kriterien.

Prämisse 3: Moralische Intuitionen spiegeln die Interessen der Mächtigen wider.

Konklusion: Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass moralische Intuitionen zuverlässige Instrumente sind, um zu korrekten moralischen Urteilen zu gelangen.

Wenn moralische Intuitionen sozial formbar sind, stellen sie keine verlässliche Quelle für moralische Urteile dar. Man kann das Argument aber noch allgemeiner formulieren: Wenn es eine nichtmoralische Erklärung für den Inhalt moralischer Intuitionen gibt, dann stellt sich die Frage nach der Verlässlichkeit moralischer Intuitionen, sofern die nichtmoralischen Erklärungsfaktoren moralisch irrelevant sind (Singer 1974: 492; 1981: 69 ff.). Deshalb schlägt Geuss die genealogische Analyse moralischer Phänomene als alternative Methode der politischen Philosophie vor, was eine Ersetzung von Moralphilosophie durch die historische Analyse des Zustandekommens von Ideologie bedeutet (Geuss 2011: 77 ff.; 2005: 157–159; Freyenhagen/Schaub 2010: 463–464).

Geuss möchte demnach zeigen, dass moralische Intuitionen auf Interessen zurückführbar sind. Er argumentiert, dass genealogische Untersuchungen den Glauben an (ideologische) moralische Intuitionen beziehungsweise Urteile erschüttern (Geuss 2005: 158–159).

Das Argument sieht folgendermaßen aus:

Prämisse 1: Moralische Intuitionen haben historisch-kontingente soziale Ursachen.

Prämisse 2: Aus moralischen Intuitionen lassen sich ethische Urteile ableiten.

Prämisse 3: Genealogie deckt die historischen Ursachen moralischer Intuitionen auf.

Konklusion: Genealogie kann moralische Intuitionen und die hieraus resultierenden ethischen Urteile widerlegen und somit gute von schlechten Urteilen unterscheiden.¹⁶

Das Argument ist jedoch nicht überzeugend: Während sich Genealogie mit den Ursachen moralischer Phänomene beschäftigt, ist das eigentliche Argumentationsziel normativ. Wenn politische Philosophie einen praktischen und kritischen Nutzen haben soll, dann sollte sie zumindest die in der Konklusion genannten Funktionen erfüllen können. Genealogie bewegt sich aber hierfür auf der falschen argumentativen Ebene, weil eine normati-

15 Vgl. Berker (2009: 319–321) und Singer (1981: 68 ff.) für ähnliche Argumente bezüglich der Relevanz psychologischer und evolutionsbiologischer Forschung im Hinblick auf die Moralphilosophie.

16 Geuss (2011: 79) sieht zwei Möglichkeiten, wie sich politische Philosophie zu Ideologien verhalten kann: Sie kann entweder kritisch in Form von Ideologiekritik oder selbst ideologisch sein. Ideologiekritik hat das Ziel, „Ideologien zu entlarven, zu analysieren und womöglich aufzulösen“ (ebd.: 75). Ideologiekritik verfährt nach Geuss genealogisch, indem sie „die Abhängigkeit bestimmter Überzeugungen oder Wünsche von der Dauerhaftigkeit bestimmter Konfigurationen der Macht nachweist“ (ebd.: 79). Geuss gesteht aber an anderer Stelle ein, dass genealogische Argumente ethische beziehungsweise moralphilosophische Urteile nicht widerlegen können (Geuss 2005: 158; 2002: 31), zieht hieraus jedoch nicht die entsprechenden Konsequenzen für die politische Philosophie, nämlich dass seine Vorstellung einer politischen Philosophie basierend auf historischen Methoden unvollständig ist, weil sie ideologische Positionen gar nicht kritisieren kann. Wenn politische Philosophie die Funktion haben soll, Ideologien „aufzulösen“ (Geuss 2011: 79), dann müsste Geuss konsequenterweise voraussetzen, dass sein Ansatz ideologische Urteile widerlegen kann. Vgl. dazu auch Kelly (2011: 29).

ve Prämisse in dem Argument fehlt, die die historischen Ursachen der Entstehung einer moralischen Position für moralisch relevant erklärt.¹⁷ Eine solche Prämisse wäre beispielsweise:

Prämisse 4: Die historischen Ursachen moralischer Intuitionen sind entscheidend für deren Richtigkeit. Bestimmte Entstehungskontexte machen moralische Intuitionen und die hieraus abgeleiteten moralischen Urteile ungültig.

Prämisse 4 ist jedoch keine überzeugende Prämisse: Es gibt keinen Grund, die *Ursachen* moralischer Intuitionen als entscheidend für ihre Bewertung anzusehen und nicht ihren Inhalt (Singer 1981: 81). Daher sind die historischen Ursachen moralischer Phänomene für ihre Bewertung letztendlich irrelevant und Genealogie ist keine zentrale Methode der politischen Philosophie, wenn sie kritisch sein will: „To think, that history settles any first-order moral or normative political issue is to commit a category mistake“ (Kelly 2011: 35). Die entscheidende Frage ist vielmehr, ob ethische Urteile die jeweils relevanten normativen Kriterien erfüllen.

Das obige Argument zeigt jedoch nicht, dass eine *intuitive* Erkenntnis der Moral möglich ist: Der Zweifel an der Zuverlässigkeit moralischer Intuitionen bleibt bestehen, wenn nicht gezeigt werden kann, dass zum Beispiel unter anderem die historischen oder evolutionsbiologischen Ursachen moralischer Einstellungen und Intuitionen dazu führen, dass moralische Intuitionen auf *systematische* Weise korrekte moralische Urteile liefern.¹⁸ Daraus folgt jedoch nicht, dass politische PhilosophInnen sich in Zukunft stärker der *Erklärung* moralischer Phänomene widmen sollten. Historische Erklärungen bringen uns nicht weiter bei der Suche nach inhaltlichen Kriterien für korrekte moralische Urteile und liefern weder notwendige noch hinreichende Gründe für die Ablehnung moralischer Urteile. Deshalb sind die historisch-genealogische und die philosophische beziehungsweise idealtheoretische Methode eher komplementär und nicht konträr, da sie verschiedene Funktionen erfüllen (ebd.: 37).

Das obige Argument zeigt, dass genealogische Verfahren nicht geeignet sind, konkrete Urteile zu kritisieren oder Gesellschaftskritik zu üben. Damit konnte der positive Teil von Geuss' Position in Zweifel gezogen werden. Die skeptische Position, die im Folgenden behandelt werden soll, konnte jedoch noch nicht widerlegt werden: Möglicherweise sind nicht nur Intuitionen problematisch, sondern jegliche Methode der Moralphilosophie.

Prinzipiell gibt es zwei Möglichkeiten, wie man den Einfluss von Ideologie auf die moralischen Grundprämissen idealer Theorie konzipieren kann:

17 Vgl. Berker (2009: 322) und Singer (1981: 80) für ähnliche Beispiele in Bezug auf die Relevanz neurowissenschaftlicher beziehungsweise evolutionsbiologischer Erkenntnisse für die Moralphilosophie.

18 Hierfür würde man zudem moralphilosophische Argumente benötigen, auf deren Grundlage eine Bewertung moralischer Intuitionen möglich ist, sonst begeht man erneut einen Kategorienfehler (Kelly 2011: 35). Ein Beispiel für eine solche Argumentation findet sich bei Singer (1981): Singer verwendet das Unparteilichkeitskriterium und vergleicht dies mit Faktoren kultureller und biologischer Evolution, die zur Herausbildung bestimmter moralischer Intuitionen geführt haben. Er zeigt, dass diese evolutionären Faktoren nur eine begrenzte Berücksichtigung insbesondere der Interessen Fremder fördern (Singer 1981: 49–53). Nur mit dem normativen Unparteilichkeitskriterium im Hintergrund kann begründet werden, dass moralische Intuitionen keine zuverlässige moralphilosophische Methode darstellen, da evolutionäre Faktoren dazu geführt haben, dass moralische Intuitionen Urteile liefern, die *nicht* dem Unparteilichkeitskriterium entsprechen (ebd.: 84). Alternativ schlägt Singer ethische Deliberation vor: „Ethical reasoning, once begun, pushes against our initially limited ethical horizons, leading us always toward a more universal point of view.“ (ebd.: 119).

- 1) *Ideologischer Determinismus*: In dieser Variante ist Denken außerhalb der ideologisch vorgefertigten Muster nicht möglich. In diesem Fall wären allerdings nicht nur moralische Intuitionen betroffen, sondern alle Wissensbereiche.
- 2) *Ideologischer Indeterminismus*: Ideologien können das Denken beeinflussen, allerdings nicht vollständig. Hier könnte die Art, wie Wissen produziert wird, einen Unterschied machen.

Geht man von 1) aus, dann ist jegliche, auch nur minimal objektive, Wissenschaft und auch das Projekt der Ideologiekritik selbst zum Scheitern verurteilt (vgl. Celikates 2006: 30), da unter diesen Umständen andere Gründe als die Durchsetzung der Interessen der InhaberInnen von Machtpositionen keine Rolle bei der Formulierung von Aussagen spielen.

Geht man hingegen von 2) aus, dann stellt sich die Frage, wie man ideologischem Denken in der Moralphilosophie am besten entgegen gehen kann. Da die empirischen Erkenntnisse bezüglich der Entstehung moralischer Intuitionen und Werte argumentativ auf der falschen Ebene angesiedelt sind und dementsprechend keine Gründe für oder wider eine ethische Position liefern können, stellt sich die Frage, auf welcher Grundlage normative politische Philosophie operieren sollte.

Es liegt vor diesem Hintergrund nahe, sich nicht allein auf moralische Intuitionen beziehungsweise den moralischen *common sense* zu verlassen, sondern diese durch ein systematischeres Vorgehen zu ersetzen oder zu ergänzen, wie es auch weithin schon in ähnlicher Form propagiert wird (vgl. Marx 2012; McDermott 2008; Singer 2005; Birnbacher 2003: 406 ff.; Rawls 1999: 40–46; Zimmerling 1996: 72 ff.; Singer 1981: 119): Voraussetzungen von Argumenten sollten offengelegt und Aussagen präzise und intersubjektiv nachvollziehbar formuliert werden. Auf der Basis von grundlegenden Prämissen ethischer Argumentation – wie Universalisierbarkeit, Unparteilichkeit und Nicht-Relativismus (Marx 2012; Zimmerling 1996: 73 ff.; Fishkin 1984: 95) – kann der moralische *common sense* kritisiert werden. Ideale Theoriebildung ist hierfür ein gutes Instrument, da die empirischen und normativen Prämissen moralischer Argumente offengelegt und somit intersubjektiv kritisierbar werden. Auf diese Weise entsteht ein Rechtfertigungsdruck für ideologische Annahmen.

Im Folgenden werde ich exemplarisch Rawls' Verfahren des Überlegungsgleichgewichts und das Gedankenexperiment des Urzustands als Beispiele für ein solches Vorgehen und Geuss' Einwände dagegen untersuchen. Es soll diskutiert werden, ob Rawls' Vorstellung eines Überlegungsgleichgewichts, in Verbindung mit dem Gedankenexperiment des Urzustands, theoretische Restriktionen liefern kann, die ideologisches Denken filtern kann.

4.3 Die Rolle des Überlegungsgleichgewichts bei der Formulierung ethischer Konstruktionsannahmen

Rawls' Verfahren des Überlegungsgleichgewichts formuliert Bedingungen, die normative Argumentationen und moralische Urteile erfüllen müssen. Ziel des Verfahrens ist die Herstellung von Kohärenz zwischen moralischen Urteilen verschiedener Abstraktionsgrade (Scanlon 2003: 145). Damit spezifische Urteile überhaupt für dieses Verfahren zugelassen werden, müssen sie bestimmte Bedingungen erfüllen:¹⁹ Sie müssen aus einer

19 Geuss wirft Rawls immer wieder eine starke Fundierung seiner Theorie in Intuitionen vor (zum Beispiel Geuss 2011: 83, 98, 101), ähnlich argumentiert Singer (1974). Die hier vertretene Interpretation von

unparteilichen Perspektive formuliert werden und es sollte ein möglichst geringes persönliches Interesse vorhanden sein. Auch starke Emotionen können zu Verzerrungen der Urteile führen (Rawls 1999: 42). Anschließend sollen die Urteile auf verschiedenen Ebenen der Abstraktion so modifiziert werden, dass keine Widersprüche mehr auftreten. Hierbei werden die Urteile idealerweise mit allen relevanten Argumenten konfrontiert (ebd.: 43).

Für die theoriegeleitete Suche nach einem Überlegungsgleichgewicht²⁰ schlägt Rawls ein Gedankenexperiment, den schon in den vorhergehenden Abschnitten genannten Urzustand, vor: Diejenigen Prinzipien gelten als gerechtfertigt, die von Individuen, die nichts über ihre Position in der Gesellschaft oder ihre individuellen Präferenzen wissen, rational gewählt würden (ebd.: 118–130). Der Urzustand spielt eine große Rolle bei Rawls' Kritik an moralischen *common sense*-Urteilen bei der Suche nach einem Überlegungsgleichgewicht (vgl. Scanlon 2003: 157), was gegen Geuss' Behauptung von der großen Rolle unreflektierter moralischer Intuitionen in Rawls' Theorie spricht (vgl. Geuss 2011: 83, 98, 101).

Am Beispiel des Urzustandes kann man gut sehen, wie Geuss' Forderung nach Realismus (siehe Abschnitt 4.1) fehlgeht. Würde man den Urzustand realistisch gestalten, *dann* würde das Gedankenexperiment seinen kritischen Charakter verlieren und tatsächlich Prinzipien im Interesse derjenigen produzieren, die über größere Verhandlungsmacht verfügen.

Geuss kritisiert den Urzustand durch Wiederholung des bekannten Arguments (vgl. Mulhall/Swift 2003: 464–466), dass man in Bezug auf den Urzustand nicht von einer individuellen Wahl sprechen kann, da die RepräsentantInnen im Urzustand nicht über eigene Wertvorstellungen und Persönlichkeiten verfügen (Geuss 2011: 99–100).

Das Gedankenexperiment soll aber gerade *nicht* die Entscheidungen und Verhandlungen echter Personen hinter dem Schleier des Nichtwissens darstellen:

„The Original Position is rather designed to model the normative claim that it is appropriate to exclude certain considerations of reasons when it comes to thinking about social justice. The constraints of the original position are thus epistemological and moral rather than metaphysical; they reflect Rawls's view that justice requires that people be treated as equal and as free.“ (Mulhall/Swift 2003: 465)

Man könnte nun Geuss' Kritik dahingehend umformulieren, dass man fragt, ob durch das Weglassen bestimmter Aspekte der Persönlichkeit relevante Aspekte der Realität ignoriert werden. Da die RepräsentantInnen im Urzustand allerdings über allgemeines psychologisches und soziologisches Wissen verfügen und insbesondere wissen, dass Personen verschiedene Konzeptionen des Guten verfolgen, werden gerade die Aspekte, die Geuss vermisst, beachtet (Rawls 2001: 19, 86–88; 1999: 122–126).

Selbstverständlich ist die Orientierung an einem Gedankenexperiment keine Garantie dafür, dass man alle ideologischen Vorurteile in unseren normativen Vorstellungen aufdecken kann (Geuss 2011: 122; Freyenhagen/Schaub 2010). Eine Erfolgsgarantie gibt es

Rawls weicht davon jedoch ab: Intuitionen werden von Rawls nicht als Daten interpretiert, an die sich Theorien anzupassen haben. Vgl. Scanlon (2003: 151) für diese Interpretation. Außerdem spricht Rawls nicht von moralischen Intuitionen, sondern von „considered judgments“ (Rawls 1999: 42).

20 Natürlich sind auf der Suche nach einem Überlegungsgleichgewicht bei Konflikten zwischen überlegten Urteilen und dem Urzustandsmodell, oder Widersprüchen zwischen überlegten Urteilen und Deduktionen aus dem Urzustandsmodell, auch Modifikationen am Urzustand zulässig, wenn für die widersprechenden Urteile, auch nach Konfrontation mit anderen Argumenten, weiterhin gute Gründe anhand der oben genannten Kriterien angeführt werden können (ebd.: 18, 43).

aber auch mit anderen Verfahren nicht. Die Frage ist, welche Methode oder welche Kombination an Methoden eher zum Erfolg führen. In Abschnitt 4.2 konnte gezeigt werden, dass Geuss' historische Methode nicht geeignet zur Kritik von moralischen Urteilen ist. Meine These lautet, dass eine Orientierung an abstrakten Argumenten, wie Rawls' Urzustand, bessere Dienste bei der Kritik normativer Positionen leisten kann als eine historische Rekonstruktion der Ursprünge moralischer Vorstellungen. Eine solche historische Untersuchung kann zwar eine gute Ergänzung darstellen, indem sie die historische Variabilität von Moralvorstellungen aufzeigt; sie kann allerdings keine relevanten Gründe für oder wider die Gültigkeit eines moralischen Urteils liefern. Rawls' Urzustand stellt hingegen eine effektivere Heuristik dar, um moralische Urteile auf ihre Parteilichkeit hin zu überprüfen. Pablo Gilabert drückt diesen Gedanken folgendermaßen aus:

„Ambitious theorizing about justice, including ideal theories of a just society, clearly has a role in public reasoning. It mobilizes people's political imagination and their ability to develop deep challenges to the status quo.“ (Gilabert 2011: 16)

Feministische TheoretikerInnen konnten beispielsweise erkennen, dass Rawls' Argumentation bezüglich der Gerechtigkeit familiärer Strukturen – gemessen an den im Rahmen des Urzustands formulierten Standards – nicht plausibel ist. So konnten Widersprüchlichkeiten von Rawls' Position im Hinblick auf die Rolle der Familie aufgezeigt und die konkreten Urteile in dieser Frage verbessert werden (Nussbaum 2003: 501–502).

Eine Forderung betreffs der Urteile, die in ein Überlegungsgleichgewicht eingehen, ist, dass sie auf der Basis der relevanten Fakten gefällt werden sollten (Scanlon 2003: 143). Ideale Theorie besteht aus moralischen und empirischen Konstruktionsannahmen. Die Adäquatheit beider Komponenten ist notwendig, um ideale Institutionendesigns zu entwerfen. Rawls verweist etwas nebulös auf anerkannte Methoden und Verfahren der Wissensproduktion, wenn es um die Feststellung empirischer Restriktionen geht (Rawls 1999: 188). Aus Platzgründen, und weil Geuss hierzu wenig sagt, werde ich mich mit dieser Frage hier nicht ausführlich beschäftigen. Allerdings begeht man bei der Verwendung genealogischer Argumente, auch bei der Diskussion um adäquate empirische Konstruktionsannahmen, einen Kategorienfehler.²¹

Bisher konnte noch nicht gezeigt werden, dass ideale Theorie eine produktive Rolle bei der Formulierung praktischer Empfehlungen spielen kann. Und wenn ideale Theorie hierfür irrelevant ist, lenkt sie die Aufmerksamkeit von wichtigen politischen Fragen ab (Geuss 2011: 95). Geuss behandelt diese Frage jedoch nur am Rande (vgl. Geuss 2011: 31–32). Sen dagegen diskutiert dies ausführlich, weshalb im folgenden Abschnitt Sens Kritik diskutiert werden soll.

5. Die Nützlichkeit idealer Theorie unter nichtidealen Bedingungen

Für Sen ist es das Hauptziel politischer Philosophie, Rangordnungen verfügbarer Handlungsalternativen zu erstellen (Sen 2009: ix). Zur Formulierung solcher Rangordnungen

21 Für ein Verfahren im Sinne des kritischen Rationalismus siehe Poppers „Stückwerk-Technik“ (Popper 2003: 52–53). Bezüglich des Arguments, dass hierdurch eher bewährte Institutionendesigns berücksichtigt werden, wodurch eine konservative Verzerrung entsteht, und zu plausiblen Lösungsmöglichkeiten auf der Basis sozialwissenschaftlicher Theorien und Modelle vgl. Cohen (2009: 57–79) und allgemeiner die Beiträge in Goodin (1995b).

sei ideale Theorie nicht geeignet (ebd.: 15 f.), sie sei nur praxisrelevant, wenn man die idealen Institutionen in *einem* Schritt direkt realisieren könne, was aufgrund der offensichtlichen Diskrepanz zwischen Ideal und Realität unrealistisch sei (Sen 2009: 100). Hierbei übersieht Sen jedoch den Unterschied zwischen idealen Institutionen und idealen Prinzipien. Beispielsweise ordnen die Prinzipien von Rawls Situationen anhand der Ausstattung der BürgerInnen mit Grundgütern, so dass sich auf dieser Grundlage eine Rangordnung verfügbarer institutioneller Alternativen erarbeiten lässt (vgl. Gilibert 2011: 7–8, 12).

Dies schließt jedoch nicht aus, dass es neben der Ableitung aus idealer Theorie auch andere Möglichkeiten geben kann, Rangordnungen verfügbarer Alternativen zu formulieren. Dementsprechend behauptet Sen, dass ideale Theorie nicht notwendig sei, um praktische Empfehlungen zu erarbeiten (Sen 2009: 101–102). Das begründet er damit, dass die Identifikation einer zum jetzigen Zeitpunkt nicht realisierbaren Option keine Auswirkung auf die Bewertung der realisierbaren Alternativen habe (ebd.). Das ist aber nicht der Fall: Die Formulierung einer idealen Alternative ist notwendig, um vernünftige Abwägungen zwischen den verfügbaren Alternativen vornehmen zu können. Hierfür möchte ich basierend auf ähnlichen Überlegungen von Simmons (2010: 24), Gilibert (2011: 9) und Stemplowska (2008: 332) folgendes Argument anführen:

- Normative Prämisse: Eine Entscheidung über verfügbare Handlungsalternativen sollte bestimmten *Rationalitätsstandards* genügen, unter anderem dass Auswirkungen einer Entscheidung auf die Zukunft berücksichtigt werden.
- Empirische Prämisse: Die Entscheidung zwischen zwei politischen Optionen x und y hat nicht nur unmittelbare Effekte, sondern beeinflusst auch den politischen Spielraum für die Zukunft (*Pfadabhängigkeit*²²).

Hieraus folgt, dass ohne die Vorstellung eines langfristigen Ziels, das durch ideale Theorie formuliert wird, keine vernünftige Diskussion von politischen Optionen möglich ist: Eine Entscheidung für eine bestimmte *policy* sollte immer auch die Auswirkungen auf die Erreichbarkeit noch besserer Gesellschaftsordnungen berücksichtigen.²³ Hierfür muss jedoch bekannt sein, wie eine solche ideale Gesellschaftsordnung aussieht. Eine *policy*, die vielleicht unter aktuellen Bedingungen die optimale Lösung für ein Problem darstellt, könnte die Möglichkeit verschließen, noch bessere Optionen in der Zukunft zu implementieren oder deren Implementierung schwieriger und unwahrscheinlicher machen (Simmons 2010: 24; Swift 2008: 375; Gilibert 2011: 9–11).

Allerdings stellt sich an dieser Stelle das *second-best*-Problem (Schaub 2010: 399; Swift 2008: 375–378). Darunter ist Folgendes zu verstehen: Wenn der direkte ‚Sprung‘ in eine dem Ideal vollständig entsprechende Gesellschaft nicht möglich ist, kann aufgrund des *second-best*-Problems der Grad der Ähnlichkeit der realisierbaren nichtperfekten Alternativen zum Ideal *nicht* als Entscheidungskriterium verwendet werden (Brennan/Pettit 2007: 259–260). Das Problem stellt sich, wenn ein Ideal in Form von konkreten Institutionendesigns (ideale Institutionen) und theoretischen Annahmen über deren Funktionieren formuliert ist. Das Ideal wurde aufgrund der Erfüllung normativer Kriterien, die sich auf Konsequenzen beziehen, gewählt. Wenn aber eine der Annahmen oder eine der institutionellen Bedingungen nicht erfüllt ist, lässt sich nicht mehr vom Grad der Ähnlichkeit der

22 Vgl. North (1990: 93 ff.).

23 Das bedeutet nicht, dass die langfristigen Auswirkungen immer entscheidend sind. Das Argument legt nur nahe, dass langfristige Auswirkungen relevant sind und berücksichtigt werden sollten.

Realität zu den Annahmen über die Realität – oder vom Grad der Ähnlichkeit der realisierten Institutionen zu den idealen Institutionen – auf den Grad der Erfüllung der normativen Kriterien schließen (Brennan/Pettit 2007: 259–260).

Was bedeutet dieses Problem für die Nützlichkeit idealer Theorie zur Bewertung von *policy*-Optionen, wenn die Realisierung aller Komponenten eines Ideals direkt nicht möglich ist? Zumindest ist nicht ohne weitere empirische Analyse garantiert, dass eine Annäherung an das Ideal (im Sinne idealer Institutionen) die zugrundeliegenden normativen Kriterien besser erfüllt als eine Option, die weiter vom Ideal entfernt ist.

Das Problem stellt sich jedoch nicht, wenn man einen Schritt zurückgeht und die zugrundeliegenden idealen Prinzipien zur Bewertung der nichtidealen Alternativen verwendet:²⁴ Prinzipien sind als Normen zu verstehen,

„die gebieten, daß etwas in einem relativ auf die [...] tatsächlichen Möglichkeiten möglichst hohen Maße realisiert wird. Prinzipien sind demnach *Optimierungsgebote*, die dadurch charakterisiert sind, daß sie in unterschiedlichen Graden erfüllt werden können“ (Alexy 1996: 75–76, Hervorhebung im Original).

Solange man ideale Prinzipien als Optimierungsgebote in diesem Sinne versteht, lassen sich verschiedene *policy*-Optionen unter nichtidealen Umständen bewerten, ohne dass *second-best*-Probleme auftreten (vgl. Swift 2008: 376). Da ideale Theorien aus Prinzipien und Institutionendesigns bestehen, kann das Problem auf der Grundlage idealer Theorie bearbeitet werden.

Ein weiteres Argument für die Verwendung idealer Theorie ist, dass die Betrachtung isolierter Bereiche (zum Beispiel nur sozialstaatlicher Institutionen oder nur des Bildungssektors) aufgrund von institutionellen Komplementaritäten²⁵ zwischen verschiedenen Bereichen zu Fehlentscheidungen führen kann (Boot 2011: 6; Swift 2008: 375): Man muss beispielsweise die Auswirkungen von Sozialstaatskürzungen auf die Kooperationsbereitschaft von Beschäftigten in Bezug auf den Erwerb von firmenspezifischen Qualifikationen beachten (Hall/Soskice 2001: 27).

6. Fazit

Die in den vorangehenden Abschnitten vorgestellte Kritik von Geuss und Sen hat sich als nicht überzeugend erwiesen, wenn man sie auf Rawls' Vorstellung idealer Theorie, wie sie hier rekonstruiert wurde, bezieht. Das liegt daran, dass dieses Verständnis von idealer Theorie eine starke Integration normativer und positiver Theorie impliziert.

Bei der Diskussion von Sens Kritik hat sich gezeigt, dass normative Theorie stärker durch empirische Forschung informiert werden muss, wenn auf der Grundlage von idealer Theorie praktische Empfehlungen formuliert werden sollen. Es wird die Aufgabe zukünftiger Forschung sein, konkrete idealtheoretische institutionelle Designs zu erarbeiten und Wege zu ihrer Realisierung aufzuzeigen.

24 Etwas Ähnliches schlägt Swift (2008: 376) vor; nämlich auf die der idealen Theorie zugrundeliegenden Werte zurückzugreifen, um die nichtidealen Optionen zu bewerten. Übertragen auf das hier zugrunde gelegte Modell von idealer Theoriebildung hieße das entweder auf der Basis der moralischen Konstruktionsannahmen mit anderen empirischen Konstruktionsannahmen eine neue, weniger ideale Theorie zu konstruieren, oder, wie oben erwähnt, auf die idealen Prinzipien zurückzugreifen.

25 Eine institutionelle Komplementarität liegt vor, wenn das Vorhandensein einer Institution die Effizienz einer anderen erhöht (Hall/Soskice 2001: 17).

Literatur

- Alexy, Robert, 1996: *Theorie der Grundrechte*, 3. Auflage, Frankfurt (Main).
- Barry, Brian, 1989: *Theories of Justice. A Treatise on Social Justice, Volume I*, Berkeley.
- Berker, Selim, 2009: The Normative Insignificance of Neuroscience. In: *Philosophy & Public Affairs* 37, 293–329.
- Birnbacher, Dieter, 2003: *Analytische Einführung in die Ethik*, Berlin.
- Boot, Martijn, 2011: The Aim of a Theory of Justice. In: *Ethical Theory and Moral Practice*, Online First, DOI 10.1007/s10677-011-9308-5, 1–15.
- Brennan, Geoffrey / Pettit, Philip, 2007: The Feasibility Issue. In: Frank Jackson / Michael Smith (Hg.), *The Oxford Handbook of Contemporary Philosophy*, Oxford, 258–279.
- Celikates, Robin, 2006: From Critical Social Theory to a Social Theory of Critique: On the Critique of Ideology after the Pragmatic Turn. In: *Constellations* 13, 21–40.
- Cohen, Gerald A., 2009: *Why not Socialism?* Princeton.
- Estlund, David M., 2008: *Democratic Authority. A Philosophical Framework*, Princeton.
- Farrelly, Colin, 2007: Justice in Ideal Theory: A Refutation. In: *Political Studies* 55, 844–864.
- Fishkin, James S., 1984: *Beyond Subjective Morality. Ethical Reasoning and Political Philosophy*, New Haven.
- Freyenhagen, Fabian / Schaub, Jörg, 2010: Hat hier jemand gesagt, der Kaiser sei nackt? Eine Verteidigung der Geuss'schen Kritik an Rawls' idealthoretischem Ansatz. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 58, 457–477.
- Geuss, Raymond, 2002: *Privatheit. Eine Genealogie*, Frankfurt (Main).
- Geuss, Raymond, 2005: *Outside Ethics*, Princeton.
- Geuss, Raymond, 2008: *Philosophy and Real Politics*, Princeton.
- Geuss, Raymond, 2010: Realismus, Wunschdenken, Utopie. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 58, 419–429.
- Geuss, Raymond, 2011: *Kritik der politischen Philosophie. Eine Streitschrift*, Hamburg.
- Gilbert, Pablo, 2011: Comparative Assessments of Justice, Political Feasibility, and Ideal Theory. In: *Ethical Theory and Moral Practice*, Online First, DOI 10.1007/s10677-011-9279-6, 1–18.
- Goodin, Robert E., 1995a: Political Ideals and Political Practice. In: *British Journal of Political Science* 25, 37–56.
- Goodin, Robert E., 1995b: *The Theory of Institutional Design*, Cambridge.
- Hall, Peter A. / Soskice, David, 2001: Introduction. In: Peter A. Hall / David Soskice (Hg.), *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Oxford, 1–68.
- Kelly, Paul, 2011: Rescuing Political Theory from the Tyranny of History. In: Jonathan Floyd / Marc Stears (Hg.), *Political Philosophy versus History? Contextualism and Real Politics in Contemporary Political Thought*, Cambridge, 13–38.
- Marx, Johannes, 2012: Geistige Eigentumsrechte als Problem der Internationalen Gerechtigkeit. Metatheoretische Anmerkungen zum Rechtfertigungsproblem geistiger Eigentumsrechte. In: Regina Kreide / Claudia Landwehr / Katrin Toens (Hg.), *Demokratie und Gerechtigkeit in Verteilungskonflikten*, Baden-Baden, 283–313.
- Mason, Andrew, 2010: Rawlsian Theory and the Circumstances of Politics. In: *Political Theory* 38, 658–683.
- McDermott, Daniel, 2008: Analytical Political Philosophy. In: David Leopold / Marc Stears (Hg.), *Political Theory: Methods and Approaches*, Oxford, 11–29.
- Mulhall, Stephen / Swift, Adam, 2003: Rawls and Communitarianism. In: Samuel Freeman (Hg.), *The Cambridge Companion to Rawls*, Cambridge, 460–487.
- Nussbaum, Martha C., 2003: Rawls and Feminism. In: Samuel Freeman (Hg.), *The Cambridge Companion to Rawls*, Cambridge, 488–520.
- North, Douglass C., 1990: *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*, Cambridge.
- Popper, Karl R., 2003: *Das Elend des Historizismus*, 7. Auflage, Tübingen.
- Rawls, John, 1999: *A Theory of Justice. Revised Edition*, Cambridge.
- Rawls, John, 2001: *Justice as Fairness. A Restatement*, Cambridge.

- Scanlon, Thomas M., 2003: Rawls on Justification. In: Samuel Freeman (Hg.), *The Cambridge Companion to Rawls*, Cambridge, 139–167.
- Schaub, Jörg, 2010: Ideale und/oder nicht-ideale Theorie – oder weder noch? Ein Literaturbericht zum neuesten Methodenstreit in der politischen Philosophie. In: *Zeitschrift für philosophische Forschung* 64, 393–409.
- Sen, Amartya, 1982: *Choice, Welfare and Measurement*, Cambridge.
- Sen, Amartya, 2006: What Do We Want from a Theory of Justice? In: *The Journal of Philosophy* 103, 215–238.
- Sen, Amartya, 2009: *The Idea of Justice*, Cambridge.
- Simmons, John A., 2010: Ideal and Nonideal Theory. In: *Philosophy & Public Affairs* 38, 5–36.
- Singer, Peter, 1974: Sidgwick and Reflective Equilibrium. In: *Monist* 58, 490–517.
- Singer, Peter, 1981: *The Expanding Circle. Ethics, Evolution, and Moral Progress*, Princeton.
- Singer, Peter, 2005: Ethics and Intuitions. In: *The Journal of Ethics* 9, 331–352.
- Stemplowska, Zofia, 2008: What's Ideal About Ideal Theory? In: *Social Theory and Practice* 34, 319–340.
- Swift, Adam, 2008: The Value of Philosophy in Nonideal Circumstances. In: *Social Theory and Practice* 34, 363–387.
- Valentini, Laura, 2009: On the Apparent Paradox of Ideal Theory. In: *The Journal of Political Philosophy* 17, 332–350.
- Wiens, David, 2012: Prescribing Institutions without Ideal Theory. In: *The Journal of Political Philosophy* 20, 45–70.
- Zimmerling, Ruth, 1996: Wissenschaft und Verantwortung. Ist die traditionelle Gegenüberstellung von empirischer und normativer Wissenschaft haltbar? In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 6, 51–82.

Monitoring in der Politischen Theorie

Wie wir Theorien aus anderen Disziplinen erfassen und im Fach aufbereiten

Alexander Weiß*

Schlüsselwörter: Politische Theorie, Subdisziplin, Politikwissenschaft, Interdisziplinarität, Monitoring

Abstract: Es wird vorgeschlagen, neben der Konstruktion von Theorien und der politischen Ideengeschichte als drittes Aufgabenfeld der Subdisziplin ‚Politische Theorie‘ das Monitoring, also das Wahrnehmen und Verarbeiten fachfremder Theorien anzuerkennen und methodisch-reflexiv zu erfassen. Dazu werden begriffliche und analytische Vorschläge gemacht, die auch die Frage betreffen, wie gutes Monitoring zu verfahren hat. Als ‚dynamisches Monitoring‘ wird das Wahrnehmen von Theoriegeschehen über einen längeren Zeitraum im Gegensatz zu einmaligem Bezug zu fachfremden Theorien bezeichnet; ‚komplexes Monitoring‘ findet statt, wenn nicht nur isolierte Theoriesätze, sondern größere Zusammenhänge aus fachfremden Theorien durch die Politische Theorie verarbeitet werden. Anschließend werden einige Konsequenzen für das Fach diskutiert, die sich aus den Anforderungen an Monitoring ergeben. Abschließend wird ein Ausblick auf eine politische Theorie des Monitorings gegeben. Das Hauptargument ist, dass gesellschaftliche Pluralisierung mit kognitiver Pluralisierung einhergeht und die Politische Theorie mit einer kontinuierlichen Bereitstellung neuer theoretischer Sprachspiele reagieren sollte.

Abstract: This article suggests to accept monitoring, the recognition and adaptation of theories from other disciplines, as a third function of Political Theory besides the construction of own theories and the history of ideas. Some conceptual and analytical propositions concerning the quality of monitoring are presented. ‚Dynamic monitoring‘ is the continuous observation of theories in other disciplines in contrast to singular references to theories; ‚complex monitoring‘ takes place when larger elements than isolated theorems are considered. A discussion of some consequences for the discipline follows. The article ends with a prospect to a political theory of monitoring. The main argument is that the pluralization of society involves cognitive pluralization. Political theory should react to this process by continuously providing new theoretical language games.

1. Einleitung: Der dritte Bereich der Politischen Theorie

Die Teildisziplin der Politischen Theorie wird oft durch zwei Felder charakterisiert, die auch in der Denomination vieler Lehrstühle – zumindest heute noch – und im Namen unserer Sektion innerhalb der DVPW bezeichnet sind: *Politische Theorie und Ideengeschichte*.¹ Im

* Dr. Alexander Weiß, Universität Hamburg
Kontakt: 1weiss@web.de

1 Die Einführungen von Llanque/Münkler (2007) sowie Fischer/Münkler (2012) sind auch entsprechend betitelt: *Politische Theorie und Ideengeschichte*. Darüber hinaus teilen aber die meisten zeitgenössischen Einführungen diese Unterscheidung von zwei Feldern, auch ohne dies explizit zu benennen.

Bereich der *Politischen Theorie* steht eigenständige Theorieproduktion im Zentrum, und die *Ideengeschichte* befasst sich vor allem mit entsprechenden Versuchen in der Vergangenheit. Ich möchte hier dafür plädieren, ein drittes, eigenständiges Feld als Aufgabenbereich zu erkennen und als solches zu akzeptieren, das in der Praxis den Teilbereich immer schon geprägt hat. Gemeint ist die Tätigkeit des ‚Monitoring‘, also des Sichtens, Verstehens und Aufbereitens fachfremder Theorien, wodurch das Fach Kontakt mit Theorieentwicklungen in anderen Disziplinen halten soll. Die Tätigkeit an sich sowie die für ihre Bewältigung erforderlichen Kompetenzen unterscheiden sich in einem Maße von den anderen beiden Bereichen, dass die Rede eines dritten Bereichs berechtigt scheint: Das Monitoring besteht darin, Theorien aus anderen Disziplinen für den Gegenstandsbereich der Politikwissenschaft anwendbar zu machen. In der Praxis der Forschung lassen sich die meisten Texte sicherlich nicht trennscharf einem der drei Bereiche zuordnen, insbesondere die eigene Theorieproduktion und das Monitoring treten oft gemeinsam auf. Analytisch lassen sich beide jedoch als verschiedene intellektuelle Tätigkeiten verstehen, die je verschiedenen Logiken gehorchen, verschiedenen Funktionen zuzuordnen sind und verschiedene Kompetenzen erfordern. Die Teildisziplin, die zumeist *Politische Theorie und Ideengeschichte* genannt wird, bestünde danach aus den Feldern *Politische Theorie*, *Ideengeschichte* und *Monitoring*.

Es ist auch genau diese Tätigkeit des Monitoring, die einen wichtigen Teil des Selbstverständnisses sowie der Fremdbeschreibung der Subdisziplin der Politischen Theorie innerhalb des Faches Politikwissenschaft ausmacht: Ein Monitor zu sein, über den die forschungs- und empiriefokussierten anderen Teilbereiche Theorieentwicklungen in den Wissenschaften wahrnehmen und auf Potenziale für Verarbeitungen in der eigenen Forschung überprüfen können. Obwohl diese Tätigkeit die Entwicklung unseres Teilbereichs und seine Identität und Rolle auch gegenüber anderen Teilbereichen des Faches stark geprägt hat, fehlt eine methodische Reflexion genau hierüber: Sowohl Rolle und Funktion als auch Vorgehensweise und Folgen eines solchen Monitoring sind im Fach kaum thematisiert worden.

Die anderen beiden Felder haben innerhalb der Subdisziplin eine intensive diskursive Durchdringung erfahren, die auch bis heute anhält: In dem Feld, das *Politische Theorie* bezeichnet und wegen des Gleichklangs mit dem ganzen Teilbereich oft schon und zu Lasten der beiden anderen Felder für das Ganze gehalten wird, ist die Wissenschaftstheorie mit der allgemeinen Frage befasst, wie Theorien zusammengesetzt sind, wie sie funktionieren und wie man sie herstellen kann. Zwar ist generell der Bezug zur Wissenschaftstheorie nicht unumstritten, aber inzwischen gibt es in vielen Studienprogrammen unseres Faches obligatorische Einführungen in die „Wissenschaftstheorie für Sozialwissenschaftler[Innen, A. W.]“.² Auch der normativ arbeitende Teil der Politischen Theorie erfährt gerade in der letzten Zeit einen weiteren methodischen und konzeptionellen Reflexionsschub. Die meisten Beiträge in dem in der Zeitschrift *Political Research Quarterly* 2010 abgedruckten Symposium *Political Theory as a Profession and a Subfield in Political Science* verstehen Politische Theorie sogar weitgehend als normatives Unternehmen und debattieren über die methodologische Frage, wie sich solche normativen politischen Theorien zur politischen Wirklichkeit verhalten und verhalten sollen. Auch die Debatte über „Political Realism“ – geführt etwa im Special Issue *Political Realism* des *European Journal of Political Theory* 2010³ – kreist um die Frage, wie viele und welche Elemente der

2 Vgl. dazu inzwischen als deutschsprachigen Klassiker im Fach Konegen/Sondergeld (1992).

3 Vgl. dazu auch Raymond Geuss (2008) mit seiner Kritik an Rawls.

Wirklichkeit bei der Formulierung der Normen in der Politischen Theorie berücksichtigt werden sollten.

Das Arbeitsfeld, in dem politische Theorien produziert werden, ist also in solchen Debatten mit einem Reflexionsdiskurs versorgt, der Antworten auf die Fragen, wie Theorien analytisch, deskriptiv oder normativ funktionieren, nicht einfach spontanen Einzelentscheidungen überlässt, sondern zu den in einer wissenschaftlichen Community begründungsbedürftigen Gegenständen macht.

Entsprechendes gilt auch für die politische Ideengeschichte beziehungsweise die Geschichte des politischen Denkens. Im deutschsprachigen Kontext belegen etwa jüngere Veröffentlichungen aus und über den Bereich der Cambridge School eine Renaissance methodischer und konzeptioneller Fragen in diesem Bereich.⁴ Auch hier lässt sich also sagen, dass jede Ideengeschichtlerin und jeder Ideengeschichtler zumindest wissen kann, dass die Fragen, welche Art von Texten, welche Texte wie und mit welchen Zielen gelesen werden, nicht ausschließlich wie private Geschmacksurteile, sondern eben auch intersubjektiv in den jeweiligen Debatten über Ansätze und Methoden zu beantworten und zu begründen sein sollten.⁵

Im dritten Aufgabenfeld fehlt eine solche Reflexionsebene bisher jedoch weitestgehend. In der Wissenschaftstheorie selbst gibt es keine ausgearbeitete Begrifflichkeit für das Erfassen fachfremder Theorien. Das ist zunächst nicht verwunderlich, da es bei diesem Transfer nicht um logische Schlüsse geht. Die Berücksichtigung der Wissenschaftstheorie in der Politikwissenschaft ist zumeist auf zwei Fragen bezogen: Wie sollen Theorien gebaut werden, und wie soll ihr Bezug zu den empirischen Gegenständen hergestellt werden?⁶ Für die Beantwortung der Fragen, wie Theorien gebaut und auf ihre Gegenstände bezogen sein sollten, scheint es unerheblich zu sein, woher die Elemente der Theorien stammen, ob sie etwa im Fach selbst hergestellt oder aus anderen Fächern bezogen sind. Wissenschaftstheoretisch ist dies ein Unterschied, der keinen Unterschied macht.

Das Fehlen einer Reflexionsebene für das Monitoring ist jedoch aus zwei Gründen erstaunlich und bedauerlich: Zum einen lässt sich die Geschichte der modernen Politischen Theorie als Geschichte gelungener Verwendungen fachfremder Theorien darstellen. Allein in der Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg reicht dieses Einspeisen und Verarbeiten fachfremder Theorien von den psychologischen und auch philosophischen Begriffen des Behaviorismus über die mathematischen Grundlagen und ökonomischen Theoreme in der Spieltheorie und allen Rational-Choice-Ansätzen, von der Einarbeitung evolutionstheoretischer Annahmen bis zur sprachphilosophischen Wende, die über die Drehscheibe des Werks von Habermas Eingang in unser Fach nahm, bis in die Gegenwart, etwa mit der Wiederentdeckung der Anthropologie im Fach. Die Liste der Beispiele könnte hier erheblich ausgeweitet werden – und der Befund ist weder neu noch als solcher bereits

4 Vgl. zur Cambridge School Skinner (2009); Mulsow/Mahler (2010), zu Ansätzen der politischen Ideengeschichte generell Dorschel (2010); Stollberg-Rillinger (2010); Schulz/Weiß (2010).

5 Für die beiden Bereiche *Politische Theorie* und *Ideengeschichte* sind weitere Einführungen angekündigt, vgl. Fischer/Münkler (2012); Zapf (2012).

6 Auf letztere Frage, also die Relation zum Gegenstand, reagieren die zahlreichen Einführungen in die Methoden des Fachs (vgl. etwa McNabb 2010) mit der gängigen Differenzierung zwischen quantitativen und qualitativen Ansätzen. Komplexere Darstellungen wie das *Sage Handbook of the Philosophy of Social Sciences* sind mit beiden Fragen befasst, indem sowohl Paradigmen sozialwissenschaftlicher Theorien (vgl. Jarvie/Zamora-Bonilla 2011: 305–510) als auch methodische Fragen der Erfassung von Empirie (vgl. ebd.: 511–720) behandelt werden.

spektakulär –, aber es fällt auf, dass aus der bekannten Tatsache nur selten Schlüsse gezogen wurden. Systematische Gedanken, geschweige denn methodische Reflexion darüber sind kaum zu erkennen. Im Hinblick auf die Ermöglichung von Intersubjektivität von Forschungspraxis stellt sich aber die Frage, welche methodischen Implikationen dieser Befund mit sich bringt, wie wir ihn theoretisch einzuordnen haben und wie wir darauf reagieren können.

Zum anderen ist das Verhältnis von Politischer Theorie und empirischer Forschung nicht durch eine Debatte über ein Primat zu klären. Dies wird aber zuweilen versucht: Je nach Präferenz wird entweder die Vorgängigkeit der Theorie, die dann deduktiv vorgehen habe, vor der Empirie oder das Gegenteil, die Vorgängigkeit der Forschung, die induktiv vorgehe und dadurch den Boden für Theorie lege, behauptet und das Nichterfüllen der Rolle von der jeweils anderen Seite beklagt. In einer solchen Debattenkonstellation ist keine Lösung zu erwarten. Daher sollten wir die Konstellation nicht in einer logischen Abfolge und mit der Kategorie der Vorgängigkeit beschreiben und uns auf eine Diskussion über ein Primat einlassen, sondern die Konstellation als parallele Struktur begreifen: Theorie ist dann die kontinuierlich mitlaufende Reflexionsebene empirischer Forschung. Hier gewinnt der Teilbereich der Politischen Theorie gerade auch durch das Monitoring die Chance, im Verhältnis zu den anderen Teilbereichen eine klare Identität zu formulieren: *Wir* sind diejenigen, die fachfremde Theorien für die politikwissenschaftliche Forschung und Anwendung sichten, verstehen und aufbereiten können. *Wir* sind also diejenigen, die etwa die empirische Demokratieforschung über die für die Demokratietheorie relevanten Entwicklungen in der politischen Philosophie informieren sollten.⁷

Leider ergreifen wir zu selten die Chance, diese Rolle auszufüllen. Das Verhältnis der Politischen Theorie zu den anderen Teilbereichen muss vielmehr als ‚gestört‘ bezeichnet werden. So wirft die Theorie den anderen Teilbereichen einerseits vor, ihre forschungsvorbereitende Theoriearbeit zu wenig zu berücksichtigen, und die anderen Teilbereiche beklagen andererseits in der Theorie oft eine ‚Forschungsvergessenheit‘ und wenden sich von der Politischen Theorie ab, die in ihrer Wahrnehmung gar nicht auf empirische Forschung gerichtet, sondern vor allem an Begriffsklärungen interessiert ist und deshalb selbstbezüglich vorgeht. Beide Seiten haben mit ihrem Urteil wohl Recht. Im Ergebnis haben wir eine Situation, in der VertreterInnen der anderen Teilbereiche der Politikwissenschaft die Politische Theorie oft und mit guten Ergebnissen bei der Adaption fachfremder Theorien überspringen, wie etwa die innerhalb der Subdisziplin der Internationalen Beziehungen geführten Debatte um die Anwendbarkeit von Habermas’ Theorie kommunikativen Handelns gezeigt hat (vgl. zusammenfassend Müller 2004).⁸ In der Rea-

7 Buchstein und Jörke warnen in ihrem auch gerade in seiner historischen Dimension sehr aufschlussreichen Artikel von 2007 davor, dass die Politische Theorie „auf die Rolle einer Zulieferin zu politikwissenschaftlichen Bereichstheorien reduziert“ (Buchstein/Jörke 2007: 39) werde. Dem ist zuzustimmen, wenn damit einhergeht, dass die Rolle der Zuarbeit für empirische Forschung auf Kosten der anderen Bereiche, insbesondere der Ideengeschichte, geht. Allerdings ist auch zu vermerken, dass hier mit ‚Monitoring‘ mehr und etwas anderes gemeint ist als das forschungsorientierte Herstellen von Theorien mittlerer Reichweite. Mir scheint, dass auch Buchstein und Jörke das Monitoring unberücksichtigt lassen und damit die Relevanz der Herstellung von Theoriekontakten in andere Fächer unterschätzen, wenn sie am Ende ihres Beitrag als vermeintliche Summe der Tätigkeiten in der Politischen Theorie „den gesamten Bereich von der Politischen Philosophie über die Politische Ideen-, Begriffs- und Semantikgeschichte bis hin zur Wissenschaftstheorie und -politologie“ (ebd.) angeben.

8 Mit generellen Überlegungen zum Verhältnis der beiden Teilbereiche der Politischen Theorie und der Internationalen Beziehungen vgl. Risse (2007).

lität der universitären Forschung wird unser Monitordienst zu selten in Anspruch genommen, um daraus schon eine zufriedenstellende Rolle der Politischen Theorie abzuleiten, und dies ist wiederum sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass wir das Monitoring nicht reflexiv und explizit durchführen.

Im Ergebnis stellt sich die Situation wie folgt dar: Eigentlich prägt das Monitoring weite Teile unserer Tätigkeit, und gerade diese Tatsache beinhaltet auch die Chance, im Verhältnis zu anderen Teilbereichen eine klare, erkennbare, unverzicht- und unersetzbare Rolle einzunehmen, aber diese Chance wird kaum ergriffen. Dies ist – so die hier vertretene These – auch durch die fehlende konzeptionelle Debatte über das Monitoring im Teilbereich zu erklären. Hier soll nun zumindest angedeutet werden, womit sich eine solche Debatte eigentlich zu befassen hätte. Einige begriffliche Unterscheidungen, die eingeführt werden, sollen dazu dienen, die fachinterne Kommunikation über unsere Monitor-tätigkeit zu erleichtern beziehungsweise da, wo sie gar nicht stattfindet, anzustoßen. Dies ist ein bewusster Schritt zur Stärkung der methodischen Reflexion unserer Teildisziplin.

Dabei gehe ich in drei Schritten vor: Erstens stelle ich Überlegungen darüber vor, was wir beim Monitoring eigentlich machen und auch wie wir es tun sollten, denn wenn das Monitoring eine wissenschaftliche Tätigkeit ist, dann kann man sie besser oder schlechter machen, man kann es auch lernen, prüfen und bewerten. Dazu müssen wir aber zunächst Überlegungen anstellen, wie ‚gutes‘ Monitoring aussieht (2). Zweitens ziehe ich einige Konsequenzen für die Anforderungen an spezifische Kompetenzen und auch für die Ausbildung in der Politischen Theorie (3), und drittens versuche ich – ansatzweise – die Tätigkeit des Monitoring selbst zu bewerten und aus dem Gegenstand des Faches abzuleiten (4).

2. Das Monitoring

Zu den wenigen Diskursen, in denen der Transfer fachfremder Theorien bisher thematisiert wurde, gehört die Debatte über Interdisziplinarität in der Forschung. Sidney J. Pierce hat in einem Artikel von 1999 (*Boundary Crossing in Research Literature as a Means of Interdisciplinary Information Transfer*) die Begriffe ‚Import‘ und ‚Export‘ verwandt, um das Verwenden fachfremder Theorien zu bezeichnen.⁹ Die Debatte, in die Pierce einstieg, kreiste vor allem um die Dichte fachübergreifender Zusammenarbeit und Pierce unterschied dabei drei Niveaus: 1) „Borrowing“, also das einfache Verwenden von Theorien; 2) „Collaboration“, die Co-Autorschaft mit fachfremden Autorinnen im eigenen Fach; und 3) „Boundary Crossing“, das eigenständige Veröffentlichen in anderen Fächern (Pierce 1999: 272). Dies sind sicherlich interessante Vorüberlegungen, an die angeschlossen werden kann, aber sie treffen noch nicht den Kern dessen, was hier gemeint ist: Das Verwenden fachfremder Theorien ist keineswegs deckungsgleich mit dem, was bei Pierce und anderswo unter interdisziplinärer Forschung zu verstehen ist, sondern es ist eine Kerntätigkeit im Herzen des Faches. Darüber hinaus werde ich im Folgenden auch verschiedene Niveaus der fachübergreifenden Zusammenarbeit unterscheiden, aber die Differenzierung nicht, wie Pierce, am Kriterium der Autorschaft von Texten festmachen,

9 Auch der interdisziplinäre Diskurs über Interdisziplinarität wurde in die Politikwissenschaft eingespeist. Vgl. beispielsweise das Symposium *Interdisciplinarity and the Study of Politics* in der Zeitschrift *European Political Science* von 2009.

sondern in die Dimension der logischen Denkopoperationen vorstoßen, die auf den zu unterscheidenden Niveaus verschieden ausfallen.

Unpassend scheint mir auch generell die Im- und Export-Metapher für die hier beschriebene Tätigkeit zu sein, die einen stabilen, auf dem ‚Transportweg‘ nicht veränderten Gegenstand suggeriert, der – von einem Fach ins andere – bewegt werden könnte. Ich verwende lieber die – sprachlich leider auch unschöne – Monitoring-Metapher, die in so verschiedenen Kontexten Verwendung findet wie in Theorien des Zweitspracherwerbs, in der medizinischen Beobachtungen von Vitalparametern, bei der Beobachtung von Stadtentwicklungsprozessen, dem systematischen Suchen astronomischer Objekte, der Erfassung von Inhalten aus Massenmedien und zahlreichen weiteren Bereichen. Gemeinsam ist bei diesen Begriffsverwendungen ein Verständnis von Monitoring als systematische Beobachtung von Prozessen. Bezogen auf den Gegenstandsbereich der Politischen Theorie können wir wie folgt definieren: Monitoring ist das durch methodische und konzeptionelle Reflexion kontrollierte systematische Beobachten von Theoriegeschehen in anderen wissenschaftlichen Disziplinen, das mit dem Ziel geschieht, diese Theorien oder Elemente von ihnen in der Politikwissenschaft zu verwenden.

Die Monitoring-Metapher impliziert folgende Anschlussfragen: Wie kommt etwas auf unseren Schirm, was haben wir auf dem Schirm, und was machen wir mit dem, was wir auf dem Schirm haben? Monitoring ist so im Vergleich zur Import-Metapher schlicht der dynamischere Begriff: Es werden Prozesse beobachtet, nicht fertige Dinge transportiert, und es wird mit dem Beobachteten etwas gemacht: Kontrolle, Erfassung, Verarbeitung. Der Schirm ist dabei kontinuierlich in Betrieb und wird nicht nur – wie die Warentransfer-Metapher auch impliziert – bei begrenzten Vorgängen verwendet. Daraus lässt sich eine erste Anforderung an das Monitoring ableiten.

2.1 Dynamisches Monitoring

Gutes Monitoring versorgt das Fach nicht nur mit einer Theorie in Form eines Gründungstextes dieser Theorie, sondern mit der Geschichte der Theorie und insbesondere mit ihren Weiterentwicklungen im Ausgangsfach. Es reicht also nicht nur, einmal das Nutzenmaximierungsprinzip aus der Ökonomie in die Demokratietheorie einzuführen – auch die Kritiken, Differenzierungen und Alternativen in der Wirtschaftswissenschaft bis heute sind relevant für uns. Wenn diese nämlich auf unserem Monitor nicht erscheinen, wird in der Politischen Theorie allzu oft ein *homo oeconomicus* kritisiert, der in der ökonomischen Theorie etwa so aktuell ist, wie der *behavioralism* in der Politischen Theorie. Dann wird nur noch ein Strohmann für billige Kritik aufgebaut, der die ökonomische Theorie weit unter Wert verkauft und das Potenzial ökonomischer Perspektiven für die Politische Theorie nicht ausschöpft. Entsprechendes ließe sich auch für die Begriffe der Evolutionstheorie zeigen. Wenn wir die dynamische Dimension von Theorien in ihren jeweiligen Fächern nicht mitberücksichtigen, dann machen wir uns an dieser Stelle selbst dumm. Dynamisches Monitoring muss demgegenüber nicht nur am Anfang, sondern während der ganzen Zeit der Verwendung von Theorien bei uns im Fach das Ausgangsfach beobachten. Daraus ergeben sich einige Konsequenzen für die Aufgabenbeschreibung unserer Subdisziplin: Es kann nicht unsere primäre Aufgabe sein, immer dann, wenn andere Teildisziplinen an Theoriebestände anknüpfen, den ideengeschichtlichen Besserwisser zu spielen, der stets darauf verweisen zu müssen glaubt, dass die anderen nicht einmal die

klassischen Anfangstexte der Theorien, an die sie anknüpfen, kennen. Der Streit kann nicht darin bestehen, ob man an jüngere oder ältere Texte anschließen sollte, sondern die Politische Theorie sollte die Theorieentwicklung in anderen Fächern im Auge behalten und verarbeiten können.

Robert Axelrod hat in der Presidential Address beim Annual Meeting der APSA 2007 in Chicago unter dem Titel *Political Science and Beyond* über Theorientransfer gesprochen und damit einen der wenigen fachinternen Beiträge zu diesem Thema geleistet (vgl. Axelrod 2008). Dort berichtet Axelrod, dass Darwin die entscheidende Idee für seine Theorie – nämlich, dass unter Knappheitsbedingungen ein Selektionsdruck entsteht, der die entstehenden Variationen in diejenigen, die bestehen bleiben und diejenigen, die nicht bestehen bleiben, teilt – bei der Lektüre von Malthus' *Essay on the Principle of Population* gekommen sei. Karl Marx – der allerdings Malthus selbst wegen seiner ökonomischen Grundannahmen kritisierte – habe dann einen Re-Import dieser Idee in den Bereich der Gesellschaftswissenschaften vorgenommen, wie ein Brief von Marx an Lassalle zeigen soll, in dem er Darwin als Inspirationsquelle für die Vorstellung der Geschichte der Klassenkämpfe angibt. Für Axelrod ist dies ein Beleg für die Dynamik von Theoriebewegungen und zugleich auch ein Beleg für die oft und auch von uns selbst unterschätzte Attraktivität unserer Theorien in anderen Fächern (vgl. ebd.: 3). Zurecht weist er darauf hin, dass die Politikwissenschaft auch daran interessiert sein sollte, dass ihre besten Konzepte und Theorien auch in anderen Disziplinen wahrgenommen und verarbeitet werden.

Insgesamt ist Axelrod in seinem Vortrag allerdings zu offensichtlich strategisch motiviert, wenn er extensiv auch die Möglichkeiten des Theorieexports herausarbeitet: Als damaliger Präsident der APSA wollte er die wissenschaftliche und gesellschaftliche Relevanz der Politikwissenschaft positiv darstellen. Axelrods Malthus-Darwin-Marx-Beispiel ist ja in Wirklichkeit nur ein qualitativ sehr schwaches Monitoring: Es wird eine Idee importiert, nicht die Theorie, nicht der Kontext, nicht die Kritik, nicht die Weiterentwicklung. Was so bei Darwin entsteht, ist ja auch nicht eine ‚ökonomische Theorie der Biologie‘, sondern etwas Eigenständiges. Hier von einem gelungenen Beispiel von Monitoring zu sprechen, wäre sicherlich verfehlt. Zum Befund gehört auch, dass die Politikwissenschaft mutmaßlich nicht besonders häufig im Monitoring anderer Fächer vorkommt. Dies kann man für eine Schwäche und ein Zeichen fehlender Attraktivität halten. Axelrod macht Werbung für die Sicht, dass wir ‚unter Wert‘ gehandelt werden und sehr wohl viel zum ‚Export‘ zu bieten hätten. Ich denke dagegen eher, dass wir in der Asymmetrie, in der vermeintlich negativen ‚Handelsbilanz‘, eine Stärke sehen sollten: Dass wir mehr fachfremde Theorien ‚auf dem Schirm‘ haben als mit selbstproduzierten Theorien auf anderen Schirmen beachtet werden, ist dann ein Anzeichen von Gelassenheit im Fach in Abwesenheit eines unbestrittenen, eigenen Theoriekanons. Es ist auch ein Zeichen von akademischer Offenheit, die ein Fach besonders dynamisch und vielfältig machen kann.

Zusammenfassend lassen sich Stufen der Qualität dynamischen Monitorings unterscheiden. Es geht dabei um Grade der Verflechtung beziehungsweise Stufen der Aufmerksamkeit gegenüber anderen Disziplinen. Stufe 1: Die (fachfremde) Theorie wahrnehmen. Stufe 2: Den disziplinären Kontext der Theorie wahrnehmen. Stufe 3: Die fachhistorische Entwicklung der Theorien wahrnehmen (inklusive der Debatten und diskursiven Konfrontationen mit alternativen Theorien).

Dies leitet zur Frage über, was wir eigentlich genau für die Anwendung aufbereiten, wenn wir Monitoring betreiben.

2.2 Komplexes Monitoring

Schwache Vorformen eines ausgearbeiteten Monitorings finden wir in der Geschichte der Metaphernverwendung: Der Staat als Maschine oder als Organismus, die Gesellschaft als Ameisenhaufen – und der Politiker als Arzt, Steuermann oder Löwe. Aber solche Metaphern, die Vorstellungen aus fachfremden Kontexten lediglich anklingen lassen, unterscheiden sich erheblich etwa von Anthony Downs' Beschreibung von Politik als Markt: Hier wird nicht nur eine Metapher verwendet, sondern mit der Ökonomischen Theorie der Demokratie wird ein Set an Begriffen und Hypothesen auf einen neuen Gegenstand angewandt. Diese beiden Fälle sollten wir als Pole auf einem Spektrum kenntlich machen: Übertragung einer Metapher oder Übertragung eines komplexen Theoriegebildes, um dann von gutem Monitoring eine deutliche Tendenz zu Letzterem zu erwarten. In der Mitte zwischen den Polen läge auch die Übertragung eines Sets *empirischer* Sätze aus der Theorie, die uns über einen bestimmten Gegenstand informieren, ohne eine eigene, abstrakte theoretische Perspektive mitzuliefern, die wir dann auch auf weitere Gegenstände anwenden könnten. Hier sollte uns aber die Duhem-Quine-These skeptisch machen, nach der Theorien durch Beobachtungssätze allein unterbestimmt sind und daher Theorien nicht durch die Prüfung isolierter Beobachtungssätze verifiziert oder falsifiziert werden können (vgl. Gillies 1998). Für das Monitoring sollte uns dieser ‚Holismus‘ dazu auffordern, nicht nur isolierte Beobachtungen aus Theoriezusammenhängen zu adaptieren.

Bei Quine finden wir zusätzlich die Unterscheidung verschiedener Satzarten in Theorien, die auf je verschiedenen logischen Ebenen der Theorie funktionieren. Wir sollten uns hier klarmachen, dass wir die ‚höchste‘ Ebene von Sätzen in Theorien erfassen sollen, in denen die Art der Perspektivierung auf die Welt und nicht die Inhalte dieser Perspektivierung bezeichnet sind. Nur dann gelingt es nämlich, bei Theorien zu unterscheiden, *was* sie über ihren Gegenstand sagen und *wie* sie es sagen. Wenn wir dies nicht unterscheiden und mit dem *Wie* auch das *Was* in unseren Gegenstandsbereich einführen, dann provoziert diese Art der Adaption Abwehrverhalten und Ressentiments, die bei anspruchsvollerem Monitoring vermeidbar wären. Dann kann etwa die Verwendung der Evolutionstheorie als schlechter Biologismus missverstanden werden, durch den die auf den Gegenstand bezogene These transportiert werden sollte, dass auch in den Sozialwissenschaften Erklärungen angebracht seien, die auf die ‚natürlichen‘ Umstände anstatt auf gesellschaftliche und soziale Kontexte abzielen. Oder es wird die ökonomische Theorie in den Sozialwissenschaften mit der These gleichgesetzt – besser gesagt: verwechselt –, dass wirtschaftliches Interesse das stärkste oder sogar alleinige Verhaltensmovens sei. Für ein besseres Monitoring sollten aber die im Sinne Quines ‚höheren‘ Sätze betrachtet werden. Dann wird Evolutionstheorie als Erklärung dafür verstanden, wie komplexe Arten entstehen, und die biologischen Arten sind bloß ihr erster empirischer Anwendungsfall. Die ökonomische Theorie ist dann der Versuch, auf die Frage zu antworten, wie organisationsfrei erwartbares Verhalten entsteht, wobei das wirtschaftliche Interesse von AkteurenInnen auf der Ebene darunter im Gegenstandsbereich ökonomischer Märkte relevant wird. Gewinnbringend wird das Monitoring somit, wenn wir neben den empirischen Sätzen vor allem auch die abstrakte Perspektivierung, die in Theorien vorgenommen wird, wahrnehmen.

Was machen wir eigentlich mit Theorien beim Monitoring? Wir bereiten sie auf den Kontakt mit der in unserem Fach für relevant gehaltenen empirischen Wirklichkeit vor, und wir müssen entsprechend methodologisch klären, was dieses ‚Vorbereiten‘ eigentlich

bedeutet. Was genau heißt es, Theorien zu ‚verarbeiten‘ und ‚aufzubereiten‘? Hier ist wiederum ein Spektrum erkennbar: Im einen Extremfall verändert das Monitoring die Ausgangstheorie nicht und führt ihr lediglich einen neuen Gegenstand zu. Auf der anderen Seite erfährt die Theorie im neuen Gegenstandsbereich substanzielle Veränderungen. Herbert Spencers Anwendung der Evolutionstheorie hin zum Sozialdarwinismus auf der einen Seite und Luhmanns Differenzierung, dass im Bereich der Gesellschaft die Sinnkategorie hinzukomme und damit die Evolution ganz und gar anders als in der außergesellschaftlichen Natur funktioniere, auf der anderen Seite sind Beispiele für die beiden Pole.

Luhmann beschreibt, wie sehr die prominente Rolle des sogenannten ‚Sozialdarwinismus‘ die Anwendung der Evolutionstheorie in den Sozialwissenschaften geprägt und belastet habe (vgl. etwa in Luhmann 2000: 408 ff.; 2008: 11 f.). Das Resultat war für lange Zeit eine verspielte Chance, die eine potentiell gewinnbringende Übernahme der Theorie hätte sein können. Der Sozialdarwinismus aber hat sowohl in der positiven Verwendung dieser Theorie als auch in der Kritik an ihr die Ressourcen im Fach gebunden, die überhaupt bereit waren, diesen Theoriestrang wahrzunehmen. Anstelle einer produktiven Verwendung blieb so viel zu lange eine Distanz bis gar Abscheu, die Luhmann zu Recht beklagt: „Bis heute hat sich die Evolutionstheorie in den Sozialwissenschaften von diesem Fiasko nicht ganz erholt.“ (Luhmann 2000: 12)

In Luhmanns Analyse des Sozialdarwinismus als keineswegs adäquater Anwendung der Evolutionstheorie wird auch eine generelle Kritik an verfehlter Theorieübernahme und damit – zumindest indirekt – auch ein positives Verständnis der Übernahme von Theorien deutlich: Luhmann kritisiert den Sozialdarwinismus, weil dort die Begriffe von Selektion und Variation gar nicht vorkommen, während sie doch zentrale Konzepte des Theorieprogramms der Evolution seien. Lediglich eine vulgarisierte Version des vermeintlichen Grundgedankens der Evolution – ‚die Stärksten überleben‘ – bilde so etwas wie eine Pseudoübernahme der Theorie. Demgegenüber versucht Luhmann die Übernahme eines kohärenten Begriffsfeldes der Evolutionstheorie. Am Ende nimmt Luhmann eine gegenstandsspezifische Erweiterung dieses Begriffsfeldes vor, indem er den Begriff der Restabilisierung einführt.

Verallgemeinernd lassen sich hier also drei Komplexitätsniveaus des Theoriemonitorings bezeichnen: 1) und unzureichend: die Übernahme von einzelnen Sätzen, auf die die Theorie reduziert wird (‚Vulgarisierung‘, ‚Pseudoübernahme‘); 2) die Übernahme eines Begriffsfeldes und eines Sets von mit diesen Begriffen gebildeten Thesen (‚echter Transfer‘); und 3) der echte Transfer (also wie 2) zuzüglich der eigenständigen Erweiterung des Begriffsfeldes und/oder der Thesen am eigenen Gegenstand. Die Politischen TheoretikerInnen werden hier zu aktiven LeserInnen beziehungsweise zu MitautorInnen der Theorie (‚konstruktiver Transfer‘).

Die Anschlussfrage hier lautet wie folgt: Was ist das Ziel beziehungsweise das Endprodukt des Monitorings? Verarbeiten wir Theorien so, dass wir in unserem Teilbereich darüber diskutieren können, oder so, dass direkt daran empirische Forschung anschließen kann? Dies ist ein erheblicher Unterschied, den nicht zu sehen eine Ursache für das oben beschriebene gestörte Verhältnis zu den anderen Teilbereichen ausmacht. ‚Wie weit‘ tragen wir also die Theorien, die wir finden? Ich plädiere hier dafür, sie möglichst weit zu tragen, damit die Lücke oder der Abgrund zwischen der Theorie und den anderen Teilbereichen überbrückt werden kann. Warum haben wir immer noch keinen Postdemokratieindex aus den (allerdings nur zum Teil) philosophischen Texten über Postdemokratie zusammengestellt? Musste es wirklich neunzehn Jahre dauern, bis Habermas’ Theorie des

kommunikativen Handelns von 1981 im Jahr 2000 durch Bächtiger, Spörndli und Steiner in deren *Discourse Quality Index* – wie Streitbar auch immer – der empirischen Forschung im Fach zugänglich gemacht wurde? Ein Monitoring, das seine Aufgabe auch in der – metaphorisch gesprochen – Überbrückung weiter Distanzen sieht, sollte auch diese Zeitdimension auf dem Schirm haben und schneller reagieren können. Je nach Rollenverständnis der Politischen TheoretikerInnen kann dies darin bestehen, zeitnah nach dem Aufkommen dafür relevanter Theorien entsprechende Indices herzustellen oder solche Indices aus den Bereichen der empirisch forschenden Teilbereiche vor dem Hintergrund fundierter Theoriekenntnisse zu kritisieren.

Eignen sich bestimmte Fächer eher für unser Monitoring als andere? Auch wenn sicherlich die meisten Theorien, die im Fach verwendet wurden, aus den Humanities stammten – von der Ethnomethodologie der Ethnographie und der Rahmenanalyse der Soziologie bis zur Sprechakttheorie aus der Philosophie – so zeigt bereits das Beispiel der Evolutionstheorie, dass hier keine systematische Beschränkung vorliegt. Chaostheorie, Kybernetik und Informationstheorien sind nur einige weitere Beispiele für Theorien aus vermeintlich ‚entfernteren‘ Fächern, die in der Politikwissenschaft eine Rolle gespielt haben. Ein prinzipielles Argument gegen das Monitoring über solche Fächer ist mithin nicht erkennbar.

3. Konsequenzen für das Fach

Die wenigen Begriffe in der Politischen Theorie, die sich mit der Einführung anderer Theorien befassen, sind zumeist Warnbegriffe, wie das Beispiel des ‚Biologismus‘-Vorwurfs bereits zeigen sollte. Dieser ist jedoch nur ein Beispiel für den generellen Vorwurf des Kategorienfehlers. Dabei ist bemerkenswert, dass die Warnschilder sichtbarer sind als die Wegweiser: Wir lernen, was man beim Übertragen falsch machen kann, aber die positiven Hinweise fehlen weitestgehend. Hier ist nun kurz über das Warnen selbst zu sprechen: Oft wird bei der Neubeschreibung durch andere Theorien der Vorwurf des Kategorienfehlers vorschnell erhoben. Gilbert Ryle hat 1949 in *The Concept of Mind* den Begriff des Kategorienfehlers („Category-Mistake“) in seiner Kritik am Leib-Seele-Dualismus seit Descartes eingeführt. Er meinte, von einem sprachanalytischen Standpunkt aus sei es sinnlos, den Geist in Begriffen des Körpers zu erfassen beziehungsweise andersherum.

Viele Verwendungen des Begriffs ‚Kategorienfehler‘ als Abwehrargument gegen Theorietransfer sind jedoch eigentlich auf Framing-Probleme gerichtet: Ein Phänomen wird in ein semantisches Feld übertragen, und die KritikerIn ist mit sich daraus ergebenden Implikationen nicht einverstanden. Dies ist aber nicht das, was Ryle als einen Kategorienfehler bezeichnet, und es wäre nun also zwar billig aber eben auch recht, der Politischen Theorie einen Kategorienfehler bei der Verwendung des Begriffs Kategorienfehler vorzuhalten.

In der vorherrschenden Verwendungsweise im Fach wäre beispielsweise einer der Sätze: ‚Die Demokratie funktioniert nur mit Bürgertugenden‘ – oder ‚Die Demokratie funktioniert wie ein Markt‘ ein typischer Fall für solch einen Kategorienfehler, dabei sind sie kategorial keinesfalls verschieden, denn beide Sätze sind ja sinnvoll, auch wenn einer von ihnen sachlich falsch sein sollte. Jedenfalls ist es abwegig, wenn ein Vertreter des einen Satzes dem des anderen Satzes einen Kategorienfehler vorwirft. Ein solcher läge erst

bei einem Satz wie ‚Die Demokratie funktioniert wie Steine‘ vor – denn Steine gehören gar nicht zu der Gruppe von Objekten, die funktionieren können. Das wäre dann ein Fehler wie ihn Hayek – der dies dann philosophisch auch zu Recht als Kategorienfehler bezeichnen kann – beim Begriff der ‚sozialen Gerechtigkeit‘ ausmacht, denn dieser gehöre „nicht in die Kategorie des Irrtums, sondern in die des Unsinn, wie der Ausdruck ‚ein moralischer Stein““ (Hayek 1980: 12). Wer nun – gegen Hayek – die Position vertritt, dass der Begriff der sozialen Gerechtigkeit sehr wohl einen Sinn habe, dass also Hayek den Begriff des Kategorienfehlers zwar *logisch* korrekt, aber *ideologisch* verwendet, wird also auch der Position zustimmen, dass der Vorwurf des Kategorienfehlers nur äußerst sparsam gebraucht werden sollte. Zumeist wird er unpräzise gebraucht, und wo das nicht der Fall ist, ist er inhaltlich hoch umstritten, wie bei Hayek, und für die Ausrichtung unserer Teildisziplin weist er schlicht in die falsche Richtung, da er auf die Reduzierung von Monitoring und nicht auf dessen Ausweitung gerichtet ist.

Eine reflektierte Praxis des Monitorings basiert auf spezifischen Kompetenzen, die nicht deckungsgleich mit denjenigen sind, die wir in den anderen beiden Feldern in der Politischen Theorie voraussetzen. Im Studium der Methoden in der Politikwissenschaft wird zuweilen das didaktische Ziel der ‚methodischen Alphabetisierung‘ und ‚*literacy*‘ verfolgt, also die Entwicklung der Fähigkeit, hochkomplexe Formalismen immerhin so zu lesen, dass erfasst werden kann, was ein *paper* sagt und wogegen es gerichtet ist. Entsprechendes wäre auch für das Theoriemonitoring zu fordern. Eine ‚Literatizität‘ in anderen Fachkontexten setzt voraus, Wissen über Theorieverläufe in dem jeweiligen Fach zu erwerben, also unter anderem zu wissen, in welchen Zeitschriften, auf welchen Konferenzen, in welchen Verlagen et cetera. Theorieentwicklungen zu verfolgen sind. Das Erlernen einer solchen Literatizität wird aber durch die Tendenz erschwert, in vielen BA-Studiengängen auf Nebenfächer zu verzichten oder sie so zu reduzieren, dass davon keine ausreichende ‚Alphabetisierung‘ zu erwarten ist. Das Problem, das wir heute mit dem Monitoring bereits haben, wird also perspektivisch für die BA-MA-Generationen erheblich verschärft, und wir sollten zumindest bei der Konzeption von Masterstudiengängen berücksichtigen, dass Studierende entsprechende Kompetenzen erwerben können.

All das Geforderte kann von einer Subdisziplin nur arbeitsteilig und nicht von jeder einzelnen beteiligten Person geleistet werden. Niemand kann auf so anspruchsvolle Weise über die eigene Fachgeschichte hinaus noch die Entwicklung in allen anderen Fächern auch nur zur Kenntnis nehmen. Vielmehr kann jede Person sich auf bestimmte fachfremde Kontexte spezialisieren, und in der Summe ergibt dies dann eine intersubjektiv kumulierte Kernkompetenz unserer Subdisziplin. Dabei darf natürlich nicht übersehen werden, dass wir uns in der Folge noch mehr von der Vorstellung eines verbindlichen Kanons von zu lesenden Texten zu verabschieden haben.¹⁰ Das ganze Spektrum des Theorietransfers würde nämlich erst dann deutlich, wenn wir in Theoriekursen auch Texte der Evolutionstheorie, der Wirtschaftslehre et cetera. lesen würden. Aus pragmatischen Gründen stößt man dabei sicherlich sehr schnell an Grenzen, aber es würde das Fach mit Sinn anreichern, zumindest zu wissen, was jeweils ausgelassen wird.

10 Die Orientierung zum Monitoring ist dann aber nur ein weiteres Argument für die Abwegigkeit eines solchen Kanons. Das Berücksichtigen von Autorinnen, nichtwestlicher Texte, anderer Quellen als Texte etc. waren aber auch schon disziplin-interne Schritte, die auch ohne die Anforderungen des Monitorings den Rekurs auf einen Kanon zumindest zweifelhaft erscheinen ließen. Das Monitoring führt hier also nicht zu einer prinzipiell neuen Situation.

4. Politische Theorie des Monitoring

Es kann hier nur angedeutet werden, dass die Dringlichkeit des Monitorings auch durch bestimmte Eigenarten unseres Gegenstandes gegeben ist, sodass unser Monitoring im Gegensatz zu vergleichbaren Tätigkeiten etwa der Geschichtswissenschaft, der Psychologie oder der Wirtschaftslehre nicht ‚nur‘ aus der allgemeinen Wünschbarkeit, die Entwicklungen in anderen Fächern zu verfolgen, entsteht, sondern in der Politischen Theorie eine ganz spezifische Rolle einnimmt. Es geht hier also nicht nur um eine allgemeine und für alle Fächer gültige Idee von Interdisziplinarität, sondern darum, aus unserem Gegenstand eine spezifische Begründung und dann eben auch spezifische Vorgehensweise abzuleiten. Wenn es stimmt, dass es in der Politik nicht um ‚Wahrheit‘ gehen kann und dass Wahrheiten in der Gesellschaft prinzipiell relativ zu Interessenlagen und Systemkontexten erkannt und konstruiert werden, dann muss die Politische Theorie dies in ihrem Umgang mit Theorien auch erkennen lassen. Dies wäre dann gewissermaßen ein Realismus zweiter Ordnung: In der Forschungspraxis des Monitorings zeigt sich diese Pluralität gesellschaftlicher Wirklichkeitskonstruktionen. Unsere Teildisziplin ist daher charakterisiert durch die Funktion des Theoriemonitorings. Dabei muss sich die methodische Reflexion über das Monitoring von Beginn an entscheiden, ob sie einen inhärenten Wahrheitsanspruch auf der Suche nach der ‚richtigen‘ Theorie verfolgt oder den Weg der Werbung für verschiedene Ansätze gehen will. Ich plädiere hier für den zweiten Weg.

Der Kategorienfehler als Argumentationsfigur wurde bereits beschrieben. Aus dieser Argumentation entstand die Grundlage für zahlreiche Abwehrversuche bei der Anwendung von externen Theorien auf unsere Gegenstände: Die Markt-Metapher als Kategorienfehler, die Evolutionstheorie im Politischen als Kategorienfehler et cetera. Die Suche nach Kategorienfehlern hat so – indem sie generell zum Ziel hat, durch Ausschluss der als Fehler bezeichneten Beschreibungen die Zahl der Theorien für einen Gegenstand zu reduzieren – mehr Schaden als Nutzen angerichtet. Dies liegt auch an der Vorstellung, man könne sicher zwischen ‚richtigen‘ und ‚falschen‘ Theorien für die Politik und das Politische unterscheiden. Die Aufgabe der Einführung neuer Theorien ist aber gar nicht ‚richtig‘ zu sein, sondern neue Anschlusskommunikation und -forschung zu ermöglichen.

Wir sollten uns aber weder von der Erwartung des Realismus – dass bestimmte Theorien uns etwas Wahres über die Politik sagen (und die anderen eben etwas Falsches) – noch von der Enttäuschung und Empörung des Realisten, wenn ihm sein Kriterium abhanden kommt, leiten lassen, die Feyerabend beschreibt: ‚But then anything goes‘, sagt der empörte und verwirrte Realist, wenn ihm sein Wahrheitskriterium abhanden gekommen ist. Welches Kriterium bleibt dann aber bei der Frage, welche Theorien sich anbieten, um auf unsere Gegenstände angewandt zu werden? Theoretische Wirklichkeitskonstruktionen bringen die Gegenstände, die im jeweiligen Erzähluniversum vorkommen, jeweils in bestimmte zeitliche, räumliche und andere Ordnung: Daraus entstehen dann Sätze über Möglichkeiten, Unmöglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten. Als Folge erscheinen bestimmte Handlungen als Sachzwang oder als nicht möglich oder eben als offene Handlungsoption. Die Vielfalt theoretischer Beschreibungen derselben Phänomene bietet die Möglichkeit, mit diesen Möglichkeiten et cetera im Fach umzugehen und Kontingenzen aufzuweisen.

Es ist daher auch nicht unsere Aufgabe, jedes neue Theoriesprachspiel wieder in unsere gewohnten und bereits etablierten Fachbegriffe zurückzuübersetzen, um dann festzustellen, dass auf der Phänomenebene vielleicht gar nichts oder zumindest nicht viel Neues

gesagt wird. Das Neue an neuen Theoriesprachspielen liegt in der Neusortierung und den neuen Verknüpfungsmöglichkeiten mit anderen wissenschaftlichen Programmen.

Das Theoriemonitoring in der Politischen Theorie hat zum Ziel, nicht die ‚richtige‘ oder ‚die wenigen angemessenen‘ Theorieanwendungen herauszufiltern und den anderen Versuchen Kategorienfehler vorzuhalten, sondern mehr Sprachspiele für die Politische Theorie zu ermöglichen. Wissenschaftstheoretisch scheint ein solches Vorgehen zumindest für Popperianer problematisch zu sein, es ist eher zwischen Feyerabends Kriterium der Freiheit und Luhmanns Idee angesiedelt, dass Theorien umso besser sind, je weiter auseinanderliegende Phänomene sie mit derselben Begrifflichkeit erfassen können.

Isaiah Berlin hat in seinem Artikel *Does Political Theory Still Exist* von 1962 – in dem er allerdings ausschließlich normative Politische Theorie meint – einen normativen Pluralismus in modernen westlichen Gesellschaften festgestellt, aus dem sowohl die Möglichkeit wie die Notwendigkeit (normativer) Politischer Theorie entstehe: Nur wo es nicht um die eine ethisch richtige Einstellung gehe, könne und müsse über bessere und schlechtere Wege gestritten werden. Dies sei die Aufgabe der Politischen Theorie (vgl. Berlin 1964). Heute können wir etwas Entsprechendes für die beschreibenden und erklärenden Theorien sagen: Weil es zahlreiche Beschreibungen von Gegenständen in kognitiv pluralistischen Gesellschaften gibt, ist es möglich und nötig, über Beschreibungen zu streiten – nicht mit dem Ziel der Unterscheidung von Wahr- und Falschheit, sondern mit dem Ziel des Austausches und Austauschens von Perspektiven. Außerdem sollten wir uns in der Theorie auch nicht dadurch begrenzen lassen, was wir an Common-Sense-Beschreibungen bereits vorfinden – also nicht etwa David Millers (1992) *What the People Think* – ebenfalls aus dem normativen in den beschreibenden Bereich transportieren –, sondern unsere Aufgabe in der Hilfe bei der Herstellung, Kontrolle und Anwendung vieler Sprachspiele, auch solcher, die wir in der Gesellschaft nicht schon vorfinden, sehen. Das generelle Ziel dabei ist die Pluralität der Beschreibungen, die in die Wirklichkeit der Politik als Angebot der Kontingenz im Gegensatz zu mit Wahrheitsanspruch behaupteten Sachzwängen zurückwirken kann.

Mir scheint die Aufgabe einer Politischen Theorie sehr wohl darin zu liegen, Raum für einander ausschließende Beschreibungen zu ermöglichen, zum Beispiel Institutionen auch als Aggregation individuellen Verhaltens und zugleich individuelles Verhalten in *top-down*-Begriffen zu beschreiben und weiter: Eine Parlamentsrede als vernünftiges Sprachspiel *und* als rhetorische und strategische Kommunikation, den Staat als Markt *und* als politisches System mit einem Primat des Politischen. Es kann dabei nicht darum gehen zu klären, welche Beschreibung jeweils adäquater oder sogar ‚richtiger‘ ist, sondern der Gewinn liegt darin, dass der Gegenstand jeweils in andere Reihen und andere Oppositionen gesetzt wird. Daraus resultiert das Entwickeln jeweils anderer Fragestellungen, anderer Vergleiche für die komparative Forschung, anderer theoretischer Anschlussmöglichkeiten, und auch – und das wäre auch für normative Ansätze interessant – die Möglichkeit anderer Selbstbeschreibungen für die in den Theorien angesprochenen Akteu(r)Innen, die daraufhin das Verhältnis von Sachzwängen und Handlungsmöglichkeiten neu sortieren können.

Wenn ein Buch oder ein Aufsatz das Fach befördern, dann kann dies auf zwei Ebenen geschehen. Es kann eine neue Theorie anwenden und für das Fach fruchtbar machen oder es kann neue Phänomene der Wirklichkeit einfangen. Es kann also einerseits wissenschaftliche Avantgarde oder andererseits zeitdiagnostisch hellwach sein. Wirklich große Texte sind immer beides: Sie weisen auf neue Phänomene hin und entwickeln dafür oder

daran neue Perspektiven. Dies sind jedoch die seltenen glücklichen Momente im Fach. Die daran anschließende Frage, die zu stellen ist, lautet dann: Woher wissen wir, für welche Gegenstände wir neue Theorien brauchen? Ich schlage vor, sich hier mit einigen Abwandlungen an die Idee Richard Rortys anzulehnen, der die Frage gestellt hat, woher wir wüssten, wo wir – noch – grausam sind und zur Beantwortung auf die Sensibilisierungswirkung von Literatur gesetzt hat (vgl. Rorty 1991). Wir können ebenfalls – es muss dabei nicht Rortys Beschränkung auf epochale Romane übernommen werden – fragen, welche Bereiche der Wirklichkeiten unserer Gegenstände wir noch nicht mit unseren bisherigen Theorien erfassen können. Es sind sicherlich sehr viele, unser Fach ist noch ein junges Fach! Anregungen dazu können wir auch aus Fiktionen über das Politische, aus Filmen, Computerspielen, Literatur beziehen, die wir uns wie Schätze im Fach weiterreichen können. Ein solcher Schatz sind etwa Alexander Kluges 133 politische Geschichten in *Das Bohren harter Bretter* (Kluge 2011): Hier entsteht und bleibt beim Lesen vieler Geschichten der zunächst erstaunliche Eindruck, dass wir für die Dimensionen, Situationen und Vorgänge, die Kluge beschreibt, noch gar keine ausreichenden Begriffe und Theorien im Fach entwickelt haben. Solche Eindrücke sind Motivation für eine kontinuierliche, wache und methodisch reflektierte Suche nach immer neuen Theorien, mit denen wir unsere Gegenstände erfassen können, und sie zeigen die Relevanz des Monitoring.

Literatur

- Axelrod, Robert, 2008: Political Science and Beyond: Presidential Address to the American Political Science Association. In: Perspectives on Politics 6, 3–9.
- Berlin, Isaiah, 1964: Does Political Theory still exist? In: Peter Laslett / Walter G. Runciman (Hg.), Philosophy, Politics and Society. Second Series, Oxford, 1–33.
- Buchstein, Hubertus / Jörke, Dirk, 2007: Die Umstrittenheit der Politischen Theorie. Stationen im Verhältnis von Politischer Theorie und Politikwissenschaft in der Bundesrepublik. In: Hubertus Buchstein / Gerhard Göhler (Hg.), Politische Theorie und Politikwissenschaft, Wiesbaden, 15–44.
- Dorschel, Andreas, 2010: Ideengeschichte, Stuttgart.
- Dryzek, John / Honig, Bonnie / Phillips, Anne, 2006 (Hg.): The Oxford Handbook of Political Theory, Oxford.
- Dryzek, John / Honig, Bonnie / Phillips, Anne, 2006: Introduction. In: Dies. (Hg.), The Oxford Handbook of Political Theory, Oxford, 3–41.
- Fischer, Karsten / Münkler, Herfried, 2012: Politische Theorie und Ideengeschichte. Ein Lehrbuch, München, im Erscheinen.
- Gaus, Gerald F. / Kukathas, Chandran, 2004 (Hg.): Handbook of Political Theory, London.
- Geuss, Raymond, 2008: Philosophy and Real Politics, Princeton.
- Gillies, Donald, 1998: The Duhem Thesis and the Quine Thesis. In: Martin Curd / Jan A. Cover (Hg.), Philosophy of Science: The Central Issues, New York, 302–319.
- Hayek, Friedrich August von, 1980: Gesetzgebung und Freiheit. Eine neue Darstellung der Prinzipien der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie. Band 2, Landsberg / Lech.
- Jarvie, Ian C. / Zamora-Bonilla, Jesús, 2011 (Hg.): The Sage Handbook of The Philosophy of Social Sciences, London.
- Kluge, Alexander, 2011: Das Bohren harter Bretter: 133 politische Geschichten, Frankfurt (Main).
- Konegen, Norbert / Sondergeld, Klaus, 1992: Wissenschaftstheorie für Sozialwissenschaftler. Eine problemorientierte Einführung, Opladen.
- Llanque, Marcus / Münkler, Herfried, 2007: Politische Theorie und Ideengeschichte, Berlin.
- Luhmann, Niklas, 2000: Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt (Main).
- Luhmann, Niklas, 2008: Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen? 5. Auflage, Wiesbaden.

- McNabb, David E., 2010: *Research Methods for Political Science. Quantitative and Qualitative Approaches*, 2. Auflage, Armonk (New York) / London.
- Miller, David, 1992: *Distributive Justice: What the People think*. In: *Ethics* 102, 555–593.
- Müller, Harald, 2004: *Arguing, Bargaining and All That: Communicative Action, Rationalist Theory and the Logic of Appropriateness in International Relations*. In: *European Journal of International Relations* 10, 395–435.
- Mulsow, Martin / Mahler, Andreas, 2010 (Hg.): *Die Cambridge School der politischen Ideengeschichte*, Frankfurt (Main).
- Pierce, Sydney J., 1999: *Boundary Crossing in Research Literature as a Means of Interdisciplinary Information Transfer*. In: *Journal of the American Society for Information Science* 50, 271–279.
- Risse, Thomas, 2007: *Politische Theorie und Internationale Beziehungen. Zum Dialog zwischen zwei Subdisziplinen der Politikwissenschaft*. In: Hubertus Buchstein / Gerhard Göhler (Hg.), *Politische Theorie und Politikwissenschaft*, Wiesbaden, 105–125.
- Rorty, Richard, 1991: *Kontingenz, Ironie, Solidarität*, Frankfurt (Main).
- Ryle, Gilbert, 2002: *The Concept of Mind*, Chicago.
- Schulz, Daniel / Weiß, Alexander, 2010 (Hg.): *Symposium: Approaches in the History of Political Thought*. In: *European Political Science* 9, 283–340.
- Skinner, Quentin, 2009: *Visionen des Politischen*, Frankfurt (Main).
- Stollberg-Rillinger, Barbara, 2010: *Ideengeschichte. Basistexte*, Stuttgart.
- Zapf, Holger, 2012: *Methoden der Politischen Theorie und Ideengeschichte*, Opladen, im Erscheinen.

Die Suche nach den Grundlagen der Normativität

Soziale Normen, experimentelle Forschung und politische Praxis

*Tanja Pritzlaff**

Schlüsselwörter: Normativität, politische Praktiken, evolutionäre Anthropologie

Abstract: Die entwicklungspsychologischen Arbeiten Michael Tomasellos zur grundlegenden Normativität menschlicher Kooperation haben in den vergangenen Jahren interdisziplinäre Aufmerksamkeit erregt. Der Beitrag geht der Frage nach, inwiefern Tomasellos naturwissenschaftlich-empirisch fundierte Normativitätsforschung Anregungspotenzial für die Politische Theorie – und speziell für einen theoretisch gehaltvollen Begriff politischer Praktiken – bieten kann. Ein Begriff der impliziten Normativität gemeinsamer Praxis, wie er im Anschluss an die sprachphilosophischen Arbeiten Robert B. Brandoms seit längerem in der Diskussion ist, ließe sich, so die These, auf der Grundlage von Tomasellos Konzeption komplementär ergänzen.

Abstract: In recent years Michael Tomasello's research on the basic normativity of human cooperation has attracted interdisciplinary attention. This article examines the possibility of applying Tomasello's natural-scientific, empirical conception of normativity to political theory – especially to a theoretically substantial conception of political practices. The article argues that a reason-based understanding of the implicit normativity of collective practices – as discussed in philosophy of language by Robert B. Brandom – can be complemented by Tomasello's 'embodied' conception of normativity.

1. Einleitung

Spätestens seit dem Schwerpunkt *Natur und Kultur: Die Spezifikation menschlichen Verhaltens* in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* (2007/2008) deutet sich auch in der deutschsprachigen Debatte ein interdisziplinärer Dialog zwischen den empirischen Kognitionswissenschaften und der Philosophie an, der aufgrund seiner elementaren Einsichten über das Entstehen von Sozialität und über die grundlegende Kooperativität menschlichen Handelns für die Politische Theorie ebenfalls als in hohem Maße relevant erscheint. Michael Tomasellos Verbindung von experimentalpsychologischer Empirie und einer theoriekonstruktiven Auseinandersetzung mit der Entstehung und Bedeutung sozialer Normen verweist einerseits auf eine Verschiebung im Wechselverhältnis von (Sozial-) Theorie und Empirie – hin zu einer stärker empirisch ausgerichteten und naturwissenschaftlich fundierten Erforschung der Grundlagen von Sozialität. Andererseits deutet sich

* Dr. Tanja Pritzlaff, Universität Bremen
Kontakt: t.pritzlaff@zes.uni-bremen.de

aber gerade in den Arbeiten Tomasellos eine Auseinandersetzung mit einer Form von Normativität an, die man wohl am treffendsten mit dem Begriff der ‚impliziten Normativität‘ oder, im Anschluss an die Kulturpsychologie, als ‚embodied normativity‘ bezeichnen kann.

Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, das Anregungspotenzial der genannten neueren Entwicklungen in der naturwissenschaftlich arbeitenden Forschung für die Politische Theorie näher zu beleuchten. Inwiefern können Ergebnisse aus der evolutionären Anthropologie, wie beispielsweise die zentralen Befunde der Arbeiten Tomasellos, Impulse für die Politische Theorie liefern? Darüber hinaus sollen die folgenden Anmerkungen aber auch beleuchten, inwiefern gerade Tomasellos Verständnis der Normativität gesellschaftlicher Praxis komplementär zu einem Verständnis impliziter Normativität gelesen werden kann, das sich in der Politischen Theorie in den letzten Jahren im Anschluss an die Sprachphilosophie entwickelt hat – häufig unter Rückgriff auf Arbeiten Robert B. Brandoms. Sowohl Brandom als auch Tomasello verorten in spezifisch menschlichen Praxisformen und Fähigkeiten die Quelle gesellschaftlicher Normativität. Was Brandom jedoch sprachtheoretisch herleitet, will Tomasello naturwissenschaftlich-experimentell belegen.

Den Hintergrund für diese Anmerkungen bildet die Frage nach möglichen Anknüpfungspunkten der naturwissenschaftlich-empirisch ausgerichteten Normativitätsforschung für einen theoretisch gehaltvollen Begriff politischer Praktiken. Ein Anknüpfen an die Ergebnisse Tomasellos könnte hier von Gewinn sein, steht aber gleichzeitig vor der Notwendigkeit, den genuin politiktheoretischen Kern eines Praktikenbegriffs von den aus experimentellen Studien abgeleiteten allgemeinen Annahmen Tomasellos über soziale Praxis abzugrenzen. In theoretischer Perspektive liegt die Stoßrichtung der Überlegungen darin, den auf der Idee des Spiels vom Geben und Verlangen von Gründen basierenden Begriff der (diskursiven) Praxis, wie er sich beispielsweise bei Brandom findet – und der sich teilweise mit der Kritik der ‚Praxisferne‘ konfrontiert sieht¹ –, durch einen Praxisbegriff im Anschluss an Tomasello zu ergänzen, der die vorsprachliche, inkorporierte Dimension menschlicher Praxis einfängt und damit die sprachpraxisbasierte Normanwendung und Normbegründung durch eine körperpraxisbasierte Normanwendung und Normdurchsetzung erweitert.

1 So heben beispielsweise Rebecca Kukla und Mark Lance (2009) hervor: „[...] when authors such as Sellars and Brandom discuss practices, the lived, acting body planted in a concrete environment does not remain in view. These authors give pragmatic accounts of meaning and interpretation, but they are vastly more interested in language and theoretical reason than in the rest of human bodily activity, and they care little about how these two domains fit together. For Brandom, inferentially articulated discourse forms an autonomous domain of normativity, while perception and action serve as the ways in and out of this domain – that is, as language-entry and language-exit conditions. Indeed, he makes the remarkable claim that it is merely a contingent matter that discourse is bounded by perception and action, and that it could in principle exist without them. [...] Although Brandom understands language as a system of shifting commitments and entitlements, he has next to nothing to say about what concrete events such as taking on a commitment or granting an entitlement actually are like. He gives us no story about how to materially identify such events, and he often writes as though different speakers’ respective commitments and entitlements may as well be abstract scores that shift around in Platonic space. [...] Both schools of pragmatism, ironically, at least implicitly agree that embodied and discursive practices are separate domains making only peripheral contact – which would seem to be a surprisingly unpragmatic conclusion.“ (Kukla/Lance 2009: 8 f.)

2. Die empirische Suche nach den Quellen der Normativität

Die von Michael Tomasello und seinem Team am Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie in Leipzig durchgeführten entwicklungspsychologischen Studien zur normativen Struktur menschlicher Interaktionen, zur „normativity in collective practices“ (Rakoczy/Warneken/Tomasello 2008: 880), setzen sich mit elementaren Fragen über das Entstehen von Sozialität, die grundlegende Kooperativität und die fundamentale normative Durchdringung menschlichen Handelns auseinander. Tomasellos Schlussfolgerungen, beispielsweise zu den Ursprüngen der menschlichen Kommunikation (vgl. Tomasello 2008; 2009), werden disziplinübergreifend rezipiert (vgl. unter anderem Habermas 2009a; Detel 2011; Schmid 2011; Wingert 2011), und erste Einordnungsversuche wie der folgende verweisen auf die hochgesteckten Erwartungen, die mit Tomasellos naturwissenschaftlich fundierter Gesellschaftstheorie verknüpft werden:

„In seinen Erklärungen weiß der linguistische Sozialist Tomasello den Einfallsreichtum eines Sozialpsychologen und Symboltheoretikers wie George Herbert Mead mit der argumentativen Stringenz eines Sprachphilosophen wie Robert Brandom in Anbetracht des vielfältigen menschlichen Symbolrepertoires souverän zu verbinden. Der Grundbegriff der kommunikativen Lebensform, um den die ausgearbeitetste Sozialphilosophie der Gegenwart, die von Jürgen Habermas, kreist, wird durch Tomasello ein Stück weit erhellt. Man weiß jetzt definitiv, was Ernst Cassirer damit meinte, dass wir ein *animal symbolicum* sind.“ (Wingert 2011: 158, Hervorhebung im Original)²

Durch seine Verbindung von auf der Mikroebene ansetzenden experimentalpsychologischen Studien zur Ontogenese und den aus ihnen gewonnenen Erkenntnissen über die implizite Normativität von menschlichen Interaktionsformen mit einer auf die Makroebene bezogenen „evolutionäre[n] Erklärung von soziokulturellen Lebensformen“ (Habermas 2009b: 2) deutet sich der Anspruch Tomasellos an, eine umfassende Gesellschaftstheorie – oder zumindest grundlagentheoretische Bausteine für eine in interdisziplinärer Kooperation zu erreichende Gesellschaftstheorie – vorlegen zu wollen. Gleichzeitig basieren diese Bausteine für eine allgemeine Gesellschaftstheorie auf mit naturwissenschaftlichen Methoden gewonnenen empirischen Daten, genauer gesagt, auf der theoriegeleiteten Interpretation von Experimenten mit Kindern und Schimpansen:

„Um die menschliche Kooperation und Kultur erklären zu können – und damit so unterschiedliche Dinge wie Spenden an wohltätige Organisationen, linguistische und mathematische Symbole oder soziale Institutionen –, sind vielfältige Ansätze nötig. [...] In meiner eigenen Forschungsgruppe nähern wir uns diesen Problemen durch vergleichende Studien mit Kindern und den uns am nächsten verwandten Primaten, insbesondere Schimpansen.“ (Tomasello 2010: 13 f.)

Auch das Entstehen von Sprache wird auf der Basis dieser experimentell gewonnenen Daten theoretisch entwickelt, und zwar einerseits – auf der Ebene der phylogenetischen Makroentwicklung – im Sinne eines ‚evolutionären Vorteils‘, dessen sich der Mensch, im Gegensatz zu seinen nächsten Verwandten, den Menschenaffen, zu bedienen wusste und

2 Jürgen Habermas fasst das Kernanliegen des Werks von Michael Tomasello folgendermaßen zusammen: „Aus meiner Sicht steht Michael Tomasello in einer Reihe und auf gleicher Augenhöhe mit seinen großen Vorgängern George Herbert Mead, Jean Piaget und Lev Vygotsky. Sie alle haben einen genuin philosophischen Gedanken wie einen Sprengsatz in eine spezielle Forschungssituation eingeführt. Sie behandeln Fragen, die den Menschen als solchen betreffen. Im Falle von Tomasello ist es die Erklärung der sozialen Verfassung des menschlichen Geistes aus der triadischen Beziehung *zwischen* zwei Akteuren, die sich, indem sie ihre Handlungen kommunikativ aufeinander abstimmen, gemeinsam *auf etwas* in der Welt beziehen.“ (Habermas 2009b: 2, Hervorhebung im Original)

weiß, und andererseits – auf der Ebene der ontogenetischen Mikroentwicklung – im Sinne einer Praxisform, die in besonderem Maße das urmenschliche Bedürfnis nach gemeinsamem Handeln, und hier vor allem nach *gelingenden* Formen gemeinsamen Handelns, bedient. Beide Ebenen, die Makro- und die Mikroentwicklung, greifen dabei insofern ineinander, als die von Tomasello auf der Mikroebene an Kleinkindern beobachtete „Hyperkooperativität“ (Tomasello 2009: 186) letztlich ein Ergebnis der Umsetzung eben jenes evolutionären Vorteils darstellt.

2.1 Die triadische Struktur gemeinsamer Praxis

Menschliche Interaktion und Kommunikation ist nach diesem Verständnis nicht nur auf der Makroebene der entwicklungsgeschichtliche Ausdruck und die immer stärkere Verfeinerung und Weiterentwicklung jener evolutionär erfolgreichen Strategien, die in Phänomenen wie Altruismus und Kollaboration zum Ausdruck kommen, sondern auch auf der Mikroebene ein Mittel zur permanenten Erzeugung und Aktualisierung eines ‚Wir‘. Liest man Tomasellos Interpretationen seiner Experimente mit Kleinkindern, so wird immer wieder deutlich herausgestellt, dass das Motiv der Kinder in der Interaktion mit einer Bezugsperson vor allem auf das Ziel gelingender gemeinsamer Interaktion verweist. ‚Teilen‘ erscheint hier in einem sehr grundlegenden Sinne als Urbedürfnis des Menschen – das Teilen einer Empfindung, einer Praxis, einer Erzählung, einer Form gemeinsamen Erlebens. Laut Tomasello ist die Art und Weise, in der Kinder schon sehr früh mit anderen kooperieren, „einzigartig“ (Tomasello 2010: 83):

„Sie formen mit anderen gemeinsame Ziele, denen sich beide Parteien normativ verpflichtet fühlen, sie entwickeln gemeinsame Aufmerksamkeit sowie einen gemeinsamen konzeptuellen Hintergrund, und sie schaffen gemeinsam symbolische, institutionelle Realitäten, die einem zuvor nicht bedeutungstragenden Etwas deontische Kraft verleihen. Kinder sind intrinsisch motiviert, sich an solchen kollektiven Aktivitäten zu beteiligen – nicht nur, um ein individuelles Ziel zu erreichen.“ (ebd.)

Das grundlegende Muster dieser ‚Wir‘-erzeugenden Form von kollektiver Aktivität charakterisiert Tomasello anhand einer triadischen Beziehung zwischen zwei Personen, die sich auf etwas in der Welt beziehen. Die Herstellung dieser triadischen Beziehung erfolgt in ihrer Grundform durch nonverbale Formen der Kommunikation. Phylogenetisch und ontogenetisch ist die nonverbale Kommunikation, und hier vor allem die für Tomasello grundlegende Zeigegeste, der Entwicklung ikonischer Gesten und sprachlicher Konventionen vorgängig. Zeigegesten sind sowohl entwicklungsgeschichtlich als auch auf der individuellen Ebene die grundlegendere Form kooperativer Kommunikation. Die triadische Beziehung zwischen zwei Akteuren, die sich „gemeinsam *auf etwas* in der Welt beziehen“ (Habermas 2009b: 2, Hervorhebung im Original), tritt laut Tomasello bereits im vor-sprachlichen Alter auf, jedoch *nach* der – auch als ‚Neunmonatsrevolution‘ beschriebenen – Ausbildung der Fähigkeit zu Perspektivenübernahme und gemeinsamer Intentionalität.³ Die ab diesem Zeitpunkt verfügbaren spezifisch menschlichen Fähigkeiten beinhalten nicht nur die Fähigkeit zur Übernahme der Perspektive des jeweiligen Gegenübers, sondern sie ermöglichen auch das Einnehmen einer die gemeinsame Interaktion insge-

3 Während Kinder bis zum Alter von neun Monaten nur zu dyadischen Beziehungen in der Lage sind, „zeigen sie im Alter zwischen neun und zwölf Monaten neue intentionale Verhaltensweisen, die sich von den zuvor gezeigten qualitativ unterscheiden und somit die Differenzierung einer neuen Stufe von Intentionalität rechtfertigen“ (Schlicht 2008: 78).

samt umfassenden ‚Wir‘-Perspektive, aus der die gemeinsame Aktivität überhaupt erst als solche identifiziert werden kann. Gemeinsame Praxis basiert demnach auf dem evolutionär herausgebildeten Vermögen, eine solche Perspektive einnehmen zu können. Für Tomasello sind gesprochene Sprachen letztlich Verfeinerungen und Weiterentwicklungen dieser grundlegenden, vorsprachlichen Fähigkeit zu Kommunikation und geteilter Intentionalität. Sprachen sind „Konventionalisierungen präexistenter Formen von sozialer Interaktion und Kommunikation“, hervorgebracht durch „das spezifisch-menschliche Vermögen und die spezifisch-menschliche Motivation zur gemeinsamen Bezugnahme“ (Tomasello/Moll 2011: 164), durch „unique ways of engaging with one another socially in general“ (Tomasello 2008: 72)⁴ und eine spezifisch menschliche Fähigkeit zu „cooperative reasoning“ (ebd.: 94). Der Mensch besitzt demnach nicht nur eine einzigartige Fähigkeit, sondern auch eine einzigartige Motivation zu gemeinsamer Praxis. Die Grundstruktur dieser gemeinsamen Praxis erwächst laut Tomasello aus jener Form der triadischen Beziehung, in der sich erste und zweite Person auf etwas in der Welt beziehen.

Die Fähigkeit, diese triadische Beziehung herzustellen, erfordert laut Habermas, der hier an Tomasello anschließt, die Verbindung von zwei verschiedenen Arten von intentionalen Relationen, der horizontalen zwischen erster und zweiter Person und der vertikalen zwischen den Personen und einem „objectified something in the world“ (Habermas 2011b). Die Verbindung und Durchdringung dieser beiden verschiedenen Arten von intentionalen Relationen „does not happen without an intervening physical element“ (ebd.), nämlich der deiktischen oder ikonischen Geste. Dieses materielle Element habe eine Art ‚katalytische Funktion‘ (vgl. ebd.; auch Habermas 2011c), die die beiden Arten von intentionalen Beziehungen – „the objectifying attitude towards something in the world and the mutual perspective-taking“ (ebd.) – in die komplexe Struktur der triadischen Praxis integriere. Die beteiligten Personen „verschränken ihre interpersonalen Ich-Du-Perspektiven jeweils mit ihren eigenen, intentionalen Beziehungen zu einem Sachverhalt“ (Habermas 2011c). Habermas wiederum setzt nun diese auf ein Objekt in der Welt bezogene triadische Beziehung mit entwicklungsgeschichtlich frühen rituellen Praktiken in Beziehung, bei denen der ‚dritte Pfeil‘ nicht auf etwas in der Welt, sondern auf etwas „from within the social world“ (Habermas 2011b) verweise. Laut Habermas setzt entwicklungsgeschichtlich mit der immer stärkeren Vernetzung sozialer Kooperation und dem Übergang zu symbolischer Kommunikation nicht nur die Notwendigkeit ein, kognitive Fähigkeiten im Sinne von Intelligenz zu sozialisieren, sondern es würde auch eine „socialization of motivations“ (Habermas 2011b) nötig. Der alleinige Übergang zur symbolischen Kommunikation könne nicht jene „strong normativity that binds motives for acting“ (ebd.) erklären. Evolutionär hätte es nicht ausgereicht, lediglich zu lernen, durch Symbole zu kommunizieren. Der ‚dritte Pfeil‘ in rituellen Praktiken verweise auf die Verarbeitung eines selbstreferentiellen Themas, nämlich der Spannung zwischen notwendiger Individualisierung und dem Erhalt von Kollektivität und Solidarität. Laut Habermas können Riten in den Frühphasen sozialer Evolution als jene sozialen Praktiken identifiziert werden, aus denen Solidarität produziert und reproduziert wurde:

„Every destabilization of the delicate internal balance and of society summons, so to say, a practice into being in which the individual members reassure themselves of their dependence on the powerful collectivity. This kind of reassurance had to assume a self-referential form because the referent is not something visible in the world to which one can point one’s finger.“ (ebd.)

4 In der deutschen Ausgabe heißt es: „daß sie miteinander auf einzigartige Weise sozial interagieren“ (Tomasello 2009: 83).

Diese ‚rituelle Regeneration sozialer Solidarität‘ (ebd.) vollzog sich in entwicklungs-geschichtlicher Perspektive komplementär zu sprachlicher Kommunikation auf einer vor-sprachlichen, tiefer liegenden Ebene und basierte auf dem Grundmuster einer triadischen Praxisform, die jedoch ihren gemeinsamen Bezugspunkt nicht in einem physischen Objekt, sondern in der Performanz der Praktik selbst hatte. Die Beteiligten stellten Solidarität dadurch her, dass Sie gemeinsam handelten, und zwar im Rahmen eines Rituals, das als gemeinsame Institution fungierte. Laut Tomasello ist der Mensch einzigartig unter den Primaten, da er Wissen in Praktiken, Institutionen und Artefakten ‚speichern‘ und an die nächste Generation weitergeben kann. Die „generationenübergreifende Weitergabe symbolisch gespeicherten Wissens, das im Lichte neuer Erfahrungen revidiert und erweitert wird“ (Habermas 2009a: 45), ermöglichte es dem Menschen, bestimmte Praxisformen auszubilden, in denen die von Habermas vor allem in religiösen Praktiken identifizierte ‚strong normativity‘ bewahrt, erneuert und ‚gespeichert‘ werden konnte. Die triadische Grundstruktur solcher Praktiken verweist nicht mehr auf ein Objekt in der Welt, auf das man mit dem Finger zeigen kann, sondern auf das ‚Wir‘ der Kollektivität und die spezifische Form der Urheberschaft und Verantwortlichkeit für dieses ‚Wir‘, die für die gemeinsam handelnden Akteure nur durch einen Perspektivenwechsel sichtbar und erfahrbar wird. Die Erneuerung und Regeneration dieses ‚Wir‘, die Selbstvergewisserung der Gemeinschaft als Gemeinschaft, erfolgt auch in modernen Gesellschaften über das ‚Durchspielen‘, das tatsächliche Ausführen gemeinsamer, sozialen Normen folgender Praxisformen. Unter sozialen Normen sind dabei einerseits explizite Regeln zu verstehen, andererseits aber auch Formen impliziter Normativität oder ‚embodied normativity‘, die sich nicht im Sinne einer reflektierten Regelanwendung charakterisieren lassen.

2.2 Normbefolgung und Normdurchsetzung

Soziale Normen bilden für Tomasello das „oberste Stockwerk“ (Tomasello 2010: 83) des hochkomplexen Gebäudes menschlicher Kooperation. Sichtbar werden soziale Normen in eingelebten sozialen Praktiken. Tomasello definiert soziale Normen als „gesellschaftlich vereinbarte, beiderseitig bekannte Erwartungen [...], die Regelcharakter besitzen und von Dritten beobachtet und durchgesetzt werden“ (ebd.: 73). Nicht nur das Anwenden, sondern das aktive Durchsetzen sozialer Normen gehört damit zum Kern menschlicher Praxis:

„So wie bei Menschen aus evolutionärer Sicht gegenseitige Erwartungen an Verhaltensstandards entstanden sind, werden diese von Kindern im Laufe ihrer Entwicklung verinnerlicht, und jeder ist bereit, diese Standards durch möglicherweise aufwendige (altruistische) Bestrafung durchzusetzen. [...] Menschliche Individuen müssen lernen, wie andere Mitglieder ihrer Kultur bestimmte Dinge tun. Mehr noch: Sie müssen lernen, welche Handlungen andere von ihnen *erwarten*.“ (ebd.: 83 f., Hervorhebung im Original)

In diesem Zusammenhang trifft Tomasello die Unterscheidung zwischen zwei Grundformen sozialer Normen – *Kooperationsnormen* und *Konformitätsnormen* (vgl. ebd.: 74): Während die evolutionär zunächst entstandenen Kooperationsnormen auf der „gegenseitigen Abhängigkeit der Partner und dem Respekt für andere als gleichartige Wesen“ (ebd.: 83) basierten, kamen zu einem späteren Zeitpunkt Konformitätsnormen hinzu, „ausgelöst durch das Bedürfnis, zu einer sozialen Gruppe zu gehören, sich mit ihr zu identifizieren – oder andernfalls einen Ausschluß zu riskieren – und die eigene Gruppe

von anderen zu unterscheiden“ (ebd.: 83 f.). Nicht nur Kooperation, sondern auch Konformität muss also auf der Mikroebene erzeugt – und bei drohender Destabilisierung regeneriert – werden.

Laut Tomasello hat der Mensch im Laufe der Entwicklung das Maß an Gemeinsamkeitsorientierung immer weiter gesteigert und damit die aus seinen spezifischen Fähigkeiten erwachsenden Möglichkeiten der ‚Wir‘-Erzeugung und ‚Wir‘-Abgrenzung immer weiter ‚optimiert‘. Und gerade das als urmenschlich – und altruistisch – identifizierte Phänomen des Teilens hat laut Tomasello entwicklungsgeschichtlich seinen Ursprung in einem Grundprozess, den er als „kulturelle Gruppenselektion“ (Tomasello 2009: 207) bezeichnet. Er erläutert die Basis dieses Grundprozesses folgendermaßen:

„Wenn man wie die anderen sein will, aber auch dann, wenn man von ihnen gemocht werden will, führen Mißerfolge zu negativen Gefühlen: Scham oder Schuld, wenn ich mich abweichend verhalte und eine soziale Norm verletze, sowie Einsamkeit oder Isolation, wenn mich niemand mag. Diese Gefühle haben sich vermutlich genau deshalb entwickelt, weil sie sowohl die Aufmerksamkeit für als auch die Einhaltung von soziale(n) Normen der Hilfsbereitschaft/Reziprozität sowie der Konformität/Solidarität/Zugehörigkeit zu gewährleisten helfen.“ (ebd.: 226)

Das permanente Stabilisieren gesellschaftlicher Solidarität basiert somit auf sozialen Praktiken, die sich evolutionär in diesem Sinne als erfolgreich erwiesen haben. Die Normativität gemeinsamer Praxis beruht mithin auf gemeinsamem Wissen und einem gemeinsamen kulturellen Hintergrund, sie beruht aber auch auf einer – dem Menschen laut Tomasello ‚von Natur aus‘ gegebenen – Fähigkeit und Neigung zur permanenten performativen Aktualisierung dieser normativen Grundlagen in Form von triadisch strukturierten Praktiken, in denen nicht nur Normanwendung, sondern auch das Sanktionieren von Normverletzungen gemeinsam erfahren und praktiziert wird.

2.3 Normative Praxis als menschliches Monopol

Die performative Aktualisierung der normativen Grundlagen gemeinsamer Praxis beruht laut Tomasello auf einer genuin menschlichen Motivation zur permanenten Normanwendung und Normdurchsetzung, die sich auf der Grundlage naturwissenschaftlicher Annahmen experimentell zeigen lässt. Bereits im Kleinkindalter lässt sich in der Interaktion mit Bezugspersonen ein wiederholtes reales ‚Durchspielen‘ bestimmter Praxisformen beobachten. Kinder zeigen dabei laut Tomasello schon sehr früh ein Verständnis für die „komplementäre Rollenstruktur gemeinsamer Handlungen“ (Rakoczy/Tomasello 2008: 405):

„Im Rahmen solcher Handlungen machen Kinder bereits vorsprachlich von referenzieller Kommunikation zur intersubjektiven Koordination Gebrauch; erfüllt die andere Person ihre Rolle nicht mehr, so kommunizieren Kinder, um ihr die Rollen zuzuweisen, und versuchen, sie in die gemeinsame Handlung zurückzuholen.“ (ebd.)⁵

Zudem verstünden Kinder sehr früh „in rudimentärer Weise etwas von der normativen Dimension kultureller und kollektiv intentionaler Handlungsformen“ (ebd.). Die Aneignung des normativen Gehalts von Interaktionsformen erfolgt hier im wahrsten Sinne des Wortes durch ein wiederholtes ‚Durchspielen‘, bei dem die gemeinsame Praxis als solche

5 In Passagen wie dieser zeigt sich die große Nähe zwischen Tomasellos Ansatz und dem symbolischen Interaktionismus von George Herbert Mead (1934).

und nicht das zu erreichende Ziel für die Kinder von zentraler Bedeutung ist (vgl. Tomasello 2008: 178); laut Tomasello betreiben nur Menschen „Regelspiele, und nur Menschen spielen Fantasie- oder Als-ob-Spiele“ (Rakoczy/Tomasello 2008: 405). Und diese dienen offensichtlich nicht nur der Aneignung bestimmter, expliziter Normen, sondern der Einübung weit grundlegenderer, impliziter Formen der Normanwendung sowie sprach- und körperpraxisbasierter Formen der Normdurchsetzung:

„Kinder beginnen, einfache Formen solcher Spiele ab dem zweiten Lebensjahr zu spielen. Und nicht nur lernen sie, selbst gemäß den (expliziten oder impliziten) Regeln zu spielen, sondern sie begreifen diese Regeln auch als normativ bindend und setzen sie aktiv durch: Wenn Dritte etwa in einem Als-ob-Spiel die gemeinsam etablierten fiktionalen Identitäten von Gegenständen verwechseln, weisen Kinder ab zwei Jahren sie protestierend zurecht („Nein, so geht das nicht!“ [...]). Was wir in solchen Spielereien in embryonischer Form bereits sehen, ist die logische Struktur institutioneller Handlungsformen: Gegenständen werden kollektiv kraft konstitutiver Regeln (ein X ‚zählt als‘ ein Y) konventionelle Funktionen („Statusfunktionen“) zugewiesen und [...] so wird ein normativer Raum angemessener und unangemessener Züge aufgespannt“ (ebd.; vgl. auch Rakoczy/Warneken/Tomasello 2008; Schmidt/Rakoczy/Tomasello 2011).

Hier wird gleichsam Brandoms Spiel des Gebens und Verlangens von Gründen (vgl. Brandom 2000), in dem in der diskursiven Praxis die normative Bindungswirkung und die repräsentationale Dimension von Sprache im realen ‚Durchspielen‘ immer wieder intersubjektiv hergestellt wird, durch eine korporale Ebene ergänzt, für die experimentelle Belege präsentiert werden: Auf der körperlichen Ebene werden im realen ‚Durchspielen‘ bestimmter Interaktionsformen normative Bindungswirkungen im Prozess immer wieder ausgehandelt, bewahrt und erneuert, und dies – so die These – nicht nur im Kleinkindalter, sondern lebenslang, in immer komplexeren Interaktionsformen.

Auch Robert Brandom geht im Rahmen seiner neopragmatistischen Sprachphilosophie der Frage nach, wie sich spezifisch menschliche Praxisformen – im Sinne der Praktiken von SprachverwenderInnen – von vorsprachlichen oder nichtdiskursiven Praktiken einerseits und von den Praktiken so bezeichneter „nondiscursive creatures“ (Brandom 2011a: 10) andererseits grundlegend unterscheiden.⁶ Die Frage, ob es so etwas wie eine ‚Demarkationslinie‘ zwischen diskursiven und nichtdiskursiven Wesen gebe – sowie eine Erklärung für die massiven qualitativen Unterschiede in den zugrundeliegenden Fähigkeiten: Sprachverwendung als *die* zentrale ontogenetische und phylogenetische Errungenschaft – stellt eine seiner Kernfragen dar (vgl. ebd.: 26). Während Tomasello in der Fähigkeit der zuverlässigen sozialen Weitergabe von Wissen in Artefakten und sozialen Praktiken einen ‚Wagenhebereffekt‘ lokalisiert (vgl. Tomasello 2006: 16; vgl. auch Nun-gesser 2011: 672 ff.), präsentiert Brandom seine Antwort auf die „leverage question“ (Brandom 2011a: 29), die Frage nach den massiven qualitativen Differenzen, die menschliche Fähigkeiten gegenüber denen anderer Wesen auszeichnen und nach deren Hebelwirkung, in seinen Hauptwerken *Expressive Vernunft* (2000) und *Between Saying and Doing* (2008). Laut Brandom zeichnen sich Menschen in ihren spezifischen Formen der diskursiven Praxis dadurch aus, dass sie nicht nur „rationale, expressive – das heißt, diskursive – Wesen“ sind, sondern auch „logische“, sich „selbst ausdrückende Wesen. Wir machen nicht nur *es* explizit, wir machen *uns selbst* explizit *als* Explizitmachende.“ (Brandom 2000: 901, Hervorhebung im Original) Während im Anschluss an Brandom die

6 Brandom verortet dabei seine eigene Theorie als Weiterentwicklung des klassischen amerikanischen Pragmatismus. Letzteren charakterisiert er als von Darwins Evolutionstheorie stark beeinflusst (vgl. Brandom 2011a: 5).

in der gemeinsamen sprachlichen Praxis liegende implizite Normativität im Rahmen des ‚Begründungsspiels‘ und seiner logischen Explikation um eine explizite Dimension der Normbegründung erweitert wird, wird im Anschluss an Tomasello die in der regelbasierten gemeinsamen Praxis liegende explizite Normanwendung um eine in der vorsprachlichen, körperlich vollzogenen Praxis liegende implizite Ebene nicht nur der Normanwendung, sondern auch der naturwissenschaftlich beobachtbaren wechselseitigen Normdurchsetzung ergänzt. In beiden Ansätzen, sowohl bei Brandom als auch bei Tomasello, schält sich die implizite Normativität der gemeinsamen Praxis in Form eines „perspective-taking“ heraus, das als „menschliches Monopol“ (Habermas 2011a: 37) entdeckt beziehungsweise wiederentdeckt wird. Gesellschaftstheoretisch bedeutsam ist dabei im Falle Brandoms vor allem, wie Detel es ausdrückt, die „wechselseitige Unterstellung einer transkulturellen und humanspezifischen Rationalität als grundlegend für Sprache und sprachliche Kommunikation“ (Detel 2011: 152). Denn diese Rationalitätsunterstellung enthalte „egalitäre Prämissen“ und begründe daher „die informative und helfende Verwendung von sprachlichen Elementen sowie das Befolgen von Konversationsmaximen“ (ebd.).

Während jedoch Brandoms Idee eines Spiels des Gebens und Verlangens von Gründen letztlich darauf abzielt, die implizit in unserer Praxis immer schon enthaltenen Normen in Diskursen explizit zu machen, in denen die GesprächspartnerInnen über das komplette Arsenal logischen Vokabulars verfügen – und damit Perspektivenunterschiede sprachlich offenlegen können und so die entsprechenden Normen unter Begründungsdruck bringen können – setzt die Perspektivenübernahme bei Tomasello auf einer Ebene an, die vor allem dazu dient, den erfolgreichen Verlauf gemeinsamen Handelns und die Aufrechterhaltung des ‚Wirs‘ sicherzustellen. In den dem obigen Zitat zugrunde liegenden Experimenten wurden Kinder einerseits in ein erfundenes Spiel, das ‚Daxen‘, involviert, andererseits in ‚So-Tun-Als-Ob‘-Spiele (vgl. Rakoczy/Warneken/Tomasello 2008; Rakoczy 2008). Die Spielregeln des Daxens stellen ein explizites Regelwerk dar, das – so zeigen Tomasellos Arbeiten deutlich – nur auf der Grundlage einer tiefer liegenden normativen Fundierung funktioniert, die auf das Gelingen gemeinsamer Handlungen – und das Sanktionieren von Abweichungen, die die Gemeinsamkeit gefährden – gerichtet ist.⁷ Die Unhintergebarkeit des permanenten wechselseitigen Bezugnehmens und des gemeinsamen Bezugnehmens auf Drittes mündet in Interaktionsformen, in denen das ‚Gemeinsame‘ an sich offensichtlich immer wieder abgesichert werden muss. Das menschliche Wesen, wie Tomasello es uns präsentiert, kann nicht ‚nicht sozial‘ sein.⁸ Gemeinsame Tätigkeit an sich ist sein zentrales Motiv und eine zentrale motivationale Grundlage gemeinsamer Praxis. Das, was beim Verletzen der expliziten Regeln des Phantasie-Spiels namens ‚Daxen‘, die außerhalb des experimentellen Kontexts gar nicht existieren, von den in das Experiment verwickelten Kindern permanent ‚repariert‘ wird, ist die gelungene Interaktion an sich, das gemeinsame Handeln an sich – nicht die Verletzung der expliziten Regeln des ‚Daxens‘. Die implizite Normativität, die im Durchspielen solcher Phantasiespiele oder ‚So-Tun-Als-Ob‘-Spiele wirkt, ist auf diese grundlegende Ebene gelingender gemeinsamer Tätigkeit gerichtet und funktioniert unter anderem auf der Grundlage eines

7 Für wertvolle Hinweise und Diskussionen möchte ich mich ausdrücklich bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Seminars *Ein neues Menschenbild? Aktuelle Einflüsse der Hirnforschung und evolutionären Anthropologie auf die politische Theorie*, WS 2011/12, Goethe-Universität Frankfurt (Main), bedanken.

8 Diese Formulierung stammt aus einer Diskussion mit Frank Nullmeier.

permanenten Vollführens von (sprachlichen und nichtsprachlichen) Akten, die in der Konversationsanalyse als *repair* bezeichnet werden (vgl. Schegloff/Jefferson/Sacks 1977; Arminen 2005; Goodwin 2003; 2006).

Bei Brandom ist die triadische Figur, auf der das Spiel des Gebens und Verlangens von Gründen beruht, an die „referentielle repräsentationale Dimension“ (Brandom 2011b: 23) semantischer Gehalte geknüpft, auf die Intentionalität im Sinne einer „pragmatically mediated semantic relation“ (Brandom 2008: 176 ff.) gerichtet ist. Die gemeinsame Bezugnahme auf etwas in der Welt funktioniert über „ein transzendentes Merkmal des Sprechens, insofern diese Dimension eine notwendige Bedingung dafür ist, daß Gesprächspartner durch die unvermeidlichen (und produktiven) Unterschiede in den Hintergrundannahmen von Sprecher und Hörer navigieren können. Nur so können wir die Aussagen des jeweils anderen als Prämissen in unseren eigenen Schlüssen verwenden.“ (Brandom 2011b: 23) Die intentionale Gerichtetheit auf Objekte liegt auch nach Brandom bereits einfachen, vorsprachlichen Aktivitäten zugrunde: „A founding idea of pragmatism is that the most fundamental kind of intentionality (in the sense of directedness towards objects) is the *practical* involvement with objects exhibited by a sentient creature dealing skillfully with its world.“ (Brandom 2008: 178, Hervorhebung im Original). Diese Vorstellung von „feedback-governed performances“ (ebd.) in der Auseinandersetzung mit Objekten in der Welt bestimmen auch die Überlegungen, dass der semantische Gehalt einer Äußerung anhand des Prozesses erläutert werden muss, mit dem eine Beziehung im Sinne einer „*semantic* relation between subjective doings and objective states of affairs“ (ebd.: 179, Hervorhebung im Original) hergestellt wird. Denn:

„The specifically *semantic* intentionality displayed in language-use, engaging in *discursive* practices, deploying an autonomous *vocabulary*, should be understood both as a development of and as a special case of the sort of basic *practical* intentionality exhibited already by the kind of feedback-governed transactions mentioned [...]“ (ebd.: 179, Hervorhebung im Original).

Nichtdiskursive Praktiken im Sinne einer ‚feedback-governed performance‘, in der sich ein empfindungsfähiges Wesen auf etwas in der Welt bezieht, sind diskursiven Praktiken in diesem Sinne vorgängig. Allerdings buchstabiert Brandom auf der Ebene des konkreten Handelns, der konkreten Praxis, die triadische Figur, auf die Habermas und Tomasello verweisen, nicht aus. Auch wenn die „Betonung des sozialen Charakters von Begriffen und Handlungen“ (Süddeutsche Zeitung 2011: 15) Tomasellos und Brandoms Konzeptionen verbindet, verbleiben Brandoms Erläuterungen zum *konkreten* Handlungsvollzug doch auf der Ebene des individuellen Sprachteilnehmers. Sowohl das erweiterte Modell diskursiver Kontoführung, wie es im achten Kapitel von *Expressive Vernunft* präsentiert wird, als auch beispielsweise die Erläuterungen zur Praxis des ‚discursive updating‘ (vgl. dazu auch Pritzlaff 2012) im sechsten Kapitel von *Between Saying and Doing* verbleiben auf der konkreten Handlungsebene im Bereich *eines* Akteurs, der – unter Rückgriff auf logisches Vokabular – zwischen verschiedenen Perspektiven navigiert beziehungsweise Inkompatibilitäten zwischen seinen eigenen Festlegungen und Berechtigungen erkennt und ‚repariert‘. Dies hängt einerseits damit zusammen, dass Brandom auf einer anderen Abstraktionsebene argumentiert und sich sein Interesse nicht auf die konkrete Handlungskoordination zwischen mehreren Sprechern richtet, es hängt aber andererseits auch damit zusammen, dass Brandom den Schritt von der Konzeption einer Praxis *eines* Sprechers zur Konzeption der Praxis *mehrerer* Sprecher als letztlich unproblematisch ansieht. Diese Vorstellung, dass es letztlich nur eine technische Frage sei, das Brandom’sche Mo-

dell aus sich heraus in die Richtung gesellschaftlicher Handlungskoordination zu konkretisieren, erscheint zumindest als diskussionswürdig. Insofern könnte die Ergänzung des – wie eingangs erwähnt – von KritikerInnen als ‚praxisfern‘ kritisierten normativen Praktikenbegriffs Brandoms durch einen auf empirische Beobachtungen gestützten Normativitätsbegriff im Anschluss an Tomasello eine Grundlage bilden, um sich einem dezidiert auf menschliche Interaktion und Kooperation bezogenen, theoretisch gehaltvollen politischen Praktikenbegriff zu nähern.

3. Eine experimentell gestützte Theorie politischer Praktiken?

Der methodische Rückgriff nicht nur auf sprachphilosophische, sondern auch auf naturwissenschaftlich-empirische Normativitätsforschung durch die Politische Theorie muss sich jedoch auch mit der Frage auseinandersetzen, wie groß die Bandbreite möglicher Interpretationen dessen ist, was Tomasello experimentell ‚beobachtet‘ und ‚belegt‘. Tomasello selbst scheint in Bezug auf die theoretischen Annahmen, aus denen heraus er seine experimentellen Studien entwickelt und interpretiert, noch in einer Art Orientierungsphase zu sein. Dieses Schwanken in Tomasellos theoretischen Prämissen und Schlussfolgerungen hat ihm auf der einen Seite den Vorwurf eines Zirkularitätsproblems in seiner Theorie eingebracht.⁹ So stellt sich beispielsweise Wingert die Frage, ob die Fertigkeit zur geteilten Intentionalität in Tomasellos Konzeption nicht schon genau diejenige Kommunikation voraussetze, deren Entstehung mit ihrer Hilfe eigentlich erklärt werden solle (vgl. Wingert 2011: 162 f.). Auf der anderen Seite deutet Schmid diese Schwierigkeiten nicht im Sinne eines Zirkularitätsproblems, sondern eher als konzeptionelle Unentschlossenheit Tomasellos, zu spezifizieren, ob er eher Anhänger einer mentalistischen beziehungsweise intentionalistischen Position sei – die *geteilte Intentionalität* als „eine Eigenschaft einer bestimmten Art von *Einstellung, geistiger Haltung* beziehungsweise einer bestimmten Form *mentaler Zustände*, welche unser Verhalten steuern, wenn wir gemeinsam handeln (also die *geistige Grundlage* einer bestimmten Form von Praxis)“ definiere –, oder aber im Sinne einer Wittgenstein’schen Gegenposition die Ansicht vertrete, dass es umgekehrt die interaktive Praxis sei, die festlege, „was die intentionale Haltung der Beteiligten ist“ beziehungsweise dass „geteilte Intentionalität in kollektiven Praxen (von Akten kooperativer Kommunikation ganz zu schweigen) generiert wird oder in diesen Praxen selbst besteht“ (Schmid 2011: 157, Hervorhebung im Original).

9 Detel fasst diesen Punkt folgendermaßen zusammen: „Eine Frage von einigem Gewicht ist die explanatorische Relation zwischen der sozialen und der geistigen Ebene. Es gibt nicht wenige Autoren, die davon ausgehen, dass das Soziale mithilfe der Theorie des Geistes erklärt werden muss – unter anderem einige der führenden Vertreter der Sozialontologie wie Raimo Tuomela. Andere Autoren (etwa Wittgenstein oder Brandom) glauben, dass umgekehrt das Soziale die Basis kognitiver Fähigkeiten ist. Tomasello scheint sich der zweiten Gruppe anzuschließen. Denn er betont, dass die humanspezifische kooperative Kommunikation auf die humanspezifische Kooperation von Tätigkeiten zurückgeht [...]. Doch andererseits sollen Akte geteilter Intentionalität mit einem epistemischen Hintergrund rekursiven Wissens – also kognitive Akte und Fähigkeiten – ihrerseits die Basis für die humanspezifische Kooperation sein [...]. Dieses Zirkularitätsproblem wird auch in der theoretischen Funktion deutlich, die Tomasello der gemeinschaftlichen Tätigkeit zuweist. Einerseits konnte die kooperative Kommunikation nur im Rahmen gemeinschaftlicher Tätigkeit entstehen [...]; andererseits sind gemeinschaftliche Tätigkeiten dadurch definiert, dass sie ein rekursives Wissen und die Tendenz zu uneigennützigter Hilfe und Information enthalten – also zentrale Elemente der kooperativen Kommunikation [...]“ (Detel 2011: 151).

In jedem Fall wird durch Tomasellos Arbeiten für die Politische Theorie der Blick auf einen Praktikenbegriff eröffnet, der neben Formen sprachlicher Kommunikation auch die von Tomasello hervorgehobenen nichtsprachlichen Elemente der Herstellung ‚institutioneller Handlungsformen‘ und des normativen Raums ‚angemessener und unangemessener Züge‘ umfasst. Dieser Blick auf tatsächliche, körperliche und ‚verkörperte‘ Formen der Normanwendung und Normdurchsetzung stellt für die Politische Theorie eine klare Bereicherung dar. Er bietet die Möglichkeit, neben begründungsermöglichenden rational-logischen Abläufen auch die motivationalen Grundlagen gemeinsamen Handelns in ein Konzept politischer Praxis zu integrieren. Die Forschungsergebnisse Tomasellos verweisen auf den klaren Zusammenhang von experimentell gewonnenen empirischen Daten und theoretischen Konzeptionen zur Normativität sozialer Praxis.

Geht man davon aus, dass der dem konkreten Vollzug sozialer Praxis innewohnenden Normativität – im Sinne einer impliziten Normativität oder ‚embodied normativity‘ – eine zentrale Bedeutung für die Definition eines Begriffs der politischen Praktik zukommt, so scheint der Rückgriff auf die Ergebnisse Tomasellos fruchtbar für eine Theorie politischer Praktiken. Da Tomasellos Arbeiten zudem explizit interdisziplinär angelegt sind, und sowohl von Seiten Tomasellos mit einem interdisziplinär grundlagentheoretischen Anspruch vertreten werden als auch – wie die oben zitierten Einordnungsversuche von Seiten der Philosophie zeigen – auf Rezipientenseite mit einer entsprechenden Erwartungshaltung zur Kenntnis genommen werden, bietet es sich zudem an, die Anschlussfähigkeit und Fruchtbarkeit seiner experimentell fundierten theoretischen Ergebnisse für die Politische Theorie insgesamt in Erwägung zu ziehen. Ein theoriekonstruktiver Gewinn, der sich aus den Arbeiten Tomasellos ziehen ließe, liegt in einer im Anschluss an diese Studien durchgeführten Präzisierung des Verhältnisses von körperlichen Praktiken und Normativität. Begreift man nicht nur die Fähigkeit zu Perspektivenübernahme, zu *joint attention* und zur Herausbildung von ‚Wir‘-Einstellungen als Ausdruck einer inhärent kollektiven Dimension menschlicher sozialer Kognition (vgl. Rakoczy/Tomasello 2008: 404), sondern auch die permanente Aktualisierung eines ‚Wirs‘ im realen Durchspielen von Praktiken als ein dem Menschen ‚von Natur aus‘ gegebenes Motiv, so ließe sich der Kerngehalt von Praktiken nicht nur in der menschlichen „Motivation zur gemeinsamen Bezugnahme“ (Tomasello/Moll 2011: 164) identifizieren, die durch die Fähigkeit zur Perspektivenübernahme in „complex patterns of mutual responsiveness“ (Rouse 2007: 52) mündet, sondern auch in einer Motivation, die auf die gemeinsame performative Erfahrung selbst gerichtet ist.

Betrachtet man Praktiken als Koproduktionen, als ein von allen Beteiligten erzeugtes Ereignis, demgegenüber individuellen Handlungsformen eine eigene Qualität zukommt (vgl. Duranti 1986: 239) – und dies nicht nur bezogen auf die Ebene sprachlicher Kommunikation, sondern bezogen auf die Ebene der von SprecherInnen und AdressatInnen vollführten „speech-body-acts“ (Nullmeier/Pritzlaff 2009: 365; Pritzlaff/Nullmeier 2011: 141) –, so liegt der Kern von Praktiken in der performativen Erfahrung von gemeinsamem Handeln selbst, die nicht nur sprachlich, sondern auch korporal (immer wieder) erzeugt wird.

Auch der Zusammenhang von Praktiken und besonderen Fähigkeiten oder Kompetenzen ließe sich über diesen Weg neu bestimmen. Praktiken werden in der entsprechenden Literatur häufig als im Kern basierend auf *skills* oder *competence* – in Verbindung mit Lernen – definiert, so etwa auch jüngst von Adler und Pouliot (2011):

„Practices are competent performances. More precisely, practices are socially meaningful patterns of action which, in being performed more or less competently, simultaneously embody, act out, and possibly reify background knowledge and discourse in and on the material world. [...] Practices [...] are patterned actions that are embedded in particular organized contexts and, as such, are articulated into specific types of action and are socially developed through learning and training.“ (Adler/Pouliot 2011: 6)

Der Zusammenhang zwischen Kompetenzen, Lernen, implizitem Wissen, Kontext, Routinen, Strukturen und Kreativität bleibt in Definitionen des Praktikenbegriffs aber oft unbeziehungsweise unterbestimmt. Betrachtet man – im Anschluss an Tomasello – die normativen Ansprüche, die Menschen an das gemeinsame Vollführen von Interaktionen und Prozessen haben, als grundlegend für ein Verständnis von Praktiken, so erklärt sich der Kern dessen, was eine Praktik ist, primär nicht aus der mehr oder weniger erfolgreichen *performance* einer Routine, der Manifestation einer Struktur oder der Bedeutung eines bestimmten Kontextes, sondern primär aus der menschlichen Fähigkeit und Neigung zum gemeinsamen Bezugspunkt und gemeinsamen Handeln heraus, aufgrund derer die übrigen genannten Charakteristika von Praktiken erst möglich werden beziehungsweise einen Sinn ergeben.

Ein Praktikenbegriff, der diesen ‚Wir‘-erzeugenden und ‚Wir‘-stabilisierenden Solidarisierungseffekt in den Vordergrund rückt – und damit gleichzeitig die Frage provoziert, wie weit dieser Solidarisierungseffekt reicht und wann Destabilisierung und Entsozialisierung einsetzen – ist für die Politische Theorie allemal wegweisender als ein ausschließlich auf Routinen oder Lerneffekten basierender.

Andererseits muss aber darauf verwiesen werden, dass – bei aller Attraktivität sowohl der theoretischen als auch der empirischen Ergebnisse Tomasellos – eine der Hauptaufgaben eines Praktikenbegriffs innerhalb der Politischen Theorie letztlich darin bestehen muss, den genuin *politischen* Gehalt politischer Praktiken gegenüber anderen sozialen Praktiken zu identifizieren. Hier kann Tomasello zwar bestimmte Intuitionen liefern, aber es muss auch eine Weiterentwicklung seiner Schlussfolgerungen dahingehend erfolgen, dass politische Praktiken in einem ganz spezifischen Sinn ‚Wir‘-erzeugend sind und sein müssen – nämlich in dem Sinne, dass sie nicht nur von einem ‚Wir‘ der unmittelbar Beteiligten gemeinsam vollführt werden, sondern zusätzlich noch ‚im Namen‘ und aus der Perspektive eines umfassenderen ‚Wir‘, eines politischen Gemeinwesens, ausgeführt werden und für dieses auch Verbindlichkeit beanspruchen.

Tomasellos Einschätzung, dass

„die meisten, wenn nicht gar alle hochkomplexen Kooperationsformen der modernen Industriegesellschaften – von den Vereinten Nationen bis hin zum Einkaufen mit Kreditkarte im Internet – auf Fähigkeiten und Motivationen zur Kooperation aufbauen, die im Kontext der Interaktion in kleinen Gruppen entstanden sind: also genau den Formen altruistischer und kooperativer Handlungen, die wir in unseren einfachen Studien zu Menschenaffen und Kindern beobachtet haben“ (Tomasello 2010: 82),

erscheint somit bis zu einem gewissen Grad auch als eine Art Warnung vor einer möglicherweise reduktionistischen Forschungsstrategie, die den auf der Beobachtungsebene ‚einfachen Studien‘ und ihren theoretisch tiefgreifenden Interpretationen durch Tomasello zu weit folgt. Die empirischen Studien zu Kleinkindern und Schimpansen können zwar bestimmte Intuitionen über die triadische Struktur komplexer Interaktionsformen unterstützen, sie können aber den umfassenden Charakter und den normativen Kern politischer Praktiken nicht vollständig aufschlüsseln.

4. Fazit

Die präsentierten Überlegungen sollten erste Denkanstöße in die Richtung liefern, wie die elementaren Einsichten über das Entstehen von Sozialität und über die grundlegende Kooperativität menschlichen Handelns, die in den Arbeiten Michael Tomasellos auf naturwissenschaftlicher Grundlage erhoben werden, für die Politische Theorie – und speziell für einen theoretisch gehaltvollen Begriff politischer Praktiken – fruchtbar gemacht werden könnten. Zudem sollten sie beleuchten, inwiefern gerade Tomasellos Verständnis von Normativität – im Sinne einer ‚embodied normativity‘ – komplementär zu einem Verständnis impliziter Normativität im Anschluss an die Konzeption diskursiver Praxis gelesen werden kann, die sich in den Arbeiten Robert B. Brandoms findet und die schon seit längerer Zeit in der Politischen Theorie auf ihre Anschlussfähigkeit geprüft wird.

Die unter Rückgriff auf Tomasellos Arbeiten entwickelte Konzeption der triadischen Struktur gemeinsamer Praxis scheint für einen theoretisch gehaltvollen Begriff politischer Praktiken ebenso fruchtbar zu sein wie seine auf experimentelle Daten gestützten Befunde zu Normbefolgung und Normdurchsetzung. Letztere bilden komplementär zu Brandoms sprachphilosophischer Konzeption diskursiver Praxis den Kern für die Vorstellung der impliziten Normativität einer gemeinsamen Praxis, deren Hauptaufgabe letztlich in der Herstellung eines ‚Wir‘-erzeugenden und ‚Wir‘-stabilisierenden Solidarisierungseffekts identifiziert werden kann.

Literatur

- Adler, Emanuel / Pouliot, Vincent, 2011: *International Practices: Introduction and Framework*. In: Dies. (Hg.), *International Practices*, Cambridge / New York, 3–35.
- Arminen, Ilkka, 2005: *Institutional Interaction: Studies of Talk at Work*, Aldershot / Burlington.
- Brandom, Robert B., 2000: *Expressive Vernunft. Begründung, Repräsentation und diskursive Festlegung*, Frankfurt (Main).
- Brandom, Robert B., 2008: *Between Saying and Doing. Towards an Analytic Pragmatism*, Oxford / New York.
- Brandom, Robert B., 2011a: *Introduction: From German Idealism to American Pragmatism – and Back*. In: Ders., *Perspectives on Pragmatism: Classical, Recent, and Contemporary*, Cambridge (Mass.), 1–34.
- Brandom, Robert B., 2011b: *Ein Gedankenbogen. Von Rortys eliminativem Materialismus zu seinem Pragmatismus*. In: Alexander Gröschner / Mike Sandbothe (Hg.), *Pragmatismus als Kulturpolitik. Beiträge zum Werk Richard Rortys*, Berlin, 15–24.
- Detel, Wolfgang, 2011: *Sprachliche Fähigkeiten*. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 59, 149–152.
- Duranti, Alessandro, 1986: *The Audience as Co-Author: An Introduction*. In: *Text* 6, 239–247.
- Goodwin, Charles, 2003: *Conversational Frameworks for the Accomplishment of Meaning in Aphasia*. In: Ders. (Hg.), *Conversation and Brain Damage*, Oxford, 90–116.
- Goodwin, Charles, 2006: *Human Sociality as Mutual Orientation in a Rich Interactive Environment: Multimodal Utterances and Pointing in Aphasia*. In: Nick Enfield / Stephen C. Levinson (Hg.), *Roots of Human Sociality*, Oxford / New York, 96–125.
- Habermas, Jürgen, 2009a: *Es beginnt mit dem Zeigefinger. Der Verhaltensforscher Michael Tomasello hat ein bahnbrechendes Buch über ‚Die Ursprünge der menschlichen Kommunikation‘ geschrieben*. In: *DIE ZEIT* Nr. 51 vom 10.12.2009, 45.
- Habermas, Jürgen, 2009b: *Laudatio für Michael Tomasello, gehalten anlässlich der Verleihung des Hegel-Preises 2009 am 16. Dezember 2009 in Stuttgart*; <http://www.stuttgart.de/img/mdb/item/383875/51478.pdf>, 16.04.2012.

- Habermas, Jürgen, 2011a: ‚... And to define America, her athletic democracy‘. Im Andenken an Richard Rorty. In: Alexander Gröschner / Mike Sandbothe (Hg.), *Pragmatismus als Kulturpolitik*. Beiträge zum Werk Richard Rortys, Berlin, 25–37.
- Habermas, Jürgen, 2011b: *Myth and Ritual*, Berkley Center for Religion, Peace & World Affairs, Georgetown University, Oct. 19th, 2011; <http://vimeo.com/31092733> (eigene Transkription), 16.04.2012.
- Habermas, Jürgen, 2011c: Über die Verkörperung von Gründen, XXII. Deutscher Kongress für Philosophie vom 15.09.2011, Ludwig-Maximilians-Universität München; http://www.dgphil2011.uni-muenchen.de/aktuelles/abendvortraege_bei_itunes/-index.html (eigene Transkription), 16.04.2012.
- Kukla, Rebecca / Lance, Mark, 2009: ‚Yo!‘ and ‚Lo!‘. *The Pragmatic Topography of the Space of Reasons*, Cambridge, MA / London.
- Mead, George H., 1934: *Mind, Self, and Society*, Chicago.
- Nullmeier, Frank / Pritzlaff, Tanja, 2009: *The Implicit Normativity of Political Practices. Analyzing the Dynamics and Power Relations of Committee Decision-Making*. In: *Critical Policy Studies* 3, 357–374.
- Nungesser, Frithjof, 2011: Michael Tomasello: Auf experimentalpsychologischem Wege zu einer kognitiven Kulturtheorie. In: Stephan Moebius / Dirk Quadflieg (Hg.), *Kultur. Theorien der Gegenwart*, 2., erweiterte und aktualisierte Auflage, Wiesbaden, 671–682.
- Pritzlaff, Tanja, 2012: *Disagreement, Error and Two Senses of Incompatibility – The Relational Function of Discursive Updating*. In: *Philosophia* 40, 121–138.
- Pritzlaff, Tanja / Nullmeier, Frank, 2011: *Capturing Practice*. In: *Evidence & Policy* 7, 137–154.
- Rakoczy, Hannes, 2008: *Taking Fiction Seriously: Young Children Understand the Normative Structure of Joint Pretence Games*. In: *Developmental Psychology* 44, 1195–1201.
- Rakoczy, Hannes / Tomasello, Michael, 2008: *Kollektive Intentionalität und kulturelle Entwicklung*. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 56, 401–410.
- Rakoczy, Hannes / Warnken, Felix / Tomasello, Michael, 2008: *The Sources of Normativity: Young Children’s Awareness of the Normative Structure of Games*. In: *Developmental Psychology* 44, 875–881.
- Rouse, Joseph, 2007: *Social Practices and Normativity*. In: *Philosophy of the Social Sciences* 37, 46–56.
- Schegloff, Emanuel A. / Jefferson, Gail / Sacks, Harvey, 1977: *The Preference for Self-Correction in the Organisation of Repair in Conversation*. In: *Language* 53, 361–382.
- Schlicht, Tobias, 2008: *Ein Stufenmodell der Intentionalität*. In: Patrick Spät (Hg.), *Zur Zukunft der Philosophie des Geistes*, Paderborn, 59–91.
- Schmid, Hans B., 2011: *Am Ursprung der Freundlichkeit*. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 59, 153–157.
- Schmidt, Marco F. H. / Rakoczy, Hannes / Tomasello, Michael, 2011: *Young Children Attribute Normativity to Novel Actions without Pedagogy or Normative Language*. In: *Developmental Science* 14, 530–539.
- Tomasello, Michael, 2006: *Die kulturelle Entwicklung des menschlichen Denkens*, Frankfurt (Main).
- Tomasello, Michael, 2008: *Origins of Human Communication*, Cambridge (Mass.) / London.
- Tomasello, Michael, 2009: *Die Ursprünge der menschlichen Kommunikation*, Frankfurt (Main).
- Tomasello, Michael, 2010: *Warum wir kooperieren*, Berlin.
- Tomasello, Michael / Moll, Henrike, 2011: *Replik auf die Kommentare*. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 59, 164–169.
- „Trommeln für die Menschenrechte; Jürgen Habermas korrigiert sich, Wolf Singer joggt durch Gehirnmarmelade, Robert Brandom rehabilitiert den Rauschbart. Der 22. Deutsche Kongress für Philosophie in München“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 17.09.2011, 15.
- Wingert, Lutz, 2011: *Die elementaren Strukturen der menschlichen Sozialität*. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 59, 158–163.

Methodisches zur Methodenfrage in der politischen Philosophie

Bernd Ladwig*

I.

Die Frage des Herangehens an die Methodenfrage ist selbst eine Methodenfrage. Mit dem für einen kurzen Text gebotenen Mut zur Vergrößerung lassen sich zwei Vorgehensweisen unterscheiden. Die *erste* ist steil normativ: „Finde den einen Weg zur Erkenntnis, von dessen konsequenter Befolgung abhängt, ob das, was Du tust, von wissenschaftlichem Wert sein könnte“. So ließe sich etwa, pace Popper, auch für die politische Philosophie ein rein deduktives Vorgehen denken. Man könnte dafür plädieren, mit der Analyse grundlegender Begriffe wie ‚Gerechtigkeit‘ oder ‚Legitimität‘ zu beginnen, um von diesen durch Anwendung auf Grundprobleme des Politischen wie dem Faktum vernünftiger Meinungsverschiedenheiten zu substantiellen Grundsätzen allgemeiner Art zu gelangen.

Ein Nachteil dieses Vorschlages ist, dass so gut wie kein politischer Philosoph¹ so arbeitet. Mehr noch, für die politische Philosophie ist weit und breit kein Paradigma in Sicht, das das Feld der Grundalternativen ‚normalwissenschaftlich‘ schließen könnte. Dann aber dürfte die Entscheidung für nur einen methodologischen Pfad substantiell ausschließende Folgen haben; und diese wären durch keine Einigkeit über Relevanz- und Erfolgskriterien in unserer Subdisziplin gedeckt.

In der politischen Philosophie kann man etwa zwischen einer konstruktiven, einer dekonstruktiven und einer rekonstruktiven Herangehensweise unterscheiden.² Dies macht verständlich, warum ein und dasselbe methodische Vorgehen dem einen Philosophen vorbildlich, dem anderen verwerflich vorkommt. Ein Dekonstruktivist mag etwa zum rhetorischen Mittel gezielter Übertreibung greifen;³ ein analytisch geschulter Konstruktivist wird darin hingegen nur eine schlechte Dramatisierung erkennen können. Wo jener uns in Aporien locken will, wird dieser versuchen, sie durch Disambiguierung von Begriffen wieder aufzulö-

* Prof. Dr. Bernd Ladwig, Freie Universität Berlin, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
Kontakt: ladwig@zedat.fu-berlin.de

¹ Zur besseren Lesbarkeit wird das generische Maskulinum verwendet, die weibliche Form ist immer impliziert.

² Diese hilfreiche Unterscheidung hat Martin Saar zu unserer Podiumsdiskussion in Bremen beigetragen. Saar sprach hier allerdings von „unseren Methoden“, während ich es vorziehe, von ‚Herangehensweisen‘ zu reden. Eine ‚Herangehensweise‘ legt bestimmte methodische Entscheidungen nahe, ohne sie aber zu determinieren.

³ Dazu ausführlich Saar 2007.

sen. Ein Rekonstruktivist wird uns die eigene institutionelle Ordnung im Hinblick auf die Verwirklichung der Vernunft in der Geschichte zur gedanklichen und praktischen Aneignung empfehlen. Ein Dekonstruktivist wird sie uns umgekehrt mit genealogischen Mitteln möglichst fremd zu machen versuchen. Und so weiter.

Die steil normative Herangehensweise birgt, allgemeiner gesagt, die Gefahr des Methodenfetischismus. Eine grundsätzliche Alternative bestünde darin, nicht zuerst zu fragen, wie wir als politische Philosophen vorgehen sollten, sondern wie wir faktisch vorgehen. Nur auf dem Wege einer Reflexion auf die tatsächlichen Vorgehensweisen lassen sich dann vielleicht auch Regeln richtigen Vorgehens gewinnen. Dieser *zweiten* Vorgehensweise zufolge kommt die substantielle Arbeit der Theoriebildung immer zuerst. Nur im Nachhinein können wir den Weg, den wir gegangen sind, zu rekonstruieren versuchen, um Hinweise darauf zu erhalten, wie wir möglichst zielführend vorgehen können. Schließlich sollte die Reflexion auf unsere Methoden auch eine normativ-sondierende Funktion erfüllen.

Die Grundfrage einer sinnvollen Methodenreflexion lautet dann etwa so: Wie gehen wir vor, wenn wir das, was wir theoriebildend⁴ tun, nach Maßgabe der Unternehmung, der unsere Theoriebildung angehört, gut tun? Das ist natürlich eine Formulierung voller vager Ausdrücke. Aber sie besitzt den Vorzug, den normativen Zweck wie auch den Horizont einer sinnvoll gestellten Methodenfrage herauszustreichen. Die Frage nach ‚guten Methoden‘ verweist auf den allgemeinen Charakter der theoretischen Praxis, an der wir teilhaben. Wer sich einer bestimmten theoretischen Praxis verschreibt, legt sich damit auf ein Grundverständnis fruchtbringenden Forschens fest. Und dieses Grundverständnis befreit die Prozeduren ebenso ein wie die Ergebnisse. Es wirkt sich bis in die begrifflichen Voraussetzungen unserer Herangehensweisen hinein aus.

II.

In der analytischen Philosophie des letzten Jahrhunderts hat die Vorstellung, begriffliche Analyse sei ein normativ neutrales Vorspiel zur eigentlich normativen Argumentation, eine große Rolle gespielt. Ronald Dworkin hat dagegen in seinem neuen Hauptwerk *Justice for Hedgehogs* (2011) eine überzeugende Begründung dafür gefunden, warum dieser Glaube an eine evaluativ und normativ neutrale Begriffsanalyse verfehlt ist. Die Grundbegriffe des praktischen und des politischen Denkens, so Dworkin, sind *interpretative Konzepte*. Indem wir sie in einer bestimmten Weise verwenden, legen wir uns auf wertgeleitete Vorstellungen von dem übergreifenden Zweck fest, den wir mit ihrer Verwendung verfolgen. Dabei findet die Interpretation keinen letzten Halt in etwas, das nicht mehr der Interpretation bedürfte. Auch die übergreifenden Zwecke des Begriffsgebrauchs verstehen sich schließlich nicht von selbst. Auch sie gehen aus Interpretationen hervor, deren leitende Wertungen sie mehr oder weniger gut zur Geltung bringen.

Beispiele dafür, wie man substantielle Vorschläge als rein begriffliche verkleiden kann, gibt uns die Diskussion über Konzept und Konzeptionen der ‚Freiheit‘ (siehe Berlin 1958; Maccallum 1961; für einen Überblick Ladwig 2004). So haben manche Libertarianer argumentiert, begrifflich ausschlaggebend für unsere Freiheit als Personen sei immer die Abwesenheit von Zwang. Das ist ein normativ folgenreicher Vorschlag, der auch

4 Im weiten Sinne verstanden, was auch wissenschaftliches Arbeiten im Rahmen einer Theorie einschließt.

nicht durch fraglos gültige ‚normalsprachliche‘ Regeln des Begriffsgebrauchs gedeckt ist. Wie also lässt er sich rechtfertigen? Redlicherweise wohl nur so, dass die Denker auch das Politikverständnis freilegen, dem sie mit ihrem Vorschlag folgen. Für einen Libertarier liegt die Antwort nahe, dass ihn als politischen Philosophen vor allem die Anerkennungswürdigkeit staatlichen Handelns interessiere und dieses eben durch das Mittel des Zwanges charakterisiert sei. Auf die weitere Frage, warum denn staatliches Handeln normativer Legitimität bedürfe, könnte er antworten, dass Zwang unsere Autonomie einschränke und diese im höchstrangigen Interesse rationaler und vernünftiger Personen liege.

Eine solche Rechtfertigung – wie auch ihre mögliche Anfechtung etwa im Namen eines erweiterten Politik- und eines vertieften Autonomieverständnisses –⁵ verbleibt ganz auf dem Gebiet wertgeleiteter Interpretationen. Sie ist interpretativ *all the way down* (vgl. Dworkin 2011: 162). Und wie für die begriffliche Analyse im Besonderen, so gilt für methodische Entscheidungen im Allgemeinen: Sie sind von vornherein in ein Netz wertgeleiteter Interpretationen eingewoben. Aus diesem generellen Grund ist die Vorstellung verfehlt, unseren eigentlichen normativen Forschungen ließe sich ein normativ neutraler, freistehend gerechtfertigter Methodenteil voranstellen. Jenseits von Trivialitäten wie dem Gebot logischer Widerspruchsfreiheit – oder genauer der Möglichkeit, philosophische Beiträge im Einklang mit diesem Grundgebot rational zu rekonstruieren – stehen und fallen unsere Methoden mit dem Gesamtpaket an evaluativen Interpretationen, dessen Teil sie sind.

III.

Das wiederum zwingt uns nicht zum Relativismus. Ich selbst nehme in meinen Arbeiten Partei für ein primär analytisches Verständnis von politischer Philosophie. Ich verbinde damit den ‚formalen‘ Anspruch, möglichst explizit zu machen, wie ich vorgehe. Die Begriffe und argumentativen Figuren, deren ich mich bediene, sollen so transparent wie möglich hervortreten. Dem entspricht die ‚substantielle‘ Überzeugung, dass der Mensch ein rechtfertigungsfähiges Tier ist, das ein vernünftiges Interesse daran hat, im Denken und Handeln möglichst nur solchen Gründen zu folgen, die es autonom als gut erkennen kann.

Das wiederum legt ein akteurszentriertes Verständnis von Politik nahe, das weder dezisionistisch noch utilitaristisch ist: Politisches Handeln besteht weder im rechtfertigungsfreien Eintreten für ein hegemoniales Projekt oder dessen Anfechtung noch vor allem in der strategischen Verfolgung egozentrisch geformter Vorlieben. Im politischen Handeln erheben wir Geltungsansprüche, die eine normative politische Philosophie aus der Teilnehmerperspektive aufnehmen und prüfen sollte. Das schließt Genealogie, Ideologiekritik und dergleichen nicht aus. Aber es fügt sie als mögliche Korrektive in einen normativen Rahmen ein, der durch das erkenntnisleitende Interesse an individueller und kollektiver Mündigkeit gekennzeichnet ist.

Die politische Philosophie steht damit in einer grundlegenden Kontinuitätsbeziehung zum alltäglichen politischen Rasonieren und zur gemeinen politischen Beschwerde (vgl. Walzer 1993: 78). Sie kann diesen gegenüber keinen eigentlichen Expertenstatus geltend machen. Das bedeutet zugleich, dass sie auch daran interessiert sein muss zu erfahren,

5 Siehe etwa die neueren Beiträge aus dem Spektrum des ‚neorömischen Republikanismus‘ – exemplarisch Pettit (1999); Skinner (2008); für ein vertieftes und differenziertes Autonomieverständnis plädiert zum Beispiel Honneth (2011).

wie gewöhnliche Leute über die Fragen denken, mit denen sie sich befasst. Dabei sollte sie die Urteile der ‚Laien‘ aber nicht wie psychophysisch erklärbare und isolierbare Daten auffassen.⁶ Vielmehr sollte sie sie als normativ gehaltvolle Festlegungen in dieselben Begründungszusammenhänge einbetten, in denen sie sich selbst bewegt. Die politische Philosophie tritt damit in einen virtuellen und womöglich auch realen Dialog mit Menschen, denen sie dabei behilflich sein will, besser zu begreifen, was die eigenen Überzeugungen implizieren, wozu sie berechtigen und was sie ausschließen (dazu grundlegend Brandom 1994).⁷ Die für politische Philosophen relevante Empirie besteht darum zu einem guten Teil selbst aus dem Stoff der politischen Philosophie, wenn auch in einer nur wenig systematisierten Gestalt.⁸ Sie besteht in Gedanken zu den Grundlagen unseres Zusammenlebens, an deren vernünftiger Durchdringung und selbstbewusster Gestaltung wir ein gemeinsames Interesse haben.

Damit scheint mir nicht nur ein mögliches, sondern das insgesamt beste Verständnis von politischer Philosophie umrissen zu sein. Aber diese Behauptung ließe sich allein auf dem Weg einer substantiellen Argumentation erhärten. Keine abseits dieses Weges geführte Methodendiskussion könnte uns dabei nennenswert weiterhelfen.

Literatur

- Berlin, Isaiah, 1958: Zwei Freiheitsbegriffe. In: Ders., Freiheit. Vier Versuche. Frankfurt (Main), 197–256.
- Brandom, Robert B., 1994: Making it Explicit. Reasoning, Representing, and Discursive Commitment, Cambridge (Mass.) / London.
- Dworkin, Ronald, 2011: Justice for Hedgehogs, Cambridge (Mass.) / London.
- Honneth, Axel, 2011: Das Recht der Freiheit, Frankfurt (Main).
- Ladwig, Bernd, 2011: Freiheit. In: Gerhard Göhler / Mattias Iser / Ina Kerner (Hg.), Politische Theorie. 25 umkämpfte Begriffe zur Einführung, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden, 79–93.
- Maccallum, Gerald, 1961: Negative and Positive Freedom. In: David Miller (Hg.), Liberty. Oxford, 100–122.
- Pettit, Philip, 1997: Republicanism. A Theory of Freedom and Government, Oxford.
- Saar, Martin, 2007: Genealogie als Kritik. Geschichte und Theorie des Subjekts nach Nietzsche und Foucault, Frankfurt (Main) / New York.
- Skinner, Quentin, 2008: Hobbes and Republican Liberty, Cambridge.
- Swift, Adam, 2000: Public Opinion and Political Philosophy: The Relation between Social-Scientific and Philosophical Analyses of Distributive Justice. In: Ethical Theory and Moral Practice 2, 337–363.
- Walzer, Michael, 1993: Die Praxis der Gesellschaftskritik. In: Ders., Kritik und Gemeinsinn. Drei Wege der Gesellschaftskritik, Frankfurt (Main), 43–79.

6 Die Psychophysik ist ein Sonderfall der naturalistischen Ambition, alles, was wissenschaftlich gesagt werden könne, im normativ neutralen Vokabular der Naturwissenschaften zu sagen. Ich halte diese Ambition für grundsätzlich verfehlt. Damit will ich nicht über jedwede Spielart des Naturalismus den Stab brechen. Aber mit dem hier vertretenen Verständnis von politischer Philosophie könnte nur ein nicht-reduktionistischer Naturalismus kompatibel sein.

7 Jedenfalls ist dies ein zentraler Teil dessen, was analytisch orientierte politische Philosophen tun und bezwecken. Wie sich dieses ‚dialogische‘ Philosophieverständnis zur Möglichkeit eines stärker revisionären Verständnisses von Kritik und zu eher fundierungsorientierten (foundationalist) Herangehensweisen verhält, muss ich hier offenlassen.

8 Adam Swift (2000) schreibt deshalb, der beste Weg für politische Philosophen zu einer für sie aufschlussreichen Empirie bestünde darin, die ‚Laien‘ an politische Philosophie heranzuführen.

Politische Theorie und Methoden

Joachim Behnke*

Schlüsselwörter: Methode, Normative Politische Theorie, Positive Politische Theorie, Logik, Wissenschaft

Abstract: Sowohl normative als auch positive Politische Theorie bedürfen einer methodischen Fundierung, um die Einhaltung der Ansprüche an die Wissenschaftlichkeit zu gewährleisten. Hierbei kommt der Logik eine Schlüsselrolle zu, da sie einerseits bei der formalen Analyse von Institutionen selbst als Untersuchungsmethode eingesetzt wird und sie andererseits ein Instrument der Selbstdisziplinierung zur Überprüfung der entwickelten Argumentation darstellt. Aber auch zumindest rudimentäre Kenntnisse empirischer Methoden sind notwendig, wenn Politische Theorie auf empirische Erkenntnisse anderer Fächer zurückgreift.

Abstract: Normative as well as positive political theory need to be grounded in methodology in order to ascertain that they meet certain scientific criteria. In this regard, logic plays a key role, for on the one hand it is being used as a research method on its own for the formal analysis of institutions, on the other hand it is a tool for double-checking the line of argument one has developed. Furthermore, at least a basic level of knowledge of empirical methods is required when political theory makes use of empirical results from neighboring disciplines.

1. Einleitung

Will man sich über die Beziehung von Politischer Theorie zu Methoden äußern, so kann dies nicht geschehen, ohne eine Vorstellung davon zu entwickeln, was man eigentlich unter ‚Politischer Theorie‘ verstehen möchte. Dieses Unterfangen ist allerdings alles andere als einfach und kann an dieser Stelle auch in keiner befriedigenden Weise verfolgt werden. Festzuhalten bleibt aber, dass der Begriff der ‚Politischen Theorie‘ äußerst diffus ist und eine Abgrenzung von Theorien über spezielle Gegenstandsbereiche des Politischen zur Politischen Theorie äußerst schwer zu ziehen ist. So würde man eine auf empirischen Beobachtungen fußende Theorie des Wahlverhaltens wohl kaum als ‚Politische Theorie‘ bezeichnen, wenn man sich dabei lediglich mit den Fragen beschäftigte, wer warum welche Partei wählt. Dies wäre als ein Teilbereich positiver Theorie zu klassifizieren, der sich mit Aussagen beschäftigt, die anhand einer Konfrontation mit der empirischen Wirklichkeit verifiziert oder falsifiziert werden können. Wenn also solche ‚bloß empirischen‘ Aussagen selbst wohl nicht schon zur Politischen Theorie zählen, so lässt sich umgekehrt

* Prof. Dr. Joachim Behnke, Zeppelin Universität Friedrichshafen
Kontakt: joachim.behnke@zeppelin-university.de

vermutlich keine Politische Theorie aufstellen, die Relevanz besitzen soll, ohne auf solche ‚bloß empirischen‘ Aussagen zurückzugreifen. Die Empfehlungen Machiavellis an seinen Fürsten, die Staatsmodelle von Platon und Aristoteles oder die Vertragstheorien von Hobbes und Locke lassen sich nur verstehen, wenn man berücksichtigt, dass dabei bestimmte Bilder und Vorstellungen vom Menschen (oder Menschsein) als Annahmen eingehen. Diese Annahmen sind aus Sicht der Autoren derart selbstevident, dass sie einer methodischen empirischen Bestätigung nicht bedürfen. Doch die selbstevidenten Einsichten von heute sind womöglich der Aberglaube von morgen.

2. Normative und positive Politische Theorie

Ohne Zweifel besteht der inhaltliche Kern dessen, was man unter Politischer Theorie versteht, aus normativen Aussagen. Normative Sätze sind Sätze über ein Sollen, die in der Regel einen universalen Geltungsanspruch erheben. Als normative Theorien kann man Gruppen von normativen Sätzen bezeichnen, die sich auf ein gemeinsames Thema wie zum Beispiel Verteilungsgerechtigkeit beziehen. Dabei gibt es in der Regel einen normativen Kern der Theorie, der aus den hierarchisch höchststehenden normativen Aussagen besteht. Für die Praxis relevant ist jedoch, welche konkreten Normen, das heißt Regelsysteme, aus diesen abgeleitet werden können (vgl. Behnke/Zintl 2003). Ein solches Regelsystem kann zum Beispiel ein Entscheidungsmechanismus sein, der in der Lage sein soll, bestimmte normative Kriterien wie Gewährleistung von Autonomie oder Fairness zu erfüllen. Hier bedarf es einerseits eines logisch korrekt geführten Arguments, andererseits aber einer (formalen) Analyse der betreffenden Institution dahingehend, ob die Institution überhaupt im intendierten Sinne – und wenn ja, unter welchen Bedingungen – arbeitet. In dieser Tradition haben zum Beispiel die Analysen von Condorcet (2011), Arrow (1963), Buchanan und Tullock (1962) entscheidende Erkenntnisse über das Wirken der Mehrheitsregel geliefert. Diese formalen Analysen stellen ebenfalls positive Theorien dar. Es gibt sicherlich gute Gründe, diese Art von positiven Theorien als wesentlichen Teil dessen zu sehen, was man unter Politischer Theorie verstehen sollte. Doch selbst wenn man die Ansicht vertreten sollte, dass sie selbst nicht zum originären Kern der Politischen Theorie zählen, so würde man nicht umhin können zuzugeben, dass sie elementare Bausteine für die Entwicklung fundamentaler Kerntheorien der Politischen Theorie bilden, wie zum Beispiel die der angemessenen Repräsentation, der angemessenen Form der Entscheidungsfindung oder der angemessenen Verteilung von Grundgütern. Die Frage der Zugehörigkeit solcher positiven Theorien zur Politischen Theorie ist daher bestenfalls in der Nuancierung, nicht im qualitativen Urteil selbst umstritten. Das heißt wiederum nicht unbedingt, dass sich jeder Politische Theoretiker¹ solcher Methoden und Theorien bedienen muss, ihre Relevanz für die Entwicklung der Politischen Theorie aber belegt die große Rezeption der Schriften von Condorcet und Arrow. Vermutlich kommt fast keine einzige moderne Demokratietheorie ohne jeglichen Verweis auf diese aus.

1 Hier und an allen folgenden Stellen umschließt die grammatikalische männliche Form der Akteure wie ‚Wissenschaftler‘ oder ‚Theoretiker‘ selbstverständlich auch immer den weiblichen Teil. Der Verzicht auf die explizite Nennung des anderen Geschlechts erfolgt ausschließlich aus sprachlichen Gründen.

3. Mindestbedingungen der Wissenschaftlichkeit

Wissenschaft ist ein soziales System, das durch eine bestimmte Haltung derjenigen, die in ihm agieren, geprägt ist. Verkürzt ausgedrückt könnte man sagen: Wissenschaft ist die Haltung, sich für seine Aussagen rechtfertigen zu müssen. Diese Aussagen verdienen nicht um ihrer selbst willen Respekt oder der Person wegen, die sie äußert, sondern weil es gute Gründe dafür gibt, ihnen zu glauben. Die Aufgabe eines jeden Wissenschaftlers als Wissenschaftler muss es daher sein, solche Gründe zu liefern.

Wenn Politische Theorie als Wissenschaft gelten will, so muss sie die Mindestbedingungen erfüllen, die an jede ‚Wissenschaft‘ gestellt werden. Die wichtigste dieser Bedingungen ist die der ‚Objektivität‘ jeder wissenschaftlichen Erkenntnis. Unter ‚objektiv‘ soll hierbei lediglich gemeint sein, dass es uns möglich ist, uns intersubjektiv nach bestimmten Kriterien darauf zu einigen, bestimmte Aussagen als wahr beziehungsweise als falsch anzuerkennen oder zumindest als angemessene oder unangemessene Beschreibungen der Wirklichkeit zu betrachten (vgl. Behnke/Behnke 2010). Objektivität im hier gemeinten Sinn bedeutet also, dass wir Konsens herstellen können, dass gewisse Aussagen zu akzeptieren sind.

4. Methoden als Mittel zur Gewährleistung wissenschaftlicher Ansprüche

Jede sprachliche Äußerung muss im Prinzip kritisierbar sein, sowohl positiv als auch negativ. Das heißt, es müssen Argumente vorstellbar sein, die als gute Gründe gelten können, die sprachliche Äußerung für wahr beziehungsweise akzeptabel zu halten, und es müssen Argumente vorstellbar sein, die als gute Gründe gelten können, diese abzulehnen. Methoden sind Entdeckungsverfahren solcher Gründe, ihr Zweck besteht in der Lieferung von Argumenten. Die Grundannahmen einer Methode, sowie die einzelnen Schritte der Durchführung einer Methode müssen derart explizit gemacht werden können, dass jeder, der die Methode anwendet, bei Anerkennung der gleichen Grundannahmen zum selben Ergebnis gelangen muss. Methoden sind demnach Verfahren, die garantieren, dass sich keiner dem oben erwähnten Konsens mit guten Gründen verweigern kann. Dissens kann dann nur über die Anwendbarkeit der Methode selbst oder über die gemachten Annahmen bestehen, nicht über die von ihr gelieferten Erkenntnisse bei Akzeptanz der zugrundeliegenden Annahmen.

Methoden besitzen vor allem das grundlegende Potenzial, schlechte Argumente als solche zu entlarven beziehungsweise erkennbar zu machen. Insofern haben Methoden eine ‚negative‘ Natur. Methoden sind ein hilfreiches Instrument bei der Entwicklung eines validen Arguments, aber nur insofern, als sie einem helfen, die Validität des Arguments selbst zu überprüfen. Es gibt keine Methode *zur* Entwicklung eines fruchtbaren und inhaltsreichen Arguments. Dies war der grundlegende Irrtum des Ansatzes von Francis Bacon (1990). Methoden selbst sind daher niemals kreativ, sie legen aber der Kreativität Zügel an, indem sie sie in fruchtbare Bahnen lenken, und es gibt natürlich sehr wohl einen kreativen Umgang mit Methoden. Methoden sind nicht der Ersatz für originäre intellektuelle Kreativität und können es auch nicht sein. Die souveräne Beherrschung von Methoden allein schützt noch nicht vor intellektueller Armut und zu oft wird mit methodi-

schen Kanonen auf theoretische Spatzen geschossen. Methoden bieten aber eine allgemein verbindliche Richtschnur, echte intellektuelle Kreativität von einer nur scheinbaren und behaupteten zu unterscheiden. Denn dies sollte uns die Geschichte des Skeptizismus wohl gelehrt haben: Die spontan empfundene Überzeugungskraft eines Arguments geht nicht zwangsläufig mit seiner Validität einher und der gut präsentierte Schein versteht oft besser zu beeindrucken als das Echte.

5. Methodische Aspekte Politischer Theorie

Es gibt drei ‚methodenorientierte‘ Einfallstore in die Politische Theorie. Zum einen bezogen auf empirische Aussagen, zum zweiten in Bezug auf die formale Analyse bestimmter Verfahren und zum dritten in Bezug auf die logische Argumentation selbst. Die Relevanz der kritischen Analyse der positiven Basis normativer Theorien lässt sich im Moment zum Beispiel sehr gut an der weitverbreiteten Diskussion der Experimente von Tomasello (2010) beobachten, deren Ergebnisse als grundlegend für Theorien der menschlichen Kooperation und Kommunikation angesehen werden können. Die Methodenfrage ist hier einerseits insofern relevant, um zu beurteilen, ob in der entsprechenden empirischen Fachdisziplin die Methoden korrekt angewandt wurden, andererseits aber – wichtiger – ob die empirischen Ergebnisse die daraus gezogenen Schlüsse rechtfertigen. Hier bedarf es in erster Linie einer methodischen *literacy*, wenn man nicht auf bloßes Vertrauen in die methodische Korrektheit der betreffenden Forscher angewiesen sein möchte. Bei der formalen Analyse von Institutionen und der Führung eines normativen Arguments selbst bedarf es vor allem gewisser Grundkenntnisse oder zumindest eines Grundverständnisses der Struktur logisch valider Argumente. Dies heißt nicht zwangsläufig, dass ein Politischer Theoretiker sich dieses Wissen in logischen Propädeutika angeeignet haben muss, wie sie zum Beispiel in Philosophie und Jura durchaus üblich sind. Wichtig ist vor allem, dass die wissenschaftliche ‚Haltung‘, eine angebotene Theorie durch Angabe von guten Gründen zu rechtfertigen, im Laufe der Ausbildung in *irgendeiner* Form kultiviert worden ist. Diese Selbstdisziplinierung durch Anerkennung logischer Beschränkungen, die durch den systematischen Einsatz von Methoden erkannt werden, kann sowohl in logischen Propädeutika als auch in ‚normalen‘ Einführungen zu empirischen Methoden geleistet werden, zumindest wenn in Letzteren wissenschafts- und erkenntnistheoretischen Fragestellungen eine gewisse Aufmerksamkeit eingeräumt wird.

Entscheidend über diese Aspekte der Ausbildung hinweg aber ist vor allem, dass sich der Wissenschaftler – und damit natürlich auch der Politische Theoretiker – in seiner eigenen Forschung stets seiner argumentativen Bringschuld bewusst und auch bereit ist, diese einzulösen. Eine methodenkritische Reflexion seines eigenen Handelns bezieht dabei sowohl die methodenorientierte Überprüfung seiner Ergebnisse ein als auch eine kritische Reflexion seiner methodischen Vorgehensweise, das heißt, welche Methoden er wie einsetzt und inwiefern er seine Methodenwahl als angemessen begründen kann.

Literatur

- Arrow, Kenneth J., 1963: *Social Choice and Individual Values*, New Haven.
Bacon, Francis, 1990: *Neues Organon*, Darmstadt.

- Behnke, Joachim / Zintl, Reinhard, 2003: Einführung in methodische Grundlagen; [http://www. politikon.org/lehangebote/ politische-theorie/einfuehrung-in-methodische-grundlagen.html](http://www.politikon.org/lehangebote/politische-theorie/einfuehrung-in-methodische-grundlagen.html), 04.04.2012.
- Behnke, Joachim / Behnke, Nathalie, 2010: Wissenschaftstheorie und Methoden. In: Irene Gerlach / Eckhard Jesse / Marianne Kneuer / Nikolaus Werz (Hg.), Politikwissenschaft in Deutschland, Baden-Baden, 537–557.
- Buchanan, James M. / Tullock, Gordon, 1962: *The Calculus of Consent*, Ann Arbor.
- Condorcet, 2011: *Ausgewählte Schriften zu Wahlen und Abstimmungen*. Herausgegeben von Joachim Behnke, Carolin Stange und Reinhard Zintl, Tübingen.
- Tomasello, Michael, 2010: *Warum wir kooperieren*, Frankfurt (Main).

Wider die ‚Zwangsjacke‘ der gegenwärtigen liberalen politischen Philosophie

Raymond Geuss' politisch-philosophischer Ansatz

Janosch Prinz*

Welches Verhältnis besteht zwischen politischer Philosophie und praktischer Politik? Sind die Geltungsgründe und -ansprüche der gegenwärtig dominanten, liberal-normativen politischen Philosophie aufrechtzuerhalten? Wird sie ausreichend reflektiert bezüglich ihres eigenen historischen Kontextes und ist sie sich der engen Verflechtung zwischen philosophischen und politischen Diskursen bewusst? Ist das begriffliche Vokabular beziehungsweise sind die Kategorien der gegenwärtigen Debatten in der politischen Philosophie ein hilfreicher Orientierungspunkt für unser Verständnis der gegenwärtigen Politik?

Dies sind einige der Grundfragen des an der Universität Cambridge lehrenden Philosophen Raymond Geuss (*1946, Evansville, Indiana). In den USA geboren und aufgewachsen, emigrierte er, nach Professuren an der Princeton University und Columbia University, frustriert vom dortigen akademischen Betrieb (Reisz 2008), 1993 nach Großbritannien. Dort fand er in Cambridge ein anregendes intellektuelles Umfeld vor (HIP: viii; MCH: viii)¹, womit für ihn eine Phase besonderer Produktivität begann. Seit 1999 erschienen unter anderem drei Monographien (*History and Illusion in Politics* [HIP], *Privatheit. Eine Genealogie* [PG], *Kritik der politischen Philosophie. Eine Streitschrift* [KPP]) und drei Aufsatzsammlungen (*Morality, Culture, and History* [MCH], *Outside Ethics* [OE], *Politics and the Imagination* [PI]). Geuss gibt zudem zusammen mit Quentin Skinner die *Cambridge Texts in the History of Political Thought* heraus. Seit dem Jahr 2000 ist er britischer Staatsbürger. Vor allem in deutschsprachigen Medien analysiert und kommentiert Geuss gelegentlich politische Fragen, insbesondere der britischen Politik (Geuss 2007a; 2008a; 2011c; 2011d; 2011e). In Großbritannien ist er auch als Dichter bekannt (Geuss 1999b; 2001c; 2003; 2010g).²

Einem größeren Publikum bekannt wurde Geuss durch seine 1983 erschienene Schrift *Die Idee einer kritischen Theorie* (IKT), welche dem englischsprachigen Publikum nicht nur das begriffliche Instrumentarium der kritischen Theorie der Frankfurter Schule analy-

* Janosch Prinz, M. A., University of Sheffield
Kontakt: j.prinz@sheffield.ac.uk

- 1 Hier und im Folgenden werden die Hauptwerke von Geuss mit den Anfangsbuchstaben der Titel zitiert, das heißt HIP für *History and Illusion in Politics*, MCH für *Morality, Culture and History* et cetera.
- 2 Die Übergänge zwischen seinen literarisch-poetischen und politisch-philosophischen Arbeiten sind fließend (siehe beispielsweise Geuss 2009; 2010g).

tisch präsentierte, sondern auch eine kritische Gegenüberstellung der Positionen Habermas' und der Theoretiker der ersten Generation der Frankfurter Schule, insbesondere Adorno, leistete. Beim deutschen Publikum stieß diese neuartige Perspektive, die als Brückenschlag zwischen ‚analytischer‘ und ‚kontinentaler‘ Philosophie verstanden werden kann, auf großes Interesse. Dass Geuss' erste Monographie ins Deutsche übersetzt wurde, ist nicht nur mit ihrer Thematik zu erklären. Einmal abgesehen von seiner umfassenden Kenntnis der modernen deutschsprachigen Philosophie und Literatur – Geuss hat eigenständige Interpretationen so unterschiedlicher Denker wie unter anderem Friedrich Nietzsche (MCH: 1–29, 167–198), Theodor W. Adorno (insbesondere OE: 111–130, 161–183, 234–248), Paul Celan (PI: 117–141), Wilhelm von Humboldt (HIP: 80–98) vorgelegt –, hegt er seit seinem Studium ein Interesse an der intellektuellen Landschaft der Bundesrepublik. So verbrachte er zwei Jahre seines Graduiertenstudiums an der Albrecht-Ludwigs-Universität Freiburg (1966–1967) und kehrte nach Abschluss seines Doktorates als wissenschaftlicher Assistent an die Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg zurück (1971–1973). Er beherrscht Deutsch wie eine zweite Muttersprache und ist seit seiner Emigration nach Cambridge regelmäßig als Vortragender in Deutschland zu Gast, zuletzt in Hamburg (September 2011), Berlin (November 2011), und Jena (Dezember 2011). Durch Übersetzungen seiner Schriften und eigens auf Deutsch verfasste Texte richtet er sich gezielt ans deutschsprachige Publikum. Diese besondere Verortung sowohl in der englischsprachigen als auch in der deutschsprachigen Philosophie sowie dem jeweiligen politisch-kulturellen Kontext ist ein Schlüssel zum Verständnis von Geuss' vor allem im englischsprachigen Raum oft missverstandenen Positionen.

Im Rahmen dieses Porträts möchte ich eine knappe Rekonstruktion von Geuss' politisch-philosophischer Position anbieten.³ Diese Rekonstruktion umfasst seine Kritik der liberal-normativen politischen Philosophie (1.), seine Skizzierung einer alternativen, ‚zeitgemäßen‘ politischen Philosophie (2.) und seine Rezeption in der gegenwärtigen politischen Philosophie (3.).⁴

1. Kritik der liberal-normativen politischen Philosophie

In Anlehnung insbesondere an Theodor W. Adornos ‚dialektischen Negativismus‘ und Michel Foucaults ‚Ethos der Aufklärung‘ steht radikale Kritik im Zentrum von Geuss' Werk. In Anbetracht des Zustandes, dass „wir zum Liberalismus keine politisch zugängliche, theoretisch umfassende und moralisch annehmbare Alternative [haben]“ und „liberale Vorstellungen unsere Grundinstitutionen und unsere alltäglichen Lebenserwartungen [prägen]“ (Geuss 2001b: 499), befasst sich Geuss' Kritik im Besonderen mit den Begrifflichkeiten der liberalen Demokratie und ihrer politischen Philosophie. Er ist darum bemüht, Inkohärenzen sowie (im abwertenden Sinne vgl. IKT: 22–32) ideologische und illusorische Tendenzen aufzudecken und das liberal-normative politische Denken über seinen Kontext und seine Geschichte aufzuklären. Sein Ziel besteht darin, wenigstens eine gewisse kritische Distanz zum Liberalismus zu ermöglichen, um Alternativen, etwa die Vorstellung eines praktisch orientierten politischen Denkens, vorstellbar zu machen. So

3 Ulf Bohmann und Prof. Dr. Marcus Llanque gilt mein Dank für ihre hilfreichen Kommentare.

4 Für einen umfassenderen Versuch der Rekonstruktion seiner Position und deren Interpretation als „Einladung zum Andersdenken“ siehe Prinz (2010).

stellen seine kritischen Analysen ‚grundlegende‘ Begriffe beziehungsweise Eckpfeiler des liberal-normativen Diskurses in Frage, wie beispielsweise den Begriff des ‚Rechts‘, gerade auch den der ‚Menschenrechte‘ (HIP: 131–152; KPP: 84–97), den Begriff der ‚Demokratie‘ (HIP: 110–131; Geuss 2011b), des ‚Staates‘ (HIP: 14–68; KPP: 66–74), der ‚Autorität‘ (Geuss 2010d; 2011f) oder die Unterscheidung zwischen ‚Privatheit und Öffentlichkeit‘ (PG). Diese Kritik umfasst auch Begriffe, die in der Ausgestaltung des Lebens in diesen liberal-demokratischen Kontexten bedeutsam sind, wie etwa ‚Freiheit‘ (Geuss 1994; 1998; OE: 67–77), ‚Glück‘ (und sein Verhältnis zur Politik) (Geuss 2004; OE: 97–110) oder die Rolle der Wirtschaft in der Gesellschaft (Geuss 2010e; 2012d).

Mit den grundlegenden Begriffen und Kategorien der liberal-normativen politischen Philosophie, vor allem ‚neokantianischer‘ Prägung, setzt sich Geuss ebenfalls auseinander. Im Fokus dieser Kritik steht deren Verhältnis zur Politik und deren Mangel an Reflexion über die Einlösbarkeit der eigenen Geltungsansprüche. Geuss (2011f: 4–5) wirft ‚neokantianischer‘ politischer Philosophie vor, fälschlicherweise davon auszugehen, dass politische Fragen durch abstrakte und systematisierende ethiktheoretische Überlegungen zu lösen sind. Diese Annahme zeige sich in deren Verständnis von Politik als ‚angewandter Ethik‘ (KPP: 18–22), in ihren (unhaltbaren) Ansprüchen universalistischer Reichweite (OE: 11–28; 40–66) und irreführenden Abstraktionen und Vereinheitlichungen (PI: 43–60, 61–80). Diese Konzeption von politischer Philosophie vernachlässige die aus Geuss’ Sicht unverzichtbare Analyse gegenwärtiger Machtverhältnisse („Zeitdiagnostik“, 2011f: 10) und führe so zur Fetischisierung philosophischer Begriffe wie etwa der Unterscheidung zwischen ‚Sein‘ und ‚Sollen‘ (KPP: 32–34), zu mangelnder Reflexion über den politischen Gehalt angeblich rein philosophischer Begriffe, zu mangelnder politischer Vorstellungskraft und letztlich zur Akzeptanz oder gar zur Veredelung des politischen *status quo* (als ‚realistische Utopie‘), die Geuss John Rawls explizit vorwirft (OE: 29–39; KPP: 97–137). Geuss betont zudem die Bedeutung des philosophischen Ansatzes beziehungsweise Zugangs für politische Fragen. Dies wird in seinen Kritiken von Kants ‚a priori‘ (PI: 43–60), modernen Regelsystemen (PI: 61–80) und den Ansprüchen der Philosophie, Politik durch „wissenschaftlich informierte und organisierte Verwaltung“ (2011f: 6) zu ersetzen sowie in seinen Überlegungen zu den Bedingungen der Möglichkeit von ‚Kritik‘ (PI: 167–185) besonders deutlich.⁵

Geuss (2012a: 2; KPP: 46) selbst dagegen versteht politische Philosophie vornehmlich als Handlung, die potentiell gleichzeitig beschreibend, kritisch sowie Partei ergreifend ist; er untersucht sie insbesondere in Bezug auf ihre potentielle politische Wirkung beziehungsweise ihre Wechselwirkung mit politischen Machtverhältnissen. Im Falle der gegenwärtig dominanten liberal-normativen Diskurse sieht er diese in der Einschränkung der politischen Vorstellungskraft, in der Akzeptanz von begrenzten moralischen Ausdrucks- und Handlungsmöglichkeiten (PG: 21) und in der bereits erwähnten Akzeptanz oder gar Veredelung des *status quo*, hier im Besonderen des ‚neoliberalen‘ Projektes (Geuss 2008a; 2012a: 7–8).

5 Geuss’ Kritik an ‚reiner‘ philosophisch-systematischer Ethik als Handlungsvorschrift (vgl. auch Geuss 2012a: 3) weist Ähnlichkeit zu Bernard Williams’ später Position auf (Williams 1985; 2005). Geuss’ jüngste Interpretation von Williams’ philosophischem Projekt (2012c) skizziert einige Wege, die durch dessen Ablehnung der philosophisch-systematischen Ethik angelegt waren, die er aber nicht weiter verfolgte – insbesondere die Problematisierung seines Optimismus bezüglich der Bedeutungsfülle des Lebens des Einzelnen und die Öffnung der Frage nach dem guten Leben für eine kollektive Perspektive sowie die Bedeutung der Handlungsdimension politischen Denkens. Dabei hebt Geuss implizit auf die Nähe und die Unterschiede zu seiner eigenen Position ab.

Geuss' politikphilosophischer Ansatz steht folglich in einem engen Wechselverhältnis zu seinen politischen Ansichten – so sind es begriffsanalytische, begriffsgeschichtliche, spezifisch genealogische und ideologiekritische Zugänge, die es Geuss ermöglichen, „Wertselbstverständlichkeiten“ (RWU: 428; GP: 134–136), „Wunschdenken“ (RWU: 424–426)⁶ und „ideologische Illusionen“ (2010f) und deren potentielle politische Wirkung aufzuzeigen. Es wäre falsch, hier von einer Methode zu sprechen, da dieser Begriff suggeriert, dass der Ansatz von der substantiellen politischen Philosophie scharf zu trennen und stets uniform anwendbar ist. Geuss lehnt diese Ansicht ab, da er eine Verbindung von Politik und politischer Philosophie sieht, die sich bereits im Ansatz ausdrückt und nicht erst, wie in gegenwärtigen Debatten häufig argumentiert (zum Beispiel Swift/White 2008; Social Theory and Practice 2008), in der Anwendung, beispielsweise von idealer Theorie auf nichtideale Theorie/Praxis. Politik ist für Geuss eben nicht strikt von politischer Philosophie zu trennen und kein essentiell definierbarer, strikt ‚autonomer‘ Bereich des sozialen Lebens. Dass die „Verschiedenheit der Menschen [...] in ihren Meinungen und Überzeugungen einerseits und in ihren Vorlieben und Abneigungen andererseits [...] die Ausgangsbasis für eine sinnvolle Betrachtung der modernen Politik [darstellt]“ (Geuss 2011f: 3), ist dann eine der wenigen allgemeinen Aussagen, die über moderne Politik getroffen werden können.

2. Eine ‚zeitgemäße‘ politische Philosophie

Zuletzt wurde Geuss' Ansatz verstärkt im Rahmen der Debatte um ‚Realismus in der politischen Philosophie‘ (vgl. einführend Stears 2007; Galston 2010) wahrgenommen (unter anderem Sangiovanni 2009; Rossi 2010; Frazer 2010; Floyd 2010). Zwar ist eine gewisse Ähnlichkeit zu einigen Kritikpunkten der ‚Realisten‘ am ‚Hochliberalismus‘ zu erkennen, doch ist diese Einschätzung wenig hilfreich, da die Darstellung seiner Position innerhalb der Debatte häufig verkürzend oder sogar missverständlich ausfällt (siehe beispielsweise Kelly 2011; Honig/Stears 2011). Zudem sind die in der Debatte vertretenen Positionen so heterogen, dass es unmöglich ist, von *einer* realistischen Position zu sprechen. Diesen Zusammenhang nahm Geuss zum Anlass der Klarstellung seiner Verwendung des Begriffes ‚Realismus‘: „I used the term ‚realism‘ to refer to another approach to political philosophy [...] that is reflective about [the following, J. P.] three dimensions. A realistic political philosophy is one that tries to dispense with wishful thinking and [...] tries to analyze ideologies, not to be caught up in ideological illusions and [...] tries not to take the self-evident stereotypes at face value and argue from them, but tries to see what lies behind them“ (Geuss 2010f; vgl. auch RWU: 427–429).

Hinzu kommt, dass es fragwürdig ist, inwiefern die meisten Beiträge zur Debatte das liberal-normative Verständnis von politischer Philosophie radikal anzweifeln. Häufig überwiegten Fragen der Reform und der verbesserten Anwendung innerhalb dieses Verständnisses.

6 Zwar sei Wunschdenken wie Ideologie eine Form der Illusion, doch zeige es sich grundsätzlich subjektiv und beziehe sich auf „Präferenzen“, Vorlieben, Neigungen“; Ideologie(kritik) befasse sich dagegen mit Interessen, also mit „Strukturen, die zumindest einen Anspruch darauf erheben, längerfristig an einem nicht bloß subjektiven Guten orientiert zu sein“ (RWU: 426). Während Wunschdenken trotz seines illusorischen Gehalts eine selbstbestärkende und selbstbejahende Rolle spiele, führten Ideologien dazu, dass diejenigen, die ihnen unterliegen, nicht ihre „eigenen Interessen fördern, sondern die ‚objektiven‘ Interessen einer ganz anderen Gruppe“ (ebd.: 426).

Geuss steht also sowohl zu der liberal-normativen politischen Philosophie als auch zu den meisten Positionen, die dieser in der Debatte um ‚Realismus‘ entgegengesetzt werden, quer. Sein eigener Ansatz ist minimalistisch in Bezug auf die Möglichkeit der politischen Philosophie (und auch der politischen Wissenschaft), Politik definitiv über systematisiertes ethisches Wissen entscheiden zu können (GP: 125–126; Geuss 2011f; 2012a). Er ist skeptisch bezüglich der Reichweite des Einflusses der ‚normativen Vorgaben‘ solcher politischer Philosophie und betrachtet politische Philosophie eher als eine (durch Kritik) aufklärende denn als eine normgebende Tätigkeit; er ist gewissermaßen überrascht, dass politische PhilosophInnen häufig ob der Gefahr normativer Leerstellen besorgt sind, während seiner Ansicht nach ‚Normativität‘ immer schon in den Praktiken der Menschen vorhanden (Geuss 2012a: 5) und Denken vom Handeln in Fragen der Politik womöglich gar nicht zu trennen ist (Geuss 2012a: 4–5). Geuss’ Herangehensweise an die gegenwärtige, analytische politische Philosophie, die er zuletzt mit der Arbeit einer/eines Ethnologin/Ethnologen verglichen hat, ist ein Beispiel für seinen Ansatz, wie politische Philosophie orientiert sein sollte (Geuss 2012a): Die Grenzen zwischen Beschreibung und Bewertung, zwischen der Betrachtung von Texten als „Informationsquellen“, als „eigenständige Theorien“ oder sogar als „politische Handlungen“ verschwimmen. Diese drei Perspektiven seien nach Geuss (2012a: 1–2) lediglich analytisch zu unterscheiden. Seine politische Philosophie verfolgt die Ziele, „die Wahrheit festzustellen [und] auszudrücken“, „das politische Urteil zu schärfen“, damit „wir besser bewerten können [und] besser handeln lernen“, und „die Vernunft in Diskussionen zu vertreten und exemplarisch zu verwirklichen“, wobei Geuss hier Vernunft pluralistisch und kontextabhängig versteht, um so womöglich „politische Urteile, bzw. ein spezifisches politisches System, zu begründen“ (ebd.: 4). Durch diese Ziele ist sie immer auch darauf ausgerichtet, „politisch einzugreifen, zum Handeln aufzufordern, womöglich Partei zu ergreifen“ (ebd.).

Geuss (2012a) selbst unterscheidet in seiner Auflistung der Aufgaben seiner politischen Philosophie nicht zwischen Zwecken und Mitteln – er lehnt diese Unterscheidung ab (Geuss 1998: 124–125; 2012b). Es erscheint allerdings möglich, eine Unterscheidung zwischen erwünschten Zuständen (‚Wahrheit‘, ‚Vernunft‘, ‚geschärftes politisches Urteil‘) zu denken, ohne zu vergessen, dass diese Unterscheidung in erster Linie eine analytische ist und dass diese erwünschten Zustände in Wechselwirkung mit den Wegen stehen, die zu ihnen führen.

Ich möchte nun fünf analytisch unterscheidbare, aber eng zusammenhängende Wege vorstellen, die den Inhalt und die Möglichkeiten zur Erreichung von Geuss’ Zielen skizzieren sollen. Der Schwerpunkt meiner Darstellung liegt entsprechend der Bedeutung für seine Position auf der ‚begrifflichen Innovation‘ und der ‚Ideologiekritik‘.

(1) Ein Weg von zentraler Wichtigkeit besteht in den Versuchen, ein *besseres Verständnis des Gegenstandes der politischen Philosophie sowie ein besseres Verständnis ihrer eigenen Aktivitäten* zu erlangen, und zwar durch die „Analyse von Sinnzusammenhängen“ und durch die „Erklärung von Phänomenen“ (Geuss 2012a: 4; vgl. dazu Schaub 2010: 404–406). Dies soll vor Vereinheitlichungen schützen, die Geuss, obwohl sie eine menschliche Grundtendenz seien (PG: 30–32), nicht als hilfreich für die philosophische Betrachtung von Politik ansieht, und die Reichweite von Vorhersagen oder die Postulierung von Gesetzmäßigkeiten im Zusammenhang von Politik einschränken (Skinner et al. 2002: 15).

(2) Ein weiterer, gerade für die ‚Schärfung des politischen Urteils‘ wichtiger Weg besteht in der näheren *Betrachtung der Bedeutung von Bewertung beziehungsweise Evaluierung*

für *politisches Denken und Handeln*. In Anlehnung an Nietzsches Diktum, der Mensch sei ein ‚abschätzendes Tier‘, gibt Geuss zu bedenken, dass neben dem Wunsch nach Wissen der Wunsch nach Bewertung ebenfalls prägend ist. Die Maßstäbe der Bewertung festzulegen, sei ein höchst kontingentes, insbesondere auch zeitabhängiges (Geuss 2011f: 8–10) Verfahren. Durch den Wunsch, die Welt ‚korrekt‘ zu bewerten, bestehe eine Verbindung zwischen dem Wunsch nach Wissen und Wahrheit und dem Wunsch nach Bewertung (KPP : 60).

(3) Ein dritter Weg besteht in der Suche nach Orientierung⁷, die einen Eindruck davon vermitteln kann, welche ‚Vernunft‘ und welche ‚Wahrheit‘ in welchen politischen Diskussionen auf dem Spiel stehen. Diese könne unter anderem auf die Vorstellung eines bedeutungsvollen Lebens oder auf das Gefühl, den ‚richtigen Platz in der Welt‘ gefunden zu haben, ausgerichtet sein. Gerade beim ‚modernen Menschen‘ könne sie auch mit der, womöglich uneinlösbaren, Hoffnung verknüpft sein, dem besten theoretischen und empirischen Wissen handlungsleitend folgen zu können (KPP: 60–64). Geuss merkt an, dass allgemeine Orientierung oft damit gleichgesetzt werde, eine Theorie von der Bedeutung der Welt zu haben, die eine positive Bedeutungsfülle der eigenen Existenz stiften und festgelegte Handlungsregeln beinhalten soll, obwohl diese Aspekte an sich trennbar seien:

„Sowohl Marx wie Nietzsche wenden sich gegen die bei einigen Theoretikern auftretende übermäßige Intellektualisierung der Sinnfrage: Warum sollte sich eine Sinnhaftigkeit nicht durch den gelungenen Vollzug des Lebens selbst, beziehungsweise durch aktive Beteiligung an den Praktiken, in die der Einzelne gesellschaftlich und kulturell eingebettet ist, konstituieren und offenkundig werden – vorausgesetzt diese Praktiken seien menschlich vollkommen zufriedenstellend –, ohne dass der Einzelne gezwungen oder auch nur in der Lage wäre, eine ‚theoretisch‘ explizite Analyse seiner Stellung in einem sinnvollen kosmischen Ganzen zu geben?“ (KPP: 63)

So sei auch die Vorstellung des ‚metaphysischen Bedürfnisses‘ ein historisches Phänomen und keine ewige Größe ontologischer Bedeutung. Geuss verweist hier auf die Wichtigkeit von Emotionen als handlungsmotivierende Faktoren. Daher greift seine politische Philosophie nicht auf universelle Begründungsstandards zurück, vielmehr ist sie darauf ausgerichtet, durch die genaue Analyse des Kontextes, beispielsweise von Legitimationsdiskursen, eine lokale Orientierung zu vermitteln.

(4) Ein vierter Weg befasst sich mit dem Prozess der ‚Schöpfung‘ von politischen Konzepten durch „*begriffliche Innovation*“ (KPP: 64). Begriffliche Innovationen sind zwar schon in ihren Auswirkungen auf politischen Wandel untersucht worden (vgl. beispielsweise Ball/Farr/Hanson 1989), doch ist Geuss’ Verständnis von begrifflicher Innovation nicht nur von analytischer, sondern auch von programmatischer Bedeutung.

So sieht er es als wichtige Aufgabe der politischen Philosophie an, eine kritische Position zu entwickeln um „connections between apparently different things“ (Skinner et al. 2002: 1) herstellen zu können. Er stellt sich gegen die Sichtweise, politische Philosophie befasse sich mit „ewigen Fragen“ (KPP: 29). Dies führt mehr oder weniger direkt zur Frage nach begrifflicher Innovation, da ein solcher Ansatz nicht auf die Suche nach ei-

7 Auch John Rawls (2001: 1–5) nennt Orientierung als eine der zentralen Aufgaben von politischer Philosophie, doch vertritt Geuss im Unterschied zu Rawls ein breiteres Verständnis von Orientierung. Durch die Betonung von Vernünftigkeit bei der Suche nach Orientierung bringt Rawls diese Aufgabe der politischen Philosophie in die Nähe einer anderen, nämlich der Versöhnung mit der Gesellschaft, der Geuss äußerst kritisch gegenübersteht.

nem Konsens zu einer vorgegebenen Frage und nicht auf die Lösung eines bereits klar formulierten Problems ausgerichtet ist, sondern dort problematisiert, wo das Problem noch gar nicht (klar) umrissen ist. Hier wird der programmatische Aspekt des Konzeptes für Geuss erkennbar. So komme begrifflicher Innovation gerade dann eine entscheidende Funktion zu, wenn Menschen nicht wissen, was sie tun sollen, weil sie ihr Problem nicht erkennen (KPP: 66). Geuss führt an, dass Politische Theorie dann durch begriffliche Innovation helfen könne, Probleme über „ein neues gedankliches Instrument oder begriffliches Werkzeug“ (KPP: 66; vgl. auch RWU: 422) fassbar zu machen. Der Prozess, der zu einer solchen Innovation führe, sei hochkomplex: „Die begriffliche Innovation [...] ist ein verwickelter Prozess, in dem deskriptive, analytische, normative und aspirative Elemente unauflöslich miteinander verschränkt sind“ (KPP: 70). Folglich beinhalte auch eine begriffliche Innovation in „interessanten Fällen“ eine normative Neigung: „In interessanten Fällen wie ‚dem Staat‘ verlangt die Einführung des Begriffs nicht nur, dass die Menschen einheitlich ein bestimmtes Wort verwenden, um die gleichen Phänomene zu bezeichnen, sondern auch, dass sie in Gedanken einer Theorie Raum geben, die eine stark ‚normative‘ Komponente hat.“ (KPP: 67) Im Falle des Staates handle es sich um das Konzept von ‚Autorität‘, ohne welches, also allein durch die Konzentration von Gewaltmitteln, noch kein Staat entstehe (KPP: 67–69). Für Geuss zeigt sich so am Beispiel der begrifflichen Innovation auch das ‚politische‘ Zusammenspiel bestimmter Ideen und historischer Machtkonstellationen (KPP: 70–71), besonders wenn ein Konzept eine „somatische“ Realität erzeugt habe. Dies erhebt er zu einem Erfolgskriterium begrifflicher Innovation:

„Wenn [begriffliche] Innovationen bei den Menschen ankommen, drücken sie der Welt ihren Stempel auf. ‚Der Staat‘ ist mittlerweile nicht mehr bloß ein Begriff, sondern gesellschaftliche Realität. Wenn Nietzsches Darstellung in *Zur Genealogie der Moral* ihre Richtigkeit hat, ist der Begriff des ‚des Bösen‘ auch eine erfolgreiche Innovation, die Wurzeln geschlagen hat und eine psychische und somatische Wirklichkeit erzeugt hat, auf die sie nun verweist. Natürlich können sich innovative begriffliche Konstrukte manchmal nicht behaupten (wie im Fall des ‚Phalanstère‘, des ‚Führerprinzips‘, des angeblich ‚Dritten Weges‘ oder der ‚Diktatur des Proletariats‘.“ (KPP: 70, Hervorhebung im Original)

Begriffliche Innovationen können sich nicht ohne eine entsprechende Institutionalisierung so entwickeln, was wiederum unterstreicht, warum das Studium ebensolcher für die politische Philosophie grundlegend wichtig ist.⁸ Die für Geuss’ Arbeiten typische, besondere Verbindung von Realgeschichte und Ideengeschichte wird hier erkennbar.

Es handelt sich bei begrifflicher Innovation also um einen komplexen Vorgang, der ergebnisoffen ist und über welchen höchstens rückwärtsgewandte Einschätzungen, oder auch Idealisierungen und Utopien, möglich sind, wie zum Beispiel Platons Sichtweise auf die begriffliche Innovation ‚Polis‘, die zur Zeit der Niederschrift des *Staates* ihren Zenith bereits überschritten hatte (Geuss in Prinz 2012: 5). Für Geuss ist es schließlich möglich, dass ein Konzept seine Bedeutung historisch-kontextuell radikal verändert, was das Beispiel der Demokratie als Konzept im politischen Denken exemplarisch verdeutlicht (vgl. Geuss 2008b; 2011b).

8 Offen bleibt die Frage nach der Bewertung begrifflicher Innovationen – „Wirkmächtigkeit“ (KPP: 70–71) ist aus vielen Gründen auf den ersten Blick kein griffiges Analyse-kriterium, unter anderem da es auf die Zukunft ausgerichtet ist und die Kriterien nicht definitiv festlegbar sind; auch der „kognitive Gehalt“ (2008a: 235–236) ist wenig geeignet, da er keinen Aufschluss über die Wirkung des Begriffes gibt. Diese Konstellation veranschaulicht die Schwierigkeit, eine Bewertungsgrundlage für derartige Verflechtungen von Politik und Philosophie zu finden.

(5) Dieser Gedankengang lässt sich als Verknüpfung von begrifflicher Innovation mit dem Konzept der ‚Ideologiekritik‘ verstehen. In *Privatheit. Eine Genealogie* kritisiert Geuss die uniforme Verwendung der Unterscheidung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit im liberalen Denken angesichts ihres universellen Anspruchs und ihres Mangels an kritischer Distanz zu ihrem eigenen Entstehungszusammenhang als (im abwertenden Sinne) ideologisch. Freyenhagen und Schaub (2010: 476) arbeiten heraus, dass auch die begrifflichen Innovationen im Werk von John Rawls, die die ‚liberal-demokratische politische Kultur‘ der USA mehr oder weniger unhinterfragt voraussetzen, aus Geuss’ Sicht vor ähnlichen Problemen stehen. Es bleibt unklar, inwieweit ideologische und nichtideologische begriffliche Innovationen grundsätzlich zu unterscheiden sind, zumindest insofern es sich um eine Ideologie handelt, die auf der Darstellung partikularer Interessen als universeller beruht. Dies führt zur Problemstellung der ‚objektiven Interessen‘ zurück, die Geuss bisher nur im Ansatz in *Die Idee einer Kritischen Theorie* bearbeitet hat (IKT: 60–66).

Gerade in Anbetracht des zuletzt im Rahmen der begrifflichen Innovation dargestellten Zusammenhangs ist die Ideologiekritik, die nach Geuss versucht, „undurchsichtige Verquickungen von Macht und Wissens- beziehungsweise Legitimitätsansprüchen zu beleuchten“ (RWU: 423), ein bedeutender Weg, um die Ziele seiner politischen Philosophie zu verstehen und womöglich zu erreichen. Zwar löse die Ideologiekritik solche verzerrenden Strukturen nicht selbst auf, und die Möglichkeit von Ideologiekritik bedeute auch nicht, dass prinzipiell „vollkommen machtfreie“ menschliche Verhältnisse oder Erkenntnisprozesse“ (ebd.) vorstellbar sind, aber womöglich könne die Ideologiekritik einen Beitrag dazu leisten, „eigene Interessen realitätsgerecht wahrzunehmen“ (ebd.: 423).

Geuss geht entsprechend davon aus, dass Macht in menschlichen Gesellschaften eine sehr wichtige Rolle einnimmt (KPP: 83) und verweist im Zusammenhang mit Ideologiekritik insbesondere auf ihre weniger sichtbaren Ausprägungen: „Macht kann jedoch auch indirekt ausgeübt werden, um Meinungen, Einstellungen und Wünsche zu formen und somit etwas künstlich herzustellen, was wie ‚Konsens‘ aussieht.“ (KPP: 76) Geuss möchte sich allerdings von ‚klassischen‘ Formen der Ideologietheorie absetzen. Er betont in *Kritik der politischen Philosophie*, dass Menschen in einer Gesellschaft sich eben nicht wie in einem Organismus verhalten, sondern – selbst in den repressivsten Formen von Gesellschaft – eigene, unvorhersagbare Wege gehen (ebd.: 36). Er ist zudem sehr skeptisch bezüglich der Möglichkeit, allgemeine Merkmale der machtbestimmten Formierung von Meinungen, Überzeugungen, Wünschen und Werten zu erkennen:

„Wie Machtverhältnisse genau arbeiten, wenn sie die Bildung von Überzeugungen, Wünschen und Einstellungen hervorrufen oder beeinflussen, ist eine komplizierte Frage. Allgemeine Aussagen über die Mechanismen, durch die dieser Einfluss ausgeübt wird, werden wahrscheinlich nicht sehr ins Gewicht fallen. Nur eine historische Darstellung der jeweiligen Einzelheiten des Falls wird überhaupt erhellend sein können.“ (KPP: 77)

So vertritt Geuss auch die Ansicht, dass Ideologien nicht als umfassend oder global, sondern als lokal zu verstehen und zu analysieren sind:

„I don’t think that an ideological illusion is best understood as a great global network which encompasses everyone and from which no one can escape. I think of it as a rather local phenomenon that can be internally analyzed, its internal deficiencies can be exhibited without it necessarily being the case that one makes large epistemological claims about one’s own purity of intention or purity of point of view.“ (Geuss 2010c)

Geuss' weitere Definition von Ideologie bringt wiederum seine Nähe zur Genealogie zum Ausdruck. Er hält abschließend fest, dass drei Bestandteile zu einer Ideologie gehören: Erstens, eine gewisse *Machtkonfiguration*. Zweitens, dass diese Konfiguration gewisse Bestandteile menschlichen Lebens, welche in Wirklichkeit durch die Ausübung von ebendieser aufrechterhalten werden, als universell, ‚natürlich‘, notwendig, oder spontan entstanden erscheinen lässt. Drittens gelinge es als Resultat dieser Operation, gewisse partikuläre Interessen plausibel als universelle Interessen darzustellen (KPP: 77–78; vgl. auch IKT; GP: 136).

Aus Geuss' Sicht kann sich politische Philosophie auf zwei Arten zu Ideologien verhalten: Entweder engagiert sie sich in der Aufdeckung von ideologischer Illusion und kritisiert sie, oder aber sie betreibt selbst Ideologie. Dies könne in einer aktiven, eine neue Illusion aufbauenden Form, beispielsweise durch die Entwicklung von Konzepten wie dem ‚Dritten Weg‘ von *New Labour*, aufgehen (was wiederum eine Verbindung zur begrifflichen Innovation darstellt).⁹ Ideologie könne zudem in einer Form, die bestehende Machtkonfigurationen in ihren Auswirkungen verschleiert oder unterstützt, oder in einer passiven, die Bewusstwerdung bestimmter Prozesse behindernden Form, vorliegen (KPP: 79).¹⁰ Die Beispiele von ideologischen Begriffen, die Geuss anführt, weisen meist eine Kombination dieser Merkmale auf. So betrachtet er den Begriff der ‚universellen Menschenrechte‘ (HIP: 131–152) als einen, welcher die aktuelle Machtkonfiguration unterstützt und die Bewusstwerdung bestimmter ökonomischer und politischer Zusammenhänge behindert.¹¹

Sein Ideologieverständnis unterscheidet sich von einer objektivierenden Verwendung des Begriffes als Analysewerkzeug, wie sie zum Beispiel gewisse Formen der vergleichenden Politikwissenschaft pflegen. Ideologie als wertendes Kriterium zwischen unterschiedlichen politischen Systemen zu verwenden, ist ihm fremd, sein Ansatz ist stets selbst Teil der Betrachtung und nicht globales Werkzeug. Dass Geuss in den gegenwärtigen, liberal-demokratischen Gesellschaften eine Vielzahl von ideologischen Illusionen (HIP; PG; vgl. auch OE: 11–28, 40–66) erkennt, führt jedoch nicht dazu, dass er diese Gesellschaften moralisch verurteilen will (Geuss 2008c: 127) oder dass er unterstellt, sie seien in sich geschlossene, totale ideologische Systeme. Stattdessen ist die Prüfung auf ideologische Illusionen vor allem lokal anwendbar. Hier kommt Geuss' Anspruch auf linguistische Klarheit zum Tragen, welchen er in seinen Schriften durch die Sprachanalyse von Begriffen einlöst. Dadurch, dass er aufzeigt, dass ein bestimmtes Konzept nicht ‚natürlich‘ die Eigenschaften besitzt, die es in seiner aktuellen, ideologischen Verwendung artikuliert, will er Distanz schaffen, die seiner Meinung nach die Voraussetzung für (sein Anliegen der) Kritik ist (GP: 125–127; PI: ix–xi). Diese ‚aufklärenden‘ Sprachanalysen

9 Geuss lehnt (im abwerten Sinne) ideologische konzeptuelle Neuerungen ab. Er führt als Beispiel das Konzept der ‚Privatisierung‘ in Großbritannien seit den 1980er Jahren (Geuss 2008a: 234–236) an – diese konzeptuelle Neuerung habe eine Täuschung über den Vorgang der Abgabe öffentlicher Kontrolle an global operierende Konzerne beinhaltet und sei unter dem Vorwand vertreten worden, Kontrolle werde vom ‚Staat‘ an ‚private Individuen‘ übergeben, wodurch ‚die Menschen‘ an Kontrolle gewännen (ebd.: 236).

10 Geuss verdächtigt John Rawls, vor allem diese Art der Ideologie zu betreiben (siehe OE: 29–39; Geuss 2008b; RWU: 429).

11 In *The Politics of Managing Decline* (PI: 17–30) entwirft Raymond Geuss eine Verfallsgeschichte der USA, im Zuge welcher dieses Land – illusorischen Selbsttäuschungen erlegen – zu einer Gefahr für die Welt geworden ist. Dieser Aufsatz gehört zu den politischsten Schriften von Geuss, die sich auch Tony Blair ausführlicher widmen (Geuss 2007; 2008a). In ihnen will Geuss besonders vor den Gefahren warnen, die drohen, wenn Illusionen blind Folge geleistet werde (PI: 30).

stehen also, etwa als ‚(Begriffs-)Geschichte der Gegenwart‘, in einem vorbereitenden Verhältnis zur weiteren Kritik politischer und sozialer Phänomene. Durch sein lokales, kontextbezogenes und nichtmoralisierendes Verständnis von Ideologien als Sonderform von Illusion wird Ideologiekritik zum Kernelement seiner politischen Philosophie.

3. Rezeption und Kritik

„Hegel, Marx, Nietzsche, Max Weber, Lenin, Dewey, Adorno und Foucault sind bessere Vorbilder für eine zeitgemäße politische Philosophie als Kant, Rawls, Nozick, Dworkin oder Habermas.“ (RWU: 429) Es liegt nahe, Raymond Geuss in gewisser Hinsicht als ‚Außenseiter‘ in der gegenwärtigen politischen Philosophie zu bezeichnen, denn wer sich so pointiert zu den Ansätzen von John Rawls und Jürgen Habermas (beziehungsweise deren Nachfolgern) platziert, gerät schnell ins Abseits. Das ist unter anderem an der Kritik an Geuss’ Intervention seitens der VertreterInnen der ‚Hauptlinie‘ der gegenwärtigen politischen Philosophie zu erkennen, die seine Position meist verkürzend und wenig wohlwollend darstellt (siehe beispielsweise Freeman 2009; Kersting 2011). Die Ironie an dieser Problematik besteht darin, dass jene VertreterInnen Geuss genau dies selbst vorwerfen (vgl. dazu Finlayson 2011: 80–90). Zudem werden Geuss’ Positionen oftmals in die jeweiligen Debatten ‚eingeordnet‘, etwa zu ‚Idealtheorie‘, ‚Privatheit und Öffentlichkeit‘ oder ‚Menschenrechten‘, ohne zunächst herauszuarbeiten, dass seine Position zuvorderst darin besteht, den Aufbau der Debatten und der sie prägenden politischen Philosophie zu hinterfragen oder sogar abzulehnen. Ferner überwiegen pauschale Zuschreibungen von Ansichten, die Geuss so nicht vertritt oder explizit zurückweist; etwa, dass Politik auf Macht allein zu reduzieren ist (Honig/Stears 2011 beziehungsweise Geuss in Prinz 2012: 9), dass seine politische Philosophie am besten als „pessimistisch“ zu bezeichnen ist (Honig/Stears 2011 beziehungsweise OE: 240–243; Geuss 2011f: 12), oder dass wir aus der Vergangenheit Sollensvorschriften ableiten können (Floyd 2009 beziehungsweise PG: 22–32). Da Geuss sich nicht nur zu der gegenwärtig dominanten, neokantianischen politischen Philosophie ‚querstellt‘, sondern die ‚neoliberale‘ Politik, für welche er die analytische politische Philosophie als Wegbereiter betrachtet (Geuss 2012a: 78), ebenfalls opponiert, ist er zusätzlich der Kritik der Reduzierung von Philosophie auf Politik oder politische Wissenschaft (Freeman 2009: 177) ausgesetzt.

Womöglich liegt diese häufig verzerrende Rezeption seines Ansatzes – die ausführlicheren Rezensionen beziehungsweise Artikel von Freyenhagen und Schaub (2010), Owen (2010), Menke (2010) und Morgan (2003) stellen Ausnahmen dar – darin begründet, dass eine angemessenere Darstellung dringliche Fragen zum Selbstverständnis von politischer Philosophie auf die Tagesordnung brächte. Falls dies zuträfe, hätte diese Form der Rezeption auch eine *politische* Dimension. Diese Vermutung stützt in gewissem Maße die in Geuss’ Schriften implizite Ansicht, dass eine Tendenz der gegenwärtigen ‚Hauptlinie‘ der politischen Philosophie darin besteht, radikale Selbstkritik zu verhindern.¹²

12 Ein interessantes Beispiel für diese Tendenz stellt die aktuelle Debatte über Realismus in der politischen Philosophie dar. Geuss’ ehemalige Promotionsstudentin Lorna Finlayson hat in ihrer Dissertation *The Political is Political* (2011) in einer stark von Geuss inspirierten Art und Weise analysiert, wie die ‚informelle Methodologie‘ der politischen Philosophie, zum Beispiel das Konzept des ‚Wohlwollens‘ in der Darstellung abweichender Positionen, im Zusammenspiel mit ihrer ‚formalen Methodologie‘ unter Verschleierung ihrer politischen Parteinahme die Positionen, die innerhalb der Debatte denkbar sind, so einzu-

Eine immanente Kritik seines Ansatzes, die seinen Bruch mit der Hauptlinie in Betracht zöge und seine Positionen so genau wie möglich zu rekonstruieren versuchte, könnte folgende Kritikpunkte vorbringen:

Erstens bleibt entsprechend seines ‚minimalistischen‘ Ansatzes Vieles in Geuss’ politischer Philosophie offen oder implizit, seine konstruktiven Beiträge sind meist eher skizzenhaft. Dies ist grundsätzlich konsistent, unter anderem, da er es ablehnt, definitive Begründungen für politisches Handeln in der Konstruktion philosophischer Systeme zu suchen. Allerdings wären nähere Ausführungen zur Frage der Bewertung begrifflicher Innovation, zur Rolle politischer Philosophie bei der Erweiterung der gegenwärtigen politischen Vorstellungskraft oder zur Genealogie des Begriffs der Normativität in der politischen Philosophie allein um ein besseres Verständnis seines Ansatzes willen wünschenswert.

Zweitens fehlt bisher die systematische Beschäftigung von Geuss mit der Wirtschaftsform des Kapitalismus, die schon sein *History and Illusion in Politics* nahelegt (vgl. dazu Stuurman 2003), welche sich bislang aber auf seinen Artikel *Gutes Wirtschaften* beschränkt (Geuss 2010e). Hier könnte man zu Geuss’ Verteidigung entgegenhalten, dass er erstens bereits das Begriffsinstrumentarium des Kapitalismus im Blick hat und zweitens sich zuletzt intensiver mit der neoliberalen Sonderform des Kapitalismus auseinandergesetzt hat (2008a; 2011c; 2011d; 2011e; 2012a; 2012d).

Drittens verweisen sowohl Geuss’ Verständnis von Kritik (vgl. zuletzt PI: 167–185) als auch seine Lesart von Rawls oder Kant, hier insbesondere seine provokante, oftmals als an der Grenze zur Polemik wahrgenommene Ausdrucksform¹³, auf eine Spannung zwischen zwei unterschiedlichen Verständnissen von der Rolle der (politischen) Philosophie: Wie radikal und umfassend kann Kritik formuliert werden, ohne den Handlungsbezug erheblich zu reduzieren? Geuss vertritt zwar die Ansicht, dass Bertold Brecht im Extremfall mit seiner Aussage „Nichts als Beschimpfungen, das ist mehr als nichts“ (KPP: 131) Recht behalte. Es ist allerdings fraglich, ob Kritik an der Schwelle zur Polemik es den VertreterInnen der Hauptlinie der politischen Philosophie unverhältnismäßig erleichtert, seine Position fälschlicherweise auf ‚Beschimpfungen‘ zu reduzieren, um so ihre Ablehnung einer tiefgreifenden Auseinandersetzung mit ihr zu *begründen*.

Schlussbemerkung – ‚Einladung zum Andersdenken‘

Abschließend möchte ich eine Gesamtinterpretation von Geuss’ Position als ‚Einladung zum Andersdenken‘ skizzieren:

schränken vermag, dass diese – entgegen der Einschätzungen der TeilnehmerInnen an der Debatte – eben keine substantielle Herausforderung der liberal-normativen politischen Philosophie darstellt. Finlayson legt nahe, dass es sinnvoll ist, diese Tendenzen im Zusammenhang mit der ‚Entpolitisierung‘ durch neoliberale Politik zu betrachten, die ebenfalls das Ziel verfolgt, den *status quo* abzusichern (vgl. Finlayson 2011: 8–10).

- 13 So urteilt Geuss über Rawls: „Das bei Rawls oft vermerkte Fehlen jeder Reflexion darüber, wie seine idealen Forderungen umgesetzt werden sollen, ist kein kleines Mal, das als Schönheitsfleck dazu dient, das Strahlen des Gesichts noch mehr zur Geltung zu bringen, sondern das äußerlich sichtbare Zeichen eines tödlichen Tumors. In der wirklichen Politik sind Theorien wie die von Rawls Blindgänger, es sei denn natürlich als potenzielle ideologische Interventionen.“ (KPP: 128)

Raymond Geuss möchte mit seinen Schriften, inklusive seiner Gedichte und Zeitungsartikel, durchweg zum ‚Andersdenken‘ über Politik und über dominante philosophische Kategorien und Denksysteme, die sich unter anderem in der politischen Philosophie äußern, anregen. Zu diesem Zweck provoziert er die Leitfiguren der gegenwärtigen politischen Philosophie und unterzieht deren Denksysteme radikaler Kritik. Die Hauptinspirationsquelle für seine Position liefert vornehmlich die frühe Frankfurter Schule, insbesondere Theodor W. Adornos „dialektischer Negativismus“¹⁴, den er in dem Sinne modifiziert, dass er den Anspruch auf die Repräsentation der gesellschaftlichen Totalität in der Philosophie vollends aufgibt – hierin deutet sich der bedeutende Einfluss von Nietzsche, Weber und Foucault sowohl in Bezug auf seinen Ansatz als auch auf seine Themenauswahl an. Gleichzeitig zielt Geuss langfristig auch auf ein ‚Andershandeln‘, doch trotz seines Verständnisses von politischem Denken als potentieller Handlung liegt dieses Andershandeln hinter dem Horizont gegenwärtiger philosophischer Spekulationen.

Geuss wird zwar zu Recht als einer der schärfsten Kritiker des gegenwärtigen Liberalismus (Sangiovanni 2009: 228) beziehungsweise des „liberal paradigm“ (Finlayson 2011: 99–101, 122–124) in der politischen Philosophie bezeichnet. Durch seine Konfrontation der gegenwärtigen politischen Philosophie mit der Sprengkraft der Ideen heute in dieser Disziplin zumindest im englischsprachigen Kontext eher übersehener Denker, etwa Theodor W. Adorno, Max Weber oder Thukydides, erhofft sich Geuss, wenigstens eine gewisse kritische Distanz zum philosophischen und politischen *status quo* zu ermöglichen.

Geuss’ ‚Einladung‘ ist also weder ein ‚neues Regelbuch‘ der Philosophie für die Politik, welches politische Entscheidungen vorgibt oder ermittelt, noch entzieht sie sich der Bewertung politischer Macht und der Notwendigkeit politischen Urteils. Fragen der Legitimierung von Herrschaft sind für Geuss zentral, doch ist er darum bemüht, die Perspektive und die Antwortmöglichkeiten offener zu halten als zuletzt in der politischen Philosophie üblich. Theorien der Gerechtigkeit mögen nicht die einzige Möglichkeit sein, sich der Frage nach der besten Form beziehungsweise der Begründbarkeit politischer Autorität zu nähern (Skinner et al. 2001: 6–7; 2012e). Seine ‚Einladung‘ ist von einer Spannung zwischen dem negativ-kritischen, hinterfragenden Impuls und dem Verständnis von politischer Philosophie als Aktivität, als Intervention in politische Diskurse durchzogen.

Literatur

Werke von Raymond Geuss

- 1983: Die Idee einer Kritischen Theorie, Königstein. [IKT]
 1994: Auffassungen der Freiheit. In: Zeitschrift für Philosophische Forschung 49, 1–14.
 1998: Freiheit im Liberalismus und bei Marx. In: Julian Nida-Rümelin / Wilhelm Vossenkuhl (Hg.), Ethische und Politische Freiheit, Berlin, 114–128.
 1999a: Morality, Culture and History. Essays in German Philosophy, Princeton / Oxford. [MCH]
 1999b: Parrots, Poets, Philosophers & Good Advice, London.
 2001a: History and Illusion in Politics, Cambridge. [HIP]
 2001b: Das Unbehagen am Liberalismus. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 49, 499–516.
 2001c: At Cross Purposes (Paris 950 AD), London.

14 Adornos Darstellung der Rolle von dialektischer Kritik in seinem Aufsatz *Kulturkritik und Gesellschaft* (1977: 11–30) bietet ein interessantes Modell für Geuss’ komplizierte Position.

- 2002: Privatheit. Eine Genealogie, Frankfurt (Main). [PG]
- 2003: Sechs Gedichte. In: John Rety (Hg.), *In the Company of Poets. An Anthology celebrating 21 years of reading poetry at Torriano Meeting House, London*, 95–98.
- 2004: Raymond Geuss: Glück und Politik. Potsdamer Vorlesungen, Berlin. [GP]
- 2005: *Outside Ethics*, Princeton / Oxford. [OE]
- 2007: Die Lüge als höhere Wahrheit. Eine Erinnerung an die überwältigende Schauspielkunst des Tony Blair; <http://www.zeit.de/2007/25/Tony-Blair>, 20.05.2012.
- 2008a: Blair, Rubbish and the Demons of Noontime. In: *Redescriptions* 12, 232–243.
- 2008b: Raymond Geuss on Real Politics, Gespräch von David Edmonds und Nigel Warburton mit Raymond Geuss für das Podcast-Format „Philosophy Bites“, 19. Oktober 2008; <http://philosophybites.com/2008/10/raymond-geuss-o.html>, 20.04.2012.
- 2008c: *Philosophical Anthropology and Social Criticism*. In: Axel Honneth, *Reification. A New Look at an Old Idea*, Oxford, 120–131.
- 2009: *Vix Intelligitur*. In: *Cambridge Literary Review* 1, 221–245.
- 2010a: *Politics and the Imagination*, Princeton / Oxford. [PI]
- 2010b: Realismus, Wunschenken, Utopie. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 58, 419–429. [RWU]
- 2010c: Raymond Geuss on Realism and Utopianism in Political Philosophy, Gespräch von David Edmonds und Nigel Warburton mit Raymond Geuss für das Podcast-Format „Philosophy Bites“, 08. Mai 2010; <http://philosophybites.com/2010/05/raymond-geuss-on-realism-in-political-philosophy.html>, 20.04.2012.
- 2010d: Zwischen Athen und Rom. Eine begriffsgeschichtliche Fabel. In: *Zeitschrift für Ideengeschichte* 4, 23–40.
- 2010e: Gutes Wirtschaften. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 58, 843–854.
- 2010f: Realism, Wishful Thinking, and Utopia, Vortrag an der University of Minnesota, Minneapolis, 06.05.2010; <http://ias.umn.edu/media/RaymondGeuss.php>, 20.04.2012.
- 2010g: *A World Without Why?* In: *The Point Magazine* 1, 145–148.
- 2011a: *Kritik der politischen Philosophie. Eine Streitschrift*, Hamburg. [KPP]
- 2011b: *Demokratie und Menschenrechte*. In: Reinhard Heil / Andreas Hetzel / Dirk Hommrich (Hg.), *Unbedingte Demokratie*, Baden-Baden, 13–30.
- 2011c: Der Markt soll alles wieder richten. Sind Geisteswissenschaften nur Flitterwerk? Die englische Regierung will sie finanziell austrocknen; <http://www.zeit.de/2011/11/Englische-Unis>, 20.04.2012.
- 2011d: „Da hilft nur eine ganz andere Politik!“ Interview von Ute Welty mit Raymond Geuss zur Gewalt in Großbritannien; <http://www.tagesschau.de/inland/geuss100.html>, 20.04.2012.
- 2011e: Aufruf zum Widerstand. Neoliberalismus als Wurzel der Krawalle, Interview von Christian Linger mit Raymond Geuss, 13.08.2011; <http://oe1.orf.at/artikel/283602>, 20.04.2012.
- 2011f: Wer das Sagen hat. In: *Mittelweg* 36 20, 3–12.
- 2012a: Die Fibel der Dystopie: Eine Replik auf Richard Raatzsch und Jörg Schaub, unveröffentlichtes Manuskript.
- 2012b: *Marxism and the Ethos of the 20th century*. In: Fran O’Rourke (Hg.), *What happened in and to moral philosophy in the twentieth century? Celebrating MacIntyre*, Notre Dame, im Erscheinen.
- 2012c: *Did Williams do ethics?* In: *Arion* 20, 111–132.
- 2012d: *Economies: good, bad, indifferent*. In: *Inquiry* 55, im Erscheinen.
- 2012e: Können die Geisteswissenschaften den Neo-Liberalismus überstehen? In: Klaus Vieweg (Hg.), *Bildung der Moderne*, im Erscheinen.
- Adorno, Theodor W., 1977: *Kulturkritik und Gesellschaft*, Band I, Frankfurt (Main).
- Ball, Terence / Farr, James / Hanson, Russell L. (Hg.), 1989: *Political Innovation and Conceptual Change*, Cambridge.
- Finlayson, Lorna, 2011: *The Political is Political*, PhD-Dissertation, Cambridge.
- Floyd, Jonathan, 2010: *Should Political Philosophy be more Realistic?* In: *Res Publica* 16, 337–347.
- Frazer, Elizabeth, 2010: *What’s real in political philosophy?* In: *Contemporary Political Theory* 9, 490–507.
- Floyd, Jonathan, 2009: *Is political philosophy too ahistorical?* In: *Critical Review of International Social and Political Philosophy* 12, 513–533.

- Freeman, Samuel, 2009: Book Review: Philosophy and Real Politics. In: *Ethics* 120, 175–184.
- Freyenhagen, Fabian / Schaub, Jörg, 2010: Hat hier jemand gesagt, der Kaiser sei nackt? Eine Verteidigung der Geuss'schen Kritik an Rawls' idealtheoretischem Ansatz. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 58, 457–477.
- Galston, William, 2010: Realism in Political Theory. In: *European Journal of Political Theory* 9, 385–411.
- Honig, Bonnie / Stears, Marc, 2011: The new realism: from *modus vivendi* to justice. In: Jonathan Floyd / Marc Stears (Hg.), *Political Philosophy versus History? Contextualism and Real Politics in Contemporary Political Thought*, Cambridge, 177–205.
- Kelly, Paul, 2011: Rescuing political theory from the tyranny of history. In: Jonathan Floyd / Marc Stears (Hg.), *Political Philosophy versus History? Contextualism and Real Politics in Contemporary Political Thought*, Cambridge, 13–37.
- Kersting, Wolfgang, 2011: Machen Sie sich erst einmal unbeliebt, dann werden Sie auch ernst genommen! In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30.03.2011, 28.
- Menke, Christoph, 2010: Weder Rawls noch Adorno? Raymond Geuss' Programm einer „realistischen“ Philosophie. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 58, 445–455.
- Morgan, Glyn, 2005: The Realism of Raymond Geuss. In: *Government and Opposition* 40, 110–120.
- Owen, David, 2010: Die verlorene und die wiedergefundene Wirklichkeit. Ethik, Politik und Imagination bei Raymond Geuss. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 58, 431–443.
- Prinz, Janosch, 2010: Einladung zum Andersdenken. Raymond Geuss' realistischer Ansatz in der politischen Philosophie, Magisterarbeit.
- Prinz, Janosch, 2012: Zwischen kritischer Reflexion und Handlungsorientierung. Gespräch mit Raymond Geuss zu seinem Ansatz in der politischen Philosophie, geführt am 01. Juni 2010 in der Faculty of Philosophy der Universität Cambridge (England). In: *Zeitschrift für Politische Theorie* 3, 95–108.
- Rawls, John, 2001: *Justice as Fairness. A Restatement*, Cambridge.
- Reisz, Matthew, 2008: Kiss Goodbye to Freedom. Raymond Geuss foresees a future of strict controls or war over resources; <http://www.timeshighereducation.co.uk/story.asp?storyCode=403456§ioncode=26>, 20.04.2012.
- Rossi, Enzo, 2010: Review: Reality and imagination in political theory and practice: On Raymond Geuss' realism. In: *European Journal of Political Theory* 9, 504–512.
- Stears, Marc, 2007: Liberalism and the Politics of Compulsion. In: *British Journal of Political Science* 37, 533–553.
- Sangiovanni, Andrea, 2009: Normative Political Theory. A Flight from Reality? In: Duncan Bell (Hg.), *Political Thought and International Relations. Variations on a Realist Theme*, Oxford, 219–239.
- Schaub, Jörg, 2010: Ideale und/oder nicht-ideale Theorie – oder weder noch? Ein Literaturbericht zum neuesten Methodenstreit in der politischen Philosophie. In: *Zeitschrift für philosophische Forschung* 64, 393–409.
- Skinner, Quentin / Dasgupta, Partha / Geuss, Raymond / Lane, Melissa / Laslett, Peter / O'Neill, Onora / Runciman, W. G. / Kuper, Andrew, 2002: *Political Philosophy: The View from Cambridge*. In: *Journal of Political Philosophy* 10, 1–19.
- Social Theory and Practice* 34, Sonderheft zu Social Justice: Ideal Theory, Nonideal Circumstances.
- Stuurman, Siep, 2003: Liberal Political Theory and The Contingency of History. *History and Illusion in Politics by Raymond Geuss*. In: *History and Theory* 42, 94–105.
- Swift, Adam / White, Stuart, 2008: Political theory, social science, and real politics. In: David Leopold / Marc Stears (Hg.), *Political Theory. Methods and Approaches*, Oxford, 49–69.
- Williams, Bernard, 1985: *Ethics and the Limits of Philosophy*, London.
- Williams, Bernard, 2005: *In the Beginning was the Deed. Realism and Moralism in Political Argument*, Princeton / Oxford.

Zwischen kritischer Reflexion und Handlungsorientierung

Gespräch mit Raymond Geuss zu seinem Ansatz in der politischen Philosophie, geführt von *Janosch Prinz** am 01. Juni 2010 in der Faculty of Philosophy der Universität Cambridge (England)

(1.) Janosch Prinz [J. P.]: Herr Prof. Dr. Geuss, bitte skizzieren Sie kurz den historischen Entstehungszusammenhang Ihres philosophischen Ansatzes.¹

Raymond Geuss [R. G.]: Ich bin Jahrgang 1946 und gehörte demnach der Generation der sogenannten Studentenbewegung an. Ich habe Ende der 1960er Jahre in Freiburg studiert und habe mich da lange mit den Schriften Theodor Adornos beschäftigt. Mein ganzes philosophisches Bestreben geht auf die Grundidee der Ideologiekritik zurück, nämlich auf die Vorstellung, dass es so etwas gibt wie geistige Vorstellungen, die so tief verwurzelt sind im praktischen Leben der Menschen in spezifischen gesellschaftlichen Formationen und die eine solche Selbstverständlichkeit haben, dass sie als offensichtliche Wahrheiten gelten und von niemandem mehr in Frage gestellt werden. Das ist meine Ausgangsposition. Also, dass es darauf ankommt, diese ideologischen Sichtweisen zu überwinden, sie in Frage zu stellen und eine gewisse Distanz zu den alltäglichen Praktiken und zu den normalen Vorstellungen zu gewinnen.

[...] Der ideologiekritische Gedanke wendet sich in erster Linie gegen eine aristotelische Auffassung. Aristoteles geht von den Gemeinplätzen seiner Gesellschaft, von den sogenannten ‚Endoxa‘, aus. Die Endoxa sind die allgemein geteilten Vorstellungen über das, was der Fall zu sein scheint, über das, was wertvoll zu sein scheint, über die Art, wie sich die Menschen normalerweise verhalten und wie sie sich verhalten sollen. Wir sind, beispielsweise, alle der Meinung, dass die Demokratie etwas Gutes ist, dass es ganz normal ist, dass Menschen Kinder bekommen und Familien gründen, dass einer den anderen nicht ohne Grund anlügen soll und so weiter. Das sind einige unserer Endoxa. Nun soll der Philosoph laut Aristoteles zwar von den Endoxa ausgehen und sie durch dialektische Argumentation klären, aber dabei setzt er sich das Ziel, durch den Klärungsprozess und die von ihm ausgeübte gegenseitige Kritik über sie hinauszugelangen. Am Ende soll dann ein einheitliches und besser begründetes System von Vorstellungen stehen. Das Verfahren setzt voraus, dass es uns möglich ist, durch Rückgriff auf das, was uns der Fall zu sein

* Janosch Prinz, M. A., University of Sheffield, UK, Kontakt: j.prinz@sheffield.ac.uk.

1 Die Redaktion der *Zeitschrift für Politische Theorie* hat sich geringfügige Änderungen, Korrekturen und Ergänzungen des transkribierten Textes in Wortlaut und Form vorbehalten. Diese dienen ausschließlich der besseren Lesbarkeit des Textes und wurden daher auch nicht gesondert gekennzeichnet.

scheint, verschiedene uns für selbstverständlich geltende Vorstellungen so gegeneinander auszuspielen, dass am Ende ein *einheitliches* Weltbild steht. Das setzt wiederum voraus, dass die Gesellschaft letzten Endes selbst einheitlich und harmonisch ist, dass wir diese Harmonie und Konsistenz wahrnehmen und als solche darstellen können. In den 1970er Jahren bin ich von der entgegengesetzten Voraussetzung ausgegangen, nämlich dass man eine Gesellschaft als widersprüchlich verstehen muss. Es muss sich nicht notwendigerweise um den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeiterschaft handeln, aber es ist eine unbegründete Voraussetzung, dass es in der Gesellschaft immer harmonisch vorgehen wird und dass es immer möglich sein wird, dass wir uns von unseren selbstverständlichen Meinungen aus zu einem einheitlichen Weltbild durcharbeiten können. Diese Voraussetzung scheint mir einfach nicht stichhaltig zu sein. Ich habe dann zunehmend die Erfahrung gemacht, dass die analytische Philosophie – und vor allem die analytische politische Philosophie – eine Neigung hat, diese aristotelische Vorstellung nicht in Frage zu stellen. Insbesondere die ganze Art und Weise, wie sich etwa die rawls'sche Philosophie auf dieser fehlerhaften Voraussetzung aufbaut: Wir haben gewisse Vorstellungen oder ‚Intuitionen‘, und diese Intuitionen sind in etwa das, was bei Aristoteles die *Endoxa* heißen würde; von diesen Intuitionen gehen wir aus und versuchen, durch verschiedene rein gedankliche Mittel, ein Gleichgewicht zu finden; es wird uns immer möglich sein, uns durch rein kognitive Bearbeitung zu etwas Einheitlichem durcharbeiten. Das ist es, was ich nie in der Lage gewesen bin zu akzeptieren. Man darf nicht einfach voraussetzen, dass die Gesellschaft einheitlich ist, dass sie harmonisch ist, dass wir über ein einheitliches Weltbild verfügen oder verfügen könnten, dass unsere Intuitionen immer sozusagen mit einer Vorgabe von Plausibilität ausgestattet sind, oder dass wir sie nicht radikal in Frage stellen dürfen [...]. Es scheint mir eher einerseits historisch und andererseits soziologisch der Fall gewesen zu sein, dass [...] jede Gesellschaft natürlich sich einbildet, harmonisch zu sein, die Wahrheit zu erkennen und dass alle Menschen also immer der Meinung sind, dass sie über ein gutes, festgefügtes Weltbild verfügen, welches ihnen erlaubt, mit der Welt zurechtzukommen.

(2.) J. P.: Wobei Sie diesen Zusammenhang, beispielsweise in der Form des *metaphysical need*, in Ihrem Aufsatz *On the Usefulness and Uselessness of Religious Illusions* (2005: 131–152) selbst in Frage gestellt haben. So müsse die Vorstellung, mit der Welt zurechtzukommen, nicht damit Hand in Hand gehen, dass die Welt insgesamt als harmonisch wahrgenommen wird. Es gäbe Möglichkeiten, dies differenzierter zu sehen und analytisch zu trennen.

R. G.: Man muss sehr stark zwischen einer Fragestellung und einer Antwort auf diese Fragestellung unterscheiden; genauso muss man zwischen einem Bedürfnis und der Befriedigung dieses Bedürfnisses unterscheiden. Also es ist wahrscheinlich der Fall, dass wir alle ein Bedürfnis haben, uns selbst in einem positiven Licht zu sehen, unsere eigenen Taten als gut begründet zu beurteilen, unsere Gesellschaft als harmonisch anzusetzen; wir haben durchaus ein Bedürfnis, uns zu orientieren und das heißt, uns ganz *allgemein* zu orientieren; [...] doch daraus folgt nicht, dass wir in der Lage sind, ein allgemeines Weltbild zu finden, das eine befriedigende Antwort auf dieses Bedürfnis findet. Es gibt gute Gründe zu der Annahme, dass die Menschen immer versuchen, ein einheitliches Bild ihrer eigenen Gesellschaft zu entwickeln; der Hang dazu ist in der Bedürfnisstruktur der Menschen begründet: Wir möchten an die harmonische Einheitlichkeit unserer Welt

glauben; aus diesem Grund habe ich in meinen neueren Schriften ab und zu auch von Wunschdenken gesprochen. Wir würden es gerne sehen, wenn Harmonie das letzte Wort hätte; das ist auch ein Grund, warum wir Ideologien entwickeln. Sie erwecken den Eindruck einer nichtexistenten Einheit. Dies ist sozusagen die Grundintuition, von der ich ausgehe.

Es gibt zwei Arten des Liberalismus: Es gibt sozusagen die alte liberalistische Einstellung und dann gibt es die liberalistische Einstellung, die man mit Isaiah Berlin verbindet. Liberale alter Schule haben eine explizit harmonistische Einstellung: Mit Kompromiss können wir alles lösen, wir brauchen uns nicht zu streiten, Gewalt ist überflüssig, ist nie begründet, wir können immer eine friedliche Lösung finden und so weiter; alle menschlichen Güter sind im Prinzip miteinander verträglich, wir brauchen uns keine Gedanken darüber zu machen, denn die vollkommene Freiheit ist vollkommen verträglich mit der vollkommenen Gleichheit. Das ist sozusagen die radikal harmonistische Seite des Liberalismus. Dann gibt es eine neuere Spielart des Liberalismus, eine etwas pessimistischere Variante, die man mit Isaiah Berlin und mit Bernard Williams und eigentlich auch mit John Dewey verbinden kann: Nämlich, dass wir in einer Welt leben, in der es immer wieder Spannungen gibt, in der es nicht irgendwo im Himmel festgeschrieben steht, dass sich alle Konflikte vermeiden oder friedlich lösen lassen. In dieser Welt können wir uns ab und zu entscheiden, ob wir uns so oder anders verhalten und ob wir gewissen Werten den Vorzug geben vor anderen Werten [...]. Es sind aber nicht alle Werte miteinander verträglich. Diese zweite Variante des Liberalismus steht natürlich der alten marxistischen Vorstellung einer gespaltenen Gesellschaft viel näher; diese Berlin-Einstellung hat also gewisse Ähnlichkeiten mit den Grundprinzipien des Marxismus; das ist bei Rawls und der Hauptlinie der angloamerikanischen politischen Philosophie nicht der Fall.

Vor allem der nordamerikanische Liberalismus steht eher in dieser altliberalistischen Tradition; meine Motivation war, darauf hinzuweisen, dass es nicht in unserem Interesse sein kann, uns gewissen Illusionen in der Politik hinzugeben, dass es zum Beispiel nicht in unserem Interesse ist, uns den Illusionen der Möglichkeit einer vollständig friedlichen Lösung aller Konflikte hinzugeben. Manchmal können wir friedliche Lösungen finden. Es ist vielleicht sogar immer wünschenswert, sie zu ersuchen. Aber aus der Tatsache, dass dies vielleicht immer wünschenswert ist, folgt nicht, dass wir sie immer werden finden können. Ob wir sie finden können oder nicht, ist eine empirische Tatsache. [...] Erstens: Der ganze Begriff der friedlichen Lösung ist selbst einer, der analysiert werden muss. Diese Unterscheidung zwischen Gewalt und ‚friedlichen‘ Arten der Konfliktregelung muss selbst Gegenstand einer philosophischen Untersuchung sein. Was als Gewalt oder Gewaltanwendung oder Manipulation zu gelten hat, ist selbst etwas, was je nur kontextabhängig verstanden und definiert werden kann. Zweitens: Je nachdem, wie man die verschiedenen Arten von Gewaltanwendung einteilt und wie man sie einschätzt, wird es einfacher oder weniger einfach sein, eine ‚friedliche‘ Lösung zu finden. [...] Daraus habe ich die Konsequenz gezogen, dass es in der Politik darauf ankommt, die wirklichen Triebfedern der Menschen zu finden und die empirischen Bedingungen zu untersuchen, unter denen Konflikte entstehen und unter denen Konflikte dann auf die eine oder die andere Art und Weise gelöst oder zumindest in den Griff bekommen werden. Ich fand, dass die angloamerikanische Philosophie einfach nicht bereit war, über dieses Problem nachzudenken, sondern einfach vorausgesetzt wurde, es müsse im Prinzip immer eine gewaltfreie Lösung geben, wenn auf beiden Seiten ‚guter Wille‘ vorhanden ist, und es käme nur darauf an, sie zu finden. Aus diesem Grund steht der Begriff der Ideologiekritik im Mit-

telpunkt dieser ersten kleinen Schrift, die ich geschrieben habe (1981; dt. 1983). Und es steht eigentlich nichts Neues in *Philosophy and Real Politics* (2008a; dt. 2011). [...] Aber offensichtlich standen die Grundgedanken in *The Idea of a Critical Theory* (1981) in einer halbversteckten Form, die den meisten Menschen den Zugang zu ihnen erschwert hat.

(3.) J. P.: [...] Jetzt könnten sich vor allem AutorInnen mit einem Hintergrund in der Politikwissenschaft fragen, wo hier die empirische Analyse bleibt, gerade aufgrund Ihrer Betonung von den wirklichen Motivationszusammenhängen in jeweiligen historischen Kontexten. Sie dagegen beschäftigen sich intensiv mit dem heuristischen Wert von Bewusstseinsformen und sehen diese als zentral für die empirische Analyse, für den Handlungszusammenhang.

R. G.: [...] Ich greife da auf den bekannten Spruch von Max Scheler zurück. [...] Er hatte eine sehr bunte Entwicklung. Er war eine Zeit lang Phänomenologe, eine Zeit lang Katholik, eine Zeit lang Marxist. Er war ein bisschen wie Alasdair MacIntyre, jedes Mal 120 Prozent von dem überzeugt, was er gesagt hat. Er hat seine eigene Meinung jedes Mal sehr scharf und polemisch formuliert, aber nicht unbedingt sein Leben danach ausgerichtet. [...] Auf den Vorwurf, er praktiziere nicht, was er predige, hat er gesagt: „Ein Verkehrsschild braucht nicht selbst dahin zu gehen, wo es hinzeigt.“ Und ich bin in einer ähnlichen Situation: Ich bin eigentlich dafür, dass man sich in der politischen Philosophie intensiver mit der Geschichte beschäftigt, dass man mehr empirische Forschung unternimmt, ganz besonders geschichtliche Institutionenforschung, aber ich bin nicht in der Lage, dies selbst zu tun. Ich bin auch gleichzeitig ein Anhänger der Arbeitsteilung in geistigen Dingen. Ich versuche sozusagen für diejenigen, die sich empirisch mit der konkreten Analyse von Handlungszusammenhängen und vor allem von institutionell verankerten Handlungszusammenhängen befassen, [...] klärend gewisse Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

(4.) J. P.: Eine Frage zu Isaiah Berlins Liberalismus. Eine Zeit lang war die Spielart des *Liberalism of Fear* recht populär, die mit Berlin in Verbindung gebracht wird. Sie haben in früheren Schriften, zum Beispiel in Ihren Aufsätzen *Virtue and the Good Life* (2005: 78–96) und *Freedom as an Ideal* (ebd.: 67–77), diesen *Liberalism of Fear* kritisch betrachtet. Inwieweit stellt Ihre Kritik, die auf die Schwierigkeit, einen negativ definierten ‚obersten Wert‘ festzulegen, abhebt, ein Hindernis für eine affirmative Einstellung zur oben von Ihnen vorgestellten zweiten Variante des Liberalismus dar?

R. G.: Hier will ich mich keinem einheitlichen Prinzip verschreiben. Ich will nicht von einem vorausgesetzten, einzelnen obersten Wert ausgehen. Es gibt verschiedene Werte und es kommt darauf an, sie gegeneinander auszuspielen und das eigene Handeln in einem durch diese Werte strukturierten Raum zu platzieren. Und zunächst einmal [...] verstößt der *Liberalism of Fear* gegen diese methodologische Vorschrift, weil er gerade einen obersten Wert ansetzt: Unter allen Bedingungen ist in erster Linie die Grausamkeit zu vermeiden und zu verhindern. Wenn man aber diesen Grundsatz ernst nimmt, muss man sich fragen: Was heißt Grausamkeit? Und dann muss man die Möglichkeit offenlassen, dass auch die freud'sche, lacan'sche und die adorno'sche Analyse der Grausamkeit eine gewisse Plausibilität hat. Dabei muss man sich fragen: Wo hört dann die Grausamkeit auf? Handelt es sich bei Grausamkeit wirklich nur um externe Verhaltensweisen oder auch um psychische Anlagen? Und wenn es sich auch um psychische Anlagen handelt,

dann kann man sich nicht unbedingt der Einsicht versperren, dass sehr viele wertvolle menschliche Eigenschaften ihren Ursprung in einer gegen sich selbst gewandten Grausamkeit haben können. Aus dem Grund muss man auch zugeben, dass sich selbst dieses Prinzip, wir sollen Grausamkeit vermeiden, nicht verabsolutieren lässt. [...]

Was mich auch dazu gebracht hat, auf Machtfragen und die realistische Analyse von gesellschaftlichen Institutionen zu setzen, ist der Umstand, dass ich mich nicht des Eindrucks erwehren kann, dass es bei Rawls und bei anderen – vor allem nordamerikanischen – AutorInnen eine stark verklärende Tendenz in ihren Überlegungen zu den westlichen Demokratien gibt. Was mich also in erster Linie gegen die analytische Philosophie aufbringt, ist deren Verklärungsfunktion. Anders gesagt, die Analysen vor allem der angloamerikanischen politischen Philosophie sollen dazu dienen, die eigene Gesellschaftsform in gewisser Weise zu verherrlichen, das heißt, sie also nicht nur dem Verständnis näherzubringen, sondern sie auch in einem möglichst positiven Licht zu zeigen; das schließt natürlich nicht aus, dass gewisse kritische Punkte beleuchtet werden. Für Rawls ist es selbstverständlich, dass die nordatlantischen Gesellschaften die richtige Lösung der politischen Probleme, das heißt die optimale Grundform politischen Lebens, gefunden haben. Eine radikale Umwälzung der Machtverhältnisse oder eine Grundumverteilung der Güter ist unnötig. Es ist auch nicht nötig, die Gesellschaften ganz anders aufzubauen, oder die Familienstrukturen grundsätzlich umzugestalten. Das sind alles Fragen, die in seinen Schriften unterbeleuchtet bleiben. Wir wissen aber, dass wir alle unter der Versuchung leiden, die eigene Gesellschaft als besonders schön darzustellen. Es ist jedoch gerade die Aufgabe der Philosophie, uns zu helfen, dieser Versuchung möglichst zu widerstehen. Wir dürfen uns nicht darauf einlassen, einfach unsere Gesellschaft als im Grunde genommen in Ordnung zu denken, wir müssen uns zumindest die Frage erlauben, ob die Gesellschaft nicht von Grund auf anders sein könnte und sein müsste. Das ist es, was mir in der zeitgenössischen politischen Philosophie zu fehlen scheint. Und ich habe nichts gegen das utopische, also gegen das *wirklich* utopische Denken – das Denken eines Gustav Landauers oder eines Charles Fouriers –, und ich habe auch nichts dagegen, dass man sich viel bessere Gesellschaftsformen ausdenkt oder dass man analysiert, wie die Gesellschaften faktisch funktionieren und wie sich die politischen Verhältnisse gestalten und sich verändern. Aber was mir von Übel zu sein scheint, ist die unreflektierte Verquickung dieser beiden Tendenzen: Das heißt, die Grundstruktur der gegenwärtigen Gesellschaft so zu beschreiben, als würde es sich da um eine utopische Gesellschaft handeln oder als würde es sich um eine Gesellschaft handeln, zu der es keine Alternativen gibt. Das scheint mir philosophisch unverantwortlich zu sein. Ich habe im Prinzip nichts dagegen, dass man bloß meint – und es bei der bloßen Meinung belässt –, in unserer Gesellschaft sei alles in Ordnung, aber dann sollte man den Anspruch aufgeben, da eine philosophische Analyse zu unternehmen.

(5.) J. P.: Dies führen Sie in Ihrer abschließenden Replik in *Glück und Politik* (vgl. Menke/Kern 2004) aus. Ich sehe hier den Grundimpuls der Kritik in der Anregung zu Reflexion. In Ihren Schriften sehe ich seit dem Jahrtausendwechsel eine Veränderung der Rolle von Kritik: von einer kraftvollen, reflektierten Methode hin zu einer über diese Kritik hinausgehenden, künstlerischen Form, um ihr Ziel zu verwirklichen, die Vorstellungskraft der Menschen anzuregen, radikale qualitative Veränderung vorstellbar zu machen. So scheint es mir hier eine Spannung zu geben, da wir gleichzeitig sehr vorsichtig sein müssen bezüglich der Mittel, die wir dafür einsetzen. Es könnte sein, dass die streng philoso-

phische Kritik womöglich zahnlos ist und andere künstlerische Mittel nötig sind, um die Vorstellungskraft zu erweitern.

R. G.: Das sind natürlich auch Gedanken, die auf Hegel zurückgehen: Die Philosophie kann sich immer nur mit der Vergangenheit und mit der Gegenwart beschäftigen. Die Eule der Minerva fliegt immer nur bei Anbruch der Dämmerung. Die Philosophie leistet gar nicht die eigentliche Arbeit, sondern ist eine Retrospektive oder etwas, das reflektierend hinterherkommt. So war der große Tag der Polis schon vorbei, als Platon den Staat schrieb. Es gibt eine Verherrlichung der griechischen Polis in den Schriften Platons, und diese Verherrlichung ist sozusagen eine bessere Darstellung dessen, was da gewesen ist [...]. Aber diese Utopie war gerade nicht eine Utopie für die Zukunft, sondern eine rückwärtsgewandte Utopie. Eine kognitive Zusammenfassung dessen, was gewesen ist, was aber schon nicht mehr aktuell, im hegel'schen Sinne nicht mehr wirklich war. Das heißt, dass die eigentliche produktive Arbeit in gewisser Weise durch die Nomotheten, die Gesetzgeber – also Solon, Drakon und Kleisthenes und wie sie alle hießen –, verrichtet wurde und sie diejenigen waren, die die Polis geschaffen haben. Selbstverständlich ging das nicht so vor, dass sie sich hingesezt und irgendetwas entworfen haben, was sie dann in Wirklichkeit umgesetzt haben. Genauer gesagt, sie haben verschiedene Sachen entworfen, aber nicht aufgrund eines philosophischen Gesamtentwurfs. Die eigentliche Arbeit war eine praktische Arbeit.

Es gibt eben die zwei verschiedenen Vorstellungen, die hegel'sche und die, sagen wir, brecht'sche Vorstellung. Bei Hegel ist die Philosophie immer retrospektiv, die eigentliche Arbeit wird von anderen Kräften geführt. Das heißt, wir müssen offen sein für neue Strömungen in der Literatur, neue Strömungen in der Kunst, neue Strömungen in der Politik, [...] im weitesten Sinne, also für Familienpolitik zum Beispiel. Die andere ist die Vorstellung, die sich bei Dewey manchmal und auch bei Brecht findet und besagt, dass der Philosoph eigentlich eine Art Ingenieur ist, und dass es darauf ankommt, dass er begriffliche Strukturen schafft, die sich als Werkzeuge einsetzen lassen.

Man kann es nicht als Aufgabe des Ingenieurs bezeichnen, immer zu spät zu kommen. Der Ingenieur muss immer rechtzeitig ankommen. Das ist einfach eine Spannung in meinem eigenen Denken; ich schwanke zwischen diesen zwei Vorstellungen hin und her. Ich möchte die beiden miteinander verbinden, aber ich weiß nicht, wie man das machen soll. Es kann sein, dass sich das gar nicht machen lässt, weil die zwei Einstellungen einfach miteinander unverträglich sind.

(6.) J. P.: Vielleicht könnten Sie noch etwas zu Brechts Verfremdungsgedanken in Zusammenhang mit Ihren Schriften sagen.

R. G.: Brecht wollte die Leute dazu bringen, ihre selbstverständliche Umwelt nicht mehr als selbstverständlich zu empfinden und zu behandeln. Aber wie kommt man eigentlich dazu, die selbstverständlichen Gewohnheiten zu durchbrechen und die Menschen dazu zu bringen, ein bisschen Abstand zu sich selbst zu gewinnen? Ähnliche Gedanken findet man bei Foucault, bei Hegel spielen sie aber eine sehr untergeordnete Rolle. Bei Hegel kommt es darauf an, dass der Mensch in seiner Welt zu Hause ist, und zur Kenntnis nimmt, dass er eigentlich zu Hause ist oder zumindest sein kann. Bei Foucault, bei Adorno und bei Brecht herrscht die andere Perspektive vor. Bei Adorno heißt es: Es gehört zur Moral heutzutage, gerade nicht bei sich zu Hause zu sein (vgl. Adorno 1951). Es ist also eine *moralische* Frage, dass man sich nicht zu Hause befindet. Bei Foucault heißt es im-

mer wieder, man muss „se dépendre de soi-même“, [...] sich selbst als etwas Fremdes ansehen; nur dadurch kann man den angemessenen Abstand zu sich selbst und zur eigenen Welt bekommen, damit man dann die Pflege des Selbst und die politische Tätigkeit sinnvoll fortsetzen kann. Bei Brecht ist es ein ideologischer Zusammenhang. Nur dadurch, dass wir die Selbstverständlichkeiten verfremdet dargestellt bekommen, können wir mit diesen Selbstverständlichkeiten brechen. Bei mir ist es eben so, dass ich die Hauptquelle dieser Verfremdungseffekte in dem richtigen Studium der Geschichte finde, das hängt vielleicht auch nur mit meiner eigenen Geschichte zusammen.

Ich bin in einer katholischen Arbeiterfamilie in den USA aufgewachsen und habe als Kind und als junger Mensch eine entsprechende, nicht ganz unkomplizierte Bildung und Erziehung bekommen. Mir liegt es also nahe, etwa das Christentum dadurch zu unterminieren, indem man das heutige Christentum mit dem Urchristentum vergleicht und sich darüber klar wird, wie fremd ein Christ des ersten Jahrhunderts sich heute ausnehmen würde. Ähnliches gilt für den Vergleich zwischen der athenischen Demokratie und modernen Demokratien. Ich finde, aus der Spannung zwischen der Kontinuität und der Diskontinuität kann ein Abstand entstehen, der uns in die Lage versetzt, besser mit unserer eigenen Wirklichkeit und Gegenwart umzugehen; dazu finde ich das sachgerechte Studium der Geschichte hilfreich, also dass man mit der verklärenden Tendenz der Geschichtserzählung bricht – die Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung waren schließlich Sklavenhalter, [...] die athenische Demokratie war kein Gebilde, das den Kriterien des Liberalismus in irgendeiner Weise entsprochen hätte, sie hatte keine liberalistische Verfassung und so weiter. Die Erkenntnis dieser Abweichungen ist für den vernünftigen Umgang mit der eigenen Umwelt immer von Nutzen.

Darüber hinaus finde ich es wichtig, dass man versucht, aus der Philosophie ausubrechen und sich auch an anderen Quasi-Erkenntnisquellen zu orientieren versucht, an Dichtung und Literatur und Musik, um so aus dem Gehäuse der Gegenwart auszubrechen.

(7.) J. P.: Diese radikalere Suche nach Möglichkeiten, Distanz zur eigenen Position zu schaffen, steht in einem gewissen Spannungsverhältnis zu einer pragmatischeren Linie. Sie greifen immer wieder auf verschiedene Denker pragmatischer Prägung, wie John Dewey oder auch Max Weber, zurück.

R. G.: Ich will, wie gesagt, beides miteinander verbinden. Weber ist in diesem Zusammenhang besonders wichtig. Ich bewundere seine Vielseitigkeit, sein realistisches Engagement und seine Fähigkeit, sowohl faktisch bestehende politische Machtkonstellationen und Handlungsstrukturen als auch utopische Bedürfnisse ernst zu nehmen. Die bei Weber auftauchende antike Vorstellung, dass das menschliche Leben ein Kampfplatz verschiedener Götter ist, und dass es darauf ankommt, sich dem einen oder anderen zu verschreiben, scheint mir auch politisch und ethisch aufschlussreich zu sein.

Ich möchte in den nächsten Jahren über die Utopie und über das Verhältnis von Philosophie zu Politik weiter nachdenken. Philosophie erhebt im traditionellen Sinne immer einen Absolutheitsanspruch sowie den Anspruch, möglichst reflektiert zu sein, alles in Frage zu stellen und gewisse utopische Bedürfnisse zu befriedigen. Politik ist andererseits in gewisser Weise auch die Kunst des Machbaren. Wie stehen diese beiden Elemente nun zueinander? Auf diese Frage habe ich keine Antwort, oder nur die negative Antwort, dass die verklärende Beschreibung der Gegenwart weder geeignet ist, den realistischen Impuls der Beschreibung der Gegenwart zu befriedigen noch den utopischen.

(8.) J. P.: Sie haben in *Philosophy and Real Politics* (2008a; dt. 2011) Lenin als einen Ahnherren einer solchen Sichtweise erwähnt. Nehmen wir einmal an, diese Sichtweise würde zu realistischen beziehungsweise reduktionistischen Exzessen führen, wie in der behavioristisch, szientistisch orientierten Politikwissenschaft der 1960er Jahre. Zum Beispiel ähneln die ‚Formeln‘ Harold Lasswells für Politik (‚Wer bekommt was, wann und wie?‘) und für Kommunikation (‚Wer sagt was zu wem durch welchen Kanal mit welchem Effekt?‘) auf den ersten Blick der Frage Lenins, so wie Sie sie in *Philosophy and Real Politics* interpretieren, „Wer [tut] wem was zu wessen Nutzen?“ (2011: 41). Wie steht es aber um die Vergleichbarkeit dieser Positionen, und wie steht es um die Gefahr eines solchen Reduktionismus?

R. G.: Leider bin ich mit den Schriften von Lasswell nicht vertraut. Es tut mir leid, das ist einfach eine Bildungslücke von mir. Ich habe mit Bedacht gesagt, dass es unorthodoxe und abweichende Kantianer gibt, die sich aber immer noch ‚Kantianer‘ nennen. Man muss sich nicht mit jedem Satz des lenin’schen Werkes anfreunden und identifizieren können. Lenin wollte ich nur in diesem einen Punkte ein bisschen rehabilitieren, indem ich diesen einen Grundgedanken stark machte, nämlich dass es in der Politik um Macht, Einfluss, Manipulation und um die wirksame Handlungsstrukturierung geht. Diese Dimensionen des Politischen scheinen mir bei der analytischen Philosophie ganz entschieden zu kurz zu kommen. Und damit möchte ich mich identifizieren. Ich möchte mich natürlich in keiner Weise mit allen anderen Aspekten der lenin’schen Philosophie identifizieren, zum Beispiel mit der Parteistruktur oder mit dem sehr altmodischen Materialismus. Ich bin der Meinung, man kann ohne weiteres die lenin’sche Frage wieder rehabilitieren und den Begriff der Macht viel weiter fassen als das bei Lenin der Fall war. Das ist es, was mir vorgeschwebt hat. Das bringt ihn eher in die Nähe von Foucault als in die Nähe von Lasswell, wenn ich richtig verstanden habe, worauf Lasswell hinauswollte.

(9.) J. P.: Im *Cambridge Companion to Critical Theory* haben Sie in Ihrem Aufsatz *Dialectics and the Revolutionary Impulse* (2004) geschrieben, dass Lenin der erste in der marxistischen Linie war, der die Sphäre des Überbaus in ihrer Wirkung auf die institutionelle politische Wirklichkeit ernst genommen hat. Diesen Gedanken könnte man mit Ihrer Äußerung in *Philosophy and Real Politics* (2008a) in Verbindung bringen, gerade in Bezug auf die Erweiterung des Machtbegriffs auf kulturelle Artefakte und Begriffe.

R. G.: Genau. Man muss den Machtgedanken entgiften, das heißt, man kann gleichzeitig Kultur und Macht ernst nehmen. Man braucht sich nicht für das eine und gegen das andere zu entscheiden. Viele bleiben in dem alten dichotomischen Gedankenschema befangen: Wenn man meint, die Macht sei in der Politik wichtig, ist man Materialist. Und dann muss man szientistische Gedanken hegen und sich mit einem gewissen naiven Begriff des wissenschaftlichen Fortschrittes anfreunden [...]. Oder man ist jemand, der meint, die Kultur sei besonders wichtig. Dann muss man idealistische Vorstellungen haben und ideale Sprechsituationen beschreiben oder Diskussionen hinter dem Schleier des Nichtwissens führen [...]. Was ich sagen will, ist, dass man beides berücksichtigen muss. Man kann einerseits zugeben, dass es in der Politik um Macht geht, andererseits darf man den Begriff der Macht nicht beschneiden, man darf ihn nicht naiv verkürzen. Dazu muss man die Möglichkeit offenlassen, dass Sachen, die eigentlich als kulturelle Angelegenheiten verstanden werden, auch Teil von Machtgebilden sind.

(10.) J. P.: In der Einleitung zu *History and Illusion in Politics* (2001) haben Sie geschrieben, dass Sie Ideologiekritik und Genealogie miteinander in Verbindung bringen möchten. Diesen Gedanken, der sich implizit durch viele Ihrer Schriften zieht, haben Sie bisher nicht weiter ausgeführt. Was haben Sie aktuell dazu zu sagen?

R. G.: Ich versuche in *Realismus, Wunschdenken, Utopie* (2010) ein bisschen auf diese Problematik einzugehen. Die eine Analyse darf die andere aber nicht verdrängen. Jede Vereinseitigung der politischen Philosophie sollte verhindert werden. Ich wäre sehr unglücklich mit dem Gedanken, es könne nur die Ideologiekritik geben. Ich wäre genauso unglücklich mit der Vorstellung, man könne mit dem Ideologiebegriff nichts anfangen und dürfe nur Genealogie betreiben. Ich finde, wir müssen genauso pluralistisch sein, was die Arbeitsmethoden angeht, wie in jedem anderen Bereich der geistigen Tätigkeit. Wir müssen einfach so viele Verfahrensmittel anwenden und zur Kenntnis nehmen, wie wir eben können. Es gibt gewisse Phänomene, die man mit den Mitteln der Ideologiekritik am besten bearbeitet und dann gibt es Phänomene, die man am besten genealogisch bearbeitet. Es gibt nicht nur *eine* richtige Art, die politische Welt zu verstehen. Es gibt eine Mehrzahl von legitimen Arbeitsmethoden, denn es gibt eine Mehrzahl von legitimen Fragestellungen und je nach der Fragestellung kommen andere methodologische Gesichtspunkte in Betracht. Dabei vermute ich, dass es eine sehr starke Wahlverwandtschaft zwischen der Ideologiekritik und der Genealogie gibt, nämlich insofern es hier der Fall zu sein scheint, dass die meisten Gebilde sowohl historische Selbstverständlichkeiten darstellen als auch ideologieträchtig sind.

(11.) J. P.: Würden Sie argumentieren wollen, dass der Grundimpuls, der hinter beiden Methoden steht, ein ähnlicher ist?

R. G.: Die Hinterfragung von Naivität. Ja. Die hegel'sche Forderung einer reflektierten philosophischen Bearbeitung der Gegenwart ist vollkommen sinnvoll. Man darf die Reflexion nicht vorzeitig abbrechen. Ich sehe sowohl in der Ideologiekritik als auch in der genealogischen Kritik jeweils Versuche, die vorzeitige Abbrechung eines Reflexionsprozesses zu verhindern. Im Fall der Ideologiekritik gibt es gewisse Vorstellungen, die uns selbstverständlich zu sein scheinen, weil sie eben mit gewissen Interessen zusammenhängen, und wir dürfen das Verhältnis zwischen diesen Gebilden und den Interessen nicht reflektieren. Und im Falle der genealogischen Analyse gibt es ebenfalls Gebilde, die eine scheinbare Einheit aufweisen, die sich aber als nur historisch kontingent herausstellt. [...]

Es wird von den AnhängerInnen der Genealogie oft den AnhängerInnen der Ideologiekritik vorgeworfen, die Ideologiekritik müsse von einem naiven Wahrheitsbegriff beziehungsweise einer naiven Unterscheidung von Wissen und Irrtum ausgehen. Aber das scheint mir wirklich nicht der Fall zu sein. Sehr viele AnhängerInnen der ideologiekritischen Analyse sind in der Tat der Meinung gewesen, man könne von einer absoluten Wahrheit und einem absoluten Irrtum sprechen. Aber das ist eine Voraussetzung, die von IdeologiekritikerInnen nicht gemacht werden muss. Man kann eine viel freiere und weniger rigide Unterscheidung zwischen Wahrheit und Falschheit, echtem Wissen oder Wissenschaft und Irrtum haben und muss sich von dieser Art von Kritik nicht unbedingt beirren lassen.

J. P.: Das haben Sie ja schon im abschließenden Kapitel von *The Idea of A Critical Theory* (1981; dt. 1983) so formuliert, als sozialphilosophisch verstandene kritische Theorie.

R. G.: Das war eine der Absichten dieser Schrift. Genau.

(12.) J. P. Sie sprechen auch davon, dass Ihnen die Möglichkeit einer radikalen, nicht-moralisierenden Sozialkritik ein wichtiges Anliegen ist beziehungsweise Sie es für wichtig halten, dass daran weitergearbeitet wird. Und dann stellt sich die Frage, wie sich diese Absicht zu Ihren Zweifeln an der Reichweite der Kritik verhält – ich möchte dies in Anlehnung an die Ausführungen in Ihrem Aufsatz *Bürgerliche Philosophie und der Begriff der ‚Kritik‘* (2009) das Paradox der Kritik nennen – und zu so etwas wie den eigenen moralischen Festlegungen, wo man sich verortet. Wenn ich es in Ihrem Aufsatz über *Blair, Rubbish, and the Demons of Noontime* (2008b) richtig verstehe, identifizieren Sie sich mit einem Projekt der Säkularisierung und der Kritik. Auf welcher Basis kann dann die radikale Sozialkritik erfolgen?

R. G.: Das ist natürlich ein sehr, sehr dunkles Feld und es ist richtig, die Aufmerksamkeit auf diese dunklen Stellen zu richten. Was mir vorschwebt, ist eine Unterscheidung zwischen der Art, wie wir moralisch urteilen und den verschiedenen philosophischen Versuchen, diese moralischen Reaktionen zu disziplinieren. Wir haben alle Reaktionen auf die politische und die persönliche Welt beziehungsweise die Umwelt schlechthin. Diese Reaktionen sind ernst zu nehmen. Doch man darf sie nicht für etwas nehmen, was sie nicht sind, man darf sie nicht für bare Münze nehmen, man darf sie nicht verabsolutieren. Aber es gibt sie, genau in dem Sinne, wie es andere Reaktionen gibt: Man fällt hin und stöhnt, man urteilt, dass die Sonne scheint, oder man urteilt: Das ist ein Verbrechen. Man darf sich von den PhilosophInnen diese Reaktionen nicht verbieten lassen. Aber man darf sie ihrerseits auch nicht missdeuten. Die Kritik an der Moralisierung ist eine Kritik an dem Versuch, diesen moralischen Reaktionen einen falschen Status zuzuordnen. Man darf nicht meinen, durch den Rückgriff auf eine dieser Reaktionen wäre mehr getan, als damit eigentlich geleistet ist. Was damit geleistet wird, ist, dass ich mich da moralisch empöre. Und meine Empörung ist eine Reaktion, die ich akzeptieren und zur Kenntnis nehmen muss. Es kann sein, dass ich diese Empörung als unbegründet verurteile und versuche, sie nicht mehr an den Tag zu legen. Die Kritik an der Moralisierung ist die Kritik an der Vorstellung, das einzige, was wichtig wäre, seien diese moralischen Reaktionen, als könnten wir von diesen ausgehen und mit einer Reihe von relativ klaren Schritten, wie bei Platon, den Weg hinaufsteigen bis zu einer einheitlichen Theorie des moralischen Guten. Und wir könnten im Lichte dieser relativ einfachen Theorie des moralischen Guten dann alles übersehen und alles beurteilen. ‚Das empört uns‘ ist zunächst einmal eine Aussage, die wir zu Kenntnis nehmen müssen. Wenn ich sage, ich empöre mich, weil die Israelis gestern Vormittag [31.05.2010] neun Menschen umgebracht haben, die sich daran beteiligt haben, die Blockade von Gaza zu durchbrechen, ist daran nichts auszusetzen. Es würde uns nicht viel vom menschlichen Leben übrig bleiben, wenn wir solche Reaktionen nicht hätten. Man darf sie aber nicht für etwas ausgeben, was sie nicht sind. Sie sind ein Material, das kognitiv weiter verarbeitet werden muss. Man darf nicht voraussetzen, dass ich dadurch, dass ich mich hier und da empöre und dies und das gut finde, auf eine relativ direkte Art und Weise eine moralische Theorie, die einheitlich und konsistent ist, aufbauen kann.

Ich will nur sagen, dass das so einfach nicht geht, sondern viel komplizierter ist. Man muss bereit sein, die eigenen moralischen Reaktionen in Frage zu stellen und der Wirklichkeit ins Auge zu sehen, dass man nicht einheitlich reagiert hat und dass es tragische

Situationen gibt, in denen es mehre Reaktionen gibt, die man nicht dadurch aus der Welt schaffen kann, indem man erkennt, dass es sich um verschiedene Reaktionen handelt.

(13.) J. P.: Es gibt eine lange Tradition tragischen Denkens. Meist bezieht es sich zuvorderst darauf, dass – trotz der guten Intention oder Tat – der ‚edlen‘ Frau oder dem ‚edlen‘ Mann Schlechtes widerfahren kann, also die Konsequenzen der Handlungen nicht überblickt werden können. Was Sie jetzt hinzufügen, ist die nähere Betrachtung der innerlichen Dimension. Es kann sozusagen sein, dass mein Gedankengebäude moralischer Art inkonsistent ist, ich dies erkennen muss und dass es selbst nach der Erkenntnis der Inkonsistenz möglicherweise passieren kann, dass ich eine falsche Entscheidung treffe. Aber wenn ich darüber reflektiere, wird mich dies vielleicht davor bewahren, den Fehler zu begehen, aus meinen moralisch direkten Impulsen Handlungsbegründungen abzuleiten.

R. G.: Vorschnell Handlungsbegründungen abzuleiten.

J. P.: Wenn ich zum Beispiel sage, ich akzeptiere den Kantianismus als Grundprinzip und deswegen teile ich mit allen anderen menschlichen Lebewesen die Partei der Menschlichkeit. Und ich kann mich folglich zu einem anderen nur so verhalten, dass ich entweder mit ihm in der Partei der Menschlichkeit bin – was mich mit Zwängen belastet, wie etwa seine Existenz zu sichern – oder ich muss mich, im christlichen Vokabular gesprochen, böse zeigen und dann dies nicht tun. Was Sie sehr pointiert ausdrücken, ist, dass das zwei simple Möglichkeiten sind, die in sich nicht sehr schlüssig sind und dass es viel mehr Möglichkeiten gibt, aufeinander zu reagieren. Aber in der gegenwärtigen politischen Diskussion werden gerade die oben genannten beiden simplen Optionen verhandelt, was Sie am Fall des ehemaligen britischen Premierministers Tony Blair mehrfach aufgezeigt haben. Hier werden Menschen im Grunde dahin gebracht, dass sie sich in die gute oder böse Gruppe einordnen und in diesen Diskussionen unternimmt man dann überhaupt nicht den Versuch, die Handlungszusammenhänge, vor allem auch derer, die man moralisch verabscheut, in Betracht zu ziehen und ihnen eine gewisse Komplexität beizumessen.

R. G.: Sie haben das viel plastischer ausgedrückt, als ich das je hätte tun können. Ja, so ist es.

(14.) J. P.: In Ihrem Aufsatz *Freiheit im Liberalismus und bei Marx* (1998) schreiben Sie, dass Gesellschaften so lange von Machtzusammenhängen – zum Beispiel bei der Verteilung von Gütern und Hierarchien – geprägt werden, bis das marx'sche Konzept der ‚Aneignung‘ vorstellbar wird. Ich habe den Eindruck gewonnen, vielleicht etwas vorschnell, dass es sich dabei um einen Begriff handelt, der eine wichtige Rolle in den Utopien spielen könnte, die Sie befürworten.

R. G.: Das ist eine der Vorstellungen, die mir vorschwebt. Sie geht auf meinen Freund Andreas Wildt zurück. Als ich in den 1970er Jahren kurz Assistent in Heidelberg war, beendete Wildt dort gerade seine Promotion. Er ist ein sehr wichtiger und zu wenig anerkannter Philosoph. Er hat ein besonders scharfsinniges Buch über Anerkennung bei Fichte und bei Hegel geschrieben und sich mit dem Begriff der Aneignung bei Marx beschäftigt. Dieser scheint mir eine von den möglichen utopischen Vorstellungen zu sein, die man nicht vorschnell preisgeben sollte. [...]

(15.) J. P.: Ich habe die Vorstellung entwickelt, dass ihr Projekt der Kritik mit Ihrem Ansatz einer realistischen politischen Philosophie aufs Engste verknüpft ist. Also speist sich der Ansatz aus den Erkenntnissen der Kritik?

R. G.: Ja! [...]

J. P.: Sie schreiben in Ihrem Aufsatz *Outside Ethics* (2005), dass es vielleicht so ist, dass wir in einer Situation sind, wie Nietzsche sie für die ‚letzten Menschen‘ sah, eine Situation, die recht festgefahren ist und aus der uns vielleicht die Kritik nicht, ich sage es einmal platt, befreien kann. Wenn wir auf das Zeitalter der Revolutionen und Umwälzungen seit 1789 zurückblicken und uns fragen, wie viele von diesen von der Kritik direkt gespeist worden sind und was des Guten, sehr breit verstanden, daraus erwachsen ist, dann sieht die Bilanz eher mager aus. Was aber bedeutet dies, wenn die Kritik die Grundlage Ihres realistischen Ansatzes ist?

R. G.: Wir kommen immer wieder auf den gleichen Punkt zurück, nämlich auf die Unterscheidung zwischen Pragmatismus und Utopie: Sie weisen immer wieder zu Recht auf die Zwiespältigkeit meiner Einstellung hin. So gibt es einerseits die Vorstellung, die man bei Habermas findet, nämlich, dass die Kritik ein Teil des Bildungsprozesses einer Gruppe sein muss; in Prozessen der Aufklärung gibt es aber nur Beteiligte, keine getrennten Klassen der Erziehenden und der Zöglinge. Es gibt Aufklärungsprozesse an der Universität, es gibt gesellschaftliche Aufklärungsprozesse, es gab die Studenten-, Frauen-, und Arbeiterbewegung. Diese Bewegungen waren gleichzeitig Handlungsprojekte und auch gedankliche Projekte. Das eine hat sich aus dem anderen gespeist und das eine hat das andere gefördert.

J. P.: Jetzt verstehe ich. Sie beschreiben diesen Zusammenhang in dem Abschnitt von *Die Idee einer Kritischen Theorie* (1983) zu Emanzipation.

R. G.: Wenn ich sie recht verstanden haben, war das die ursprüngliche Absicht der Kritischen Theorie. Die Arbeiterbewegung war weder eine blinde Reaktion, sie war weder ein bloßer Ausdruck blinder aktivistischer Handlungswut noch stellte sie selbst eine kognitive Kritik verschiedener bürgerlicher Ideologien dar. Sie war sowohl das eine als auch das andere. Sie standen in einem Engelskreis. Das eine hat das andere gefördert und sollte auf das andere bezogen sein. Man hatte damals vermutet, dass es in einer guten Psychoanalyse ähnlich bestellt ist: dass die Änderung des Verhaltens der/des Patientin/-en mit der Veränderung der Selbstwahrnehmung zusammenhängt und das eine das andere fördert. Und man hat also diesen Begriff eines Bildungsprozesses oder eines Emanzipationsprozesses geformt. Die Kritik, so wie in der Psychoanalyse, läuft leer, wenn sie nicht mit dem, was sich faktisch abspielt, in Verbindung gebracht werden kann. So ist die Kritik in gewisser Weise inhaltsleer, sie greift nicht, wenn sie nur eine rein akademische Angelegenheit ist. Dies ist die eine Vorstellung, dass Kritik und Wirklichkeit immer aufeinander bezogen sein müssen und dass es letzten Endes um einen Handlungskontext geht. Der Bezug kann ganz indirekt sein, kann stark vermittelt sein, aber letztlich muss es einen Handlungskontext geben.

Die andere Vorstellung ist die utopische, dass die Gedanken frei sind und dass es für uns auch in Handlungskontexten wichtig ist, dass wir in der Lage sind, uns Gedanken zu machen, die über das hinausgehen, was wir in den Handlungsprozess einbringen können. Ich schwanke hin und her zwischen den beiden Vorstellungen: Zwischen der Vorstellung

einer immer wieder auf das Handeln zurückbezogenen Reflexion und einer über das, was machbar ist, hinausgehenden utopischen Vorstellung. Es ist mir bisher nicht gelungen, die beiden Sachen miteinander zu verbinden. [...]

Allerdings: Wenn man von dem Begriff eines Bildungsprozesses oder eines Emanzipationsprozesses ausgeht, gerade wenn man sagt, das Denken muss immer wieder auf das Handeln bezogen werden, dann kann im Zuge der Verwandlung der gedanklichen Vorstellung in die Handlung der Handlungsbegriff selbst erweitert werden. Was mir vorschwebt, ist, dass man diese beiden Seiten verbinden kann, insofern man sagt, heutzutage ist etwas utopisch, denn alles läuft wie bekannt ab. Aber wir wissen, dass utopische Vorstellungen plötzlich realistisch werden können, das heißt, Vorstellungen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht umsetzbar erscheinen, können unter anderen Bedingungen möglicherweise umgesetzt werden. Und zum Teil können sie gerade deswegen in die Wirklichkeit umgesetzt werden, weil die Menschen an ihnen festhalten.

(16.) J. P.: Und hätte die Philosophie da eine wichtige Rolle inne?

R. G.: Natürlich. Genauso wie die Dichtung, die Musik, das Theater und die Malerei.

J. P.: Man könnte geneigt sein, eine Priorität der Philosophie in der Ermöglichung eines solchen Prozesses zu formulieren.

R. G.: Nein, ich will nicht sagen, dass da die Philosophie den Vorrang hat. Ich sehe die Philosophie als ein sehr, sehr wichtiges Element des geistigen Lebens. Was das geistige Leben selbst angeht, ist es sehr schwer zu sagen, worum es sich da überhaupt handelt. Trotz der Tatsache, dass man das geistige Leben nicht definieren kann, wissen wir alle, dass es das gibt. Und wir wissen, dass Musik und auch Sport und alles Mögliche dazugehören. Das ist ein Teil der menschlichen Lebensform, etwas, das uns von den Tieren unterscheidet und das für uns sehr, sehr wichtig ist. Die Philosophie stellt einen Teil dieses Bereiches dar, ist aber in keiner Weise das einzige wichtige Element. Man darf etwa die Rolle der Musik in der Überwindung von rassistischen Vorstellungen in der angelsächsischen Welt nicht unterschätzen. Die Tatsache, dass Jazz und Blues auch von Weißen geschätzt werden konnten, war für den Abbau bestimmter Vorurteile sehr wichtig. In gewisser Weise war der Beitrag der Musik wichtiger als alles, was die Philosophie geleistet hat, und möglicherweise wichtiger als jeder Beitrag, den die Philosophie hätte leisten können. Ich will an der Wichtigkeit der Philosophie festhalten, ohne mir die Exklusivitätsansprüche der traditionellen Philosophie auf die Fahne zu schreiben.

(17.) J. P.: Abschließend möchte ich noch eine Frage zum Verhältnis von Realität und Ideologie stellen. Und zwar in dem Sinne, dass es eine Sache ist, Ideologie als einen sehr breiten Zusammenhang zu sehen, zum Beispiel als Eingriff in Bewusstseinsformen durch eine überzeugende Formulierung, und eine andere, die Möglichkeit zu sehen, Realität als etwas zu erkennen und von Ideologie zu unterscheiden. Grundsätzlich habe ich den Eindruck gewonnen, dass Sie diese Unterscheidung nicht aufrechterhalten wollen. Aber baut nicht Kritik, wie Christoph Menke (2010) in seiner Rezension zu *Philosophy and Real Politics* ausführt, auf dieser Unterscheidung auf?

R. G.: Wirklichkeit und Ideologie sind verschiedene Sichtweisen oder Darstellungsweisen und aus diesem Grund schließen sie sich nicht aus. Eine ideologische Theorie kann durchaus Wirklichkeit haben, insofern sie von Menschen angeeignet wird und sie ent-

sprechend handeln. Eine Wirklichkeit kann also durchaus ideologisch konstruiert sein. Zu sagen, es handelt sich um Wirklichkeit oder Ideologie – dabei handelt es sich nur um verschiedene Beschreibungsarten oder Abbildungsmodalitäten –, ist nicht dasselbe wie mit Äpfeln und Birnen, die zwei verschiedenen Gattungen zugehörig sind. Sie sind nicht ontologisch getrennt, sie sind verschiedene analytische Mittel, um mit unserer politischen Wirklichkeit fertig zu werden.

J. P.: Es könnte also durchaus sein, dass ein Phänomen, das verschiedene Menschen betrachten, beides ist.

R. G.: Natürlich. [...]

J. P.: Sie hatten erwähnt, Sie wollten in der Zukunft weiter zu Utopie arbeiten. Es wäre vielleicht auch interessant, herauszuarbeiten, inwieweit das Verständnis von Normativität in der Philosophie ein erhebliches Hindernis für eine reflektierte Einstellung, wie Sie sie beschrieben haben, ist. Dieses Verständnis der Normativität besagt, behaupte ich, dass eine klare Trennung zwischen ‚schlechter‘ Ideologie und ‚guter‘ Normativität möglich ist.

R. G.: [...] Wenn ich unbeschränkte Zeit und Energie hätte, würde ich eine Genealogie der Normativität schreiben. Das würde sich lohnen. Ich kann mich immer noch an eine Zeit erinnern, in der es noch keinen Begriff der Normativität gab. In den 1960er Jahren hat man von Normen und von ‚normativ‘ gesprochen, aber Normativität als einheitlicher Begriff ist eine Bildung der 1980er Jahre. Es würde sich sehr lohnen, die Geschichte dieser Begriffsbildung zurückzuverfolgen, zu sehen, wie sich der Begriff der Normativität überhaupt etabliert hat, als etwas, das eine Sinneseinheit und einen Schlüsselbegriff der zeitgenössischen Philosophie darstellt.

Literatur

- Adorno, Theodor W., 1951: *Minima Moralia*. Reflexionen aus dem beschädigten Leben, Frankfurt (Main).
- Geuss, Raymond, 1981: *The Idea of a Critical Theory*. Habermas and the Frankfurt School, Cambridge.
- Geuss, Raymond, 1983: *Die Idee einer Kritischen Theorie*, Königstein (Taunus).
- Geuss, Raymond, 1998: *Freiheit im Liberalismus und bei Marx*. In: Julian Nida-Rümelin / Wilhelm Vossekühl (Hg.), *Ethische und Politische Freiheit*, Berlin, 114–128.
- Geuss, Raymond, 2001: *History and Illusion in Politics*, Cambridge.
- Geuss, Raymond, 2004: *Dialectics and the Revolutionary Impulse*. In: Fred Rush (Hg.), *The Cambridge Companion to Critical Theory*, Cambridge, 103–138.
- Geuss, Raymond, 2005: *Outside Ethics*, Princeton / Oxford.
- Geuss, Raymond, 2008a: *Philosophy and Real Politics*, Princeton / Oxford.
- Geuss, Raymond, 2008b: *Blair, Rubbish and the Demons of Noontime*. In: *Redescriptions* 12, 232–243.
- Geuss, Raymond, 2009: *Bürgerliche Philosophie und der Begriff der ‚Kritik‘*. In: Rahel Jaeggi / Tilo Wesche (Hg.), *Was ist Kritik?*, Frankfurt (Main), 165–192.
- Geuss, Raymond, 2010: *Realismus, Wunschdenken, Utopie*. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 58, 419–429.
- Geuss, Raymond, 2011: *Kritik der politischen Philosophie*. Eine Streitschrift, Hamburg.
- Menke, Christoph / Kern, Andrea, 2004 (Hg.): *Raymond Geuss: Glück und Politik*. Potsdamer Vorlesungen. Band 24 der Vorlesungsreihe des Menschenrechtszentrums der Universität Potsdam, Berlin.
- Menke, Christoph, 2010: *Weder Rawls noch Adorno? Raymond Geuss' Programm einer ‚realistischen‘ Philosophie*. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 58, 445–455.

Befragende Kritik

Eine Replik auf die Replik

*Oliver Flügel-Martinsen**

Nachdem mein in der *Zeitschrift für Politische Theorie* (ZPTh) erschienener Artikel über die *Normativität von Kritik* (vgl. Flügel-Martinsen 2010), der leider in vielen Punkten recht skizzenhaft geblieben ist, bereits auf *theorieblog.de* kritisch diskutiert wurde,¹ und ich dort die Gelegenheit hatte, auf die vorgebrachten Kritiken zu reagieren,² liegt nun in Form des Beitrags von Jens Olesen und Grischa Schwiegk eine Replik auf meinen Artikel in der ZPTh selbst vor. Freundlicherweise gibt mir die Redaktion die Gelegenheit, auch zu diesem Kommentar Stellung zu nehmen. Bereits den auf *theorieblog.de* formulierten Kritiken und nun noch einmal Olesens und Schwiegks Einwänden verdanke ich klare Hinweise darauf, wie viel mehr über das weite und komplexe Feld der Kritik und ihrer möglichen Normativität gesagt werden müsste, um die von mir vertretene Position auch nur halbwegs plausibel darlegen zu können. Das wird mir auch an dieser Stelle nicht möglich sein, aber ich möchte zumindest versuchen, auf die kritischen Einwände von Olesen und Schwiegk zu reagieren. Dabei sollen die Hintergründe meiner Überlegungen noch einmal klarer hervortreten und es soll zudem markiert werden, in welche Richtungen weiter argumentiert werden müsste.³

Vor allem aber scheint es mir wichtig zu sein, das Kampffeld und das Ziel genauer zu benennen, vor deren Hintergrund meine Überlegungen zu verorten sind; beides habe ich in dem ursprünglichen Artikel, von wenigen Andeutungen abgesehen, weitgehend im Dunkeln gelassen. Die Replik von Olesen und Schwiegk sowie auch bereits die Kritiken an meinem Vorschlag, die auf *theorieblog.de* formuliert wurden, verweisen auf eine bestimmte Situation, die nach meinem Eindruck heute die Entwicklung kritischer Theorie kennzeichnet. In der sozialwissenschaftlichen und philosophischen Debatte um ein angemessenes Verständnis von Kritik ist seit einiger Zeit die Dominanz – ja vielleicht kommt

* PD Dr. phil. Oliver Flügel-Martinsen, Universität Bielefeld
Kontakt: oliver.fluegel-martinsen@uni-bielefeld.de

1 <http://www.theorieblog.de/index.php/2011/06/messen-befragen-befreien-oliver-fluegel-martinsens-zpht-artikel-in-der-diskussion/>, 20.03.2012.

2 <http://www.theorieblog.de/index.php/2011/07/4021/>, 20.03.2012.

3 Im Hintergrund stehen dabei meine Überlegungen zu einer kritischen Hermeneutik der Befragung, die ich in den vergangenen Jahren an verschiedenen Orten ausgeführt habe (vgl. vor allem Flügel-Martinsen 2008a: 209-227; 2008b: 28-32 und 219-264; sowie 2011) Einen Versuch der Bündelung dieser Überlegungen verfolge ich derzeit unter dem Arbeitstitel *Negative Kritik*.

man nicht umhin zu sagen die Hegemonie – einer bestimmten Familie der Gesellschaftskritik zu bemerken. Im Anschluss an Überlegungen von Jürgen Habermas auf der einen und, häufig gepaart, von John Rawls auf der anderen Seite, wird Kritik gegenwärtig stets mit dem Erfordernis konfrontiert, konstruktive Vorschläge zu formulieren. Kurioserweise haben sich mit Rawls und Habermas zwei in dieser entscheidenden Hinsicht eng verwandte Positionen quasi-hegemonial etablieren können, die von einer radikalen Gesellschaftskritik gerade absehen, und sich zuvorderst auf eine eher korrektive Kritik an bestimmten Zügen des bestehenden institutionellen und normativen Gefüges konzentrieren. Worum es mir angesichts dieser Situation geht, lässt sich am besten vielleicht mit der Aufgabe einer Verteidigung negativer Kritik umschreiben.

In Olesens und Schwiegks kritischem Kommentar tauchen zahlreiche Signal-Argumente auf, die nach meinem Eindruck auf die Überzeugung verweisen, dass die im Anschluss an Rawls und Habermas formulierte Verpflichtung auf Konstruktivität untrennbar zur Kritik selbst gehört – aus konzeptionellen und aus normativen Gründen. Olesen und Schwiegk wenden so gegen meinen Vorschlag einer befragenden Kritik, die negativ verfährt, einerseits ein, dass sich eine solche Position konzeptionell nicht halten lasse, indem sie angeblich bereits intern auf die Notwendigkeit konstruktiver Dimensionen verweise (vgl. etwa Olesen/Schwiegk 2011: 219 ff.); andererseits erheben sie einen bekannten moralisierenden Einwand, indem sie kurzerhand behaupten, eine bloß negative Kritik sei verantwortungslos (vgl. ebd: 221 f.). Auf diese und andere Einwände von Olesen und Schwiegk werde ich eingehen, indem ich noch einmal an die andere, die negative Kritikform erinnere, deren Familie sich auch die von mir vertretene befragende Kritik zurechnet. Auf Olesens und Schwiegks zentrales Monitum komme ich dabei insofern direkt zu sprechen, als es mir darum geht, die Stellung der negativen Kritik zum Konstruktivitätsgebot deutlich zu machen.

Bevor ich das tue, ist aber noch eine klarstellende Bemerkung zum Status und zur Reichweite der Interpretationen ideengeschichtlicher Texte innerhalb meiner Argumentation erforderlich, da Olesen und Schwiegk mit Blick auf Augustinus einwenden, dieser habe keineswegs eine realistische, sondern vielmehr selbst eine normative, auf die christliche Dogmatik gestützte Position vertreten (vgl. ebd: 219 f.). Das ziehe ich innerhalb meiner Interpretation gar nicht in Zweifel, im Grunde genommen sage ich dazu nichts – und muss es auch nicht, da ich weder im Falle Augustinus' noch in dem Machiavellis oder Spinozas einen Deutungsvorschlag ihres Denkens insgesamt unterbreite, sondern allein einzelnen realistischen Argumentationssträngen mit kritischem Potential in ihren Schriften nachspüre. Lediglich diese herauszuarbeiten war das Ziel der ideengeschichtlichen Stippvisiten bei diesen drei Autoren, nicht aber eine verschiebende Deutung ihres Denkens im Ganzen.

Nun zur negativen Kritik: In der Philosophie des 20. Jahrhunderts haben sich unabhängig voneinander, aber in allen Fällen unter mehr oder weniger deutlicher Bezugnahme auf Nietzsche, drei wichtige Formen negativer Kritik entwickelt. Erstens die negative Dialektik Adornos (vgl. Adorno 1997a), an die heute zwar in konzeptioneller Hinsicht kaum mehr angeschlossen wird,⁴ die aber in ihrer beharrlichen Unnachgiebigkeit, sich Konstruktivitätsgeboten zu beugen, für Versuche negativer Kritik nach meinem Dafürhalten eine große Inspi-

4 Honneth hat anlässlich der Adorno-Konferenz 2003 bereits darauf hingewiesen, dass sich heute weder in der Philosophie noch in den Sozialwissenschaften wesentliche konzeptionelle Bezugnahmen auf Adorno finden (vgl. Honneth 2005: 8 f.). Daran hat sich auch in der vergangenen Dekade kaum etwas geändert.

rationskraft besitzen dürfte. Zweitens die genealogischen und diskurstheoretischen Befragungen Michel Foucaults, die ich in meinen Artikel explizit als eine wichtige Referenz für meine Bemühungen um eine befragende Kritik genannt habe. Drittens schließlich die Deonstruktion Derridas, deren Bewegung selbst eine befragende Kritik ist (vgl. Flügel-Martinsen 2011: 101–134). In der Philosophie der Gegenwart ist zudem an Raymond Geuss' Überlegungen zu einem negativ-kritischen politischen Realismus zu denken (vgl. Geuss 2011; für die Zurückweisung des Konstruktivitätsgebots vor allem 129 f.).⁵

Es ist hier leider nicht der Ort, das Anregungspotential dieser verschiedenen Positionen für die Idee negativer Kritik zu untersuchen. Auch wenn auf eine solche Einzelexegese verzichtet werden muss, lassen sich aber vor dem Hintergrund von Überlegungen der genannten Autoren zwei Argumente für eine negative, befragende Kritik gewinnen. Erstens ist zu unterstreichen, dass Kritik, anders als es Olesens und Schwiegks Verantwortungslosigkeits- einwand Glauben machen möchte, sich keineswegs auf eine konstruktive oder positive Dimension verpflichten muss. Sowohl bei Adorno als auch später bei Geuss findet sich ein starkes Argument dafür, das Konstruktivitätsgebot entschieden zurückzuweisen: Indem Kritik auf die Konstruktivität verpflichtet wird, wird sie, wie Adorno festhält, „von vornherein gezähmt und um ihre Vehemenz gebracht“ (Adorno 1997b: 792) – in diesem Fall nämlich könnte man, wie sich Adornos Eindruck mit Geuss verstärken lässt, nur noch dann kritisieren, „wenn man eine positive Alternative [...] parat hat“ (Geuss 2011: 129). Diesen Eindruck teile ich mit der von mir vertretenen befragenden Kritik nachdrücklich und weise deshalb Olesens und Schwiegks Verantwortlichkeitsargument entschieden zurück: Diese Sorte von Argument ist dazu angetan, der Kritik *a limine* den Stachel zu ziehen. Es ist zwar richtig, wenn Olesen und Schwiegk notieren, dass in politischen und theoretischen Debatten immer wieder auch konkrete Vorschläge auftauchen (vgl. Olesen/Schwiegk 2011: 221 f.), aber daraus folgt weder, dass alle Formen theoretischer Reflexion auf Lösungssuchen verpflichtet werden müssen, wie es das Verantwortungslosigkeitsargument nahelegt, noch dass Kritiken, die sich nicht mit konkreten Vorschlägen beteiligen, wirkungslos bleiben. Nicht alles Denken des Politischen muss die Form einer Ingenieurwissenschaft der Politik, die den richtigen Konstruktionen nachsinnt, annehmen, um wichtige Beiträge zum öffentlichen Streit über die Formen unseres Zusammenlebens leisten zu können. Zuweilen können es gerade negative Kritiken sein, die eine bestehende Praxis, eine gegebene Institution oder eine herrschende Wertordnung durch eine rückhaltlose Befragung ins Wanken bringen und so emanzipatorisch Einfluss nehmen.

Zweitens verhält es sich nach meinem Dafürhalten gerade nicht so, wie Olesen und Schwiegk es unterstellen, dass die negative Kritik zwangsläufig auf konstruktive Dimensionen verweist. Im Gegenteil scheint es mir angesichts einer umfassenden normativen und epistemischen Ungewissheit gerade so, dass der befragende Weg zur *via regia* einer Kritik wird, die sich selbst aus guten Gründen nicht mehr zutraut, auf Gewissheit dort zu setzen, wo sie mit Ungewissheit zurechtzukommen lernen muss. Versuche, positive Gehalte begründungstheoretisch einzufangen und abzusichern, laufen – wie sich im Anschluss an die negativen Kritikwege, die von Nietzsche zu Adorno, Foucault, Derrida und in manchen Hinsichten auch zu Geuss führen,⁶ sagen lässt – Gefahr, in einen theoretischen

5 Geuss bezeichnet übrigens den Rawls'schen Theorietypus im Ganzen, da er sich zu affirmativ positioniert und Machtphänomene ausblendet, als „Blindgänger“ (Geuss 2011: 128).

6 Bei Adorno, Foucault und Derrida liegen die Bezugnahmen zu Nietzsche auf der Hand; Geuss wendet in seiner Privatheitsstudie ebenfalls das Verfahren einer zersetzenden Genealogie auf die Unterscheidung des Privaten und des Öffentlichen an (vgl. Geuss 2002).

schen Dogmatismus zu münden. Zwar kann die Kritik dabei keine Position außerhalb des Kritisierten einnehmen, worauf Derrida verweist, wenn er etwa schreibt, dass die Befragung der Metaphysik nur von ihrem Inneren aus erfolgen kann (vgl. Derrida 2003: 202), dabei bleibt die Befragung aber dennoch rückhaltlos, unbedingt oder, mit Derrida gesprochen, dekonstruktiv in ihrer Bewegung. Der Verzicht auf einen externen Standpunkt ist geboten, weil er sich nicht begründen ließe, und er behindert die Kritik keineswegs, da die Begründungen selbst Risse aufweisen, die sie für eine Befragung von innen öffnen.

Das Konstruktivitätsgebot droht hingegen, die Kritik zwischen Affirmation und Dogmatismus preiszugeben. Die befragende Kritik versucht demgegenüber auf den Umstand eines umfassenden Pluralismus von Weltdeutungen in undogmatischer Weise zu reagieren, indem sie die verschiedenen Vorschläge kritisch beobachtet. Sie selbst wird dabei aber mitnichten dogmatisch, indem sie, wie ich dies getan habe, als unhintergebar bezeichnet wird. Die befragende Kritik stellt sich selbstreflexiv selbst zur Disposition, indem sie auch sich und ihren Status befragt und offen für Befragungen bleibt. Unhintergebar ist sie lediglich in dem Sinne, dass auch dieses Sich-selbst-Infragestellen notgedrungen die Form einer Befragung annimmt.

In diesem Zusammenhang ist auch nochmals eine Bemerkung zum Verhältnis von befragender Kritik und Normativität, das Olesen und Schwiegk verschiedentlich in den Blick nehmen, hilfreich: Die befragende Kritik ist nicht a-normativ. Das wäre sie nur, wenn man normativ mit präskriptiv gleichsetzt. Da dies aber tatsächlich in vielen Normativitätskonzeptionen der Fall ist, wäre es irreführend, einfach zu sagen, dass die befragende Kritik normativ ist. Sie hat vielmehr normative Wirkungen insofern, als sie bestehende normative Gefüge kritisch befragt und sie dadurch ins Schwanken bringen kann – etwa dann, wenn diese sich als dogmatisch oder repressiv erweisen mögen. Diese normativen Dimensionen der befragenden Kritik werden vor allem dann sichtbar, wenn sie von reinen Beschreibungen abgegrenzt wird: Ihr geht es nämlich nicht allein darum, etwas deskriptiv zu erfassen und sich dem Untersuchungsgegenstand gegenüber weitgehend neutral zu verhalten, sondern gerade darum, die untersuchten Institutionen, Normen und Praktiken kritisch zu durchleuchten. Um dies zu tun, ist keine konstruktive Gegenkonzeption und auch keine gleichsam positiv gefüllte Normativität erforderlich. Zur kritischen Befragung reicht die negative Annäherung durch den Aufweis von internen Widersprüchen, Exklusionen, Diskriminierungen et cetera aus.

Auf all diese Begriffe, die zweifelsohne normatives Gewicht haben, kann sich die befragende Kritik in einer negativen Lesart beziehen, verdankt sich die normative Stoßkraft ihrer Einwände doch schließlich der befragenden Bewegung selbst, ohne dass weitere Begründungen erforderlich wären. Ordnungen, die bestimmte Gruppen oder Individuen exkludieren, indem sie sie nicht oder nicht gleichberechtigt sprechen lassen, schließen sich und verhindern eine Befragung ihrer Berechtigung und ihrer Rechtfertigungspraxis. Mehr als diese sparsamen Annahmen sind nicht nötig, um solche Strukturen kritisch in den Blick zu nehmen.

Literatur

- Adorno, Theodor W., 1997a: Negative Dialektik. In: Ders., *Gesammelte Schriften* 6, Frankfurt (Main), 7–412.
- Adorno, Theodor W., 1997b: Kritik. In: Ders., *Gesammelte Schriften* 10.2, Frankfurt (Main), 785–793.

-
- Derrida, Jacques, 2003: Schurken, Frankfurt (Main).
- Flügel-Martinsen, Oliver, 2008a: Entzweiung. Die Normativität der Moderne, Baden-Baden.
- Flügel-Martinsen, Oliver, 2008b: Grundfragen politischer Philosophie. Eine Untersuchung der Diskurse über das Politische, Baden-Baden.
- Flügel-Martinsen, Oliver, 2010: Die Normativität von Kritik. Ein Minimalmodell. In: Zeitschrift für Politische Theorie 2, 139–154.
- Flügel-Martinsen, Oliver, 2011: Jenseits von Glauben und Wissen, Bielefeld.
- Geuss, Raymond, 2002: Privatheit. Eine Genealogie, Frankfurt (Main).
- Geuss, Raymond, 2011: Kritik der politischen Philosophie. Eine Streitschrift, Hamburg.
- Honneth, Axel, 2005: Vorbemerkung. In: Ders. (Hg.), Dialektik der Freiheit. Frankfurter Adorno-Konferenz 2003, Frankfurt (Main), 7–10.
- Olesen, Jens / Schwiegk, Grischa, 2011: Destruktion ohne Konstruktion? Replik zu *Die Normativität von Kritik*. In: Zeitschrift für Politische Theorie 2, 219–222.

Politische Theorie in Brasilien

Zwischen Normativismus und Empirie

Rainer Schmidt*

Brasilien ist heute in vielfacher Beziehung in die Weltgesellschaft integriert. Dies gilt natürlich für den Wissenschaftsbetrieb ebenso wie für Wirtschaft, Politik und Kultur. Die brasilianische Politikwissenschaft steht im Austausch vor allem mit den europäischen und amerikanischen Universitäten, wissenschaftlichen Diskursen und KollegInnen. Diese Wechselbeziehungen führen zwangsläufig zu einer Angleichung des Charakters der Wissenschaftslandschaft im internationalen Vergleich. Dies ist erst einmal eine für ausländische BeobachterInnen ‚enttäuschende‘ Botschaft, wenn sie glauben, dass es verborgene Traditionen der Politischen Theorie gäbe, die in Brasilien jahrzehntelang unter Ausschluss der internationalen Öffentlichkeit nun entdeckt werden könnten. In Brasilien wird John Rawls (Álvaro de Vita) genauso gelesen wie Jürgen Habermas (Marcos Nobre/Ricardo Terra), Georg Simmel (Leopoldo Waizbort), Max Weber (Gabriel Cohn), Niklas Luhmann (Marcelo Neves) und Pierre Bourdieu (Jessé Souza), um nur einige zu nennen. Nun, genauso gelesen ist doppeldeutig. Diese Autoren werden gelesen wie in Deutschland, ob sie allerdings genauso gedeutet werden wie in Deutschland oder den USA, ist eine andere Frage, die weit spannender ist und uns in den zweiten Teil führt, nämlich das Thema der spezifischen Problemstellungen Brasiliens als Teil der ‚Weltgesellschaft‘, als ‚periphere Moderne‘ (Marcelo Neves), als ‚post-kolonialer Staat‘ (Sérgio Costa), oder aus Sicht der empirischen Demokratietheorie als ‚illiberale Demokratie‘ (Peter Thiery).¹ Dazu kann

man vereinfachend sagen, dass die Politische Theorie in Brasilien in zwei Lager zerfällt. Auf der einen Seite (São Paulo) wird die Trennung zwischen empirischen und theoretischen Studien nur sehr schwach gezogen. Theorie greift in Empirie und Empirie greift in Theorie hinein. Der grundlegend interdisziplinäre Ansatz dieser Richtung erlaubt der Politischen Theorie, hier eine enge Verbindung zur Soziologie, Anthropologie, Philosophie und Rechtswissenschaft zu halten. In Rio de Janeiro und Belo Horizonte dagegen zeigt sich die in Europa und Nordamerika etablierte Trennung zwischen normativer politischer Theorie und empirisch-deskriptiver Theorie stärker.

Sprechen wir zuerst weniger von Politischer Theorie im engeren, sondern von politischem Denken im weiteren Sinne, dann sehen wir noch stärker distinkte brasilianische Themen und Traditionslinien, die auch heute noch relevant sind. Historisch gesehen gab es einige Differenzen, die sich zuerst um die Frage der Deutung Brasiliens und seiner nationalen Identität drehten (i), dann um die Frage der Unabhängigkeit und der internationalen Rolle Brasiliens (ii) und schließlich um die aktuellen Probleme von Demokratisierung, Partizipation und Repräsentation, Gewalt und sozialer Ungleichheit, was uns dann auch näher an das Thema Politische Theorie im engeren Sinne führt (iii).

Ad i: Ein hochspannender und interessanter Fundort für politische Theorien und die Frage, ob es ein politisches Denken in Brasilien gibt, sind die Klassiker der brasilianischen Soziologie: Sérgio Buarque de Holanda (1902–1982) (*Die Wurzeln Brasiliens*, 1936) und Gilberto Freyre (1900–1987) (*Herrenhaus und Sklavenhütte*, 1933), um nur die zwei in

Lateinamerika im Wandel, Baden-Baden, S. 11–40.

* Prof. Dr. Rainer Schmidt (DAAD), Martius-Lehrstuhl für Deutschland- und Europastudien an der Universität von São Paulo (USP)
Kontakt: catedra_martius@daad.org.br

1 Der Begriff der illiberalen Demokratie stammt von: Thiery, Peter, 2010: Perspektiven der Demokratie in Lateinamerika. In: Peter Birle (Hg.),

Deutschland am leichtesten zugänglich zu wählen. Beide Hauptwerke wurden ins Deutsche übersetzt. Diese Titel fügen sich in die Diskussion um die Identität Brasiliens, die zum Ende des 19. Jahrhunderts eine starke Tendenz hatte, ein harmonisches Zusammenleben zwischen den europäischen, primär portugiesischen, und den indianischen Ureinwohnern hervorzuheben. Dann folgte zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine kurze Phase der protofaschistischen Ideologie des weißen Brasiliens, um dann unter anderem mit Gilberto Freyre die Idee von Brasilien als *melting pot* stark zu machen. Die hohe Anzahl der auf die Zuckerrohrplantagen verschleppten Afrikaner, die wenn auch stark dezimierte Zahl der Indianer, die asiatischen (vor allem aus Japan um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert) und natürlich die Vielzahl von europäischen Einwanderern, vor allem aus Italien und Portugal, aber auch aus Deutschland, machte eine Identitätsdebatte in den 1930er und 1940er Jahren unvermeidbar und schwierig zugleich. Hier boten Freyre und Holanda jeweils eigene Lösungen an. Freyre zeichnete auf der Basis einer Analyse der Zuckerrohrplantagen im Nordosten Brasiliens mit Blick vor allem auf die Schwarzen im Sozialgefüge dieser spezifischen Lebenswelt das Bild einer harmonischen Gesellschaft, die ihre scharfen Gegensätze nicht in Konflikte kulminieren lässt, sondern ausbalanciert. Brasilien sei das Land, in dem die Mischung der ‚Rassen‘ und Ethnien und deren Zusammenleben eine ideale Form angenommen habe, was Brasilien zum Vorbild für alle multiethnischen und multikulturellen Staaten machen könne. Die vielen Mischehen werden ihm zum Symbol dieses Brazilianismus, der die Gegensätze aufhebt. Dies vor allem im Vergleich zum Baumwollanbauenden nordamerikanischen Süden, wo die Trennung zwischen Schwarz und Weiß viel rigider war trotz einer vergleichbaren Wirtschafts- und Sozialstruktur. Holanda dagegen fragt nach den Möglichkeiten einer demokratischen Regierung in Brasilien und beschäftigt sich mehr mit den portugiesischen Vorfahren. Er sieht einige Probleme in einem weit verbreiteten Individualismus und spekuliert, an Weber geschult, darüber, ob sich Brasilien eine mit Europa vergleichbare Arbeitsethik anlegen werde.

Ad ii: Darauf folgte eine andere Debatte, die sich mit der Frage beschäftigte, welchen Status Brasilien durch die Unabhängigkeit gewonnen hat: Freiheit oder Abhängigkeit. Hier konkurrierten liberale Theorien, die die Eingliederung Brasiliens in die Weltwirtschaft als Befreiung aus merkantilistischen Zwängen deutete mit der Dependenztheorie, der neomarxistischen Gegenthese. Ihr zufolge sei der Übergang aus einem relativ schwachen Abhängigkeitsverhältnis zu Zeiten des Kolonialismus (Portugal) zu einer weit gravierenderen

Abhängigkeit von einem starken Akteur (Großbritannien) erfolgt, der von der Unterentwicklung profitiert, um billige Rohstoffe zu beziehen. Von relativ schwacher politischer Abhängigkeit sei man in eine starke ökonomische Abhängigkeit geraten. Der spätere Präsident und ehemalige Soziologe der Universität von São Paulo, Fernando Henrique Cardoso (Präsident von 1995–2002) war in den 1970er Jahren ein Vertreter dieser These.

Ad iii: Seit der jüngsten Verfassungsrevolution in den Jahren 1985–1988 stellen sich andere Probleme, die von der Politischen Theorie in drei großen Themenkomplexen aufgegriffen werden: soziale Ungleichheit und Verteilungsgerechtigkeit beziehungsweise Auf- und Umbau des Sozialstaats, Demokratisierung, Partizipation und Einrichtung einer Zivilgesellschaft sowie das Thema der Gewalt und Gewaltbekämpfung.

Für die Gerechtigkeitstheorien (Álvaro de Vita) sind die Theorieangebote von John Rawls von zentraler Bedeutung, wo es um empirisch anschlussfähige normative Theoriebildung geht. Hier werden die liberalen Traditionen der Gerechtigkeitstheorie diskutiert, vor allem unter dem Gesichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit. Dies ist keineswegs selbstverständlich, ist doch die Rezeption des liberalen Denkens in Brasilien eher zögernd erfolgt. Einen starken politisch organisierten und gesellschaftlich wirksamen Liberalismus gibt es nicht, eher Schwundstufen eines Wirtschaftsliberalismus.

Für die Demokratietheorie ist Jürgen Habermas von besonderem Interesse. Durch die ohnehin starke Rezeption der Kritischen Theorie (Barbara Freytag und die oben schon genannten Ricardo Terra und Marcos Nobre), vor allem Walter Benjamin und Theodor W. Adorno (auch in der Literaturwissenschaft), kommt Habermas sowie der jüngsten Generation der Kritischen Theorie mit Axel Honneth und Rainer Forst eine besondere Bedeutung zu. An Habermas interessieren vor allem die Kritik am Liberalismus und die Betonung der Zivilgesellschaft. Die Demokratietheorie von Jürgen Habermas reicht auch in die Rechtswissenschaft und die Konstitutionalismus-Debatte hinein, wo es um die Rolle des Verfassungsgerichts geht. Brasilien hat ein Verfassungsgericht, das seine Rolle erst noch finden muss (Conrado Huebner Mendes). Die bedingungslose Öffentlichkeit, der sich die RichterInnen unterwerfen müssen, führt tendenziell zu einer Selbstdarstellung der einzelnen RichterInnen und nicht zur Entwicklung einer institutionellen Identität als Gericht (Afonso da Silva/Rainer Schmidt).

In Brasilien sind unter dem Gesichtspunkt der Partizipation und des Aufbaus einer Zivilgesellschaft vor allem Adrian Gurza-Lavalle und Leonardo Avritzer zu nennen. In deren Forschung überschneiden

sich wieder empirische und normative Demokratietheorie auf sehr produktive Weise, die in der Forschungsarbeit des Cebrap (Centro brasileiro de Análise e Planejamento, São Paulo) zum Ausdruck kommt, das genau für die oben angedeutete Verbindung von politischer Theorie und empirischer Forschung steht. Forschungen zur politischen Partizipation können sich auf ein sehr experimentierfreudiges gesellschaftliches Umfeld stützen. Seit den 1990er Jahren sind Gemeinden, insbesondere im Süden Brasiliens mit Porto Alegre als Zentrum, zu wahren Laboratorien der lokalen Bürgerbeteiligung vor allem auch unter dem Gesichtspunkt der Selbstverwaltung der Finanzhaushalte geworden. Als Theorieangebot wird hier auch das Konzept Gegen-Demokratie von Pierre Rosanvallon (*contre-démocratie*) genutzt. Aber auch in anderen Bereichen wird sehr kreativ gearbeitet: alternative Währungen in den Favelas und der Umbau des Sozialstaats mit einem auf die Familien, genauer auf die Mütter gestützten Alimentierungssystem, das gleichzeitig zur Integration ins Bildungs- und Gesundheitssystem auffordert. Theorieangeleitete Reflexionen mit stark empirischer Ausrichtung finden sich unter anderem bei Alessandro Pinzani.

Aber auch die italienische Schule von Antonio Gramsci und Norberto Bobbio ist stark vertreten. Vor allem antiminimalistische Theorien der Demokratie mit stark normativem Anspruch werden rezipiert.

Es sollte auch nicht vergessen werden, dass sich die Ideengeschichte eines großen Interesses und einer ungebrochenen Wertschätzung erfreut, was zum Beispiel in der breiten Rezeption des Republikanismus zum Ausdruck kommt (Cicero Araujo).

Wenn die eigene Rolle reflektiert wird, dies auch mit Blick auf die eigene brasilianische Tradition der Soziologie und mit Blick auf die Rezeption des europäischen und nordamerikanischen Denkens, fehlt es nicht an Selbstkritik, dass die brasilianische politische Theorie über das Stadium der Rezeption nicht hinausgekommen ist. Zudem stellt sich dann auch immer die Frage, ob die rezipierten Ideen aus ihrem gesellschaftlichen Kontext gelöst werden dürfen, was wiederum das oben angeschnittene Thema berührt, ob und in welcher Form Brasilien Teil der westlichen Kulturgesellschaft ist. Was können zum Beispiel Habermas' Ideen der deliberativen Demokratie mit einem solch anspruchsvollen Konzept der Zivilgesellschaft ausrichten, wenn die von Habermas geforderte „entgegenkommende politische Kultur“ eben nicht entgegenkommend, sondern eine sehr wi-

derständige ist. Bräuchte man da nicht eher Theorien des Neopopulismus, um solche Phänomene jenseits der Transition in Südamerika generell zu erklären, wie die immer wieder sehr stark personalisierten Herrschaftsbeziehungen? Ansätze zu einer neuen Form der Reflexion bieten Sergio Costa und Leonardo Avritzer. Unter dem Stichwort des Postkolonialismus erfolgt eine Analyse des Lokalen und Globalen in einer Theorie der Zivilgesellschaft. Aus ganz anderer Perspektive (Niklas Luhmann) wird die Rolle Brasiliens als Teil der peripheren Moderne gedeutet (Marcelo Neves/Jessé Souza).

Generell sind Reflexionen gefragt und werden umfassend angestellt über die soziomoralischen und institutionellen Voraussetzungen in einer Gesellschaft der Ungleichheit und der massiven Disparitäten (zwischen Nord und Süd, zwischen Küste und Hinterland, Arm und Reich, Weiß und Schwarz et cetera). Von daher findet auch Axel Honneths Theorie der Anerkennung großes Interesse ebenso wie das Polyarchie-Modell von Dahl. Auch zu nennen ist Sergio Adorno mit Studien über Gewalt, in denen er unter anderem empirische Studien zum Gerichtswesen verbunden hat mit Theorien zur sozialen Gerechtigkeit und sich nach der Angemessenheit von Institutionen fragt, die auf einem abstrakten Begriff von Gleichheit basieren, während in der alltäglichen Praxis der Gerichte die soziale Ungleichheit reproduziert wird.

Auf die Ergänzung durch eine ausführliche Literaturliste wird hier verzichtet. Alle genannten brasilianischen AutorInnen sind mit ihren Forschungen leicht zugänglich. Seit Jahrzehnten hat Brasilien ein übersichtliches und einheitliches System eingerichtet, die sogenannte Lattes-Plattform. Hier sind alle wissenschaftlich Aktiven registriert und ihre Forschungsprojekte, Vorträge und Veröffentlichungen sind leicht zugänglich. Eine einfache Suchmaske führt durch die Angaben: <http://buscatextual.cnpq.br/buscatextual/busca.do?metodo=apresentar>; gibt man diese Adresse ein, erscheint ein Feld, in dem man nur noch den gesuchten Namen eingeben muss (buscar por/suche nach).

Wer der portugiesischen Sprache mächtig ist, kann sich mit einem Blick in drei der wichtigsten Fachzeitschriften im Gebiet der Sozial- und Politikwissenschaft einen eigenen Eindruck verschaffen: *Novos Estudos* (Zeitschrift des oben schon genannten Cebrap), *Lua Nova*, *Dados*. Das Cebrap selber findet man unter dem link: www.cebrap.org.br

Gegen die Verzweiflung anzudenken ist eine Verpflichtung – Habermas und der Marxismus

Tagung *Habermas und der Historische Materialismus*,
Bergische Universität Wuppertal, 23.–25. März 2012

Jürgen Förster*

Eine Tagung heute *Habermas und der Historische Materialismus* zu nennen, birgt das Risiko, dass es lediglich um Historisierung und Rekonstruktion des Habermas'schen Werks und nicht um aktuelle Debatten kritischer Gesellschaftsanalysen gehen könne. Der von *Smail Rapic* vom Philosophischen Seminar der Bergischen Universität Wuppertal konzipierten Tagung gelang es, dieses Risiko zu meiden und den Spagat zwischen Rekonstruktion und Aktualität zu leisten. Auch Habermas selbst sah diese Gefahr und wies darauf hin, dass er zunächst zögerte, an der Tagung teilzunehmen. Er befürchtete, seiner eigenen Historisierung beizuwohnen. Dadurch, dass er zudem jeden Vortrag kommentierte, geriet er immer wieder in die Gefahr der Selbsthistorisierung, die er nur durch Ironisierung der eigenen Rolle umgehen konnte. Selbsthistorisierung sei für ihn das Schlimmste. Er wolle lieber etwas lernen und über gesellschaftliche Probleme diskutieren, das sei seine Erwartung und Hoffnung an die Tagung.

Wenn man nach einem roten Faden sucht, der sich neben dem Bezug auf den Historischen Materialismus durch die Tagung zog, dann war dies das Problem, wie

man eine universalistische normative Gesellschaftstheorie mit einer kontextualistischen empirischen Forschung verbindet. Habermas bemerkte mehrmals, dass das Kölner Max-Planck-Institut – vor allem in den Arbeiten von Wolfgang Streeck und Fritz Scharpf – in vorbildlicher Weise demonstrierte, wie dies gelingen könne. Wenn es heute eine produktive Fortführung des Marx'schen Denkens gäbe, dann wäre es am ehesten in diesen Arbeiten repräsentiert.

Die Tagung gliederte sich in vier Themenblöcke: 1. *Habermas' kommunikationstheoretische Wende und das Erbe des Historischen Materialismus*; 2. *Ökonomie und Politik*; 3. *Moralbewusstsein und Recht*; 4. *Die Selbstverständigung der Moderne*. Leider blieb der Tagungsschwerpunkt *Moralbewusstsein und Recht* unbearbeitet, da Klaus Günther und Hans-Christoph Schmidt am Busch kurzfristig absagen mussten und *Regina Kreide* das Thema ihres Beitrags geändert hatte.

Kreide sprach nicht über das evolutionäre Verhältnis von Rechtsentwicklung und die Stufen des Moralbewusstseins, sondern untersuchte die Analyseschärfe der Kolonialisierungsthese, indem sie auf vier alte und neue Phänomene der Kolonialisierung hinwies. Sie knüpfte damit an ihre jüngeren Arbeiten an, in denen sie die Widersprüchlich-

* Dr. phil. Jürgen Förster, RWTH Aachen
Kontakt: Juergen.Foerster@ipw.rwth-aachen.de

keiten und Paradoxien globaler und transnationaler Prozesse analysiert hatte. Sie teile mit den VertreterInnen der Postdemokratietheorie, dass Demokratie heute keine Selbstverständlichkeit mehr sei und dass das institutionelle Arrangement kein ausreichendes Kriterium biete, um die Lebendigkeit des demokratischen Prozesses zu beurteilen. Neoliberale Maximen dringen selbst in der gegenwärtigen Krise immer tiefer in gesellschaftliche Bereiche. Der Markt unterwerfe fortwährend neue Bereiche seinem Diktat. Die Schere zwischen Regelungsanforderungen und Regelungskompetenzen der nationalen Parlamente klappe immer weiter auseinander. Kreide fragte, ob es eine Transformation der Demokratie geben könne, die selbst demokratisch verlaufe. Unklar blieb jedoch, wie die Frage gemeint war. Gibt es doch zwei mögliche Lesarten: Einmal könnte negativ gemeint sein, ob sich die Demokratie mit demokratischen Mitteln abschaffen könne, oder sie könnte positiv danach fragen, ob es ein demokratisches Potenzial gäbe, das in der Lage sei, die Demokratie auf eine neue Stufe zu heben. Das anschließende Bekenntnis zur evolutionären Fortschrittsidee, wie sie Habermas formuliert hat, lässt jedoch auf die zweite Deutung schließen.

Um die hochgradig ambivalenten Prozesse darzustellen, untersuchte Kreide zunächst die ökonomische *und* emotionale Ausbeutung am Beispiel der Monetarisierung der Haushalts- und Kinderbetreuung durch Migrantinnen, die meist rechtlos und unsichtbar ihre Arbeit verrichten, da sie nicht über die nötigen Papiere verfügen. Abgeschnitten von ihren eigenen Familien seien die Frauen gezwungen, um ihre Arbeit verrichten zu können, eine fürsorgliche, emotionale Beziehung zu der fremden Familie aufzubauen. Sie erbringen besonders in pflegerischen und erzieherischen Bereichen einen emotionalen Mehrwert, der durch Geld nicht aufgewogen beziehungsweise bemessen werden könne. Die emotionale Ausbeutung führe zwangsläufig zu neuen Formen der Entfremdung und der rechtliche (Arbeits-)Schutz greife hier nicht, weil diese

Frauen für das Recht unsichtbar seien. Als zweites Phänomen diskutierte Kreide die kulturelle Monetarisierung am Beispiel der Privatisierung der Wasserwirtschaft, die mit dem Menschenrecht auf sauberes Wasser in Konflikt gerate und zunehmend gut funktionierende lokale Strukturen der Wasserversorgung zerstöre (vgl. Bleisch/Kreide 2007). Als drittes Phänomen wies Kreide auf die neuen Formen der bürokratischen und sozialen Überwachung in der „Aktivierungsgesellschaft“ (Lessenich 2009) durch elektronische Vernetzung hin. In der Aktivierungsgesellschaft werde jeder dazu angehalten, sich eigenverantwortlich markttauglich zu machen. Jeder müsse selbst dafür sorgen, sich in den Markt zu integrieren. Jeder müsse flexibel, mobil und kreativ sein. Jeder müsse immer bereit sein, die Initiative zu ergreifen und aktiv sein Leben zu gestalten, sodass es sich vermarkten lasse. Durch die Betonung der Eigenverantwortung werde das Scheitern damit automatisch zum eigenen Verschulden. Bei aller Individualisierung und Aktivierung habe die überwachende, verwaltende und regulierende Funktion des Staates aber nicht ab- sondern eher zugenommen. Der Staat sei beispielsweise durch die Koppelung von Datenbanken oder durch direkte Kontrollen von Arbeitslosen und BezieherInnen von Arbeitslosengeld II präsenter denn je. Als viertes Phänomen beschrieb Kreide Formen der entpolitizierenden transnationalen Verrechtlichung am Beispiel der *lex mercatoria*, die zu einem entformalisierten Privatrecht führe, das an den Parlamenten vorbei neue Standards setze. Letztlich führe die transnationale Verrechtlichung zu einer Entrechtlichung, weil die Akteure der Rechtsetzung nicht demokratisch legitimiert seien, sodass sich diejenigen, die von Gesetzen betroffen sind, keineswegs als AutorInnen dieser Gesetze verstehen können. Damit werde die demokratische Autonomie zerstört. Alle vier Phänomene führen zu Handlungsblockaden und bedrohen beziehungsweise zerstören gewachsene Strukturen der jeweiligen Lebenswelten in den Nationalstaaten, ohne dass es auf den neuen

Ebenen adäquaten Ersatz gäbe. Es gehe darum, über neue Formen und Strategien der Institutionalisierung kommunikativer Macht nachzudenken. Denn entgegen der Auffassung von VertreterInnen der Postdemokratie ist Kreide der Ansicht, dass es institutioneller Arrangements bedürfe, wenn Demokratie rechtsstaatlich organisiert sein soll.

Einen besonderen Reiz erhielt die Tagung durch die Teilnahme des langjährigen Freundes und Weggefährten von Habermas *Karl-Otto Apel* und der langjährigen Freundin und Kritikerin *Agnes Heller*. In deren Gespräch zeigte sich, dass die Leidenschaft des Denkens kein Alter kennt und dass Solidarität und Freundschaft die Differenz und den Widerspruch verträgt und vielleicht sogar fordert. Apel formulierte zwar keine neuen Erkenntnisse, beeindruckte aber durch seine Beharrlichkeit und Streitbarkeit. Er sei wohl ein pedantischer Philosoph. So positionierte er erneut seinen Ansatz der Transzendentalpragmatik als das dritte Paradigma der Ersten Philosophie und monierte, dass Habermas die strengen Forderungen der Begründung aufgeweicht habe. Darüber hinaus verkenne Habermas die fundamentale Dimension des vierten Geltungsanspruchs, der bei ihm lediglich Verständlichkeit bedeute und so empiristisch trivialisiert würde. Dieser betreffe aber die grundlegende Reflexion auf die Sinnhaftigkeit der Rede, in der über Sinn und Unsinn – also Vernunft und Unvernunft – der Rede entschieden werden muss.

Heller kritisierte von der entgegengesetzten Position, wenn sie bemerkte, dass Habermas einer philosophischen Mode – dem *linguistic turn* – aufgesessen sei, und die Betonung des Konsenses Pluralität und Kontingenz keine große Bedeutung zumesse, sodass seine Analyse der Lebenswelt phänomenologisch unterkomplex bleibe. Sie plädierte für eine Philosophie, die sich ihres persönlichen Ausdrucks, ihres literarischen Gehalts und ihrer Erfahrungsabhängigkeit beziehungsweise ihres Wertbezugs bewusst ist. Begründung und Überzeugung seien nicht die wesentlichen Aufgaben der Philosophie; sie könne nur um Zustimmung bit-

ten, diese keinesfalls argumentativ erzwingen. Habermas betonte in seiner Entgegnung zunächst seine Bewunderung des Mutes und des politischen Engagements Hellers, mit der er sich in politischen Fragen zumeist einig sei. Philosophisch konstatierte er aber einen Dissens. Ihre Emphase für die Heidegger'sche Daseinsanalyse könne er nicht teilen. Habermas verstehe nicht, warum sie in ihrer Zeit in Amerika unter postmodernen Einfluss geraten sei, der sie dazu verleite, eine überzeichnete Kritik des Universalismus mitzutragen. Insofern sei sie, wie Rorty, auf eine hoffnungslose und erschreckende Weise Kontextualistin. Leider zog Habermas aus diesen über Jahrzehnte geführten Diskussionen und Verständigungsschwierigkeiten keine Rückschlüsse für sein auf Verständigung und Konsens angelegtes Theorieprogramm. Sicherlich mögen wir als kommunikative Wesen verständigungsorientiert sein und den Konsens suchen, gleichwohl scheint der zwanglose Zwang des besseren Arguments die Kontingenz des Eintretens einer Verständigung nicht aufheben zu können. Die *Bürden der Vernunft*, von denen John Rawls schreibt, sind realistischer und hartnäckiger als es sich Habermas eingesteht. Zwischen subjektiver Orientierung und intersubjektiver Erfüllung klafft eine Lücke, die für die Vernunft nicht überbrückbar ist. Hier bleibt nur der ‚Sprung‘ über den Abgrund. Nicht die *Kritik der praktischen Vernunft* sondern die *Kritik der Urteilskraft* Kants bietet ein Modell, wie mit der Kontingenz und der Lücke umgegangen werden kann.

Vor allem am zweiten Tag (Panel: *Ökonomie und Politik*) ging es um die Habermas'schen Bezüge zum Historischen Materialismus und zur Kapitalismuskritik von Marx. Die Veranstalter hegten die Absicht, im Lichte der aktuellen Finanzkrise, die sie als tiefgehende Systemkrise des Kapitalismus deuteten, die Aktualität des Historischen Materialismus und der Marx'schen Kapitalismuskritik zu ergründen. Allerdings erwies es sich als äußerst schwierig, sich über das Verhältnis von Habermas zum Marxismus zu verständigen. Trotz der Kritik

am zügellosen Finanzkapitalismus fühlte sich Habermas in der ihm zugewiesenen Rolle des Ideologiekritikers sichtlich unwohl. So auch, als Rapic ihn nach der Möglichkeit eines dritten Weges fragte und darauf hinwies, dass die *Ökonomisch-Philosophischen Manuskripte* von Marx mit der dort entfalteten Idee der Vergesellschaftung eine Alternative zur Verstaatlichung und zum Neoliberalismus bereitstellen würden. Dies könne, so Habermas, durchaus sein, aber die Politik des dritten Weges in all ihren Varianten sei wohl endgültig gescheitert. Und er glaube, dass es gute Gründe dafür gebe, dass heute keine soziale Bewegung Forderungen dieser Art mehr erheben würde. Die heutige Situation der globalisierten Welt sei so komplex, dass jeder Gedanke an Revolution a priori versage. Es lasse sich höchstens eine Ausbalancierung des unauflöselichen Spannungsverhältnisses von Demokratie und Kapitalismus erreichen. Deshalb hätte er bereits 1973 von ‚Legitimationskrisen im Kapitalismus‘ gesprochen. Ob die Regulierung gelinge, sei überhaupt noch nicht ausgemacht.

Rapic stilisierte Habermas in seinem Vortrag *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus* zu einem lupenreinen Ideologiekritiker und wies darauf hin, dass das politische Potenzial der Marx’schen Frühschriften noch nicht ausgeschöpft sei. Habermas kommentierte, er habe das Konzept bereits in den frühen 1970er Jahren durch das Konzept der Rekonstruktion ersetzt. Allerdings räume er ein, dass Ideologien immer noch wirkmächtig seien. Nur bezüglich der aufklärerischen Effekte der Ideologiekritik sei er skeptisch. Bewusstmachung durch Selbstreflexion sei nicht mehr der erste Schritt der Emanzipation, da die Menschen die neoliberale Maxime Margaret Thatchers ‚There is no alternative‘ so verinnerlicht hätten, sei ihr Bewusstsein zynisch geworden. Aufgeklärtheit und Apathie seien unlösbar miteinander verschweißt.

Die von Habermas angemahnte Zügelung und Regulierung des Finanzkapitalismus motivierte *Stefan Müller-Doohm* in sei-

nem Vortrag *Die Zivilisierung des globalen Kapitalismus und die Zukunft Europas* zu der Frage, was das konkret bedeute. Wäre es beispielsweise vorstellbar, dass die hypnotische Fixierung auf Wachstumsdogma und Akkumulationsmechanismus überwindbar sei? Berge die Zügelung der Märkte nicht die Gefahr eines technokratischen Eatismus? Habermas bemerkte, dass Müller-Doohm auf den öffentlichen Intellektuellen Habermas rekurriere und seinen Reformismus ausgebreitet hätte. In der Praxis vertrete er eine optimistische Haltung, nicht aber in der Theorie. Hier sei er eher pessimistisch, was die erreichbaren Ziele angehe. In dieser Haltung folge er dem Vorbild Kants.

Georg Lohmann ging in seinem Vortrag *Ernüchterte Geschichtsphilosophie*, der im Kern an seinen frühen Aufsatz *Kritische Gesellschaftstheorie ohne Geschichtsphilosophie?* (Lohmann 1998) anknüpfte, dieser Haltung nach. Lohmann vertrat die These, dass diese Einstellung das Resultat einer philosophischen Ernüchterung sei, die sich nach dem jugendlichen Rausch seiner Dissertation *Das Absolute in der Geschichte* einstellte. Allerdings sei es Habermas nicht restlos gelungen, den geschichtsphilosophischen Ballast abzuwerfen. Habermas’ ganzes Nachdenken über die Geschichte sei ein Nachhall der frühen Beschäftigung mit der Geschichtsphilosophie Schellings und speise sich aus zwei Quellen: Benjamin und Kant. Somit besitze seine uneingestandene Geschichtsphilosophie messianische Wurzeln. Habermas stimmte dem zu, müsse aber nochmals nachlesen, ob er das alles so gedacht und geschrieben habe. Sicher sei jedoch, dass er es nicht nur als ein Motiv, sondern als eine Verpflichtung betrachte, gegen die Verzweiflung anzudenken, da ansonsten jegliches Handeln unmöglich würde. Mit dieser Bezugnahme auf Benjamins *Hoffnung um der Hoffnungslosen willen* wendet Habermas sich implizit gegen die Absage an jeden Pragmatismus, die Horkheimer 1946 formulierte: „Die Hoffnung der Vernunft liegt in der Emanzipation von ihrer eigenen Furcht vor der Verzweiflung.“ (Horkheimer

1985: 118) Es scheint, als ob Horkheimer und die ältere Kritische Theorie mit dieser Einsicht jeglicher Praxis und jeglichem politischen Handeln entsagt haben, „weil der Augenblick ihrer Verwirklichung versäumt ward“ (Adorno 1997: 15), wie Adorno mit Bezug auf die 11. Feuerbach-These gleich im ersten Satz der *Negativen Dialektik* formuliert. Dies ist der Standpunkt des Denkens und der Philosophie, er kann im Handeln so nicht eingenommen werden. Weil Handeln ein Wagnis ist und damit unabsehbar, bedürfen Menschen im Handeln ein Vertrauen auf den Menschen und die Welt, wie es Hannah Arendt am Ende des Gaus-Interviews bemerkt. Dieses Vertrauen konnten Adorno und Horkheimer nach Auschwitz nicht mehr aufbringen. An einen Neuanfang konnten sie nicht mehr glauben, geschweige denn an einen Fortschritt im moralischen Bewusstsein, wie ihn Habermas in der Evolution der Gesellschaft ausweisen möchte. Tatsächlich geht dieser evolutionäre Fortschrittsbegriff weit über die Benjaminische Hoffnung und die Arendt'sche Betonung der Natalität hinaus und gerät in die Nähe der geschichtsphilosophischen Kontingenzfeindschaft. Hoffnung wird zur Gewissheit.

In einer Randbemerkung machte Habermas ein bemerkenswertes Bekenntnis. Für ihn fehle der griechischen Ethik im Vergleich zum jüdischen Messianismus der (dialektische) Stachel, der zur Erkenntnis führe. Das griechische Denken sei für ihn eher fad und belanglos. Habermas gestand, dass er sehr vom mystischen jüdischen Denken und der Idee einer „Selbstverschränkung Gottes“ (Habermas 1987: 386) beeindruckt wäre, beispielsweise von den Schriften Isaak Lurias, der auch auf Schelling einen maßgeblichen Einfluss übte. Hier fände er ein Gottesverständnis, das das Nichts und das Negative anders dachte. In der Vorstellung einer *creatio ex nihilo*, die diesem Gottesverständnis zugrunde liege, sehe er eine starke Wurzel des dialektischen Denkens, denn das Nichts sei nun der dunkle Urgrund des absoluten göttlichen Willens und nichts ihm Äußerliches. „Der erste Akt der Schöpfung ist eine

Selbstnegation, durch die Gott sozusagen das Nichts hervorruft.“ (ebd.) Indem Gott gleichsam in seine dunklen Urgründe hinabsteigt, gehe er in sich selbst ins Exil. „Die Selbstverschränkung Gottes ist die archetypische Form des Exils, der Selbstverbannung, die erklärt, warum alles Sein von jenem Urakt an ein Sein im Exil ist und der Rückführung und Erlösung bedarf.“ (ebd.) Hierüber hätte man noch gerne mehr erfahren.

Die Einsicht, dass Habermas keineswegs mehr das Projekt einer Kritischen Theorie verfolge, teilte Müller-Doohm mit *Ingo Elbe*. Allerdings unterschieden sich beide in der Bewertung dieser Meinung fundamental. Sieht Müller-Doohm in der Abwendung eher einen Fortschritt, ist sie für Elbe eine Art Sündenfall. Dementsprechend aggressiv und akribisch verfolgte er in seinem Beitrag *Habermas' Kritik des Produktionsparadigmas* die Marx-Rezeption Habermas' durch das gesamte Werk, um ihm ein völliges Unverständnis der Marx'schen Kategorie der abstrakten Arbeit nachzuweisen. Habermas naturalisiere Marx, da er den Arbeitsbegriff auf die konkrete Arbeit, den Stoffwechsel mit der Natur, reduziert habe. Damit sei das Wertgesetz der abstrakten Arbeit – als eine symbolische Interaktionsform der Herrschaft – verschleiert. Habermas erweise sich mit der dualistischen Unterscheidung von System und Lebenswelt, der Rede von der Kolonialisierung der Lebenswelt und mit der Annahme, dass Geld ein neutrales Medium sei, als Ideologe der herrschenden Verhältnisse. Leider verspielte Elbe durch die Art seiner Kritik eine fruchtbare Diskussion über spannende Probleme: Inwieweit ist der Dualismus von System und Lebenswelt für eine kritische Gesellschaftstheorie befriedigend? Beruht jede Kritik hieran auf dem Totalitätsanspruch Hegels? Inwiefern beeinflusst die Wahl der Begriffe den Blick auf den Gegenstand? Verletzt nicht die Annahme von der Alternativlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise die kategoriale Unabschließbarkeit der Geschichte? Elbe wurde daher nur als Vertreter der Marx-Orthodoxie abgekanzelt, der die Kon-

texte der Kritik ignoriere. Die politischen Konsequenzen von Elbes Kritik blieben im Trüben.

Der Philosoph *Manfred Baum* (*Historischer Materialismus und Kommunikationstheorie – eine Mésalliance?*) analysierte ebenfalls die Habermas'sche Rezeption von Marx. Er argumentierte, dass Habermas sein Programm der Rekonstruktion des Historischen Materialismus nicht erfüllt, sondern es durch die Theorie des kommunikativen Handelns ersetzt habe. Habermas hätte seine eigene Fragestellung in Marx hineingelegt, sodass es erscheine, als ob Marx auch eine kommunikationstheoretisch fundierte Gesellschaftstheorie angestrebt habe, aber letztlich an der eigenen Fundierung der Kritik gescheitert sei. Marx, noch verhaftet im Totalitätsdenken Hegels, habe Habermas zufolge die soziale Evolution falsch interpretiert, die Eigendynamik der Subsysteme verkannt und die emanzipatorische Dimension der funktionalen Differenzierung nicht gesehen. Diese Ansicht griff später *Hauke Brunkhorst* in seinem Vortrag *Wiederkehr der Krise? – Revisionen des Marxistischen Theorieprogramms* auf und betonte das reduktionistische Verständnis von Revolution bei Marx, der die Motivation zur Revolution ökonomisch verenge. Es gehe aber in einer Revolution nie nur um die Umwälzung von Produktionsverhältnissen, sondern ebenso sehr um eine Revolution der Rechtsverhältnisse. Die Stoßrichtung Baums war aber eine andere. Er zielte auf den eigentümlichen, weil unbegründeten Bezug auf Weber, den Habermas in der Theorie des kommunikativen Handelns vornehme. Er gestand, dass er seinen Beitrag eigentlich umbenennen müsste und zwar in die Frage, ob Max Weber eigentlich so wichtig sei. Es wurde sehr schnell deutlich, dass dies lediglich rhetorisch gemeint war und dass Baum Weber eben nicht als so bedeutend ansieht. Weiterhin bemängelte er an Habermas, dass die Prämisse seines Denkens, nämlich dass eine höhere soziale Differenzierung als ein Fortschritt betrachtet werden müsse, unbegründet bleibe. Habermas bemerkte in seinem

Kommentar, dass Marx letztlich das Begriffsrepertoire fehle, um zu begründen, was er an den Prozessen der Modernisierung für bewahrenswert halte und was unbedingt überwunden werden müsse, da es auf einer nichtlegitimen Herrschaftsbeziehung beruhe. Weiterhin habe Marx unzulässigerweise das Verhältnis von Staat und Ökonomie präjudiziert, ökonomistisch vereindeutigt und so die Differenzen in den unterschiedlichen Staats- und Regierungsformen verwischt. Der demokratische Staat lasse sich aber keineswegs auf die Rolle des Herrschaftsinstrumentes reduzieren. Demokratie ist nicht nur Ideologie, könnte man zugespitzt sagen. Das Verhältnis von Staat und Ökonomie ist nur empirisch und nicht begrifflich bestimmbar. Die Frage sei deshalb, ob der Staat im Sinne des Demos den Rahmen setzen könne, in dem sich das ökonomische Handeln bewegen kann. Dies sei nicht prinzipiell zu beantworten, sondern hänge von kontingenten Faktoren ab, allerdings bedeute dies auch, dass ein Spielraum vorhanden und dass Politik nicht nur ein Anhängsel des Kapitals sei.

Eleganter und angemessener meldete *Michael Quante* (*Die Rückkehr des gegenständlichen Gattungswesens*) Klärungsbedarf an. Er suche nicht die unmittelbare Konfrontation, sondern wolle wie ein Partisan von einem Randgebiet mit kleinen Nadelstichen in den Kern der Theorie vordringen. Dies tat er dann auf beeindruckende Weise. Das Randgebiet, das er sich ausgesucht hatte, war die Auseinandersetzung mit Humangenetik, die Habermas in *Die Zukunft der menschlichen Natur* geführt hat. Quante hinterfragte die Betonung der Unverfügbarkeit, die Habermas in seinem Changieren zwischen deontologischer Moral und naturrechtlicher Dogmatik vorgenommen habe. Die ‚Humanisierung der Natur‘ (Marx) enthalte immer noch emanzipatorisches Potenzial. Quante ermunterte Habermas, den Schritt zur Gattungsethik offensiver zu vollziehen. Im Bereich der Bioethik würde man mit Tabus nicht weit kommen. Der Aspekt des Heilens sei nicht nur ideologiekritisch zu

betrachten. Unverfügbarkeit könne andererseits herrschaftlich wirken. Gefordert sei eine kontextsensible Argumentationsweise, die die Betroffenen ernst nimmt, sich dem Unbehaglichen aussetzt und in ihm einrichtet. Diese Kritik führte zu einem Disput mit *Rainer Forst*, der den Schritt zur Gattungsethik als gefährlich und überflüssig betrachtete (vgl. Habermas 2001: 121). Forst wolle die Garantie der Autonomie nicht von kontingenten Vorstellungen des guten Lebens abhängig machen. Notwendig sei eine kategorische Grenze des Erlaubten. Wer diese Grenze ziehen soll und wie man sich auf sie einigen kann, blieb unklar.

Sicherlich überwog letztlich die Historisierung, was auch an dem mangelnden Raum für Diskussionen lag. Gleichwohl eröffnete die Tagung in der Rückschau, wenn man beispielsweise an die Beiträge von Quante und die Diskussionen mit Rapić denkt, interessante Perspektiven und Fragestellungen, sodass es am Ende trotz des eigentümlichen Themas eine gelungene Tagung war.

Literatur

- Adorno, Theodor W., 1997: *Negative Dialektik*, Frankfurt (Main).
- Bleisch, Barbara / Kreide, Regina, 2007: Ohne Klo kein Blaues Gold. Wasser zwischen Wirtschaftsgut und Menschenrecht. In: *Polar* 2; http://www.polar-zeitschrift.de/polar_02.php?id=95#95, 10.4.2012.
- Habermas, Jürgen, 1987: *Philosophisch-politische Profile*, Frankfurt (Main).
- Habermas, Jürgen, 2001: *Die Zukunft der menschlichen Natur: auf dem Weg zu einer liberalen Eugenik?*, Frankfurt (Main).
- Horkheimer, Max, 1985: *Gesammelte Schriften* 12, *Nachgelassene Schriften. 1931–1949*, Frankfurt (Main).
- Lessenich, Stephan, 2009: *Mobilität und Kontrolle. Zur Dialektik der Aktivgesellschaft*. In: Klaus Dörre / Stephan Lessenich / Hartmut Rosa (Hg.), *Soziologie – Kapitalismus – Kritik*, Frankfurt (Main), 126–180.
- Lohmann, Georg, 1998: *Kritische Gesellschaftstheorie ohne Geschichtsphilosophie? Zu Jürgen Habermas' verabschiedeter und uneingestandener Geschichtsphilosophie*. In: Frank Welz / Uwe Weisenbacher (Hg.), *Soziologie und Geschichte. Zur Bedeutung der Geschichte für die soziologische Theorie*, Opladen, 197–217.